

09467 1 0001 000

Neue Freie Presse (Wien)

Nr. *20592*

Keynes über die großen Männer Deutschlands.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse.“)

Berlin, 25. Dezember.

Auf eine Rundfrage des „Lokalanzeiger“: Warum fehlt es Deutschland an großen Männern? hat Professor J. M. Keynes in Cambridge, der berühmte Kritiker des Versailler Vertrages, folgendermaßen geantwortet:

„Ich vermute, daß die meisten großen Männer des neuen Deutschland zu jung oder zu verborgen sind, als daß sie den Zeitungen bekannt sein könnten. Wir sind jetzt ein wenig zu vorsichtig geworden, um Erfolg Größe zu nennen, wie es das neunzehnte Jahrhundert tat. Dennoch: Wenn Ihren Lesern ein wirklich großer Mann über den Weg käme, dann würden die meisten ihn unintelligent und unangenehm finden.“

09467-10002 000

Kölnische Zeitung

Nr. 14

Keynes über die Wiederherstellungspolitik.

* London, 10. Januar. J. M. Keynes hat, wie schon mitgeteilt, am Vorabend von Cannes ein Buch erscheinen lassen, dem er die einfache und klare Überschrift „Eine Abänderung des Friedensvertrags“ gegeben hat. Die Times, die man in dieser Frage so ungefähr als den Gegenpol von Keynes betrachten darf, widmet dem Buche eine längere Besprechung, aus der man überraschender Weise erfährt, daß das deutsch-feindliche Blatt im großen und ganzen recht wenig gegen die Darlegungen des Buches einwenden kann. Die Times erklärt sogar ärgerlich, Keynes werde mit seinem neuesten Werke lange nicht so viel Aufsehen erregen wie mit seinem ersten Buche über die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrags, weil dasjenige, was er damals im Widerspruch zur Volksstimmung vorausgesagt hat, heute Gemeingut geworden sei. Wenn Keynes nun heute findet, daß die schlimmsten Folgen, die er damals vorausgesagt habe, nicht eingetreten seien, so meint die Times hierzu bezeichnender Weise, daß das nur für Deutschland stimme, dem es wirtschaftlich anscheinend recht gut gehe. Dagegen sei in den Verbandsländern das Geschäftsleben so gut wie tot und die Staatsfinanzen wiesen fürchterliche Fehlbeträge auf; gleichzeitig seien die Völker mit Steuern überlastet. Keynes glaubt, daß es darum besser gekommen sei, als er angenommen hatte, weil die Staatsmänner des Verbands ihren drohenden Worten keine entsprechenden Taten hätten folgen lassen; die Times zieht es lieber vor, immer noch an den bösen Willen Deutschlands, seine Verpflichtungen nicht zu erfüllen, zu glauben. Aber auch die Times muß zugeben, daß Keynes seine Auffassung wissenschaftlich belegt. Er geht die ganze Geschichte der Verbandskonferenzen der letzten zwei Jahre durch. Die Wurzel des Übels sieht er in der französischen Politik, die sich den Wirklichkeiten verschließe; es sei aber nicht das hart arbeitende Landvolk, das dafür zu tadeln sei, sondern die heutzutage imperialistischen Finanzleute, deren Willen sich die Politiker beugen mußten. Lloyd George habe zwar stetig danach gestrebt, den Pfad der Weisheit innezuhalten; sei aber von seinen französischen Kollegen abgelenkt worden, bis er in Briand eine verwandte Seele traf, die sich bereit zeigte, mit lauten Worten und recht bescheidenen Handlungen das in diesem Falle notwendige Spiel des Bluffs zu spielen. So habe Lloyd George es vermocht, die Dinge bis zu einem Zeitpunkt zu bringen, wo die Logik der Tatsachen auch auf französischer Seite nicht länger mißachtet werden könne. Keynes hält daher jetzt die Stunde für gekommen, wo eine gründliche Umgestaltung des Friedensvertrags in Angriff genommen werden könne. Selbst die Times weiß dem wenig entgegenzusetzen, kann es jedoch nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß die Abänderung neue und vielleicht größere Gefahren herbeiführen könne, als der Vertrag selbst

enthalten habe.

Aus einer Inhaltsangabe des Buches im Daily Chronicle erfährt man, wie Keynes sich die Abänderung des Friedensvertrags denkt. Das Londoner Abkommen hat Deutschland die Zahlung von 132 Milliarden Goldmark auferlegt, wozu noch 6 Milliarden an Belgien kommen, zusammen also 138 Milliarden. Keynes verringert zunächst diesen Betrag auf 110 Milliarden, d. h. auf die Summe, welche die britischen Vertreter im Wiederherstellungsausschuß von Anfang an für angemessen hielten. Dann erklärt Keynes wie schon früher, daß England es mit seiner moralischen Stellung in der Welt nicht vereinbaren könne, an dem Anspruch auf die Zahlung seiner Kriegspensionen durch Deutschland festzuhalten, da dies im Widerspruch zu den feierlichen Versprechungen an Deutschland stehe. Er berechnet diesen Betrag auf 74 Milliarden, sodaß nach deren Abzug von den 110 Milliarden nur noch 36 Milliarden übrig bleiben. Diese Summe wäre nach seiner Meinung Deutschland theoretisch wohl in der Lage zu bezahlen, zusammen mit 5 v. H. Zinsen und 1 v. H. Tilgung. Aber Deutschland würde durch diese Zahlungen gezwungen sein, seinen Ausfuhrhandel in einer Weise zu steigern, die für England unerträglich wäre, und würde aus seinen eignen finanziellen Schwierigkeiten, die wieder auf die Festigkeit seiner Regierung zurückwirken müßten, nicht hinauskommen. Keynes schlägt deswegen vor, daß England seinen ganzen Anteil an den 36 Milliarden, nämlich 11 Milliarden, fallen lasse, daß die Vereinigten Staaten, Italien und die kleinern ehemals kriegsführenden Staaten ebenso handeln, und daß England die letztern sowie Italien dadurch entschädigt, daß es ihnen ihre Kriegsschulden gegenüber England erläßt. Auf diese Weise brauchte Deutschland nur noch 18 Milliarden an Frankreich und 3 Milliarden an Belgien zu zahlen, was mit Zinsen und Tilgung auf eine Jahressumme von ungefähr 1260 Millionen herauskommen würde. Keynes wünscht weiter, daß Amerika den europäischen Staaten ihre Kriegsschulden erlasse, wobei er jedoch die englischen Schulden ausnimmt. Das Daily Chronicle hat gegen diesen Plan vor allem einzuwenden, daß er darauf hinauslaufen würde, daß England ungefähr ebensoviel an Amerika abzahlen hätte, wie Deutschland an Frankreich und Belgien, ohne das England irgendwelche Einnahmen aus der deutschen Kriegsentschädigung erhielte. Die 45 Millionen Engländer würden also dieselbe Belastung auf sich nehmen müssen wie die 60 Millionen Deutsche. Trotzdem gibt das Blatt zu, daß eine drastische Lösung der ganzen Frage nötig ist und daß England große Opfer bringen kann, da es in dem Wiederaufbau Europas und der Wiederherstellung seiner Märkte wahrscheinlich eine ausreichende Entschädigung finden würde.

Neue Vorschläge von J. M. Keynes.

(Von unserem Londoner Korrespondenten.)

R K London, 10. Januar.

Erschien ist das neue Buch von J. M. Keynes erschienen: „Eine Revision des Friedensvertrags“. (Macmillan 7 s 6 d). Es ist die Fortsetzung seiner „Wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrags“. Es ist der nächste praktische Schritt: Revision des undurchführbaren Monstrums.

Professor Keynes blickt rückwärts: Viele der Mißgeschickte, von denen ich voraussagte, daß sie mit dem Reparationskapitel verbunden seien, sind nicht eingetroffen. (Ich zitiere nach Auszügen in der Presse) Aber er setzt hinzu: „nur weil kein ernstlicher Versuch gemacht worden ist, sie zu erekturieren.“ Denn: „Die Handlungen derer, die an der Macht sind, waren weiser als ihre Worte.“ Lloyd George, so meint auch Keynes zum Aerger der „Times“, versuchte stets die Reparationspolitik in die Vernunft überzulernen, aber er war in diesem gefehlt, besonders durch die Politik Frankreichs. Lloyd George, so sagt Keynes, übernahm die Verantwortung für den Vertrag gegen seine bessere Ueberzeugung und: „die Geschichte der zwei Jahre, die darauf folgte, hat ihn als denjenigen erscheinen lassen, der Europa vor so vielen schlimmen Folgen des Vertrags schützte, als in seiner Macht war.“ Aber nicht nur sei die Politik besser gewesen, als sie nach dem Wortlaut des Vertrags hätte sein können, sondern die Lebenskraft Europas habe sich als stärker erwiesen, als man habe annehmen dürfen. „Trotz der wirtschaftlichen Depression und der Unordnung der Saluten, ist Europa, unter der Oberfläche, heute viel stabiler und viel gesünder als vor zwei Jahren.“ (? D. Red.)

Professor Keynes macht radikale praktische Vorschläge zur Revision der Reparationspolitik. Er zeigt dabei zunächst die bisherige Entwicklung: Zuerst unbegrenzte Phantasien auf Grund eines sehr weitmaschigen Friedensvertrags. Dann die Anmeldung einer Gesamtschuld von 225 Milliarden Goldmark (einschließlich 95 Milliarden für Pensionen usw.) vor dem Forum der Reparationskommission. Diese Summe wurde, als man zur Praxis überging, reduziert und im Mai-Abkommen in London auf 132 Milliarden Reparationsforderungen plus 6 Milliarden für Belgien, also zusammen auf 138 Milliarden Goldmark festgesetzt. Professor Keynes will diese Ziffer zunächst auf 110 Milliarden ermäßigen, das ist der Betrag, den damals die britischen Vertreter in der Reparationskommission (laut Herrn Poincaré) für angemessen bezeichnet hatten. Diese Ziffer schließt die Pensionen ein. Nun aber ist es eine weitverbreitete Ansicht, daß der Posten für Pensionen gestrichen werden müsse, zumal er nicht in den beim Waffenstillstand formulierten Begriff der Reparationen paßt. Professor Keynes gehört zu denen, die in England zuerst öffentlich für die Streichung der Pensionen aufgetreten sind. Er formuliert dies in dem neuen Buch: von den 110 Milliarden müssen rund 74 Milliarden (so schätzte er den Betrag für Pensionen usw. ein) abgezogen werden. Bleiben 36 Milliarden Mark.

Keynes betrachtet es nicht als ausgeschlossen, daß Deutschland für eine Reihe von Jahren diese Summe mit 5 Prozent plus 1 Prozent Amortisation verzinsen könnte, jedoch nur auf Grund eines zum Schaden der Welt künstlich gesteigerten Exports und unter ungesunden Verpflichtungen für die deutschen Finanzen. Deshalb, so verlangt Keynes, soll England seinen Anteil an den Reparationen ganz fallen lassen (so daß weitere 11 Milliarden abgingen), und es solle Italien und den kleinen Staaten durch seinen Verzicht auf deren Kriegsschulden an England ermöglichen, dem englischen Beispiel zu folgen, so daß sich die deutsche Reparationschuld auf 18 Milliarden für Frankreich und 3 Milliarden für Belgien beschränke. Kapitalisiert würde dies eine in 30 Jahren tilgbare Schuld von etwa 1050 Millionen Pfund Sterling darstellen, deren Zinsendienst (5 Prozent plus 1 Prozent) jährlich 63 Millionen Pfund erfordere. — England und Amerika müßten alle ihre europäischen Kriegsschuldsforderungen fallen lassen. Dagegen solle die Schuld Englands an Amerika im Betrag von rund einer Milliarde Pfund zunächst unberührt bleiben, weil sie noch mit anderen Dingen zusammenhänge.

Dieser Vorschlag ist gewiß radikal. Zweifellos enthält er Elemente, die bereits heute in dem Bereich der praktischen britischen Politik eine Rolle spielen. So etwa die Ueberlegung, daß die Reparationsfrage auf die eigentlichen „Wiederherstellungen“ beschränkt werden sollte, wozu die Pensionen nicht gehören. (General Smuts, auf dessen juristisches Gutachten hin, der Oberste Rat die Pensionen mit einbezogen hat, dürfte wohl längst seine Mithilfe bereit haben. Es liegen Äußerungen vor.) Ebenso ist die Erwägung möglicher Schuldverzicht bereits ein Stück praktischer Politik geworden. Bei wesentlichen Stellen zeigt sich selbst dafür eine gewisse Tendenz, daß England mit gutem Beispiel vorangehen sollte, obwohl die englische Politik den Zusammenhang der gesamten internationalen Schuldsfragen

(einschließlich der deutschen) stark betont. Aber im ganzen betrachtet ist auch die englische Politik noch weit, sehr weit von dem Radikalismus Keynes' entfernt.

Im „Daily Chronicle“ äußert sich R. S. Brand, ein maßvoller, weitblickender Bankier (er ist Partner in der Firma Lazard Broth., welcher auch jetzt, anlässlich des Rathenausfalls Besuchs, oft genannte Sir R. Kindersey angehört) zu dem Keynes'schen Buche. Er erklärt sich für die Streichung der Pensionen aus der Reparationsrechnung, aber er sagt: wird, wie Prof. Keynes will, die deutsche Schuld auf jenen Kapitalbetrag von 1050 Millionen Pfund herabgesetzt, dann ist sie ziemlich genau so hoch, wie die englische Schuld an Amerika, die 1000 Millionen beträgt. Also ein Volk von 60 Millionen solle die gleiche Last tragen wie ein solches von 45 Millionen Einwohnern. Mr. Brand findet das übertrieben, wie er es ebenso nicht glauben kann, daß das nationale Einkommen Deutschlands tatsächlich heute nur noch die Hälfte oder ein Drittel von 1913 sei. Diese Opposition aus maßvollen, einflussreichen Kreisen der City ist zu beachten. Gleichwohl sagt Mr. Brand: eine radikale Behandlung der ganzen Frage ist unerlässlich. — Ueber die Richtung der allmählichen Entwicklung kann es keinen Zweifel geben.

09467 10004 000

Hamburger Fremdenblatt Nr. 26.

Signatur:

Datum:

16. Jan. 1919

Eine neue Dosis Keynes

Von unserem Vertreter.

og. London, 14. Januar.

Keynes ließ in dieser Woche seinem wohlberühmten Buch „über die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages“ ein ganz ähnliches zweites Buch, betitelt „Eine Revision des Vertrages“ folgen, das als eine Fortsetzung und Ergänzung des ersten gedacht ist. Das erste Buch, das seit seinem Erscheinen im Dezember 1919 in elf fremde Sprachen übersetzt worden ist und in den Vereinigten Staaten noch reichenden Absatz fand, als in seiner Heimat, war eine mit zwingenden Gründen belegte Prophezeiung, daß sich die wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedensvertrages als unmöglich erweisen werden; das zweite ist die Bestätigung dieser Prophezeiung, indem es den ganzen bisherigen Verlauf der Tragödie der Reparationen beschreibt und die enormen Schwierigkeiten darlegt, in die der alliierte Versuch, Unmögliches zu erzwingen, ganz Europa verwickelt hat.

Der Verlauf der Konferenz von Cannes hat soeben zur Genüge gezeigt, daß die allmähliche Rückkehr zur Vernunft immer noch nur recht teilweise ist und daß noch Illusionen genug zum Zerstoren übrig bleiben. Wenn die alliierten Staatsmänner diese zweite Dosis Keynes verschluckt und verdaut haben, dürften sie insbesondere begreifen, wie völlig kindisch die Idee ist, man könne von einer wirtschaftlichen Weltkonferenz die Reparationsfrage ausschließen, ohne die Konferenz von vornherein zur Unfruchtbarkeit zu verurteilen. Wenn Keynes' neues Buch etwas zeigt, so ist es, daß die vernünftige Lösung dieses Problems das A und O aller europäischen Rekonstruktionspläne ist.

Das zweite Buch ist wie das erste Ausdruck einer interessanten Persönlichkeit. Keynes ist ein Mann mit warmem Herzen, das ihn aber nie an einer kühlen, rein wissenschaftlichen Behandlung seiner Probleme hindert. Er versteht, wie wenige, ein statisches Argument spannend zu machen, und wo seine Darstellung ironisch wird, erreicht sie einen hohen Grad künstlerischer Vollendung. Sein beispielloser Erfolg als Prophet hat seine angeborene Bescheidenheit nicht verringert, und nie verliert er die ruhige Selbstbeherrschung des Gentleman, nicht einmal gegenüber den Franzosen, die ihn anpöbeln, und gegenüber dem vulgären Tardieu, der ihn in der englischen Uebersetzung seines Buches über den Frieden mit einer charakteristischen Fälschung eines Clemenceauschen Wortes „einen Mann mit etwas wirtschaftlichem Wissen, aber ohne Phantasie und Charakter“ zu nennen wagte. Die amüsantesten Pfeile seiner Ironie richtet Keynes gegen Lloyd George, den er in einer Art Mausexerzitionsprozeß vom Teufel zu einem halben Engel betrachtet, „der den Frieden, wenn auch nicht die Wohlfahrt Europas rettet, selten die Wahrheit spricht, aber oft unter ihrem Einfluß handelt“, und mit Schmeichelei und Humbug die Demokratie auf dem rechten Wege vorwärtstreibt.

Je tiefer und schlechter die Sumpfe sind, in die er uns führt, um so größer sein Kredit, wenn er uns wieder herausbringt. Er führt uns hinein, um unsere Leidenschaft zu befriedigen; er führt uns heraus, um unsere Seelen zu retten. In England hat die öffentliche Meinung ihre Schwärzung beinahe vollendet und der Premierminister rükt sich eine allgemeine Wahl mit der Parole zu gewinnen: Deutschland darf nicht zahlen; Arbeit für jeden und ein glücklicheres Europa für alle.

Vom Standpunkt der praktischen Politik aus sind die wertvollsten Kapitel des Buches Kapitel vier und fünf. In jenem weist er in allen Einzelheiten nach, welche lächerliche Uebertreibungen sich die Franzosen und Belgier in der Abschätzung des angerichteten Schadens zu Schulden kommen ließen, und in diesem enthält er als „das zentrale Verbrechen des ganzen Reparationshandels“, wie die Nation es ausdrückt, den schätzbaren Friede, durch den die Alliierten Pensionen und Zurendungen an Hinterbliebene in völliger Mißachtung des Textes der Waffenstillstandsbedingungen in die Kategorie Wiedergutmachung für Schäden gepreßt haben, die der Zivilbevölkerung durch Angriffe zu Wasser, zu Lande und in der Luft zugefügt wurden. Auf diese zwei Kapitel gründen sich seine eigenen praktischen Vorschläge. Er würde auf die Bezahlung der Summen verzichten, die die Alliierten England schulden, wenn sie ihrerseits einwilligen, die deutsche Verpflichtung auf eine vernünftige Zahl zu reduzieren. Er würde für England auf alle weiteren Ansprüche an Deutschland verzichten, abgesehen von einer Pariaalsumme von einer Milliarde Goldmark, die aber für die Wiederherstellung von Oesterreich und Polen verwandt werden sollte. Er würde den ganzen Betrag für Pensionen und Zurendungen als widerrechtlich streichen und so die Gesamtverpflichtung Deutschlands auf eine Zahlung von je 1,260 Millionen Goldmark während dreißig Jahren reduzieren, wovon Frankreich 1680 Millionen und Belgien 180 Millionen zu erhalten hätten. Diese Regelung hätte eine Räumung des besetzten Gebietes zu begleiten. Es fällt Keynes nicht schwer, nachzuweisen, daß Frankreich bei einer Zustimmung zu diesen Vorschlägen nur zu gewinnen hätte und mit einer Weigerung die Substanz dem Schatten opfern würde, und daß dasselbe für England gelte. Seine Zahl hätte den Vorteil, „daß sie genügen würde, um den in Frankreich und Belgien angerichteten Schaden wiederherzustellen, und auf der anderen Seite nicht so erdrückend wäre, daß man, um Deutschland zum Zahlen zu bewegen, in der Lage sein müßte, jedes Frühjahr und jeden Herbst in Deutschland einzufallen. Man muß die Zahlung auf einen Betrag beschränken, den Deutschland selbst als nicht unbillig anerkennen wird, und der genügend innerhalb seiner Höchstleistungsfähigkeit liegt, um ihm einen Antrieb zum Arbeiten und Abzahlen zu lassen“.

In einem einleitenden Artikel voll seiner Ironie beschreibt Keynes die gründliche Wandlung, die die öffentliche Meinung Englands in dieser Frage durchgemacht hat. Die glänzende Audienz, die sein zweites Buch im Gegensatz zu seinem Vorgänger in der ganzen Presse fand, illustriert sie sehr gut. Alle Zeitungen haben ihm lange Besprechungen gewidmet und in gut 80 Prozent bestehen sie in rückhaltloser Zustimmung. Und selbst die abweichende französische orientierte Presse ist sehr höflich und waart seine Auseinandersetzung mit seinen Zahlen. Der Hauptelendwurf läuft vielmehr darauf hinaus:

Keynes habe die Schuldfrage vergessen. Wenn die Alliierten die deutsche Entschädigungsschuld rein wirtschaftlich betrachtet wohl zu hoch fixiert hätten, „so hätten sie damit doch die Pflicht erfüllt, den Maß der deutschen Schuld angemessenen Ausdruck zu geben“. Das habe Keynes übersehen!

09467 10005 000

Neue Freie Presse (Wien)

Nr. 20616

Signatur

Datum

1922

Literatur

Ein neues Buch von John Maynard Keynes.

Die Revision des Friedensvertrages.

Nachtrag zu dem Werke „Die ökonomischen Konsequenzen des Friedens“.

Wien, 19. Januar.

Ein neues Werk von John Maynard Keynes ist eine Freude für jeden Leser. Wir hören die Stimme eines Mannes, der die höchste ökonomische Kenntnis mit Menschlichkeit verbindet und der als erster Engländer die Arbeitsweise auf der Friedenskonferenz enthüllt hat, die Manier der Halbgötter, einsam und ohne Mitwirkung der Öffentlichkeit, ohne genaue Kenntnis und ohne Sicherheit des Urteils über Schicksalsfragen zu entscheiden. In seinem neuen Buche, das heute nur flüchtig besprochen werden soll, wird darauf hingewiesen, daß die Staatsmänner viel mehr wahren Sinn sprechen, als sich in ihren Handlungen ausdrückt, und daß viele schwere Befürchtungen, die Keynes geäußert hat, sich nicht erfüllten, weil eben die Staatsmänner und Völker in der Praxis eingesehen haben, daß Unmögliches nicht durchzusetzen ist und daß die Schonung des Gegners trotz der wildesten Flüche nicht vermieden werden kann. Keynes sagt, man habe in England immer zwischen der inneren Meinung des Volkes und der äußerlich zum Ausdruck gebrachten zu unterscheiden und selbst im Jahre 1919 haben die Engländer niemals wirklich an die Entschädigung geglaubt, sondern immer mit Zweifel und Skeptizismus diese Frage erörtert. Keynes beschreibt den Lauf der Konferenzen von San Remo, Hythe, Boulogne, Brüssel und Spa. Er erörtert die Kohlenfrage und erklärt, man überschätzt die Möglichkeiten für Deutschland, aus Bagny bessere Kohle zu erzeugen. Keynes prüft sodann die Legalität der Besetzung von Orten östlich des Rheines und kommt zu dem Schlusse, daß der deutsche Protest an den Völkerbund vollständig berechtigt war. Am interessantesten ist jedoch das Schlusskapitel, worin der Plan von Keynes erörtert wird, wie man den Vertrag revidieren und Europa wieder in Ordnung bringen soll. Das Kapitel beginnt damit, daß er Lloyd-George auffordert, er möge, nachdem er England in einen so tiefen Sumpf geführt habe, jetzt dafür sorgen, daß Großbritannien sich wieder herausarbeite. Er erklärt, daß das englische Ministerium die Möglichkeit habe, eine allgemeine Wahl unter dem Schlagworte zu gewinnen, man solle Deutschland die Reparationszahlungen verbieten, Arbeit für alle verschaffen und ein glücklicheres Europa aufbauen. Das Wesen der Anträge von Keynes soll in Folgendem zusammengefaßt sein: die Haupterleichterung für Europa muß darin bestehen, daß Amerika und England auf ihre Forderungen verzichten.

Keynes fordert ferner, daß das Verlangen nach Bezahlung der Pensionen durch Deutschland aufgegeben werde. Damit würde die Schuldenlast von Deutschland von 138 Milliarden auf 36 Milliarden sinken. Auf diese Art würde Deutschland nur jährlich 1200 Millionen Goldmark während dreißig Jahre zu zahlen haben, wobei außerdem noch ein Betrag von einer Milliarde Goldmark für Polen und Oesterreich reserviert ist.

Für Oesterreich verlangt Keynes die Aufhebung der Generalspfandrechte und 300 Millionen Goldmark als Kredit,

300 Millionen Goldmark, nach dem jetzigen Kurs etwa 480 Milliarden Papierkronen. Keynes sagt: Die Wiener sind nicht für Tragödien gemacht. Es ist niemand so böseartig, um der Stadt von Mozart Uebles zu wünschen. Wien wird, befreit von imperialistischen Versuchungen, die Möglichkeit haben, ein Viertel von Europa mit Kapital und mit künstlerischen Erzeugnissen zu versorgen.

Für Frankreich hat diese Revision folgenden Vorteil: Wenn Frankreich gezwungen wird, seine Schulden an England und Amerika zu bezahlen, die jährlich 1.48 Milliarden Goldmark ausmachen, so würde Frankreich selbst unter den vorteilhaftesten Reparationsverpflichtungen nur 0.91 Milliarden Goldmark erhalten. Auf Grund des revidierten Reparationsplanes würde Frankreich 1.08 Milliarden Goldmark bekommen, somit weitaus mehr als ohne die Revision. Auch Italien würde sehr viel gewinnen, weil es jährlich 326 Millionen Goldmark erhalten würde. Eine Summe, die weitaus geringer ist als seine jährlichen Verpflichtungen gegenüber den Vereinigten Staaten und England.

Auf diese Art würde nach der Ansicht von Keynes — und niemand kann sich seinen Argumentationen entziehen — ein verbesserter Zustand in Europa erwachsen und England würde doch nur das aufgeben, was es nie wieder bekommen kann. Wir behalten uns vor, noch ausführlicher auf dieses bedeutsame und wichtige Werk zurückzukommen.

09467 0006 000

Hamburger Echo

Nr. 68

Signatur

Datum

Keynes
John Maynard
9 Febr. 1922

Literatur

Ein Vorschlag zur Revision des Friedens von Versailles.

In seinem kürzlich erschienenen Buch „Eine Revision des Friedensvertrages“ (A Revision of the Treaty. London 1922) hat John Maynard Keynes eine interessante Lösung des Reparationsproblems vorgeschlagen.

Bekanntlich hat die Reparationskommission die Forderungen der Alliierten an Deutschland auf 138 Milliarden Goldmark festgesetzt; diese Summe war schon eine bedeutende Ermäßigung der von den alliierten Regierungen geforderten Beträge; nur 58 % derselben hatte die Reparationskommission als berechtigt anerkannt; der englische Delegierte Sir John Brabury hat, wie es scheint, sich sogar dafür eingesetzt, die alliierten Forderungen noch um 34 Milliarden zu kürzen und sie auf 104 Milliarden festzusetzen.

Von den 138 Milliarden entfallen 132 auf die Pensionen und Schäden, 6 Milliarden auf Belgiens Kriegsschulden. In welchem Verhältnis die 132 Milliarden verteilt werden sollen zwischen Pensionen und Schäden, haben die Alliierten nicht festgesetzt.

Keynes hat die Summe, die Deutschland nach den Buchstaben des Friedensvertrages den Alliierten schuldet, auf 110 Milliarden veranschlagt. Davon rechnet er 74 Milliarden für die Pensionen, 30 Milliarden für die unmittelbaren sachlichen und persönlichen Schädigungen der Zivilbevölkerung, 6 Milliarden für die von Belgien aufgenommenen Kriegsschulden.

„Diese Summe (von 110 Milliarden) ist mehr als Deutschland bezahlen kann. Aber die Forderung mit Ausschluß der Pensionen und Unterstützungen mag Deutschland zu bezahlen imstande sein.“ Keynes kommt in seinem Buch ausführlich darauf zu sprechen, wie entgegen den mit Deutschland vor dem Waffenstillstand getroffenen Vereinbarungen die Bezahlung der Pensionen und Unterstützungen im Laufe der Friedensverhandlungen durch unwürdige Auslegungsfälle in den Friedensvertrag aufgenommen wurde. Der amerikanische Delegierte Lamont berichtet darüber: „Wir erklärten ihm (dem Präsidenten Wilson), daß wir keinen einzigen Juristen in der amerikanischen Delegation finden könnten, der sich zugunsten der Einbeziehung der Pensionen (in die Reparationsrechnung) aussprechen würde.“ Trotzdem hat Wilson sich darauf eingelassen, die Pensionen auf das deutsche Schuldkonto zu setzen. Das Argument, das den amerikanischen Präsidenten schließlich davon überzeugte, ein Recht auf diese Unterschiebung zu haben, war, „daß ein Soldat nach seiner Entlassung wieder ein Zivilist wird, und daß infolgedessen eine Verwundung, deren Wirkungen nach seiner Entlassung aus dem Heeresdienst fortbauern, ein einem Zivilisten zugefügter Schaden ist“. Das ist „die moralische Basis, auf der Zweidrittel der Forderungen der Alliierten gegenüber Deutschland beruhen“.

Da nach Ansicht von Keynes diese Forderungen im Widerspruch zu den Bedingungen stehen, auf Grund deren sich Deutschland seinen Feinden ergeben hat, so müssen „die Ansprüche auf Pensionen und Unterstützungen aufgegeben werden, weil sie unehrenhaft sind“.

Dieser Verzicht „reduziert die Forderungen auf 36 Milliarden, eine Summe, die einzufordern nicht in unserem Interesse liegen mag; wahrscheinlich ist aber Deutschland theoretisch imstande, sie zu zahlen“.

Aber mit dieser Reduktion der deutschen Reparationsschulden von 138 (bzw. 110) auf 36 Milliarden nimmt Keynes noch kein Genüge. „Es ist meiner Ansicht nach theoretisch nicht unmöglich, daß Deutschland 5 % Zinsen und 1 % Amortisation auf diese Gesamtsumme zahlt. Es könnte aber nur geschehen, indem es seine Exportindustrien in einer für Großbritannien schädlichen und störenden Weise zu erhöhter Produktion antreibt und seinem Finanzministerium ein so schwieriges Finanzproblem auferlegt, daß ungesunde Finanzen und schwache, halblöse Regierungen die Folge wären. Selbst wenn diese Zahlung theoretisch möglich ist, glaube ich nicht, daß sie sich praktisch über eine Periode von 30 Jahren durchsetzen läßt.“

Daher soll das britische Reich auf seine gesamten Ansprüche, mit Ausnahme von einer Milliarde Goldmark, verzichten. Außerdem soll es die Forderungen Italiens und der kleineren Gläubiger an Deutschland dadurch begleichen, daß es deren Schulden an das britische Reich annulliert.

Keynes verteilt die Forderungen der Gläubigerstaaten in folgender Weise auf die 36 Milliarden Mark.

Schulden Belgische Schulden Gesamtsumme		
Britisches Reich .. 9	2	11
Frankreich .. 16	2	18
Belgien .. 3	—	3
Italien .. 1	—	1
Vereinigte Staat. —	2	2
Andere .. 1	—	1
30	6	36

Wenn das britische Reich dem Vorschlag von Keynes entspräche und auch die Vereinigten Staaten auf ihre Ansprüche verzichteten, würde Deutschland noch 18 Milliarden an Frankreich und 3 Milliarden an Belgien zu bezahlen haben. „Diese Summe sollte abgetragen werden durch jährliche Zahlungen von 6 % auf die geschuldete Summe über einen Zeitraum von 30 Jahren.“ Deutschland hätte nach dieser Rechnung jährlich 1260 Millionen Goldmark zu zahlen. Davon würde Frankreich 1080 Millionen erhalten, Belgien 180 Millionen. Diese Summe „reicht aus, um die verwüsteten Gebiete in Frankreich wieder aufzubauen, und ist andererseits doch nicht so niederdrückend, daß wir, um Deutschland zur Zahlung zu zwingen, jedes Frühjahr und jeden Herbst zum Einmarsch bereit sein müßten“.

Da es infolge des Schwankens der Goldpreise zu großen Störungen führen könnte, wenn die jährlichen Zahlungen über einen so großen Zeitraum in Gold festgesetzt würden, „sollten die jährlichen Zahlungen durch irgendeine unparteiische Autorität einer Indexnummer des Marktwertes von Gold angepaßt werden“.

Wenn außer den besprochenen Maßnahmen Großbritannien und die Vereinigten Staaten Frankreichs Schulden an sie annullieren, ist es „überwiegend im Interesse Frankreichs“, diese Regelung des Reparationsproblems anzunehmen. Wenn die jährlichen Zahlungen aus seinen Schulden an Großbritannien und Amerika aufgerechnet werden gegen die Zahlungen, die es im günstigsten Fall jährlich von Deutschland zu erwarten hat, kommen etwa 0,91 Milliarden Goldmark heraus. Wenn dagegen die von Keynes vorgeschlagene Revision des Friedensvertrages zustande kommt, würde Frankreich „nicht nur Anrecht auf eine größere Summe, nämlich 1,08 Milliarden Goldmark, haben, sondern Frankreich würde auch mit Fug und Recht erwarten können, bezahlt zu werden, insofern ihm eine Priorität auf

Ein Vorschlag zur Revision des Friedens von Versailles.

In seinem kürzlich erschienenen Buch „Eine Revision des Friedensvertrages“ (A Revision of the Treaty. London 1922) hat John Maynard Keynes eine interessante Lösung des Reparationsproblems vorgeschlagen.

Bekanntlich hat die Reparationskommission die Forderungen der Alliierten an Deutschland auf 138 Milliarden Goldmark festgesetzt; diese Summe war schon eine bedeutende Ermäßigung der von den alliierten Regierungen geforderten Beträge; nur 58 % derselben hatte die Reparationskommission als berechtigt anerkannt; der englische Delegierte Sir John Bradbury hat, wie es scheint, sich sogar dafür eingesetzt, die alliierten Forderungen noch um 34 Milliarden zu kürzen und sie auf 104 Milliarden festzusetzen.

Von den 138 Milliarden entfallen 132 auf die Pensionen und Schäden, 6 Milliarden auf Belgiens Kriegsschulden. In welchem Verhältnis die 132 Milliarden verteilt werden sollen zwischen Pensionen und Schäden, haben die Alliierten nicht festgesetzt.

Keynes hat die Summe, die Deutschland nach den Buchstaben des Friedensvertrages den Alliierten schuldet, auf 110 Milliarden veranschlagt. Davon rechnet er 74 Milliarden für die Pensionen, 30 Milliarden für die unmittelbaren sachlichen und persönlichen Schädigungen der Zivilbevölkerung, 6 Milliarden für die von Belgien aufgenommenen Kriegsschulden.

„Diese Summe (von 110 Milliarden) ist mehr als Deutschland bezahlen kann. Aber die Forderung mit Ausschluß der Pensionen und Unterstützungen mag Deutschland zu bezahlen imstande sein.“ Keynes kommt in seinem Buch ausführlich darauf zu sprechen, wie entgegen den mit Deutschland vor dem Waffenstillstand getroffenen Vereinbarungen die Bezahlung der Pensionen und Unterstützungen im Laufe der Friedensverhandlungen durch unwürdige Auslegungskünste in den Friedensvertrag aufgenommen wurde. Der amerikanische Delegierte Lamont berichtet darüber: „Wir erklärten ihm (dem Präsidenten Wilson), daß wir keinen einzigen Juristen in der amerikanischen Delegation finden könnten, der sich zugunsten der Einbeziehung der Pensionen (in die Reparationsrechnung) aussprechen würde.“ Trotzdem hat Wilson sich darauf eingelassen, die Pensionen auf das deutsche Schuldkonto zu setzen. Das Argument, das den amerikanischen Präsidenten schließlich davon überzeugte, ein Recht auf diese Unterschiebung zu haben, war, „daß ein Soldat nach seiner Entlassung wieder ein Zivilist wird, und daß infolgedessen eine Verwundung, deren Wirkungen nach seiner Entlassung aus dem Heeresdienst fortbauern, ein einem Zivilisten zugefügter Schaden ist“. Das ist „die moralische Basis, auf der Zweidrittel der Forderungen der Alliierten gegenüber Deutschland beruhen“.

Da nach Ansicht von Keynes diese Forderungen im Widerspruch zu den Bedingungen stehen, auf Grund deren sich Deutschland seinen Feinden ergeben hat, so müssen „die Ansprüche auf Pensionen und Unterstützungen aufgegeben werden, weil sie unehrenhaft sind“.

Dieser Verzicht „reduziert die Forderungen auf 36 Milliarden, eine Summe, die einzufordern nicht in unserem Interesse liegen mag; wahrscheinlich ist aber Deutschland theoretisch imstande, sie zu zahlen“.

Aber mit dieser Reduktion der deutschen Reparationsschulden von 138 (bezw. 110) auf 36 Milliarden nimmt Keynes noch kein Genüge. „Es ist meiner Ansicht nach theoretisch nicht unmöglich, daß Deutschland 5 % Zinsen und 1 % Amortisation auf diese Gesamtsumme zahlt. Es könnte aber nur geschehen, indem es seine Exportindustrien in einer für Großbritannien schädlichen und störenden Weise zu erhöhter Produktion antreibt und seinem Finanzministerium ein so schwieriges Finanzproblem auferlegt, daß ungesunde Finanzen und schwache, haltlose Regierungen die Folge wären. Selbst wenn diese Zahlung theoretisch möglich ist, glaube ich nicht, daß sie sich praktisch über eine Periode von 30 Jahren durchsetzen läßt.“

Daher soll das britische Reich auf seine gesamten Ansprüche, mit Ausnahme von einer Milliarde Goldmark, verzichten. Außerdem soll es die Forderungen Italiens und der kleineren Gläubiger an Deutschland dadurch begleichen, daß es deren Schulden an das britische Reich annulliert.

Keynes verteilt die Forderungen der Gläubigerstaaten in folgender Weise auf die 36 Milliarden Mark.

	Schäden	Belgische Schulden	Gesamtsumme
Britisches Reich..	9	2	11
Frankreich ..	16	2	18
Belgien	3	—	3
Italien	1	—	1
Vereinigte Staat. —	—	2	2
Anderer	1	—	1
	30	6	36

Wenn das britische Reich dem Vorschlag von Keynes entspräche und auch die Vereinigten Staaten auf ihre Ansprüche verzichteten, würde Deutschland noch 18 Milliarden an Frankreich und 3 Milliarden an Belgien zu bezahlen haben. „Diese Summe sollte abgetragen werden durch jährliche Zahlungen von 6 % auf die geschuldete Summe über einen Zeitraum von 30 Jahren.“ Deutschland hätte nach dieser Rechnung jährlich 1260 Millionen Goldmark zu zahlen. Davon würde Frankreich 1080 Millionen erhalten, Belgien 180 Millionen. Diese Summe „reicht aus, um die verwüsteten Gebiete in Frankreich wieder aufzubauen, und ist andererseits doch nicht so niederdrückend, daß wir, um Deutschland zur Zahlung zu zwingen, jedes Frühjahr und jeden Herbst zum Einmarsch bereit sein müßten“.

Da es infolge des Schwankens der Goldpreise zu großen Störungen führen könnte, wenn die jährlichen Zahlungen über einen so großen Zeitraum in Gold festgesetzt würden, „sollten die jährlichen Zahlungen durch irgendeine unparteiische Autorität einer Indexnummer des Marktwertes von Gold angepaßt werden“.

Wenn außer den besprochenen Maßnahmen Großbritannien und die Vereinigten Staaten Frankreichs Schulden an sie annullierten, ist es „überwiegend im Interesse Frankreichs“, diese Regelung des Reparationsproblems anzunehmen. Wenn die jährlichen Zahlungen aus seinen Schulden an Großbritannien und Amerika aufgerechnet werden gegen die Zahlungen, die es im günstigsten Fall jährlich von Deutschland zu erwarten hat, kommen etwa 0,91 Milliarden Goldmark heraus. Wenn dagegen die von Keynes vorgeschlagene Revision des Friedensvertrages zustande kommt, würde Frankreich „nicht nur Anrecht auf eine größere Summe, nämlich 1,08 Milliarden Goldmark, haben, sondern Frankreich würde auch mit Zug und Recht erwarten können, bezahlt zu werden, insofern ihm eine Priorität auf Deutschlands verfügbare Hilfsquellen zugestanden wird, und weil die gesamte Schuldenlast Deutschlands Zahlungsfähigkeit nicht übersteigt“.

Beigien wurde bei dieser Regelung praktisch nicht zu kurz kommen. Italien würde sogar außerordentlich dabei zu gewinnen haben, vorausgesetzt, daß Großbritannien und die Vereinigten Staaten die italienischen Schulden annullieren.

Die Schulden Deutsch-Oesterreichs sollen ebenfalls annulliert werden. Aus der Milliarde Goldmark, auf die Großbritannien gegenüber Deutschland nicht verzichtet hat, soll Deutsch-Oesterreich Kredit im Wert von 300 Millionen Goldmark auf 5 Jahre zur Verfügung gestellt erhalten.

Der Rest der Milliarde soll unter Aufsicht der Vereinigten Staaten und Großbritanniens dazu verwandt werden, die polnische Währung wieder zu reorganisieren. Nur über die Zinsen dieses Kapitals soll Polen unbeschränkt verfügen können.

Auf dem Papier würden bei dieser Regelung des Reparationsproblems Großbritannien und die Vereinigten Staaten viel verlieren. Großbritannien ungefähr jährlich 150 000 000 Pfund, Amerika 78 000 000 Pfund. Keynes glaubt aber nicht daran, daß faktisch eines der beiden Länder mehr als einen Bruchteil dieser Beträge jemals einlassieren werde. Infolgedessen hält er das Opfer, das sie bringen würden, in Wirklichkeit für geringer, als es schwarz auf weiß den Anschein hat. Indessen rechnet er damit, daß mindestens die Vereinigten Staaten sich auf diese radikale Maßregel nicht einlassen werden. Wenn sie es nicht tun, muß Großbritannien trotzdem seine „papierenen Forderungen“ annullieren.

„Diese Vereinbarung darf Frankreich nur unter einer Bedingung angeboten werden — daß es sie annimmt. Wenn es aber, wie Shylock, auf seinem Pfund Fleisch besteht, mag das Gesetz seinen Lauf haben. Dann mag Frankreich seinen Schein haben, aber wir auch den unseren. Dann mag Frankreich von Deutschland holen, soviel es zu bekommen vermag, und zahlen, was es den Vereinigten Staaten und England schuldet.“

Außer dieser Regelung der Reparation, die Frankreich „einen enormen Nutzen verschaffen würde“, nimmt die von Keynes vorgeschlagene Revision des Friedens von Versailles auch Bezug auf die Besetzung deutscher Gebiete durch die alliierten Truppen: „Es würde die friedlichen Beziehungen in Europa fördern, wenn, als Teil der neuen Vereinbarung, die alliierten Truppen vollkommen vom deutschen Gebiet zurückgezogen werden würden und auf alle Rechte auf Invasion, gleichgültig zu welchem Zweck, verzichtet würde, außer wenn die Mehrheit des Völkerbundes zustimmt. Als Entgelt sollten aber das britische Reich und die Vereinigten Staaten Frankreich und Belgien jeden vernünftigen Beistand, außer Hilfe im Krieg, verbürgen, um die Erfüllung ihrer verminderten Forderungen sicherzustellen; Deutschland dagegen sollte die vollständige Entmilitarisierung seines westrheinischen Gebietes garantieren.“

Keynes glaubt nicht an die deutsche Gefahr für Frankreich, so wenig wie die französischen Arbeiter an sie glauben. „Daß Frankreich in absehbarer Zukunft irgend etwas von Deutschland zu fürchten hätte, außer was es etwa selbst provozieren würde, ist Selbstbetrug. Wenn Deutschland seine Kraft und

seinen Stolz wiedergewonnen hat — und mit der Zeit wird das der Fall sein — müssen viele Jahre vergehen, ehe es seine Augen wieder westwärts wendet. Deutschlands Zukunft liegt jetzt im Osten, und nach dieser Richtung werden sich seine Hoffnungen und sein Ehrgeiz sicherlich wenden, wenn sie wieder aufleben.“

Eine Revision des Friedens von Versailles in diesem großzügigen Sinne wäre sicher eine der wirksamsten Maßnahmen zur Wiederherstellung des europäischen Friedens; sie wäre die psychologische Vorbedingung der moralischen Abrüstung. Der direkte Einfluß dieser Vorschläge auf die Ansichten der maßgebenden politischen Kreise wird vermutlich nicht groß sein: die Staatsmänner müssen zu sehr mit den nationalistischen Schichten ihrer Länder rechnen, als daß sie in absehbarer Zeit rein sachlich zum Reparationsproblem Stellung nehmen könnten.

Indessen beweist die englische Politik, vor allem des letzten Jahres, daß sie sich den wirtschaftlichen Tatsachen nicht verschließen kann und will, deren Niederschlag die Keyneschen Gedankengänge sind. Der Rückgang der englischen Ein- und Ausfuhr im Jahre 1921 und die Arbeitslosigkeit reden eine eindringliche Sprache.

Innerhalb der europäischen Arbeiterschaft sind ähnliche Ansichten längst vertreten worden. Es kommt nicht darauf an, ob die Vorschläge zur Revision des Friedensvertrages im einzelnen übereinstimmen; die grundsätzliche Einstellung zum Reparationsproblem ist das Entscheidende: die wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedensvertrages verhindern die Herstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts in Europa und in der Welt. Der Internationale Gewerkschaftsbund hat sich in London (November 1920) und Amsterdam (März 1921) im gleichen Geist ausgesprochen. Verwandte Forderungen sind noch im Dezember von der englischen Arbeiterschaft nachdrücklich erhoben worden.

Die Arbeiterbewegung hat bei ihrem Kampf für eine Revision des Versailler Friedens die natürlichen Tendenzen der wirtschaftlichen Entwicklung ebenso zu ihren Verbündeten wie die wissenschaftliche Einsicht. Auch nationalistische Politiker können diesen Kräften nur solange Widerstand leisten, als sie nicht selbst an verantwortlicher Stelle stehen. Die bloße Tatsache der geplanten Wirtschaftskonferenz in Genua, der auch die neue französische Regierung zugestimmt hat, beweist, daß die Kräfte, die zur Wiederherstellung des normalen wirtschaftlichen Lebens in Europa drängen, stärker sind als die politischen Vorurteile der Staatsmänner, die unbegrenzte papierene Gewinne für ihre Nationen einheimen wollten.

09467 10007 000

Hamburger Nachrichten

Nr. 166

Signatur

Datum 4 April 1922

Keynes über die Stabilisierung der europäischen Wechselkurse.

(Drahtmeldung.)

Wib. London, den 6. April.

Der Manchester Guardian bringt unter der Überschrift:

**Stabilisierung der europäischen Wechselkurse,
ein Plan für Genua**

einen ausführlichen Artikel von Keynes, womit der englische Wirtschaftler eine Reihe von Aufsätzen über den Wiederaufbau Europas, die der Manchester Guardian zur Genueser Konferenz veröffentlicht, einleitet. Keynes schreibt darin, man sehe augenblicklich keine andere Lösung der Stabilisierung als durchführbar an, als die Schaffung des Goldstandards in so vielen Ländern wie nur möglich. Zu der Frage, ob Stabilisierung oder Deflation vorzuziehen sei, führt Keynes aus, es gebe kein einziges europäisches Land, dessen Regierung klarlege, ob sie eine Politik verfolge, um die Währung des Landes zu heben oder sie zu stabilisieren. Es werde schwer sein, hier einen Fortschritt zu erzielen, bevor die beiden Probleme voneinander geschieden seien. Augenblicklich sei die Stabilisierung der volkswirtschaftlichste Weg; die Politik jeder Staatsbank Europas strebe jedoch danach, den Wechselkurs zu bessern. Keynes ist der Ansicht, man müsse für jedes Land gesondert entscheiden, ob es besser sei, den Wechselkurs dieses Landes sobald wie möglich festzuhalten, wo er am besten aufrechterhalten werden kann, oder ob man darauf hinarbeiten soll, allmählich den Wert des Wechselkurses des Landes zu heben; was eine Verzögerung der Stabilisierung bedeute. Keynes schreibt, er persönlich sei der Ansicht,

es sei wichtiger, Wechselkurse festzulegen, als sie zu verbessern.

Die Deflation sei nur bei Ländern angebracht, die hoffen könnten, ihre Vorkriegsparität bald wiederherzustellen. Dies könnte gesagt werden, von Großbritannien, Holland, Schweden, Schweiz, Spanien, jedoch von keinem der anderen europäischen Länder. Für das finanzielle Prestige Frankreichs mache es einen geringen Unterschied aus, ob der Franken auf 40 bis 50 für das Goldpfund, für Italien, ob der Lira auf 75 bis 100 für das Goldpfund stabilisiert werde. Keynes regte an, daß die Länder, deren gesetzliche Zahlungsmittel einen Goldwert haben, der um über 20 Prozent im Vergleich zu ihrem Wert von 1914 fiel, die Wiederherstellung ihrer Währung auf der Vorkriegsgoldbasis nicht versuchen möchten. Alle Währungen müßten sobald wie möglich gegen Gold zu einem festen Satz austauschbar sein und der Goldumsatz müsse verringert werden, da Europa sein ganzes Gold als Reserve gegen die Wechselkurschwankungen gebrauchen werde. Keynes schreibt, es werde nach seiner Ansicht schwer sein, die Währungen der zahlreichen Nachbarn Deutschlands wiederherzustellen, solange die deutsche Mark Schwankungen ausgesetzt sei, und glaubt auch nicht, daß bei dem Wiederaufleben des Handels der Franken oder der Lira ihren augenblicklichen Wert behalten können. Es wäre ratsam, den Versuch unerbüßlicher Umsetzbarkeit in Gold auf folgende Länder zu beschränken: Großbritannien, Frankreich, Italien, Belgien, die skandinavischen Länder, Spanien, Holland, die Schweiz, sowie die Tschechoslowakei. Die anderen Länder könnten mit der Zeit zur Teilnahme daran zugelassen werden. Die neuen Geldwerte in diesen Ländern müßten auf der Finanzlage des Landes fußen, damit das Risiko eines Zusammenbruches so gering wie möglich sei.

09467 10008 K46

Signatur

Datum

1922

Berliner Tageblatt

Nr. 183

Kreditgewährung an Rußland!

Ein Vorschlag.

Von

[Nachdruck verboten.] 1

J. M. Keynes.

Wir geben die Ausführungen Professor Keynes', die, wie wir sofort erkannten, vom englischen Standpunkt aus geschrieben sind, nur unter ausdrücklichem Hinweis darauf wieder. Den Vorschlag selbst halten wir für durchaus diskutabel. Die Redaktion.

Genua, 18. April. (Telegraphisch.)

Das Abkommen Deutschlands mit Rußland über den gegenseitigen Schuldenverzicht ist an sich klug, aber in seiner Methode und in seinen äußeren Umständen unglücklich und verwickelt die Angelegenheiten. Aber es ist auch alarmierend. (Der Verfasser beurteilt diese Angelegenheit natürlich vom englischen Standpunkt aus, den wir absolut nicht zu teilen vermögen. Die Redaktion.) Tschitscherin erklärt sich grundsätzlich zur Schuldanerkennung bereit; deshalb müßte eine Verständigung möglich sein. Aber er weicht der Anerkennung einer geschriebenen Verbindlichkeit aus, denn eine solche ist mehr, als sein Volk zu tragen bereit ist und für gerecht hält. Im Hinblick auf alles, was sich ereignet hat, würde Tschitscherin, wenn die Bolschewiken so sehr mala fide handelten, als allgemein angenommen wird, gern unmittelbare Vorteile um den Preis von Versprechungen erkaufen, die fünf Jahre lang nichts kosten und dann leicht abzuschütteln sind. Vielleicht hatte Lloyd George in dieser Weise kalkuliert. Aber selbst, wenn dies die richtige Psychologie aller Politiker ist, so ist die Auffassung ganzer Nationen bedeutend einfacher, und mit dieser einfacheren Einstellung muß noch gerechnet werden.

Wenn wir Rußland so behandeln, wie wir bereits Deutschland behandelt haben, und es durch wirtschaftliche Druckmittel zwingen, ein Versprechen herzusagen, das es nicht halten kann und das es, wie wir wissen, gar nicht zu halten vorhat, so brächte uns das keine Ehre. Unser Vorschlag muß vernünftig und praktisch und von der Art sein, daß beide Parteien seine vollständige Durchführung für vorteilhaft halten.

Ich glaube, daß eine solche Verständigung möglich ist. Es sind viele Pläne denkbar, die in ihren Einzelheiten von einander abweichen. Ich lege unten einen Plan in den Unrissen dar, um anzudeuten, was etwa für Rußland annehmbar wäre und was wir mit Vorteil für uns selbst ihm anzubieten vermöchten.

Großbritannien ist Gläubigerin für mehr als sechs Siebentel der Kriegsschulden. Wir erwarten nicht, daß wir bezahlt werden. Erklären wir uns daher sogleich bereit, diese Ansprüche gegen die von Tschitscherin vorgebrachte Liste der Gegenansprüche aufzurechnen!

Wenn die Sowjetgewalt in Rußland als die de-jure-Regierung des Landes, aber nicht anderweitig anerkannt wird, so können die Inhaber der russischen Vorkriegsschuld mit Recht verlangen, daß diese Schuld anerkannt werde. Aber viele Regierungen, die ihre Schulden anerkennen, sind mit der Zinszahlung im Rückstande, und die Geschichte der letzten fünfzig Jahre ist an Präzedenzfällen reich, daß Länder, die durch Krieg, Mißregierung oder Revolution gelitten haben, sich mit ihren Gläubigern abgefunden haben. Private Kapitalisten, die einer fremden Regierung Geld leihen, übernehmen ein Risiko, und es gibt keinen völkerrechtlichen Grundsatz, der ihnen Gewähr bietet. Die Kapitalisten, die der Zarenregierung Geld geliehen

Kreditgewährung an Rußland!

Ein Vorschlag.

Von

[Nachdruck verboten.] 7

J. M. Keynes.

Wir geben die Ausführungen Professor Keynes', die, wie wir sofort erkannten, vom englischen Standpunkt aus geschrieben sind, nur unter ausdrücklichem Hinweis darauf wieder. Den Vorschlag selbst halten wir für durchaus diskutabel. Die Redaktion.

Genua, 18. April. (Telegraphisch.)

Das Abkommen Deutschlands mit Rußland über den gegenseitigen Schuldenverzicht ist an sich klug, aber in seiner Methode und in seinen äußeren Umständen unglücklich und verwickelt die Angelegenheiten. Aber es ist auch alarmierend. (Der Verfasser beurteilt diese Angelegenheit natürlich vom englischen Standpunkt aus, den wir absolut nicht zu teilen vermögen. Die Redaktion.) Tschitscherin erklärt sich grundsätzlich zur Schuldenanerkennung bereit; deshalb müßte eine Verständigung möglich sein. Aber er weicht der Anerkennung einer geschriebenen Verbindlichkeit aus, denn eine solche ist mehr, als sein Volk zu tragen bereit ist und für gerecht hält. Im Hinblick auf alles, was sich ereignet hat, würde Tschitscherin, wenn die Bolschewiken so sehr mala fide handelten, als allgemein angenommen wird, gern unmittelbare Vorteile um den Preis von Versprechungen erkaufen, die fünf Jahre lang nichts kosten und dann leicht abzuschütteln sind. Vielleicht hatte Lloyd George in dieser Weise kalkuliert. Aber selbst, wenn dies die richtige Psychologie aller Politiker ist, so ist die Auffassung ganzer Nationen bedeutend einfacher, und mit dieser einfacheren Einstellung muß noch gerechnet werden.

Wenn wir Rußland so behandeln, wie wir bereits Deutschland behandelt haben, und es durch wirtschaftliche Druckmittel zwingen, ein Versprechen herzusagen, das es nicht halten kann und das es, wie wir wissen, gar nicht zu halten vorhat, so brächte uns das keine Ehre. Unser Vorschlag muß vernünftig und praktisch und von der Art sein, daß beide Parteien seine vollständige Durchführung für vorteilhaft halten.

Ich glaube, daß eine solche Verständigung möglich ist. Es sind viele Pläne denkbar, die in ihren Einzelheiten von einander abweichen. Ich lege unten einen Plan in den Unrissen dar, um anzudeuten, was etwa für Rußland annehmbar wäre und was wir mit Vorteil für uns selbst ihm anzubieten vermöchten.

Großbritannien ist Gläubigerin für mehr als sechs Siebentel der Kriegsschulden. Wir erwarten nicht, daß wir bezahlt werden. Erklären wir uns daher sogleich bereit, diese Ansprüche gegen die von Tschitscherin vorgebrachte Liste der Gegenansprüche aufzurechnen!

Wenn die Sowjetgewalt in Rußland als die de-jure-Regierung des Landes, aber nicht anderweitig anerkannt wird, so können die Inhaber der russischen Vorkriegsschuld mit Recht verlangen, daß diese Schuld anerkannt werde. Aber viele Regierungen, die ihre Schulden anerkennen, sind mit der Zinszahlung im Rückstande, und die Geschichte der letzten fünfzig Jahre ist an Präzedenzfällen reich, daß Länder, die durch Krieg, Mißregierung oder Revolution gelitten haben, sich mit ihren Gläubigern abgefunden haben. Private Kapitalisten, die einer fremden Regierung Geld leihen, übernehmen ein Risiko, und es gibt keinen völkerrechtlichen Grundsatz, der ihnen Gewähr bietet. Die Kapitalisten, die der Zarenregierung Geld geliehen haben, haben ein großes Risiko übernommen und werden glücklich sein, überhaupt etwas zurück zu bekommen. Da die Russen ihre Schuld anerkannt haben, muß ihnen daher die gütliche Verständigung mit ihren Gläubigern zugestanden werden. Ich schlage vor, daß die neuen Bonds nach einem fünfjährigen Moratorium zwei Prozent Zinsen tragen sollten, was nach einer oberflächlichen Schätzung des Betrages der Vorkriegsschulden zwanzig Millionen im Jahre erfordern würde.

Es bleibt die Frage der Entschädigung der ausländischen Privatpersonen, deren Eigentum beschlagnahmt worden ist. Sie haben den bestbegründeten, sowohl durch Billigkeit als durch Zweckmäßigkeit gestützten Anspruch auf vollständige Schadloshaltung, ungeachtet der Bedingungen des russischen Abkommens mit Deutschland. Es kommen hierbei viele Einzelheiten in Frage, und Fälle verschiedener Art sind nach ihrer inneren Bedeutung zu beurteilen. Wo immer möglich, sollte das beschlagnahmte Eigentum den früheren Besitzern auf der Grundlage der Teilhaberschaft oder eines Gewinnbeteiligungs-Abkommens zwischen den Besitzern und der bolschewistischen Regierung, das die letztere anzubieten bereit ist, zurückgegeben werden. Diese Angebote erregen große

Enttäuschung, sie eröffnen aber doch einen Weg, auf dem das ausländische Kapital mit der ihm sehr nötigen Extrahierbarkeit eines gemeinsamen Interesses zwischen dem ausländischen Gewerbetreibenden und der Sowjetmacht wieder nach Rußland hineingelangen kann. Einen Teil der Regelung sollte jedoch die Bestimmung bilden, daß, wo eine Abmachung dieser Art durch gegenseitiges Einvernehmen nicht erreichbar ist, den enteigneten Besitzern das Recht zusteht, Schuldverschreibungen zum vollen Betrag ihres Eigentums, wie er durch eine schiedsrichterliche Kommission festgestellt ist, zu erhalten. Diese Schuldverschreibungen hätten nach einer fünfjährigen Moratoriumsfrist fünf Prozent Zinsen zu tragen. Ich habe die Zuversicht, daß der Betrag der so auszugebenden Schuldverschreibungen sich unter zweihundert Millionen Pfund Sterling halten und vielleicht die Hälfte dieser Summe nicht übersteigen würde.

Ein solcher Plan ist im Vergleich zu unseren gegenwärtigen Forderungen bescheiden, die sich, alle zusammengekommen, auf etwa 1600 bis 1800 Millionen Pfund Sterling belaufen; er bietet aber bei ruhiger Betrachtung den Gläubigern Rußlands einen Grad der Genugtuung, der noch vor kurzer Zeit fast für unmöglich gegolten hätte. Tatsächlich besteht auch jetzt noch viel Grund zu der Hoffnung, daß Rußland Zugeständnisse in diesem Umfange machen wird. Aber wenn wir Rußland ein Angebot auf ungefähr dieser Grundlage machen, so werden wir wenigstens in vernünftiger Art mit ihm reden und nichts fordern, dessen aufrichtige Annahme ausgeschlossen ist. Wenn die Gläubiger Rußlands sich auf mehr versteifen, nun, so werden sie sicher gar nichts bekommen.

Welche Reizmittel können wir der Sowjetmacht bieten, um sie zu veranlassen, auf halbem Wege entgegenzukommen? Die Annahme der Sowjets als der gesetzlichen Erben der Zarenschulden muß notwendig durch ein anderes begleitet werden. Wenn die Sowjets nicht die anerkannte Regierung Rußlands sind, haben wir keinen Grund zu der Forderung, daß sie die Schuld des Zaren bezahlen. Außerdem aber schlage ich, wenn auch zögernd und zögernd, vor, daß eine Kreditgewährung an Rußland zu rechtfertigen ist. Nicht allein um eine Verständigung herbeizuführen, sondern im Interesse des europäischen Wiederaufbaues. Rußland wird auf längere Zeit hinaus nicht von Bankiers oder Privatskapitalisten Geld zu leihen vermögen. Das politische Risiko ist zu groß. Der Wiederaufbau des Geschäftslebens kann daher nicht ohne einen Regierungskredit in Gang gebracht werden. Da die Vereinigten Staaten eine isolierte Stellung einnehmen, ist Großbritannien jetzt wahrscheinlich die einzige Macht, die solchen Kredit zu gewähren vermag, obgleich seine finanzielle Lage ein guter Grund ist, ihn abzuschlagen. Ich bin im allgemeinen ein Gegner bereitwilliger Öffnung der Börsen des Schatzamts, und mir kann nicht vorgeworfen werden, daß ich das Bedürfnis nach Sparsamkeit unterschätze.

Aber hier ist eine Gelegenheit zu einer Geldausgabe, die möglicherweise Folgen hat, die ganz außer Verhältnis zu dem Umfang der Ausgaben stehen. Wenn Rußland nur ein Jahr früher als es sonst tun würde, zur Wiederaufnahme von Nahrungsmitteln schreitet, so kann dies eine Herabsetzung des Weizenpreises zur Folge haben, die uns eine erhebliche Ersparnis in unserem Nahrungsaufwand bringen würde. Schon eine zehnprozentige Zunahme der auf dem Markt verfügbaren Vorräte kann einen ganz unverhältnismäßig großen Preisunterschied bewirken. Es wird lange Zeit erfordern, um Rußland als Nahrungsmittelherzeuger wieder an seine frühere Stelle zu bringen. Aber unser Interesse, dies zu bewirken, ist enorm. Und je früher wir damit beginnen, je früher werden wir den Nutzen davon haben. Außerdem kann eine bestimmte Handlungsweise, die zu greifbaren Ergebnissen führt, die ganze Maschine mit einem Ruck in Bewegung setzen. Wir müssen einen Anfang machen, mittels einer künstlichen Unterstützung in einem ziemlich wesentlichen Umfange und dann darauf vertrauen, daß später das Geschäftsleben sich selbst in Gang bringt.

Ich schlage daher vor, daß Großbritannien der Sowjetmacht als Teil einer allgemeinen Regelung einen Kredit von 50 Millionen Pfund Sterling bewilligt, der sich auf mehr als zwei Jahre verteilt. Das Geld soll für den Bezug britischer Waren zur Beförderung landwirtschaftlicher Erzeugung, also Werkzeuge oder Maschinen, ausgegeben werden oder zur Verbesserung der Verkehrsverbindungen, zunächst zum Zweck der Bänderung der russischen Hungersnot und später zur Belebung der Ausfuhr. Ein Teil der Waren könnte vielleicht von Deutschland geliefert werden. In diesem Falle würde der Wert dieser Waren Deutschland gegen Beträge, die es

England auf Reparationskonto schuldet, zu kreditieren sein. Wenn eine andere Regierung sich an dieser Kreditgewährung zu beteiligen wünscht, um so besser. Es ist aber nicht wesentlich, daß jede Macht dieser Regelung beiträgt. Die skizzierten Bedingungen würden den Staatsangehörigen derjenigen Mächte zugestanden werden, die als Gegenleistung die de jure-Anerkennung aussprechen. Wenn ein Land für sich die Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes vorzöge, so würde ihm das unverwehrt bleiben.

Ich kann die Politik der vollständigen Ablehnung der bolschewistischen Regierung verstehen. Aber Genau tritt unter einer ganz anderen Voraussetzung zusammen. Das ganze Unternehmen mag eitel sein, aber wenn wir überhaupt daran gehen, mit den Russen zu verhandeln, so müssen wir es nach realistischen Richtlinien tun. Mit einer Art Verzweiflung sieht man sich in die furchterliche Atmosphäre von Versailles zurückversetzt, indem eine Schuldverpflichtung erörtert, und dabei darauf bestanden wird, daß als erste Bedingung die Gegenpartei ein öffentliches Bekenntnis ablege, daß, wie beide Parteien wissen, falsch ist.

Frankreich verlangt Annullierung des deutsch-russischen Vertrages?

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

2 Paris, 18. April.

Der Ministerrat wurde heute bereits um 9 Uhr vormittags einberufen, um sich mit der veränderten Situation in Genau zu beschäftigen. Zugegen waren nur die Minister Mannoury (Inneres), Dier (Handel), Raibet (befreite Gebiete), Strauß (Hygiene), Bayronnet (Arbeit), Laffont (Unterstaatssekretär im Postministerium). Ministerpräsident Poincaré traf kurz nach 8 Uhr am Quai d'Orsay ein, nachdem er während der Nacht mit Barthou mehrfach telephonierte und ihm die ersten Instruktionen erteilt hatte. Die Beratung der Minister dauerte nur eine Stunde. Eine amtliche Note über die gefassten Beschlüsse wurde nicht aus gegeben. Es scheint, daß die sechs Minister, von denen keiner in den auswärtigen Angelegenheiten etwas zu tun hat, sich auf den Vorschlag Poincarés hin geeinigt haben, zunächst das Resultat der Beratungen der Sachverständigen in Genau abzuwarten. Diese von Barthou beantragte Beratung gilt der Prüfung, ob der Abschluß des Vertrages zwischen Deutschland und Rußland nach den Bestimmungen des Friedensvertrages erlaubt war. Es besteht hier die Auffassung, daß nach dem Artikel 260 des Vertrages von Versailles Deutschland nicht das Recht hat, über seine Forderungen an Rußland zu verfügen. Die Reparationskommission besitzt für diese Forderungen das Vorrecht. Auch die Grundzüge des Abkommens von Cannes sind nach der Meinung der französischen Regierung durch den Abschluß dieses Sonderabkommens verletzt. Die französische Delegation hat demgemäß die Anweisung erhalten, den anderen Verbündeten vorzuschlagen, daß in den Erklärungen, die an die deutsche und an die russische Delegation gerichtet werden sollen, die Annullierung des in Rapallo unterzeichneten Vertrages verlangt werden müsse. Sollten gegen diesen Beschluß Bedenken geltend gemacht werden, so müßte die französische Delegation neue Instruktionen von der Regierung einholen. Poincaré hat gleichzeitig dem Präsidenten der Republik über den Abschluß des deutsch-russischen Vertrages telegraphisch berichtet und ihm die Anweisungen mitgeteilt, die nach Genau gegangen sind. Außer dem Artikel 260 des Friedensvertrages ist nach französischer Auffassung auch der Artikel 236 verletzt worden, nach dem Deutschland sich damit einverstanden erklärt hat, daß seine wirtschaftlichen Hilfsquellen für die Wiedergutmachung verwendet werden.

Die Kommentare der Abendzeitungen können, bis auf das des „Temps“, von dem noch zu sprechen sein wird, übergangen werden. Sie enthalten alle den Ton der Enttäuschung über die „Moralität“ der Deutschen und der Russen und verraten gleichzeitig eine Art Genugtuung darüber, daß Lloyd George, der Beschützer Deutschlands und Rußlands, mit seinen Schützlingen so üble Erfahrungen gemacht hat. (1) Etwas anders ist die Ansicht des „Temps“, die wahrscheinlich den Standpunkt der Regierung wiedergibt. Das Blatt will ohne jede Aufregung die Tatsachen prüfen und stellt zunächst fest, daß die Verhandlungen zwischen Deutschland und Rußland seit langem bekannt waren. Dr. Rathenau habe in seiner letzten Reichstagsrede vom 20. März erklärt, daß solche Verhandlungen stattfinden, und daß er sie mit allen Mitteln zu fördern gedachte. Es sei so gut wie gewiß, daß der Vertrag bereits in Berlin fertig gestellt war, und daß ihm nur noch die Unterschriften fehlten. Der „Temps“ fragt, wie es möglich sei, daß der englische Botschafter Lord d'Abernon

Nessun maggior dolore?

Von [Nachdruck verboten.]

Ferdinand v. Hornstein.

Ich frage zunächst ganz allgemein: Siegt darin, daß die Menge sich eines Dichtermotors bemächtigt, das vielleicht nur eine durch

täuschungen und Kämpfe eines als richtig erkannten Berufes beritten, und der Schmerz, einen geliebten Menschen nie getauft zu haben, kann viel größer sein, als der, ihn verloren zu haben.

Selbst in der Hölle muß, wenn die Höllestraße nicht in der Qual des trübseligen Vergleichens bestehen soll, der Gedanke an schönere, bessere Zeiten ein geringerer Schmerz sein, als der an die immer alsdann trostlose Gegenwart. Es ist wenigstens ein Gedanken-

09467 - 0009 K46

Signatur

Datum

1922

Berliner Tageblatt

Nr. 113

russischen Vertrag.

Landkommission.

Kreditgewährung an Rußland!

Ein Vorschlag.

Von J. M. Keynes.

[Nachdruck verboten.]

Wir geben die Ausführungen Professor Keynes', die, wie wir sofort erkannten, vom englischen Standpunkt aus geschrieben sind, nur unter ausdrücklichem Hinweis darauf wieder. Den Vorschlag selbst halten wir für durchaus diskutabel. Die Redaktion.

Genua, 18. April. (Telegraphisch.)

Das Abkommen Deutschlands mit Rußland über den gegenseitigen Schuldenverzicht ist an sich klug, aber in seiner Methode und in seinen äußeren Umständen unglücklich und verwickelt die Angelegenheiten. Aber es ist auch alarmierend. (Der Verfasser beurteilt diese Angelegenheit natürlich vom englischen Standpunkt aus, den wir absolut nicht zu teilen vermögen. Die Redaktion.) Tschitscherin erklärt sich grundsätzlich zur Schuldenanerkennung bereit; deshalb müßte eine Verständigung möglich sein. Aber er weicht der Anerkennung einer geschriebenen Verbindlichkeit aus, denn eine solche ist mehr, als sein Volk zu tragen bereit ist und für gerecht hält. Im Hinblick auf alles, was sich ereignet hat, würde Tschitscherin, wenn die Bolschewiken so sehr mala fide handelten, als allgemein angenommen wird, gern unmittelbare Vorteile um den Preis von Versprechungen erkaufen, die fünf Jahre lang nichts kosten und dann leicht abzuschütteln sind. Vielleicht hatte Lloyd George in dieser Weise kalkuliert. Aber selbst, wenn dies die richtige Psychologie aller Politiker ist, so ist die Auffassung ganzer Nationen bedeutend einfacher, und mit dieser einfacheren Einstellung muß noch gerechnet werden.

Wenn wir Rußland so behandeln, wie wir bereits Deutschland behandelt haben, und es durch wirtschaftliche Druckmittel zwingen, ein Versprechen herzusagen, das es nicht halten kann und das es, wie wir wissen, gar nicht zu halten vorhat, so brächte uns das keine Ehre. Unser Vorschlag muß vernünftig und praktisch und von der Art sein, daß beide Parteien seine vollständige Durchführung für vorteilhaft halten.

Ich glaube, daß eine solche Verständigung möglich ist. Es sind viele Pläne denkbar, die in ihren Einzelheiten von einander abweichen. Ich lege unten einen Plan in den Arrissen dar, um anzudeuten, was etwa für Rußland annehmbar wäre und was wir mit Vorteil für uns selbst ihm anzubieten vermöchten.

Großbritannien ist Gläubigerin für mehr als sechs Siebentel der Kriegsschulden. Wir erwarten nicht, daß wir bezahlt werden. Erklären wir uns daher sogleich bereit, diese Ansprüche gegen die von Tschitscherin vorgebrachte Liste der Gegenansprüche aufzurechnen!

Wenn die Sowjetgewalt in Rußland als die de-jure-Regierung des Landes, aber nicht anderweitig anerkannt wird, so können die Inhaber der russischen Vorkriegsschuld mit Recht verlangen, daß diese Schuld anerkannt werde. Aber viele Regierungen, die ihre Schulden anerkennen, sind mit der Zinszahlung im Rückstand, und die Politik...

Kreditgewährung an Rußland!

Ein Vorschlag.

Von

[Nachdruck verboten.]

J. M. Keynes.

Wir geben die Ausführungen Professor Keynes' die, wie wir sofort erkannten, vom englischen Standpunkt aus geschrieben sind, nur unter ausdrücklichem Hinweis darauf wieder. Den Vorschlag selbst hatten wir für durchaus diskutabel. Die Redaktion.

Genua, 18. April. (Telegraphisch.)

Das Abkommen Deutschlands mit Rußland über den gegenseitigen Schuldenverzicht ist an sich klug, aber in seiner Methode und in seinen äußeren Umständen unglücklich und verwickelt die Angelegenheiten. Aber es ist auch alarmierend. (Der Verfasser beurteilt diese Angelegenheit natürlich vom englischen Standpunkt aus, den wir absolut nicht zu teilen vermögen. Die Redaktion.) Tschitscherin erklärt sich grundsätzlich zur Schuldanerkennung bereit; deshalb müßte eine Verständigung möglich sein. Aber er weicht der Anerkennung einer geschriebenen Verbindlichkeit aus, denn eine solche ist mehr, als sein Volk zu tragen bereit ist und für gerecht hält. Im Hinblick auf alles, was sich ereignet hat, würde Tschitscherin, wenn die Bolschewiken so sehr mala fide handelten, als allgemein angenommen wird, gern unmittelbare Vorteile um den Preis von Versprechungen erkaufen, die fünf Jahre lang nichts kosten und dann leicht abzuschütteln sind. Vielleicht hatte Lloyd George in dieser Weise kalkuliert. Aber selbst, wenn dies die richtige Psychologie aller Politiker ist, so ist die Auffassung ganzer Nationen bedeutend einfacher, und mit dieser einfacheren Einstellung muß noch gerechnet werden.

Wenn wir Rußland so behandeln, wie wir bereits Deutschland behandelt haben, und es durch wirtschaftliche Druckmittel zwingen, ein Versprechen herzusagen, das es nicht halten kann und das es, wie wir wissen, gar nicht zu halten vorhat, so brächte uns das keine Ehre. Unser Vorschlag muß vernünftig und praktisch und von der Art sein, daß beide Parteien seine vollständige Durchführung für vorteilhaft halten.

Ich glaube, daß eine solche Verständigung möglich ist. Es sind viele Pläne denkbar, die in ihren Einzelheiten voneinander abweichen. Ich lege unten einen Plan in den Anhängen dar, um anzudeuten, was etwa für Rußland annehmbar wäre und was wir mit Vorteil für uns selbst ihm anzubieten vermöchten.

Großbritannien ist Gläubigerin für mehr als sechs Siebentel der Kriegsschulden. Wir erwarten nicht, daß wir bezahlt werden. Erklären wir uns daher sogleich bereit, diese Ansprüche gegen die von Tschitscherin vorgebrachte Liste der Gegenansprüche aufzurechnen!

Wenn die Sowjetgewalt in Rußland als die de-jure-Regierung des Landes, aber nicht anderweitig anerkannt wird, so können die Inhaber der russischen Vorkriegsschuld mit Recht verlangen, daß diese Schuld anerkannt werde. Aber viele Regierungen, die ihre Schulden anerkennen, sind mit der Zinszahlung im Rückstande, und die Geschichte der letzten fünfzig Jahre ist an Präzedenzfällen reich, daß Länder, die durch Krieg, Mißregierung oder Revolution gelitten haben, sich mit ihren Gläubigern abgefunden haben. Private Kapitalisten, die einer fremden Regierung Geld leihen, übernehmen ein Risiko, und es gibt keinen völkerrechtlichen Grundsatz, der ihnen Gewähr bietet. Die Kapitalisten, die der zaristischen Regierung Geld geliehen haben, haben ein großes Risiko übernommen und werden glücklich sein, überhaupt etwas zurück zu bekommen. Da die Russen ihre Schuld anerkannt haben, muß ihnen daher die gütliche Verständigung mit ihren Gläubigern zugestanden werden. Ich schlage vor, daß die neuen Bonds nach einem fünfjährigen Moratorium zwei Prozent Zinsen tragen sollten, was nach einer oberflächlichen Schätzung des Betrages der Vorkriegsschulden zwanzig Millionen im Jahre erfordern würde.

Es bleibt die Frage der Entschädigung der ausländischen Privatpersonen, deren Eigentum beschlagnahmt worden ist. Sie haben den bestbegründeten, sowohl durch Billigkeit als durch Zweckmäßigkeit gestützten Anspruch auf vollständige Schadloshaltung, ungeachtet der Bedingungen des russischen Abkommens mit Deutschland. Es kommen hierbei viele Einzelheiten in Frage, und Fälle verschiedener Art sind nach ihrer inneren Bedeutung zu beurteilen. Wo immer möglich, sollte das beschlagnahmte Eigentum den früheren Besitzern auf der Grundlage der Teilhaberschaft oder eines Gewinnbeteiligungs-Abkommens zwischen den Besitzern und der bolschewistischen Regierung, das die letztere anzubieten bereit ist, zurückgegeben werden. Diese Angebote erregen große

Entzifferung, sie eröffnen aber doch einen Weg, auf dem das ausländische Kapital mit der ihm sehr nötigen Extrasicherheit eines gemeinsamen Interesses zwischen dem ausländischen Gewerbetreibenden und der Sowjetmacht wieder nach Rußland hineingelangen kann. Einen Teil der Regelung sollte jedoch die Bestimmung bilden, daß, wo eine Abmachung dieser Art durch gegenseitiges Einverständnis nicht erreichbar ist, den enteigneten Besitzern das Recht zusteht, Schuldverschreibungen zum vollen Betrag ihres Eigentums, wie er durch eine schiedsrichterliche Kommission festgestellt ist, zu erhalten. Diese Schuldverschreibungen hätten nach einer fünfjährigen Moratoriumsfrist fünf Prozent Zinsen zu tragen. Ich habe die Zuversicht, daß der Betrag der so auszubehenden Schuldverschreibungen sich unter zweihundert Millionen Pfund Sterling halten und vielleicht die Hälfte dieser Summe nicht übersteigen würde.

Ein solcher Plan ist im Vergleich zu unseren gegenwärtigen Forderungen bescheiden, die sich, alle zusammen genommen, auf etwa 1600 bis 1800 Millionen Pfund Sterling belaufen; er bietet aber bei ruhiger Betrachtung den Gläubigern Rußlands einen Grad der Genugtuung, der noch vor kurzer Zeit fast für unmöglich gegolten hätte. Tatsächlich besteht auch jetzt noch viel Grund zu der Hoffnung, daß Rußland Zugeständnisse in diesem Umfange machen wird. Aber wenn wir Rußland ein Angebot auf ungefähr dieser Grundlage machen, so werden wir wenigstens in vernünftiger Art mit ihm reden und nichts fordern, dessen aufrichtige Annahme ausgeschlossen ist. Wenn die Gläubiger Rußlands sich auf mehr versteifen, nun, so werden sie sicher gar nichts bekommen.

Welche Reizmittel können wir der Sowjetmacht bieten, um sie zu veranlassen, auf halbem Wege entgegenzukommen? Die Annahme der Sowjets als der gesetzlichen Erben der Zarenschulden muß notwendig durch ein anderes begleitet werden. Wenn die Sowjets nicht die anerkannte Regierung Rußlands sind, haben wir keinen Grund zu der Forderung, daß sie die Schuld des Zaren bezahlen. Außerdem aber schlage ich, wenn auch zweifelnd und zögernd, vor, daß eine Kreditgewährung an Rußland zu rechtfertigen ist. Nicht allein um eine Verstärkung herbeizuführen, sondern im Interesse des europäischen Wiederaufbaues. Rußland wird auf längere Zeit hinaus nicht von Bankiers oder Privatkapitalisten Geld zu leihen vermögen. Das politische Risiko ist zu groß. Der Wiederaufschwung des Geschäftslebens kann daher nicht ohne einen Regierungskredit in Gang gebracht werden. Da die Vereinigten Staaten eine isolierte Stellung einnehmen, ist Großbritannien jetzt wahrscheinlich die einzige Macht, die solchen Kredit zu gewähren vermag, obschon seine finanzielle Lage ein guter Grund ist, ihn abzuschlagen. Ich bin im allgemeinen ein Gegner bereitwilliger Deckung der Börse des Schatzamts, und mir kann nicht vorgeworfen werden, daß ich das Bedürfnis nach Sparsamkeit unterschätze.

Aber hier ist eine Gelegenheit zu einer Geldausgabe, die möglicherweise Folgen hat, die ganz außer Verhältnis zu dem Umfang der Ausgaben stehen. Wenn Rußland nur ein Jahr früher als es sonst tun würde, zur Wiederausfuhr von Nahrungsmitteln schreitet, so kann dies eine Herabsetzung des Weizenpreises zur Folge haben, die uns eine erhebliche Erparnis in unserem Nahrungsaufwand bringen würde. Schon eine zehnprozentige Zunahme der auf dem Markt verfügbaren Vorräte kann einen ganz unüberhältnismäßig großen Preisunterschied bewirken. Es wird lange Zeit erfordern, um Rußland als Nahrungsmittelproduzent wieder an seine frühere Stelle zu bringen. Aber unser Interesse, dies zu bewirken, ist enorm. Und je früher wir damit beginnen, je früher werden wir den Nutzen davon haben. Außerdem kann eine bestimmte Handlungsweise, die zu greifbaren Ergebnissen führt, die ganze Maschine mit einem Ruck in Bewegung setzen. Wir müssen einen Anfang machen, mittels einer künstlichen Unterstützung in einem ziemlich wesentlichen Umfange und dann darauf vertrauen, daß später das Geschäftsleben sich selbst in Gang bringt.

Ich schlage daher vor, daß Großbritannien der Sowjetmacht als Teil einer allgemeinen Regelung einen Kredit von 50 Millionen Pfund Sterling bewillige, der sich auf mehr als zwei Jahre verteilt. Das Geld soll für den Bezug britischer Waren zur Beförderung landwirtschaftlicher Erzeugung, also Werkzeuge oder Maschinen, ausgegeben werden oder zur Verbesserung der Verkehrsverbindungen, zunächst zum Zweck der Vinderung der russischen Hungersnot und später zur Belebung der Ausfuhr. Ein Teil der Waren könnte vielleicht von Deutschland geliefert werden. In diesem Falle würde der Wert dieser Waren Deutschland gegen Beträge, die es

England auf Reparationskonto schuldet, zu kreditieren sein. Wenn eine andere Regierung sich an dieser Kreditgewährung zu beteiligen wünscht, um so besser. Es ist aber nicht wesentlich, daß jede Macht dieser Regelung beiträgt. Die skizzierten Bedingungen würden den Staatsangehörigen derjenigen Mächte zugestanden werden, die als Gegenleistung die die Anerkennung aussprechen. Wenn ein Land für sich die Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes vorzöge, so würde ihm das unverwehrt bleiben.

Ich kann die Politik der vollständigen Ablehnung der bolschewistischen Regierung verstehen. Aber Genua tritt unter einer ganz anderen Voraussetzung zusammen. Das ganze Unternehmen mag eitel sein, aber wenn wir überhaupt daran gehen, mit den Russen zu verhandeln, so müssen wir es nach realistischen Richtlinien tun. Mit einer Art Verzweiflung sieht man sich in die furchterliche Atmosphäre von Versailles zurückversetzt, indem eine Schuldverpflichtung erörtert, und dabei darauf bestanden wird, daß als erste Bedingung die Gegenpartei ein öffentliches Bekenntnis ablege, das, wie beide Parteien wissen, falsch ist.

Frankreich verlangt Annullierung des deutsch-russischen Vertrages?

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

2 Paris, 18. April.

Der Ministerrat wurde heute bereits um 9 Uhr vormittags einberufen, um sich mit der veränderten Situation in Genua zu beschäftigen. Zugegen waren nur die Minister Maunoury (Inneres), Dier (Handel), Raibet (befreite Gebiete), Strauß (Hygiene), Poincaré (Arbeit), Laffont (Unterstaatssekretär im Postministerium). Ministerpräsident Poincaré traf kurz nach 8 Uhr am Quai d'Orsay ein nachdem er während der Nacht mit Barthou mehrfach telephonierte und ihm die ersten Instruktionen erteilt hatte. Die Beratung der Minister dauerte nur eine Stunde. Eine amtliche Note über die gefassten Beschlüsse wurde nicht ausgegeben. Es scheint, daß die sechs Minister, von denen keiner in den auswärtigen Angelegenheiten etwas zu tun hat, sich auf den Vorschlag Poincarés hin geeinigt haben, zunächst das Resultat der Beratungen der Sachverständigen in Genua abzuwarten. Diese von Barthou beantragte Beratung gilt der Prüfung, ob der Abschluß des Vertrages zwischen Deutschland und Rußland nach den Bestimmungen des Friedensvertrages erlaubt war. Es besteht hier die Auffassung, daß nach dem Artikel 260 des Vertrages von Versailles Deutschland nicht das Recht hat, über seine Forderungen an Rußland zu verfügen. Die Reparationskommission besitzt für diese Forderungen das Vorrecht. Auch die Grundzüge des Abkommens von Cannes sind nach der Meinung der französischen Regierung durch den Abschluß dieses Sonderabkommens verletzt. Die französische Delegation hat demgemäß die Anweisung erhalten, den anderen Verbündeten vorzuschlagen, daß in den Erklärungen, die an die deutsche und an die russische Delegation gerichtet werden sollen, die Annullierung des in Rapallo unterzeichneten Vertrages verlangt werden müsse. Sollten gegen diesen Beschluß Bedenken geltend gemacht werden, so müßte die französische Delegation neue Instruktionen von der Regierung einholen. Poincaré hat gleichzeitig dem Präsidenten der Republik über den Abschluß des deutsch-russischen Vertrages telegraphisch berichtet und ihm die Anweisungen mitgeteilt, die nach Genua gegangen sind. Außer dem Artikel 260 des Friedensvertrages ist nach französischer Auffassung auch der Artikel 236 verletzt worden, nach dem Deutschland sich damit einverstanden erklärt hat, daß seine wirtschaftlichen Hilfsquellen für die Wiedergutmachung verwendet werden.

Die Kommentare der Abendzeitungen können, bis auf das des „Temps“, von dem noch zu sprechen sein wird, übergangen werden. Sie enthalten alle den Ton der Entrüstung über die „Loyalität“ der Deutschen und der Russen und verraten gleichzeitig eine Art Genugtuung darüber, daß Lloyd George, der Beschützer Deutschlands und Rußlands, mit seinen Schützlingen so üble Erfahrungen gemacht hat. (!) Etwas anders ist die Ansicht des „Temps“, die wahrscheinlich den Standpunkt der Regierung wiedergibt. Das Blatt will ohne jede Aufregung die Tatsachen prüfen und stellt zunächst fest, daß die Verhandlungen zwischen Deutschland und Rußland seit langem bekannt waren. Dr. Rathenau habe in seiner letzten Reichstagsrede vom 29. März erklärt, daß solche Verhandlungen stattfänden, und daß er sie mit allen Mitteln zu fördern gedachte. Es sei so gut wie gewiß, daß der Vertrag bereits in Berlin fertiggestellt war, und daß ihm nur noch die Unterschriften fehlten. Der „Temps“ fragt, wie es möglich sei, daß der englische Botschafter Lord d'Abernon

Nessun maggior dolore?

Von [Nachdruck verboten.]

Ferdinand v. Hornstein.

Ich frage zunächst ganz allgemein: Siegt darin, daß die Menge

täuschungen und Kämpfe eines als richtig erkannten Berufes bereiten, und der Schmerz, einen geliebten Menschen nie gekannt zu haben, kann viel größer sein, als der, ihn verloren zu haben.

Selbst in der Hölle muß, wenn die Höllestrafe nicht in der Qual des trübseligen Vergleichens bestehen soll, der Gedanke an schönere, bessere Zeiten ein geringerer Schmerz sein, als der an die

Keynes
Signatur *P. John M.*
Datum *19 April* 192*9*.

09467 0010 000

Hamburger Fremdenblatt

Nr. *182*



Der englische Wirtschaftspolitiker Keynes.

Keynes
Jahr 1922
April

09467 10011 000

Deutsche Tages-Zeitung (Berlin)

Nr.

Keynes für deutsche Fronarbeit.

Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht einen, wie es sagt „durchaus diskutablen“ Vorschlag des englischen Professors J. M. Keynes über „Kreditgewährung an Rußland!“. Das Blatt fügt noch hinzu, daß es sofort erkannt habe, daß dieser Vorschlag vom englischen Standpunkt aus geschrieben sei. Diesen Scharfsinn des B. T. wird wirklich niemand bewundern können. Keynes schlägt vor, daß Großbritannien der Sowjetmacht als Teil einer allgemeinen Regelung einen Kredit von 50 Millionen Pfund Sterling bewilligte, der sich auf mehr als zwei Jahre verteilt. Das Geld solle für den Bezug britischer Waren zur Förderung (das scharfsinnige B. T. drückt Beförderung in schlechtem Israelitendeutsch) landwirtschaftlicher Erzeugung, also Werkzeuge oder Maschinen, ausgegeben werden oder zur Verbesserung der Verkehrsverbindungen, zunächst zum Zweck der Vinderung der russischen Hungersnot und später zur Belebung der russischen Ausfuhr. Bis dahin kann man an diesem Vorschlage nichts besonderes finden. Des Pudels Kern kommt aber dann mit folgendem weiteren Vorschlage:

„Ein Teil der Waren könnte vielleicht von Deutschland geliefert werden. In diesem Falle würde der Wert dieser Waren Deutschlands gegen Beiträge, die es England auf Reparationskonto schuldet, zu kreditieren sein“.

Das Wort kreditieren ist hier mit „gutschreiben“ zu übersetzen. Der Betrag würde also Deutschland auf Reparationskonto gutgeschrieben werden. Sehr freundlich von Herrn Prof. Keynes, daß er uns hier sein wahres Herz offenbart hat. Es schlägt genau so, wie das der Mitglieder

des Vereins englischer Industrieller, die für Deutschland in aller Welt Fronarbeit schaffen wollen zugunsten der sogenannten Kultur, der Engländer sagt „Menschheit“, und zur besseren Füllung des englischen Geldbeutels. Das „Berliner Tageblatt“ aber hält diesen Vorschlag von Keynes für „durchaus diskutabel“. Es fühlt eben auch — englisch.

094671 0012 000

The Manchester Guardian

Nr 23.612

MR. KEYNES AT GENOA.



Mr. J. M. Keynes, whose despatches on the Genoa Conference are at present appearing in our columns.

Die entscheidenden Verhandlungen mit Rußland.

Vorschlag zu einem großen Kredit an die Sowjet- regierung.

Von John Maynard Keynes.

Die folgenden Ausführungen erhalten besondere Bedeutung durch die wesentlich verbesserten Aussichten auf einen Ausgleich zwischen der Entente und Rußland.

Genève, 18. April.

Die Abmachungen zwischen Deutschland und Rußland über die Streichung der beiderseitigen Verpflichtungen, an sich klug, aber was die Form und den Zeitpunkt betrifft, nicht glücklich, bedeuten eine Komplizierung der Lage. (Wir vermögen diese Auffassung nicht zu teilen. Anm. d. Red.) Sie haben aber auch daneben den Wert einer Warnung.

Tschitscherin erklärt sich grundsätzlich zur Schuldenanerkennung bereit; deshalb müßte eine Verständigung möglich sein. Aber er weicht der Anerkennung einer geschriebenen Verbindlichkeit aus, denn eine solche wäre mehr, als sein Volk zu tragen bereit ist und für gerecht hält. Mit Rücksicht auf alles, was sich ereignet hat, würde Tschitscherin, wenn die Bolschewisten so sehr mala fide handelten, als allgemein angenommen wird, gern unmittelbare Vorteile um den Preis von Versprechungen einkaufen, die fünf Jahre lang nichts kosten und dann leicht abzuschütteln sind. Vielleicht hat Lloyd-George in dieser Weise kalkuliert. Aber selbst, wenn dies die richtige Psychologie jedes Politikers ist, so ist die Auffassung ganzer Nationen bedeutend einfacher, und mit dieser einfacheren Einstellung muß noch gerechnet werden. Wenn wir Rußland behandeln, wie wir bisher Deutschland behandelt haben, und es durch wirtschaftliche Pressionen zwingen, ein Versprechen herunterzuliefern, das es nicht halten kann und das es, wie wir wissen, gar nicht zu halten vorhat, so brächte uns das keine Ehre. Unser Vorschlag muß vernünftig und praktisch und von der Art sein, daß beide Parteien seine vollständige Durchführung für vorteilhaft halten. Ich glaube, daß eine solche Lösung möglich ist. Es sind viele Pläne denkbar, die in ihren Einzelheiten voneinander abweichen. Ich lege einen derselben in großen Umrissen dar, um zu erörtern, was etwa für Rußland annehmbar wäre und was wir mit Vorteil für uns selbst ihm anzubieten vermöchten.

Großbritannien ist Gläubiger für mehr als sechs Siebentel der Kriegsschulden. Wir erwarten nicht, daß wir bezahlt werden. Erklären wir uns daher sogleich bereit, diese Ansprüche gegen die von Tschitscherin vorgelegte Liste der Gegenansprüche aufzurechnen. Wenn die Sowjetgewalt in Rußland als de jure-Regierung des Landes, wenn auch nicht anders, anerkannt wird, so können die Inhaber der russischen Vorkriegsschuld mit Recht verlangen, daß diese Schuld anerkannt werde. Aber viele Regierungen, die ihre Schulden anerkennen, sind mit der Zinszahlung im Rückstande, und die Geschichte der letzten fünfzig Jahre ist an Präzedenzfällen reich, daß Länder, die durch Krieg, Mißregierung oder Revolution gelitten haben,

sich mit ihren Gläubigern abgefunden haben. Private Kapitalisten, die einer fremden Regierung Geld leihen, übernehmen ein Risiko, und es gibt keinen völkerrechtlichen Grundlag, der ihnen Gewähr bietet. Die Kapitalisten, die der Zarenregierung Geld geliehen haben, haben ein großes Risiko übernommen und werden glücklich sein, überhaupt etwas zurückzubekommen. Wenn die Russen ihre Schuld anerkennen, muß man ihnen die gütliche Verständigung mit ihren Gläubigern zugestehen. Ich schlage vor, daß die neuen Bonds nach einem fünfjährigen Moratorium zwei Prozent Zinsen tragen sollten, was nach einer oberflächlichen Schätzung des Betrages der Vorkriegsschulden zwanzig Millionen im Jahre erfordern würde.

Es bleibt die Frage der Entschädigung der ausländischen Privatpersonen, deren Eigentum beschlagnahmt worden ist. Sie haben den bestbegründeten, sowohl durch Billigkeit als durch Zweckmäßigkeit gestützten Anspruch auf vollständige Schadloshaltung, ungeachtet der Bedingungen des russischen Abkommens mit Deutschland. Es kommen hierbei viele Einzelheiten in Frage, und Fälle verschiedener Art sind nach ihrer inneren Bedeutung zu beurteilen. Wo immer möglich, sollte das beschlagnahmte Eigentum auf der Grundlage der Teilhaberschaft oder eines Gewinnbeteiligungsabkommens zwischen den Besitzern und der bolschewistischen Regierung zurückgegeben werden. Dieser Plan erregt große Entrüstung, er eröffnet aber doch einen Weg, auf dem das ausländische Kapital mit der ihm sehr nötigen Sicherheit eines gemeinsamen Interesses zwischen den ausländischen Gewerbetreibenden und der Sowjetmacht wieder nach Rußland hineinkommen kann. Einen Teil der Regelung sollte jedoch die Bestimmung bilden, daß, wo eine Abmachung dieser Art durch gegenseitiges Einvernehmen nicht erreichbar ist, den enteigneten Besitzern das Recht zusteht, Schuldverschreibungen zum vollen Betrag ihres Eigentums, wie er durch eine schiebichterliche Kommission festgestellt ist, zu erhalten. Diese Schuldverschreibungen hätten nach einer fünfjährigen Moratoriumsfrist fünf Prozent Zinsen zu tragen. Ich hoffe durchaus, daß der Betrag der so auszugebenden Schuldverschreibungen sich unter zweihundert Millionen Pfund Sterling halten und vielleicht nur die Hälfte dieser Summe ausmachen würde.

Ein solcher Plan ist im Vergleich zu unseren gegenwärtigen Forderungen bescheiden, die sich, alle zusammen genommen, auf etwa 1600 bis 1800 Millionen Pfund Sterling belaufen; er bietet aber bei ruhiger Betrachtung den Gläubigern Rußlands einen Grad der Gemütsruhe, der noch vor kurzer Zeit fast für unmöglich gegolten hatte. Tatsächlich ist die Hoffnung berechtigt, daß Rußland Anstöße in diesem Ausmaße machen wird. Jedenfalls würden wir, wenn wir Rußland ein Angebot auf ungefähr dieser Grundlage machen, wenigstens in vernünftiger Art mit ihm reden können und nichts fordern, was die Russen aufrichtigerweise nicht annehmen könnten. Wenn die Gläubiger Rußlands sich auf mehr versteifen, zum so werden sie sicher gar nichts bekommen. Was können wir der Sowjetmacht bieten, um sie zu veranlassen, uns auf halbem Wege entgegenzukommen? Die Bezeichnung der Sowjets als der gesetzlichen Erben der Zarschulden muß notwendig zu einem zweiten Schritt führen. Wenn die Sowjets nicht die aner-

kannte Regierung Rußlands sind, haben wir keinen Grund zu der Forderung, daß sie die Schuld des Zaren bezahlen müssen. Außerdem aber erkläre ich, wenn auch nicht ohne Bögen, daß die Kreditgewährung an Rußland durchaus gerechtfertigt werden kann. Nicht allein um eine Verständigung herbeizuführen, sondern im Interesse des europäischen Wiederaufbaues. Rußland wird auf längere Zeit hinaus nicht von Bankiers oder Privatkapitalisten Geld zu leihen vermögen. Das politische Risiko ist zu groß. Der Wiederaufschwung des Geschäftslebens kann daher nicht ohne einen Regierungskredit in Gang gebracht werden. Da die Vereinigten Staaten eine isolierte Stellung einnehmen, ist Großbritannien jetzt wahrscheinlich die einzige Macht, die diesen Kredit zu gewähren vermag, obschon seine finanzielle Lage Grund genug wäre, ihn abzuschlagen.

Ich bin im allgemeinen ein Gegner bereitwilliger Öffnung der Börse des Schatzamtes, und mir kann nicht vorgeworfen werden, daß ich das Bedürfnis nach Sparsamkeit unterschätze. Allein hier ist eine Gelegenheit zu einer Ausgabe, die möglicherweise Früchte zeitigen kann, die ganz außer Verhältnis zu dem angewendeten Kapital stehen. Wenn Rußland nur ein Jahr früher, als es sonst möglich wäre, zur Wiederausfuhr von Nahrungsmitteln schreitet, so kann dies eine Herabsetzung des Weizenpreises zur Folge haben, die uns eine erhebliche Ersparnis in unserem Nahrungsaufwand bringen würde. Schon eine zehnprozentige Zunahme der auf dem Markt verfügbaren Vorräte kann einen ganz unverhältnismäßig großen Preisunterschied bewirken. Es wird lange Zeit erfordern, um Rußland als Nahrungsmittelerzeuger wieder an seine frühere Stelle zu bringen. Aber unser Interesse, dies zu erreichen, ist ungeheuer. Und je früher wir damit beginnen, desto früher werden wir den Nutzen davon haben. Dazu kommt noch, daß ein fester Entschluß, der zu greifbaren Ergebnissen führt, die ganze Maschine mit einem Ruck in Bewegung setzen kann. Wir müssen einen Anfang machen durch eine Unterstützung in bedeutendem Umfange und dann darauf vertrauen, daß später das Geschäftsleben sich selbst in Gang bringt.

Ich schlage daher vor, daß Großbritannien der Sowjetmacht als Teil einer allgemeinen Regelung einen Kredit von 50 Millionen Pfund Sterling bewillige, der sich auf mehr als zwei Jahre verteilt. Das Geld soll für den Bezug britischer Waren zur Förderung der landwirtschaftlichen Produktion, also von Werkzeugen oder Maschinen, ausgegeben werden oder zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse, zunächst zum Zweck der Linderung der russischen Hungersnot und später zur Belebung der Ausfuhr. Ein Teil der Waren könnte vielleicht von Deutschland geliefert werden. In diesem Falle würde der Wert dieser Waren Deutschland gegen Beiträge, die es England auf Reparationskonto schuldet, gutzuschreiben sein. Wenn eine andere Regierung sich an dieser Kreditgewährung zu beteiligen wünscht, um so besser. Es ist aber nicht wesentlich, daß jede Macht dieser Regelung beiträgt. Die skizzierten Bedingungen würden den Staatsangehörigen derjenigen Mächte zugestanden werden, die als Gegenleistung die de jure-Anerkennung aussprechen. Wenn ein Land für sich die Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes vorzöge, so würde ihm das unversehrt bleiben.

Ich kann die Politik der vollständigen Ablehnung der bolschewistischen Regierung verstehen. Aber Genua trat unter einer ganz anderen Voraussetzung zusammen. Das ganze Unternehmen mag eitel sein, aber wenn wir überhaupt darangehen, mit den Russen zu verhandeln, so müssen wir es nach realistischen Richtlinien tun. Mit einer Art Verzweiflung sieht man sich in die fürchterliche Atmosphäre von Versailles zurückversetzt: eine Schuldverpflichtung wird erörtert und dabei wird darauf bestanden, daß als erste Bedingung die Gegenpartei ein öffentliches Bekenntnis ablege, von dem doch

kannte Regierung Rußlands sind, haben wir keinen Grund zu der Forderung, daß sie die Schuld des Zaren bezahlen müssen. Außerdem aber erkläre ich, wenn auch nicht ohne Högern, daß die Kreditgewährung an Rußland durchaus gerechtfertigt werden kann. Nicht allein um eine Verständigung herbeizuführen, sondern im Interesse des europäischen Wiederaufbaues. Rußland wird auf längere Zeit hinaus nicht von Bankiers oder Privatkapitalisten Geld zu leihen vermögen. Das politische Risiko ist zu groß. Der Wiederaufschwung des Geschäftslebens kann daher nicht ohne einen Regierungskredit in Gang gebracht werden. Da die Vereinigten Staaten eine isolierte Stellung einnehmen, ist Großbritannien jetzt wahrscheinlich die einzige Macht, die diesen Kredit zu gewähren vermag, obschon seine finanzielle Lage Grund genug wäre, ihn abzuschlagen.

Ich bin im allgemeinen ein Gegner bereitwilliger Oeffnung der Börse des Schatzamtes, und mir kann nicht vorgeworfen werden, daß ich das Bedürfnis nach Sparsamkeit unterschätze. Allein hier ist eine Gelegenheit zu einer Ausgabe, die möglicherweise Früchte zeitigen kann, die ganz außer Verhältnis zu dem aufgewendeten Kapital stehen. Wenn Rußland nur ein Jahr früher, als es sonst möglich wäre, zur Wiederausfuhr von Nahrungsmitteln schreitet, so kann dies eine Herabsetzung des Weizenpreises zur Folge haben, die uns eine erhebliche Ersparnis in unserem Nahrungsaufwand bringen würde. Schon eine zehnprozentige Zunahme der auf dem Markt verfügbaren Vorräte kann einen ganz unverhältnismäßig großen Preisunterschied bewirken. Es wird lange Zeit erfordern, um Rußland als Nahrungsmittelerzeuger wieder an seine frühere Stelle zu bringen. Aber unser Interesse, dies zu erreichen, ist ungeheuer. Und je früher wir damit beginnen, desto früher werden wir den Nutzen davon haben. Dazu kommt noch, daß ein fester Entschluß, der zu greifbaren Ergebnissen führt, die ganze Maschine mit einem Ruck in Bewegung setzen kann. Wir müssen einen Anfang machen durch eine Unterstützung in bedeutendem Umfange und dann darauf vertrauen, daß später das Geschäftsleben sich selbst in Gang bringt.

Ich schlage daher vor, daß Großbritannien der Sowjetmacht als Teil einer allgemeinen Regelung einen Kredit von 50 Millionen Pfund Sterling bewillige, der sich auf mehr als zwei Jahre verteilt. Das Geld soll für den Bezug britischer Waren zur Förderung der landwirtschaftlichen Produktion, also von Werkzeugen oder Maschinen, ausgegeben werden oder zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse, zunächst zum Zweck der Vinderung der russischen Hungersnot und später zur Belebung der Ausfuhr. Ein Teil der Waren könnte vielleicht von Deutschland geliefert werden. In diesem Falle würde der Wert dieser Waren Deutschland gegen Beiträge, die es England auf Reparationskonto schuldet, gutzuschreiben sein. Wenn eine andere Regierung sich an dieser Kreditgewährung zu beteiligen wünscht, um so besser. Es ist aber nicht wesentlich, daß jede Macht dieser Regelung beiträgt. Die skizzierten Bedingungen würden den Staatsangehörigen derjenigen Mächte zugestanden werden, die als Gegenleistung die de jure-Anerkennung aussprechen. Wenn ein Land für sich die Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes vorzöge, so würde ihm das unverwehrt bleiben.

Ich kann die Politik der vollständigen Ablehnung der bolschewistischen Regierung verstehen. Aber Genua trat unter einer ganz anderen Voraussetzung zusammen. Das ganze Unternehmen mag eitel sein, aber wenn wir überhaupt darangehen, mit den Russen zu verhandeln, so müssen wir es nach realistischen Richtlinien tun. Mit einer Art Verzweiflung sieht man sich in die fürchterliche Atmosphäre von Versailles zurückversetzt: eine Schuldverpflichtung wird erörtert und dabei wird darauf bestanden, daß als erste Bedingung die Gegenpartei ein öffentliches Bekenntnis ablege, von dem doch beide Parteien wissen, daß es falsch ist.

09467 ! 0014 000

Hamburger Nachrichten

Nr. 185

Keynes über den deutsch-russischen Vertrag.

(Drohmelung.)

wtb. Genua, den 20. April.

Sonderbericht des Wolffbüreaus: Der Korrespondent des Corriere della Sera weist auf die schweren Folgen hin, die der Schritt der Deutschen für diese selbst gehabt habe. Wahrscheinlich würde Deutschland nichts anderes übrig bleiben, als die Folgen seines Irrtums anzuerkennen. Eine weitere Veröffentlichung des Corriere della Sera ist ein Artikel von Keynes, der gleichzeitig im Manchester Guardian erscheint. Dieser bezeichnet den deutsch-russischen Vertrag als gut in sich selbst, aber fehlerhaft in der Prozedur.

Der Mailänder Secolo hofft auf eine günstige Lösung der Streitfrage. In einem Londoner Telegramm weist er darauf hin, daß in England mit Ausnahme der Northcliffe-Presse eine ruhigere Auffassung der durch den Vertrag geschaffenen Lage Platz greift.

Die Turiner Stampa spricht sich in einem Leitartikel heftig gegen die gestrigen Ausführungen des Corriere della Sera aus, der ein enges Zusammenarbeiten Italiens mit Frankreich gefordert hat. Das Blatt nennt eine solche Politik ein vollständiges Aufgeben der nationalen Unabhängigkeit. Wegen des deutsch-russischen Vertrages führt das Blatt weiter aus, daß nach der Londoner Denkschrift nichts anderes übrig geblieben sei, als sich mit Rußland zu verständigen.

Keynes, John M.

Signatur *P*

09467 0015 000

Datum 25 April 1921

Deutsche Allgemeine Zeitung (Berlin)

Nr. 192

(Keynes' journalistische Tätigkeit.)

ri. Paris, 25. April. (Eigene Draht-
meldung.) „Croix“ meldet, daß der bekannte
Wirtschaftler Keynes künftig zu den Mitarbeitern
des radikalsozialistischen Blattes
„Le Nouvelle“ zählen wird. Dieses Blatt
wird von Caillaux unterstützt, während sich im Auf-
sichtsrat auch einer der Unterstaatssekretäre des
heutigen Ministeriums befindet.

09467 0016 K46

Sign.

Keynes,
P/John M., Prof
26.8.1922

ÜBERSEE-WOCHE HAMBURG 1922



Schlußsitzung des Weltwirtschaftskongresses

im großen Saale des Conventgartens am Sonnabend, den 26. August 1922, morgens 10¹/₂ Uhr.

Übersetzung des Vortrages von Prof. John Maynard Keynes, London:

„Germany's Reparation Policy“ (Deutschlands Reparationspolitik).

Unter dem Eindruck der augenblicklichen gefährlichen politischen Lage wird heute der Fortschritt in der öffentlichen Meinung leicht unterschätzt. Man muß schon den Blick in die Vergangenheit lenken, um ihre außerordentliche Wandlung gebührend zu würdigen. Als vor zweieinhalb Jahren mein Buch erschien, vertrat ich mit meinen Ansichten nur eine sehr kleine und einflußlose Minderheit, heute hat das, was ich damals als allgemeines Resultat aussprach, durchweg Widerhall gefunden. Ja, viele würden heute noch weiter gehen als ich damals; sogar Frankreich würde im Grunde sehr zufrieden sein, wenn es heute Bedingungen erzielen könnte, die ihm so günstig sind, wie diejenigen Vorschläge, deretwegen man mir noch vor kurzem jede Art von Motiven unterstellt hat, nur nicht den Drang nach Wahrheit.

Aber wenn auch diese Entwicklung der Stimmung als politisches Symptom große Bedeutung hat, so hat sie keine entsprechende praktische Auswirkung gehabt. Wenn an die Stelle von Forderungen in achtfacher Höhe des Möglichen solche von vierfacher Höhe getreten sind, so ist das in gewisser Weise ein Fortschritt, und von dort auf das Doppelte des Möglichen zu kommen, ist wieder ein Fortschritt, inzwischen behält aber immer noch der Politiker das Wort. Für den Sachverständigen, den Fachmann und Gelehrten ist erst der Zeitpunkt gekommen, wenn die Politiker sich auf den Boden der Wirklichkeit herabgeben haben.

wenden

Soweit sind wir noch nicht. Gerade das ist an Deutschlands Lage so traurig, daß ihm jeder Anreiz fehlte, eine gesunde Finanztechnik in der Führung seiner Geschäfte anzuwenden. Selbst wenn die deutschen Sachverständigen noch so geschickt und zäh versucht hätten, die Mark zu stabilisieren oder den Reichshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen, wäre die sichere Folge nur gewesen, daß die Alliierten ihre Forderungen in gleichem Maß erhöht und damit jede Anstrengung vereitelt hätten. In solcher Lage war einfach nichts zu tun, und mehr zu verlangen heißt unmögliches von der menschlichen Natur erwarten.

Und doch wage ich heute zu prophezeien, daß der Tag für die Kunst des Sachverständigen, des Organisators und Fachmannes anbricht, wenn nicht dieses Jahr, so doch nächstes Jahr, und wenn diese Phase erreicht ist, ist es durchaus möglich, daß die Besserung im Geschwindschritt kommt.

Vorher aber drohen zwei Gefahren, deren Ernsthaftigkeit schwer abzuschätzen ist. Die erste ist, daß die Alliierten zulange zaudern könnten und inzwischen die Zersetzung des ganzen Lebens in Deutschland zu weit fortschreitet, als daß Deutschland wieder in die Höhe kommen kann. Diese Frage können Sie selbst besser beurteilen als ich. Ich persönlich glaube nicht an diese Gefahr. Ein so großes und festverwurzeltes Gebilde wie eine Nation kann ein ständiges Sinken ihrer Lebenshaltung erleiden, aber sie kann nicht plötzlich völlig zusammenbrechen, es sei denn, aus eigener Verblendung.

Die andere Gefahr ist die, daß Frankreich sofort seine Drohung eines neuen Krieges ausführt. Auch daran glaube ich nicht. Vor ein oder zwei Jahren hätte Frankreich das vielleicht mit der erforderlichen inneren Überzeugung tun können, aber nicht mehr heute. Der Glaube der Franzosen an die Reparationspolitik ihrer Regierung ist völlig untergraben. Im Herzen wissen sie, daß sie nicht stimmt, aus vielen Gründen aber sträuben sie sich, die Tatsachen einzugestehen. Aber sie bluffen weiter. Sie wissen ganz genau, daß ein rechtswidriges Vorgehen gewaltsamer Art Frankreich moralisch und ge-

fühlsmäßig isolieren und seine Finanzen zerstören würde, ohne ihm irgendeinen Vorteil einzutragen.

Eine wirkliche Gefahr läge nur dann vor, wenn Frankreich aus ganz anderen als finanziellen und wirtschaftlichen

Gesichtspunkten zu dem Entschluß käme, daß chaotische Zustände in Deutschland ihm politisch von Vorteil wären.

Ich wäre nicht überrascht, wenn die momentane Lage durch Poincaré damit gelöst würde, daß er seinen Vertreter in der Reparationskommission einfach überstimmen läßt. Er mag scharfe Reden führen und eine Politik zweckloser Quälereien betreiben, wie die der Austreibungen aus Elsaß-Lothringen, aber in großem Maßstabe wird er nicht vorgehen. Tatsächlich sind seine Reden nur ein Ausweichen vor der Tat, nicht ihr Vorspiel. Je mehr er in hohen Tönen redet, umso weniger wird er ausführen. Plant er ernsthaft eine Aktion, so würde er sicher sanftere Reden führen, um soweit wie möglich die Erregung unter den Alliierten zu dämpfen. Aber wenn er nichts ernsthaftes vorhat, dann muß er laute Reden führen, um die öffentliche Meinung seines Landes zu befriedigen.

Vielleicht täusche ich mich, denn ebenso wie fast alle Engländer betrachte ich die Idee der Gewalt in diesem Zusammenhang als so wirkungslos, daß ich nicht an sie glaube, während der europäische Kontinent offenbar dazu neigt, den Vorteil und also auch die Wahrscheinlichkeit militärischen Vorgehens ernster einzuschätzen als wir.

Trotzdem glaube ich, daß Deutschland gut daran tut, kühles Blut zu bewahren und nicht zu sehr in Erregung zu geraten. Auf jeden Fall kann ich Ihnen die Versicherung geben, daß bei weitem die große Mehrheit der Engländer aller Klassen und ebenso, glaube ich, die der Italiener und Amerikaner Gewaltakte in der gegenwärtigen Lage mit Entrüstung und Abscheu beurteilen würde.

Aber zurück zu meinem eigentlichen Thema. Ich glaube, die Zeit naht, wo praktische Vorschläge Gehör finden werden. Daher lohnt es sich schon für deutsche Finanzleute als Sachverständige und nicht als Politiker Möglichkeiten zu erwägen und ihre Vorschläge bereit zu halten.

Zunächst gibt es einige schwierige Fragen im Zu-

sammenhang mit den Reparationen, die mehr Sache der Alliierten sind, als Deutschlands: so der Zusammenhang mit den interalliierten Schulden, die Verteilung der Einkünfte unter den Alliierten und die Frage des Vorrangs für die zerstörten Gebiete. Ebenso müßten die Alliierten die Frage des Verzichtes auf die Pensionszahlungen, die einen häßlichen und ehrwidrigen Bruch der Waffenstillstandsbedingungen darstellen, aufgreifen; denn dies ist nicht Sache Deutschlands, das den Vertrag unterzeichnet hat, der diese Ansprüche enthält.

Deutschlands Sache ist es, zu überlegen, welche Art von Zahlungsplan es in der Lage und bereit ist, durchzuführen.

Es gibt zwei Arten der Zahlung, denen sich jüngsthin die rege Aufmerksamkeit der deutschen Sachverständigen zugewandt hat, die aber m. E. beide nur zu Irrtum und Enttäuschungen führen würden. Die erste dieser beiden Arten ist die Zahlung der nächsten Raten aus dem Erlös einer großen internationalen Anleihe, die andere ist Zahlung durch Sachleistungen.

Diese beiden Ideen haben in der Vergangenheit politischen Wert gehabt. Es war für Deutschland vorteilhaft, erklären zu können: jawohl, wir wollen sofort zahlen, vorausgesetzt, daß wir eine Anleihe erhalten, um damit zahlen zu können. Diese Sprachwendung ermöglichte es Deutschland, das „Nein“, das es auszusprechen hatte, elegant einzuhüllen. Für Frankreich war es von Vorteil, mit der Illusion einer großen internationalen Anleihe die Illusion von der großen Reparationszahlung abzulösen, in dem Maße, als diese letztere an Kraft verlor. Phantastische Entwürfe für Zahlung in Form von Sachleistungen (wobei ich absehe von den Kohlenlieferungen, die durchaus praktische Bedeutung hatten) haben eine große Rolle in den verschiedenen provisorischen Abkommen gespielt, die zur Beruhigung der öffentlichen Meinung während der letzten drei Jahre zusammengebraut wurden. Es ergab sich für Deutschland die Möglichkeit einer Herabsetzung seiner Barzahlungen durch sein Anerbieten, Sachlieferungen, soweit sie der französische Verbraucher begehrte, zu leisten, und zwar in einem Ausmaße, das in Wirklichkeit niemals in Frage kommen konnte. Darüber haben sich die französischen und deutschen Politiker in freundlich schweigendem Einverständnis befunden.

Verlassen wir jedoch die politischen Illusionen und versuchen wir in sachlicher Weise an die Dinge heranzugehen, dann tun wir, glaube ich, gut, uns auf keine dieser beiden Methoden zu verlassen.

Eine internationale Anleihe von nicht weniger als vier Milliarden Goldmark — wenigstens ist dies die geringste Ziffer, die im allgemeinen ins Auge gefaßt wird —, kann unter keinerlei annehmbaren Bedingungen untergebracht werden, d. h. nicht in der Form, daß neues Geld zur Versendung aus dem Lande gelangt, in dem es gezeichnet wurde. An die Möglichkeit einer Transaktion dieses Umfanges zu glauben, bedeutet eine gründliche Verkennung des internationalen Finanzwesens. Die Vorstellung ferner, daß ein großer Teil dieser Anleihe aus den deutschen Guthaben im Ausland gezeichnet werden könnte, kann nur auf einer ganz falschen Schätzung der Höhe dieser Guthaben gegründet sein. Ich habe viele hochgegriffene Schätzungen dieser Guthaben gehört, oft

Sign. _____

aus deutscher Quelle, die meiner Überzeugung nach falsch sind. Ich bin sicher, daß derartige deutsche Guthaben keinesfalls über zwei Milliarden Goldmark hinausgehen, wahrscheinlich viel weniger betragen und daß davon noch ein erheblicher Teil Betriebskapital für das laufende Handelsgeschäft ist. Die Zeichnung auch nur einer Milliarde von deutscher Seite für eine internationale Goldanleihe wäre eine höchst auffallende und unwahrscheinliche Sache.

Wenn eine wirklich grundlegende Regelung zustande gekommen ist, mag eine ausländische Goldanleihe bis zu einer Milliarde insgesamt möglich sein, um die Mark zu stabilisieren und Deutschland wieder auf die Beine zu bringen. Aber die große Anleihe zum Zwecke der Reparationszahlungen in den ersten zwei oder drei Jahren in Höhe von etwa zwei Milliarden jährlich, ist Phantasie.

Es gibt nur eine Art internationaler Anleihe, die in großem Umfang bei der Regelung der Reparationen von Bedeutung sein könnte, nämlich eine deutsche Anleihe, aufgebracht in den Ländern seiner Gläubiger, als Ersatz für die innere Schuld dieser Gläubigerländer. Eine deutsche Anleihe in Frankreich gezeichnet, sei es mit oder ohne Garantie der französischen Regierung, würde, wenn der Ertrag der Anleihe Frankreich zufiele, ein fühlbares und praktisch wirksames Mittel sein, um die französischen Finanzen ernstlich zu bessern. Ich hoffe, daß eine Emission dieser Art einen Teil der schließlichen Regelung bilden wird.

Abgesehen von einer Anleihe dieser Art ist von einer Regelung des Problems mittels der Aufnahme einer großen internationalen Anleihe meiner Überzeugung nach abzuraten.

Aber es ist nicht nur falsch, Geld anderswoher als aus Deutschland aufbringen zu wollen, ebenso unpraktisch und unwirtschaftlich ist es meiner Ansicht nach für die Barzahlungen den Ersatz durch Sachleistungen zu versuchen. In dieses Urteil beziehe ich sowohl die Kohlenlieferungen wie Lieferungen anderer Waren ein. Deutschland würde m. E. besser in der Lage sein, zu zahlen, wenn man ihm die Wahl der Zahlungsmethode frei überläßt. Indem wir Deutschland zwingen, bestimmte Mengen von Kohlen zu liefern, wirken wir auf eine Minderung und nicht auf eine

Steigerung der Gesamtleistung, die es für die Reparationen aufbringen wird. Jeder Versuch, bestimmte Arten der Zahlung vorzuschreiben, sei es in Form von Kohlenlieferungen, anderen Sachleistungen oder durch das, was heute Herr Poincaré „produktive Pfänder“ nennt, wird die Fähigkeit Deutschlands zu weiteren Zahlungen mehr herabmindern als den empfangenden alliierten Ländern nützen.

Angenommen, daß die schließliche Regelung die Gestalt einer Reihe von Barzahlungen seitens Deutschlands annimmt, deren Methode es nach eigenem Ermessen auswählt, und daß Deutschland völlige Freiheit Handel zu treiben erhält, welche Summe würde dann in Betracht kommen?

Es ist für jedermann klar, daß augenblicklich ein Moratorium notwendig und unvermeidlich ist. Es ist indessen sehr schwer zu sagen, wie lange solch ein Moratorium dauern muß oder in welchem Maße Deutschland nach der Beendigung des Moratoriums mit Zahlungen beginnen kann. Ich glaube daher, daß in der ersten Periode sehr dehnbare Bedingungen vorzusehen sind. Im folgenden möchte ich in großen Linien andeuten, wie ich mir eine Lösung denke.

Gesetzt, die Gesamtschuld Deutschlands, abgesehen von schon bewirkten Zahlungen, würde auf vierzig Milliarden Goldmark festgelegt, und gesetzt, dieser Betrag wäre 1930 fällig oder um diesen Zeitpunkt herum, so würde jeder Betrag, der vorher bezahlt würde, von der zu diesem Zeitpunkt geschuldeten Summe abgezogen, zuzüglich 6% Zinseszinsen vom Zeitpunkt einer jeden Zahlung bis zum Fälligkeitsdatum 1930. Von 1924 ab würden die Jahresraten sich auf mindestens 1 Goldmilliarde zu belaufen haben. Die 1930 noch geschuldete Summe wäre alsdann durch eine Reihe zusehends mehr und mehr abnehmender Zahlungen auf 15 Jahre zu verteilen.

In diesem Falle würde es im Interesse Deutschlands liegen, so rasch wie möglich zu zahlen.

Gleichzeitig würde sein Finanzministerium einen angemessenen Zeitraum haben, währenddessen keine Ansprüche vom Auslande über seine jeweilige Leistungsfähigkeit hinaus gemacht werden könnten.

Ich gebe diese Ziffern als Ausgangspunkt für eine Diskussion. Ich bin nicht sicher, daß Deutschland diesen Betrag zahlen könnte, auch dürfte es unmöglich sein, Ziffern zuverlässig zu nennen, bevor die Ergebnisse des Moratoriums in Erscheinung treten. Aber wenn wir irgendeine endgültige Regelung in der nahen Zukunft haben wollen, müssen wir uns bestreben, die Diskussion auf konkrete Einzelheiten zu bringen.

Falls eine Regelung in dieser Linie zusammentreffe mit

1. der Streichung von Sachleistungen,
2. der Auflösung der Reparationskommission,
- und 3. und vor allem der Beendigung der Besetzung der Rheinlande,

dann würde m. E. Deutschland ein Finanzproblem gegeben sein, dessen Lösung die Fähigkeiten seiner Sachverständigen nicht übersteigt und dessen Befürwortung seine Politiker nicht zu sehr belastet.

Ich will nicht behaupten, daß eine Regelung in dieser Linie schon im Moment praktische Politik bedeutet, das glaube ich gar nicht, aber es schadet nichts, der Entwicklung der öffentlichen Meinung etwas voranzueilen. Ich glaube, daß die Zeit nun da ist, wo die Praktiker in Deutschland sich ernstlich dem Entwurf eines Planes widmen können, ausgehend von dem, was in Wirklichkeit ausführbar ist, und nicht mehr ausgehend von der Absicht, eine mißleitete und vorübergehende öffentliche Meinung in Frankreich oder anderwärts zu beschwichtigen. Deutschland muß Ideen vorbereiten und trachten, die Einzelheiten für eine Politik auszuarbeiten, die nicht bloße Papierpolitik oder Diplomatie ist, sondern eine, die ausgeführt werden kann und die auszuführen beabsichtigt wird. Es ist durchaus möglich, daß irgendwann im Laufe des nächsten Jahres eine große allgemeine Konferenz abgehalten wird und es ist besser, seine Ideen vorher durchdacht zu haben, als sie im letzten Augenblick unter dem Druck der momentanen politischen Lage zu improvisieren.

Augenblicklich ist, wie ich schon sagte und was auch allgemein zugegeben wird, das Moratorium die einzige Möglichkeit. Es ist erforderlich, um Deutschland Zeit zu lassen zur Erholung von der Krise, die notwendig der Inflationskonjunktur der letzten zwei Jahre folgen muß. Ebenso ist Zeit nötig, um ein Schema zu skizzieren für die Stabilisierung der Mark und die Ausgleichung des Reichshaushaltes. In Bezug auf Deutschlands nächste Zukunft bin ich durchaus nicht optimistisch. Ein folgenreicher Rückschlag nach der trügerischen Hochkonjunktur scheint unvermeidlich. Andererseits aber dünkt mich das Problem des Reichshaushaltes während des Moratoriums nicht besonders schwierig zu sein und wenn erst eine Regelung mit den Alliierten gefunden ist, sehe ich keine ernststen Hindernisse für eine Stabilisierung der Mark,

obgleich ich es für leichtsinnig halte, eine erhebliche Besserung über den Stand hinaus zu versuchen, den sie zum Zeitpunkt hat, zu dem die Regelung durchgeführt wird. Sicherlich muß die Lage Deutschlands scharf unterschieden werden von der Österreichs, Polens oder Rußlands. Die grundlegenden Voraussetzungen sind völlig verschieden. In einer Lage, wie sie augenblicklich herrscht, ist es schwer, Hoffnung zu haben, aber wenn erst eine Regelung gefunden ist, wird alles, was jetzt ein unmögliches Problem scheint, sich rasch lösen lassen.

Man darf die andere Seite der Bilanz nicht aus dem Auge lassen in Zeiten der Inflationsorgie, die Deutschland jetzt durchmacht. Die Last der inneren Schuld fällt fort. Die gesamten bisherigen deutschen Barzahlungen an die Alliierten für die Besatzungsarmeen, Vorkriegsschulden oder Reparationen, sind völlig durch die Verluste der ausländischen Spekulation bestritten worden. Ich glaube nicht, daß Deutschland auch nur einen Groschen für diese Ausgaben aus seinen eigenen Quellen aufgebracht hat. Die ausländischen Spekulanten haben die Gesamtheit dieser Schulden bezahlt und mehr als das. So ist Deutschland frei von vielen der inneren Finanzfragen, die auf andern Ländern lasten. Wenn nicht der ganze Kontinent durch militärische Maßnahmen in Unordnung gebracht wird,

sollte es nicht schwer halten, Gesundungsmaßnahmen durchzuführen.

Wenn daher auch Deutschland noch vieles durchzumachen haben wird, sehe ich keinen Grund zur Verzweiflung. Auf lange Sicht betrachtet, ist die ernsteste Seite der Lage das Bevölkerungsproblem. Deutschland, ebenso wie die meisten anderen europäischen Länder, wird eine Senkung seiner Lebenshaltung erleiden, wenn es seine Bevölkerung weiter anwachsen läßt.

Ich wüßte gern, wie die Jugend in Deutschland denkt und fühlt; nach welcher Richtung sie einen Ausweg für ihre innere Erregung und eine Auswirkung ihrer Energien und Gaben sucht. Die Sicherheit der jungen Republik und die offenkundige Entschlossenheit des deutschen Volkes, den Irrsinn und die Gewalt sowohl einer monarchistischen Reaktion, wie einer kommunistischen Revolution fernzuhalten, haben die stillschweigende Bewunderung der friedliebenden Menschen in der ganzen Welt gewonnen. Die wertvollsten Güter des Lebens haben nur wenig mit internationalen Fragen zu tun, aber eines ist die Grundbedingung für alles Gute: Frieden! Ich könnte mir vorstellen, daß in Deutschland die herrschende Strömung sich dahin wenden wird, ein wiederaufgebautes Deutschland zu einem Bollwerk des Friedens Europas zu machen.

09467 J 0017 000

The Manchester Guardian

Nr. 23774

The Economist as Politician.

MR. J. M. KEYNES has broken at least two traditions. He has made economics intelligible and interesting and he has brought them from the study to the platform. That seems a good deal to claim, but many of those who heard him at the '95 Club last night must have wondered how the science of economics earned its reputation for being the prosiest subject on earth and why, since its study so illuminates many of the most difficult problems of the day, it should be so studiously ignored by politicians. It is, no doubt, necessary that every science should be served by some who are a little more, or less, than human in their indifference to the practical results of their industry. But it is no less necessary that there should be others to interpret their labours, to make them fresh and lively, for the benefit of common folk. And it has been the misfortune of economics to have been overloaded with a disproportionate number of the cold-blooded, industrious sort. What Professor HUXLEY did for the physical sciences, or Professor JAMES for psychology, Mr. KEYNES seems to be in process of doing for economics. But the moment you make economics lively you make them political, for by far the greater part of politics is concerned, directly or indirectly, with money and what money buys. It would be hard to name a political issue of the day upon which the economist should not have something to say. Mr. KEYNES is one of the few who say it and of the still fewer who say it with an authority which is not clouded with obscurity. Last night he talked chiefly about finance, and gave some solid reasons for his belief that the Liberal party alone could safely steer a middle course between the meanness which would cripple the best of our social services and the extravagance which would expand them beyond our resources. These things cannot be judged on economic grounds alone. It is not for the economist to assess the social value of expenditure on education, public health, or housing. But he can set limits. He can say that some things are possible, others not. The Conservative party would overstep one limit and the Labour party the other. Liberalism, as Mr. KEYNES suggested, alone tempers idealism with the necessary prudence.

Keynes, John Maynard

Signatur

Datum 27. Feb. 1925 192

DUPLIKAT

094671 0018 K46

Wirtschaftsdienst Hamburg

№ 9

Die Rückkehr zum Golde

Von John Maynard Keynes (Cambridge)

Nachdruck verboten.

Wieder einmal haben die Londoner Bankleiter ihre finanziellen Modekupfer zu unserer Besichtigung ausgehängt. Die Inschriften unterscheiden sich voneinander, aber die Stiche selbst sind einander fast gleich. Der erste stellt die Ehe mit der Goldwährung als den ersehntesten, dringlichsten, tugendhaftesten und gesegnetsten aller denkbaren Zustände dar. Der andere ist dazu bestimmt, den angehenden Bräutigam daran zu erinnern, daß der Ehestand schwere Fesseln mit sich bringt, von denen der Kandidat jetzt noch frei ist, daß Ehen auf Glück und Unglück geschlossen werden, daß er den Schwur achten und ihm gehorchen muß, daß die glücklichen Tage, an denen er diejenigen Preise und den Diskontsatz haben konnte, die dem Haushalt seines Junggesellendaseins gemäß waren, vorbei sind — obgleich er natürlich, wenn er erst verheiratet ist, häufiger eingeladen werden wird, daß Fräulein G. zufällig eine Amerikanerin ist, so daß in Zukunft die Preise von grape-fruits und Frühstücksmails für ihn wahrscheinlich wichtiger sein werden als die von Eiern und Speck, kurz, daß er besser daran täte, sich nicht zu übereilen. Dabei verhielten sich einige unserer Direktoren wie jener Mann, der, als er gefragt wurde, ob er glaube, daß er nach seinem Tode die Freuden der ewigen Seligkeit genießen würde, antwortete, daß er das natürlich glaube, es aber vorzöge, sich nicht über einen solchen unerquicklichen Gegenstand zu unterhalten.

Wie im vorigen Jahre stehen zwei deutlich getrennte Punkte zur Diskussion — der Wert der Goldwährung in abstracto und der Zeitpunkt sowie die Art für die Rückkehr Englands zu ihm. Der erste Punkt ist eine Frage, von der Mc Kenna mit Recht sagte: „Wir befinden uns zurzeit noch mehr im Stadium einer Überprüfung als in dem einer feststehenden Meinung, und es gibt darüber noch keine formulierte Lehrmeinung, die allgemein als rechtgläubig betrachtet wird“. Die Befürworter der Geldreform, die in mir nach weiterem For-

schen und Nachdenken einen noch überzeugteren Anhänger als vorher gefunden hat, als die wichtigste und bezeichnendste Maßnahme, die wir treffen können, um die wirtschaftliche Wohlfahrt zu steigern, müssen ihre Argumente noch vollständiger, klarer und einfacher vorbringen, ehe sie die Mächte des Altgewohnten und der allgemeinen Unwissenheit bezwingen können. Es ist dies keine Schlacht, die an einem Tage gewonnen oder verloren werden kann. Wer glaubt, das Problem könne endgültig mit einem heftigen Zurückhasten zum Golde gelöst werden, verkennt die Situation. Dies wird nur der Anfang sein. Die Lage wird nicht durch die amtlichen Entscheidungen des kommenden Jahres bestimmt werden, sondern durch die gemeinsamen Wirkungen einerseits der unmittelbaren Erfahrung dessen, was nach ihnen geschehen wird, und andererseits durch den Grad der Klarheit und Vollständigkeit der Argumentation der streitenden Parteien. Die Leser der einschlägigen Werke, etwa der des großen Lord Overstone, werden sich daran erinnern, wie vieler Jahre und welch bitterer und verhängnisvoller Erfahrungen es bedurfte, ehe die Geldreformer vor 100 Jahren die Vorkriegspolitik des Diskontsatzes und der Bankreserven (was seinerzeit einen großen Fortschritt darstellte) trotz der Gegnerschaft der Bank von England durchsetzten.

Der zweite Streitpunkt ist von praktischer und unmittelbarer Bedeutung. Letztes Jahr war es die Frage, ob es klug sei, die Dinge durch absichtliche Kontraktion zu beschleunigen, dieses Jahr ist es die Frage, ob es klug ist, die Dinge durch Aufhebung des Goldausfuhrverbotes zu beschleunigen. Dieses wie voriges Jahr sind die britischen Bankiers gegenüber dem praktischen Problem etwas nervös. Ich glaube, daß die folgenden Gründe die Nervosität rechtfertigen.

Gemeinsam mit vielen anderen habe ich seit langem die Meinung vertreten, daß die Geldverhältnisse in den

Werden

Vereinigten Staaten wahrscheinlich früher oder später einen steigenden Preisstand und einen ansetzenden Aufschwung verursachen würden, und daß es unter solchen Umständen die richtige Politik für England sei, die üblichen Mittel anzuwenden, um sein eigenes Preisniveau im Zaun zu halten und seine eigenen Kreditverhältnisse daran zu hindern, im Kielwasser der amerikanischen zu schwimmen. Das Ergebnis einer solchen Politik, wenn sie erfolgreich wäre, würde eine schrittweise Verbesserung des Sterlingkurses sein, und es wäre keine allzu große Hausse in den U. S. A. erforderlich, um ein Steigen des Sterlingkurses wenigstens auf die Höhe der Vorkriegsparität zu rechtfertigen. Ich habe daher seit den letzten zwei Jahren behauptet, daß eine frühere oder spätere Rückkehr des £ zu seiner Vorkriegsparität sowohl eine wünschenswerte wie auch wahrscheinliche Folge einer gesunden Geldpolitik von seiten der Bank von England im Verein mit einer weniger gesunden von seiten des Federal Reserve Boards sein würde.

Was hat sich in Wirklichkeit ereignet? Im Frühjahr 1923 schienen sich Aufschwungsverhältnisse in den Vereinigten Staaten zu entwickeln, hauptsächlich infolge einer Aktion des Federal Reserve Board wurde dieser Bewegung Einhalt getan. Seit Juli 1924 vollzieht sich eine starke und anhaltende Aufwärtsbewegung, von der man, immer vorbehaltlich der Politik des Federal Reserve Boards, annimmt, daß sie fortdauern wird. Dem früheren Aufschwung der amerikanischen Preise folgte getreulich eine Verbesserung des Sterlingkurses und dem Rückschlag ein Rückschlag. In der gleichen Weise wurde die amerikanische Preisbewegung der letzten sechs Monate von einer Verbesserung des Sterlingkurses begleitet, die die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich gezogen hat. Wie Mc Kenna ausführte, sind die Sterlingpreise etwas beständiger gewesen als die Dollarpreise, und diese größere Stetigkeit hat als notwendiges Gegenspiel eine gewisse Unstetigkeit der Währung ausgelöst. Die Bewegung der letzten sechs Monate ist jedoch durch anormale Faktoren kompliziert worden. Die Verbesserung des Sterlingkurses ist nicht vollständig auf die Rechnung der britischen Geldpolitik zu setzen. Es ist richtig, daß die Zinssätze für kurzfristige Kredite in London um tatsächlich 0,5 % höher gehalten wurden als diejenigen in New York und daß die britischen Preise etwas weniger als die amerikanischen gestiegen sind. Aber es wird allgemein zugestanden, daß diese Einflüsse nicht stark genug waren, als daß ihnen alles zugerechnet werden könnte. Die Ausweise des Board of Trade geben an, daß im vergangenen Jahr Kapitalsübertragungen von New York nach London stattgefunden haben (und wahrscheinlich größtenteils in der zweiten Jahreshälfte), die sich in der Größenordnung von etwa 100 Mill. £ bewegen. Dies ist zurückzuführen (in schwer zu berechnenden Verhältnissen) auf die Rückwanderung von früher in London gehaltenen auswärtigen Guthaben und auf amerikanische Kapitalsanlagen in Europa, die von dem größeren Vertrauen, das der Dawes-Plan hervorgerufen hat, herrühren, im Zusammentreffen mit einer Wertpapierhausse in Wall Street, endlich auf spekulative Sterlingkäufe in Erwartung der Verbesserung des Pfundwertes gegenüber dem Dollar. Diese präzedenzfalllose Bewegung bringt ein Element der Unsicherheit in die Situation; wir können nicht erwarten, daß sie im gleichen Aus-

maße andauert und sie kann zu jedem Augenblick umgekehrt verlaufen. England braucht deshalb eine Zwischenpause, um seine Verbindlichkeiten neu zu ordnen, entweder durch eine relative Steigerung des Exports gegenüber dem Import oder durch Einführung eines Zinssatzes für langfristige Anleihen, der hoch genug ist, um den gegenwärtigen (m. E. übermäßigen) Strom von Kapitalsanlagen im Ausland einzudämmen. Zurzeit ist England in Gefahr, langfristig auszuleihen (etwa nach Australien), was es kurzfristig in New York borgte. Die Stärke seiner Vorkriegsposition lag in dem Umstand, daß es mit Hilfe des Wechselmarktes beträchtliche Summen kurzfristig ausgeliehen hatte, die jederzeit eingezogen werden konnten. Im Augenblick ist das Verhältnis teilweise, wenn vielleicht auch nur zeitweilig, umgekehrt — und das ist an sich ein Grund zur Vorsicht. Was wird sich zunächst ereignen? Es gibt zwei Möglichkeiten. Es mag sein, daß das Federal Reserve Board zu dem Schlusse kommt, daß die Aufschwungsverhältnisse in den U. S. A. gefährlich werden und daß es dann die Lage fest in die Hand nimmt, gerade so wie es das vor zwei Jahren tat. Das ist ziemlich sicher das, was das Board tun sollte. In diesem Fall würde die Lage etwa wieder so sein, wie sie vor 18 Monaten war, und wir ständen wie damals vor der Alternative, uns entweder für relativ stabile Sterlingpreise mit einem Dollarkurs unter der Parität oder für unnachgiebige Kontraktion, um die Währung auf Parität zu halten, zu entscheiden. Eine vorzeitige Ankündigung der Aufhebung des Goldausfuhrverbots würde uns im voraus auf die zweite Möglichkeit festlegen — die Möglichkeit, die wir absichtlich vor zwei Jahren zurückwiesen. Das ist es, was die Fanatiker wünschen. Aber bei den britischen Arbeitslosenzahlen, wie sie jetzt noch sind, würde eine solche Handlung nicht weise sein.

Die andere Möglichkeit ist die, daß das Federal Reserve Board den Dingen ihren gegenwärtigen Lauf läßt, in diesem Falle steht zu erwarten, daß die Dollarpreise um ein gut Teil weiter anziehen. Während eines Teils des Jahres 1924 war die Geldmarktpolitik des Board ausgesprochen inflationistisch und sie war weitgehend verantwortlich für das scharfe Anziehen der Preise, das wir erlebt haben. Im gegenwärtigen Augenblick ist seine Politik vorsichtiger, aber es gibt kein sicheres Anzeichen dafür, daß es eine stetige oder durchdachte Politik verfolgt. Es ist möglich, daß eine unangebrachte Sympathie für unsere Anstrengungen zur Hebung des Sterlingkurses einen Beweggrund dafür bildet, daß von seiner Seite ein Eingriff hinausgeschoben wird; und wenn das Board noch länger zögert, so kann der Aufschwung zum Zustand werden. In diesem Falle brauchten wir keine Anstrengungen zur Hebung des Pfundes auf Vorkriegsparität zu machen. Mit einer straffen Geldpolitik, mit dem Ziel, ein sympathisierendes Steigen der Sterlingspreise zu hindern, sollte ohne positive Kontraktion die Sache gehen. Daraus folgt aber nicht, daß deshalb das Ausfuhrverbot für Gold aufgehoben werden sollte. Die Sterlingpreise an die Dollarpreise zu binden in einem Augenblick der Konjunktur, wo die letzteren ihrem Höchststand nahe sind, als Ergebnis eines Aufschwungs, an dem wir nicht voll teilgenommen haben, würde Schwierigkeiten herausfordern. Denn wenn die amerikanische Hausse zusammenbräche, würden wir die

ganze Wucht der Baisse zu tragen haben. Die Bedingungen, unter denen wir die Sterlingpreise ohne augenblickliche Gefahr für unser eigenes Wohlergehen an die Dollarpreise zu binden vermögen, werden nur dann gegeben sein, wenn das Durchschnittsniveau der Dollarpreise auf einem etwas höheren Stande als in letzter Zeit stabilisiert sein wird.

Die Aufhebung des Ausfuhrverbotes für Gold ist gleichbedeutend mit der Ankündigung, daß das Pfund in Parität mit dem Dollar ist und bleiben wird. Ich halte es für die richtige Reihenfolge des Vorgehens, erst den Tatbestand herzustellen und ihn dann bekannt zu geben, statt erst die Ankündigung zu erlassen und es dann auf ihre Verwirklichung ankommen zu lassen. Auf diese Weise würde die Aufhebung des Ausfuhrverbotes die letzte Stufe zur Wiederherstellung des Vorkriegszustandes sein, und nicht die erste. Die einzig kluge Erklärung zu diesem Gegenstand würde in dem Sinne abzugeben sein, daß das Ausfuhrverbot erst dann aufgehoben werden wird, wenn das Pfund geraume Zeit die Parität gehalten habe, und alle grundlegenden hieraus folgenden Änderungen ordnungsgemäß stattgefunden haben. Gleichzeitig müßten — wenn wir zur Parität ganz zurückzukehren wünschen — Maßnahmen zur Erreichung dieses Zieles getroffen werden durch Erhöhung des Diskontsatzes und Einstellung ausländischer Emissionen. Ich glaube — ohne dabei der Rückkehr zur Parität irgendwelche Bedeutung beizulegen — daß sehr vieles für diese Maßnahmen spricht im Interesse der Festigung unserer eigenen Lage. Ich glaube nicht, daß ein etwas höherer Bankdiskont, angesichts der gegenwärtigen Tendenzen des Preisniveaus, der Größe des Güterumschlags und dem Beschäftigungsgrade irgendwelchen Schaden tun wird; in jedem Fall wird die Aufrechterhaltung unseres Gleichgewichtszustandes bald der Unterstützung durch einen höheren Diskontsatz bedürfen. Mehrere Bankleute erklärten, daß sie die Aufhebung des Ausfuhrverbotes billigten, vorausgesetzt daß dies nicht die Gefahr einer Erhöhung der Bankrate mit sich brächte. Wenn dies nicht bloß eine höfliche Form dafür war, daß sie die Aufhebung des Verbotes mißbilligten, vermag ich mich ihrer Analyse der augenblicklichen Lage nicht anzuschließen.

Es würde nutzlos für mich sein, auf dem zur Verfügung stehenden Raum zu versuchen, meine Gründe für den Wunsch nach dauernder Beibehaltung einer nicht automatischen Währung anzuführen. Die wichtigsten derselben entstammen meiner Überzeugung, daß die Schwankungen im Güterumschlag und in der Beschäftigung gleichzeitig zu den ernstesten und heilbarsten wirtschaftlichen Krankheiten der modernen Gesellschaftsordnung zählen, daß sie in der Hauptsache Krankheiten unseres Kredit- und Banksystems sind und daß die Anwendung von Heilmitteln leichter sein wird, wenn wir die Verfügung über unsere Währung in unseren eigenen Händen behalten. Aber, abgesehen von diesen grundlegenden Fragen, möchte ich abschließend ein praktisches Argument anführen, welches ebenfalls in Zusammenhang mit dem oben Gesagten steht.

Die Goldwährung bedeutet für Großbritannien praktisch nichts anderes als die Tatsache, denselben Preisstand und dieselben Zinssätze (ganz allgemein gespro-

chen) wie die Vereinigten Staaten zu haben. Die ganze Sache ist die, City und Wall Street starr aneinander zu koppeln. Ich bitte den Schatzkanzler und den Gouverneur der Bank von England und die unbekannten Andern, welche unser Geschick im Verborgenen leiten, zu bedenken, daß dies ein gefährliches Vorgehen sein kann.

Die Vereinigten Staaten befinden sich in starkem und unaufhörlichem Crescendo. Große Schwankungen, welche für England Arbeitslosigkeit und Elend bedeuten würden, werden für sie von dem allgemeinen Aufstieg überflutet. Ein Land, dessen gesamte wirtschaftliche Betätigung Jahr für Jahr um mehrere Prozent zunimmt, kann zeitweilige Rückschläge nicht vermeiden, aber gleichzeitig auch ertragen. Dies war Englands Zustand während eines Teiles des 19. Jahrhundert. Das Tempo seiner Entwicklung war so rasch, daß Gleichmaß im einzelnen weder möglich noch erforderlich war. Gegenwärtig ist dies nicht mehr sein Zustand. Das Tempo der Entwicklung ist zum mindesten verlangsamt, und Fehler des wirtschaftlichen Aufbaus, die im Vorwärtstürmen übersehen werden durften und die die Vereinigten Staaten heute noch übersehen dürfen, wirken jetzt verhängnisvoll. Die Krise von 1921 war in den Vereinigten Staaten eher noch heftiger als hier, und dennoch war die Gesundung gegen Ende des Jahres 1922 fast vollendet. Wir dagegen schleppen uns 1925 immer noch mit einer Million Arbeitsloser. Die Vereinigten Staaten werden in den kommenden Jahren vielleicht finanzielle und industrielle Stürme erleben, aber diese werden ihnen kaum etwas anhaben; wir in England dagegen werden beinahe darin untergehen, falls sie uns treffen.

Und noch eine weitere Überlegung ist anzustellen. Großbritannien hatte vor dem Kriege der ganzen Welt große Summen geliehen, welche kurzfristig zurückgefordert werden konnten; die in Amerika angelegten Gelder machten England zum Gläubiger der Vereinigten Staaten, es hatte einen für auswärtige Anlagen verfügbaren Kapitalüberschuß, der weit größer war als der irgendeines anderen Landes; ohne das Federal Reserve System wären die amerikanischen Banken sehr schwach. Großbritannien war in der Tat der vorherrschende Partner im Goldwährungsbund. Aber diejenigen, welche glauben, daß eine Rückkehr zum Goldstandard auch eine Wiederkehr jener Verhältnisse bedingen werde, sind blinde Toren. Großbritannien ist jetzt Schuldner der Vereinigten Staaten. Deren Kapitalanlagen im Ausland waren vergangenes Jahr doppelt so hoch wie die britischen und ihr wirklicher für solche Zwecke verfügbarer Reinüberschuß war wahrscheinlich zehnmal so hoch wie der britische. Sie verfügen über sechsmal soviel Gold wie Großbritannien. Allein die Zunahme in den Depositen der Banken des Federal Reserve Systems betrug im vergangenen Jahre nicht viel weniger als die Hälfte der gesamten britischen Depositen. Eine Bewegung von Gold oder kurzfristigen Krediten in der einen oder anderen Richtung zwischen London und New York, die für sie nur eine Kräuselwelle bedeutet, wird für England eine Atlantische Woge sein. Ein Modewechsel der amerikanischen Bankiers und Kapitalisten bezüglich auswärtiger Anleihen — von nur geringen Folgen für sie — könnte uns erschüttern. Wenn das Gold, die kurzfristigen Gelder

und die fremden Effekten ohne Schranken und ohne Verlustgefahr über den Atlantischen Ozean hin und her gesandt werden können, so werden Schwankungen von einer bestimmten Größe Folgen für uns haben, die in gar keinem Verhältnis zu ihren Folgen für die Amerikaner stehen. Es paßt den Vereinigten Staaten, daß England zur Goldwährung übergehen soll und sie werden bereit sein, uns im Anfang behilflich zu sein. Aber es würde ein Irrtum sein zu glauben, daß sie auf die Dauer ihre Angelegenheiten so regeln würden oder sollten, wie es uns bequem ist.

Welche greifbaren Vorteile könnte man diesen Gefahren gegenüber stellen? Ich weiß es nicht. Unsere Bankiers sprechen von „psychologischen“ Vorteilen. Aber es wird nur ein schwacher Trost sein, daß „neun Leute von zehn“ Vorteile erwarteten, wenn in Wirklichkeit keiner eintrifft.

Daß unsere Bankpräsidenten nichts besseres zu rufen haben sollten als „Zurück zu 1914“ und daß sie glauben sollten, dies stelle das beste dar, was erreicht werden könnte, ist keineswegs befriedigend. Die Mehr-

zahl derjenigen, die die Sache durchforschen, stimmen allmählich darin überein, daß Fehler unseres Kredit-systems zum mindesten teilweise verantwortlich sind für die Verwirrungen, die in dem Paradox der Arbeitslosigkeit inmitten von Mangel gipfeln. Die „großen Fünf“ haben ungeheure Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit. Aber sie sind so groß und, in mancher Beziehung, so verwundbar, daß es für sie eine große Versuchung bedeutet, sich an Grundsätze, Herkommen und Routine zu klammern; und wenn ihre Direktoren grundlegende ökonomische Probleme erörtern, dann bewegen sich die meisten von ihnen auf einem Boden, der ihnen nicht vertraut ist. Es bleibt nichtsdestoweniger zweifelhaft, ob allzuviel Konservatismus in diesen Dingen und allzuwenig Forschungsgeist ihnen auf die Dauer zu Frieden und Sicherheit verhelfen. Der individualistische Kapitalismus hat in England den Punkt erreicht, wo er nicht länger mehr auf der Kraft bloßer Ausdehnung beruhen kann, er muß sich der wissenschaftlichen Aufgabe zuwenden, den Bau seiner Wirtschaftsmaschine zu verbessern.

DUPLIKAT

Signatur

Datum 13. März 1925 192

094671 004 K46

Wirtschaftsdienst Hamburg

Nr.

11

vom

Der Bankdiskont

Von John Maynard Keynes (Cambridge)

Nachdruck verboten.

Im Mai 1924 stand der Rediskontsatz der Federal Reserve Bank von New York auf 4 ½ %. Von da bis August 1924 wurde der Satz schrittweise auf 3 % ermäßigt. Das Preisniveau leistete Gefolgschaft. Bis Mai 1924 zeigten die Preise eine schon ein Jahr andauernde Abwärtsbewegung, aber seit Juli 1924 machte die Indexziffer kehrt und ist seitdem ständig gestiegen. Zwischen Juli 1924 und Ende Januar 1925 stiegen die Dollarpreise um etwa 10 %, eine Steigerung, die man, wenn sie sich in Vorkriegszeiten während eines gleichen Zeitraums vollzogen hätte, als fast beispiellos und im hohen Grade gefährlich angesehen hätte. Die Verbilligung des Geldes in Verbindung mit einer Geldmarktpolitik (open market policy) der Federal Reserve Banken, die die Geldversorgung nicht nur billig sondern auch reichlich machte, machte, vulgär gesprochen, „die Bahn frei“. Während der gleichen sechs Monate vermehrte sich der durch die New Yorker Banken geschaffene Kredit um die enorme Summe von 30 %. Neben der erwähnten großen Preissteigerung

folgte getreulich eine Investierungshausse; ihrem Volumen nach die größte, die je zu verzeichnen war.

In den letzten Wochen zeigte ein Wechsel der Geldmarktpolitik (open market policy), welcher einigen Goldverlusten und einer Neigung der Mitgliederbanken etwas großzügiger ihre Kreditmöglichkeiten bei den Zentralinstituten auszunutzen folgte, daß die Federal Reserve Behörden aufmerksam zu werden begannen. Am Donnerstag voriger Woche, dem 26. Februar, wurde der New Yorker Diskontsatz auf 3 ½ % erhöht, — eine an und für sich geringfügige Maßnahme (die Rate war in den meisten Reservedistrikten niemals unter 3 ½ % gesunken), aber sie zeigte an, woher der Wind wehte.

Während dieser ganzen Periode stand der Diskontsatz der Bank von England auf 4 %. Diese Zahl ist mit den amerikanischen Rediskontsätzen nicht völlig vergleichbar, da diese gewöhnlich unter dem Marktsatz stehen, während in England der Banksatz gewöhnlich über der Marktrate steht. Nichtsdestoweniger stand der

Wenden

ausschlaggebende englische Satz ungefähr $\frac{1}{2}$ % über dem ausschlaggebenden amerikanischen (entsprechend dem Unterschied von 1 % zwischen den jeweiligen amtlichen Sätzen). Gleichzeitig sind Menge und Preis des Kredits fast unverändert geblieben, — die Depositen der Londoner Clearingbanken hatten im Januar 1925 den gleichen Stand wie im Juli 1924, im Vergleich mit dem eben erwähnten Anwachsen um nicht weniger als 30 % in New York. Dies konnte jedoch ein geringes Anziehen unserer Preise in Übereinstimmung mit der Preissteigerung in Amerika nicht verhindern. Jedoch betrug gegenüber ihrer Steigerung um 10 % die unsrige nur 4 %; während das Dollar-Sterling-Verhältnis sich um 8 % zugunsten des Pfundes verschob.

Es ist augenscheinlich, daß die Verhältnisse für eine Kursbesserung nahezu ideal gewesen sind, ohne daß die Notwendigkeit für irgendwelche drastische Maßnahmen von seiten der Bank von England bestanden hat. Wenn aber die Verhältnisse in Amerika sich nur ganz wenig ändern würden, oder wenn auch nur die Bewegung zum Stehen käme, so würde das einen großen Unterschied machen. Es kann daher nicht überraschen, daß der Gouverneur der Bank von England die Heraussetzung in New York sehr ernst nahm. Eine Sondersitzung der Verwaltung wurde unverzüglich einberufen und die Leihsätze der Bank von England wurden sogleich um 1 % heraufgesetzt, als Vorspiel zu einer Erhöhung des Diskontsatzes.

Dies ist wahrscheinlich keine volkstümliche Konsequenz der Politik der Rückkehr zur Goldwährung. Aber diejenigen, welche glauben, daß das Gold nicht das beste Kriterium für die Regelung eines Kreditsystems ist, dürfen sich noch nicht beklagen. Obgleich unser Preisniveau nicht so stark wie das amerikanische gestiegen ist, so ist es doch deutlich gestiegen. Der Zinssatz langfristiger Anleihen ist in London so niedrig im Vergleich zu dem, was die Kreditsuchenden zu zahlen bereit sind, daß der Londoner Markt für die Neuausgabe auswärtiger Anleihen unstatthaft verlockend gewesen ist, mit dem Ergebnis, daß ihr Gesamtbetrag dazu neigte die Höhe der für diesen Zweck verfügbaren nationalen Ersparnisse zu überschreiten. Wenn die Bank von England ihre Machtbefugnis zu privatem Druck hinter der Szene ausnützt, um Neuauflagen auswärtiger Anleihen zu verhindern, so ist das gefährlich und unzureichend, und kann nicht von dauernder Wirksamkeit sein. Ein Satz von 4 % steht wahrscheinlich unter dem wahren Zinssatz und es spricht daher die Vermutung gegen das Festhalten eines solch niedrigen Zinsfußes, solange die Preise steigen. Es gibt daher einige gute und stichhaltige Gründe für die Maßnahme der Bank von England.

Das einzig richtige Argument der Gegenseite liegt im Beschäftigungsgrad. Die Arbeitslosenziffern sind gegenwärtig ungünstiger als sie vor einem Jahr waren, besonders wegen des Standes der Kohlen-, Stahl- und Schiffbauindustrie. Dies ist ein Grund dafür, der gegenwärtigen Führung unserer Geschäfte außerordentlich kritisch gegenüberzustehen. Wenn es aber auch notwendig sein mag, falls man einmal eine Depression zugelassen hat, der Industrie den Anreiz einer erheblichen Preissteigerung über den tiefsten Punkt der Depression hinaus zu gewähren, so wäre es doch nicht ratsam in dem Sta-

dium der Konjunkturbewegung, das wir jetzt erreicht haben, selbst wenn der Versuch verführerisch sein sollte, die Arbeitslosigkeit durch Zulassung tatsächlicher Inflation zu überwinden. Ich zweifle, daß ein Diskontsatz von 5 %, der an sich nicht bedrückend ist, dem Beschäftigungsgrad irgendwelchen meßbaren Schaden zufügen wird, vorausgesetzt, daß das Preisniveau keine Tendenz zum Sinken aufweist. Schaden würde er nur in einer Hinsicht — und in dieser Hinsicht würde er beträchtlich schaden — falls nämlich die Erhöhung des Diskontsatzes von der Geschäftswelt als Auftakt zu einem Preissturz ausgelegt würde.

Damit komme ich auf den wahren Gefahrenpunkt. Wir wissen nicht genau, wie die Politik der Bank von England aufzufassen ist. Falls diese Politik nur darauf ausgeht, unsere Preise verhältnismäßig stabil zu halten, auf höhere Preise in Amerika zu warten, um das Pfund auf Parität zu bringen, und danach mit der äußersten Vorsicht und Langsamkeit vorzugehen, ehe wir uns zu einem bestimmten Verhalten verpflichten, so kann ich in einem Diskontsatz von 5 % kaum etwas sehen, was die Geschäftswelt beunruhigen könnte. Falls man der Geschäftswelt versprechen könnte, daß die Bank von England alles, was in ihrer Macht liegt, tun wird, um sie vor einem sinkenden Preisniveau zu bewahren, nötigenfalls auch durch Senkung des Diskontsatzes, so könnte die Geschäftswelt in ruhiger Zuversicht weiterarbeiten. Ich stimme daher mit der Ansicht Sir Josuah Stamp's in seinem bewundernswerten Brief an die „Times“ überein, daß die Industriellen die Gewißheit erhalten sollten, daß keine Rückkehr zu der verabschiedeten Deflationspolitik beabsichtigt ist, und daß die Politik der Bank von England nicht dahin geht, die Verhältnisse in Amerika und die auswärtigen Wechselkurse für wichtiger zu halten als die Bedürfnisse der heimischen Industrie.

Wenn aber die Politik dahin geht, die Goldwährung coûte qu'il coûte bis Ende 1925 wiederherzustellen, dann sind die Aussichten nicht so behaglich. Es mag sehr wohl sein, daß ein Zinssatz von $3\frac{1}{2}$ % in New York nicht viel dazu beitragen wird, den beginnenden Aufschwung aufzuhalten und daß die jüngste Erhöhung nicht als erster Schritt der Federal-Reserve-Behörden angesehen werden sollte, die Lage fest in die Hand zu nehmen. Es kann aber auch das Gegenteil der Fall sein. Ist dies der Fall, würde die frühzeitige Aufhebung des Goldausfuhrverbots ein schweres Opfer in Gestalt vermehrter oder fortdauernder Arbeitslosigkeit bedeuten. Die Aufrechterhaltung oder Erhöhung des Diskontsatzes bei fallenden Preisen würde in der gegenwärtigen Verfassung von Großbritanniens Handel und Industrie höchst unverständlich sein.

Einige Leute halten es für unlogisch, sich dann gegen einen höheren Diskontsatz zu wenden, wenn die Preise zu fallen anfangen, und für eine Erhöhung einzutreten, wenn in einer späteren Konjunkturperiode die Preise zu steigen anfangen. Manchmal für teureres und manchmal für billigeres Geld einzutreten scheint ihnen dasselbe, als ob man einmal Protestant und einmal Katholik ist. Aber so denken, heißt den eigentlichen Kern der Sache übersehen. Was die Unternehmertätigkeit und den Beschäftigungsgrad beeinflusst, ist nicht die Höhe des Zinssatzes, sondern der geschätzte Real-Unter-

nehmergewinn während der Periode des Produktionsprozesses; und dieser setzt sich zusammen aus dem Diskont und der erwarteten Preisbewegung.

Die Quintessenz unseres industriellen Wohlergehens liegt, wie mir scheint, im Vertrauen; das will sagen, in der Möglichkeit für die Geschäftswelt, ihre Pläne frei von der Befürchtung zu machen, daß der von ihnen erwartete Gewinn durch eine fallende Preisbewegung herabgemindert wird. Viele Publizisten argumentieren, daß das vornehmlich zu vermeidende Risiko

in der Gefahr von Schwankungen der amerikanischen Wechselkurse liegt. Mir scheint, daß sie die Dinge nicht im rechten Maßstab sehen. Nur ein Teil unserer gesamten Erzeugung wird unmittelbar durch den Dollarkurs beeinflusst, und für diesen Teil besteht nicht die geringste Schwierigkeit, sich sehr billig gegen das Risiko durch Terminabschlüsse zu versichern. Andererseits werden fast alle Produzenten von dem Sterlingpreisstand betroffen und es gibt keinerlei Mittel, sich gegen seine Bewegungen zu versichern.

Keynes, John Maynard

Signatur

Datum 27. März 1925 192

DUPLIKAT
09467] 0020 K46

Wirtschaftsdienst Hamburg

№ 13 . . .

Das Problem der Goldwährung¹⁾

Von John Maynard Keynes (Cambridge)

Nachdruck verboten.

Das Problem der Goldwährung ist oft so diskutiert worden, als ob es die Frage einer automatischen und sich selbst regelnden Währung gegenüber einer regulierten (managed) Währung sei. Jedoch ist das nicht der tatsächliche Unterschied zwischen der orthodoxen und der Reformpartei. Der tatsächliche Unterschied ist nicht einer der Methode, sondern des Ziels. Das Wesen einer Goldwährung hat, in modernen Verhältnissen, sehr wenig mit Gold selbst zu tun, wenn dieses als eine Ware von innerem Werte angesehen wird. Ihr Hauptziel ist die Schaffung einer einheitlichen Währungsverfassung, die in einem großen Teil der Welt sich gleichen, und die unabhängig von der jeweiligen nationalen Politik sein soll. Unglücklicherweise können diese Vorteile nur erzielt werden, wenn wir die Buße zahlen, unser Kreditsystem, mit all den weitreichenden Wirkungen, die das für unsere Industrie und unseren Handel hat, nicht nur oder auch nur in der Hauptsache mit Rücksicht auf unsere inneren Erfordernisse regulieren zu müssen, sondern entsprechend den Kreditverhältnissen in der Welt als Ganzem und insbesondere nach denen der Vereinigten Staaten. Das Hauptziel der Geldreformer andererseits ist die Entwicklung einer Währungsverfassung, die vornehmlich durch die Bedürfnisse des heimischen Kreditwesens und der Stabilität der inneren Preise reguliert wird, auch wenn das nur möglich ist auf Kosten von Schwankungen, ausgedrückt in Währungen anderer Länder, etwa der Mark oder des Dollars. Die Geldreformer leugnen die großen Vorteile einer internationalen Währungseinheit nicht, sie glauben aber, daß es besser ist, zunächst eine gute heimische Geldverfassung zu schaffen (in der Hoffnung, sie später, wenn möglich, zu universalisieren) und so unser

eigenes Kreditsystem in die Lage zu versetzen, reibungslos zu laufen, was sie fast für eine Lebensnotwendigkeit industrieller Stetigkeit halten — statt zunächst eine unbefriedigende internationale Währung anzunehmen, in der Hoffnung, sie später durch organisierte internationale Zusammenarbeit zu verbessern.

Während so die Ziele der beiden Schulen einander derart entgegengesetzt sind, sind die Methoden der Währungsregulierung, welche eine jede anwenden müßte, um das Ziel zu erreichen, fast genau die gleichen. Eine völlig automatische und sich selbst regelnde Metallwährung hat es in England seit dem 18. Jahrhundert nicht gegeben, und vielleicht war sie nicht einmal damals völlig automatisch. Das beste und nahezu einzige Beispiel einer solchen Einrichtung im 20. Jahrhundert war die ägyptische Währung unmittelbar vor dem Kriege. Wo der Hauptteil der Geschäfte eines Landes mit Hilfe einer Kreditverfassung modernen Stils abgewickelt wird, wird die zentrale Regulierung einer Währung zur Notwendigkeit. Das beste Beispiel eines Versuches in modernen Verhältnissen, das Element einer zentralen Regulierung auf ein Mindestmaß zu beschränken, konnte in der Vorkriegs-Geldverfassung der Vereinigten Staaten vor Einführung des Federal-Reserve-Systems gefunden werden. Dieser Stand der Dinge bewies sich, besonders in der Krisis 1907, als so unheilvoll, daß es die Hauptbeschäftigung aller denkenden amerikanischen Bankiers wurde, ein reguliertes System zu schaffen.

Der Verlauf der Ereignisse in England während des 19. Jahrhunderts ist lehrreich. Die napoleonischen Kriege brachten eine regulierte, uneinlösbare Währung für einen Zeitraum von mehr als 20 Jahren, genau so wie der Weltkrieg uns eine derartige Sache für einen Zeitraum von mehr als zehn Jahren gebracht hat. Damals, wie

¹⁾ Dieses Gutachten wurde dem Handelsausschuß des Unterhauses am 18. März 1925 erstattet.

werden!

heute, forderte die Regulierung, unter den schrecklichen Schwierigkeiten der Kriegs- und Nachkriegsverhältnisse, zur Kritik heraus. Die Beziehungen zwischen Staatsfinanzen und Inflation bzw. Kontraktion wurden nicht völlig verstanden. Damals, wie heute, gestattete man der lasterhaften Kriegsfinanz eine Inflation und der tugendhaften Nachkriegsfinanz eine Deflation hervorzubringen. Damals, wie heute, verkündete die orthodoxe Partei, die eine notwendige Tat sei es, die Goldeintlösbarkeit wiederherzustellen, und vor ein wenig mehr als hundert Jahren wurde diese Tat kühn vollbracht. Die Folgen waren ärgerlich. Wir erlitten zwanzig Jahre fortgesetzter Kreditschwierigkeiten und Krisen, die verwirtesten und wirrsten, die wir jemals erlebten, und entkamen knapp einer Revolution. Die wachsende Unzufriedenheit der Geschäftswelt führte endlich zu der berühmten Reform, die sich in der Bankakte von 1844 verkörpert. Dieses eigentümliche Gesetz ist vornehmlich verantwortlich für den Mythos, daß wir eine automatische Goldwährung hätten, ein Mythos, der bis in die heutigen Tage in den Zeitungen fortlebt. Die Reformer jener Zeit, geführt von Lord Overstone, sahen ein, daß unsere Schwierigkeiten daher kamen, daß man vorgab, eine automatische Goldwährung zu haben, während wir tatsächlich ein unreguliertes Kreditsystem hatten. Das führte unweigerlich zu heftigen Aufschwüngen und Niedergängen, namentlich wenn dieses gefährdete System solchen Stürmen wie den ersten Eisenbahnhaussen ausgesetzt wurde. Die Reformer sahen ein, daß das Kreditsystem irgendwie zentralisiert werden müßte; sie begriffen ebenfalls, daß die Diskontpolitik der Bank von England der Schlüssel zur Regulierung sei. Insoweit hatten sie Recht. Aber ihre Lösung, ebenso wie die Lösung der orthodoxen Partei von heute, bestand darin, den Uhrzeiger zurückzustellen, was natürlich zu nichts anderem als zu einem veränderten Aussehen der Uhr führte. Ihre Lösung des Problems bestand in dem Aufstellen des Grundsatzes, daß Kreditgeld innerhalb gewisser Grenzen gestattet sein sollte, daß es sich aber trotzdem genau so verhalten sollte, als ob es tatsächlich aus Gold bestände. Diese Reform würde, hätte sie sich so ausgewirkt, wie ihre Verfasser es beabsichtigten, tatsächlich dahin geführt haben, das Kreditsystem abzuschaffen, und etwas sehr Ähnliches wie die automatische Goldwährung wieder einzuführen. Als sie sich aber mit dem Kreditgeld befaßten, dachten die Urheber der Reform nur an Banknoten und vergaßen die Bankdepositen. So war die Wirkung nicht eine Zertrümmerung des Kreditwesens, sondern eine Umstellung vom Noten-Bankgeschäft zum Depositen-Bankgeschäft, und das offensichtlichste Ziel des Gesetzes wurde völlig verfehlt. Die tatsächliche Reform brachte ein Seitenwind. Das Gesetz vergrößerte die Machtvollkommenheit der Bank von England und die Annahme der reformistischen Vorstellung von der Diskontpolitik der Bank, die nicht alle in dem Gesetz enthalten waren, führten schrittweise dahin, daß wir zuletzt ein reguliertes Kreditsystem erhielten. Unter diesem System ging es uns fünfzig Jahre lang mäßig wohl. Man kann von dem Plan eines regulierten Kreditsystems, das so aufgemacht worden war, um wie eine internationale automatische Goldwährung auszusehen, nicht sagen, daß es wirklich gut gearbeitet habe, wenn wir auf die bunte Geschichte von Haussen und Depressionen zurückschauen, die die Ge-

schichte des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts bezeichnen. Aber aus zwei Gründen wirkte es nicht unerträglich. Zunächst macht ein bestimmter Grad von Kreditunsicherheit für ein sich sehr rasch entwickelndes Gemeinwesen, wie wir es damals waren und die Vereinigten Staaten es heute sind, weit weniger aus, als für ein sich langsam entwickelndes oder stationäres Gemeinwesen. Und zweitens wurden wir der kontrollierende und führende Teilhaber an der internationalen Goldwährung. Kein anderes europäisches Land, nicht einmal Frankreich oder Deutschland, nahmen die freie oder unbeschränkte Goldeinlösung in Vorkriegstagen an. Die Vereinigten Staaten, die das Aussehen, aber nicht die Tatsächlichkeit unserer Methode nachzuahmen versuchten, erlitten unerträgliche Schwierigkeiten. Wir selbst litten einen guten Teil durch das Widerspiel auswärtiger Kreditstörungen, vornehmlich durch die europäischen in früheren und die amerikanischen in späteren Zeiten. Aber wir litten weniger, als es uns sonst zugekommen wäre, weil wir allein von allen Ländern der Welt eine riesige und bewegliche masse de manoeuvre, wie der Franzose es nennt, besaßen. Nicht in der Form von Gold, sondern in der von Sterling-Wechseln, gegen die wir kurzfristig Geld an die übrige Welt verliehen. Das machte uns, wie ich schon gesagt habe, zum herrschenden Partner. Wir konnten den Takt angeben. Wir konnten im allgemeinen den Rest der Welt zwingen, sich unserer Kreditpolitik zu fügen, ohne mit seltenen Ausnahmen es nötig zu haben, Maßnahmen zu ergreifen, die unseren eigenen inneren Kredit sehr erschüttert hätten. Ohne die Hilfe dieser Vorbedingungen scheint es mir zweifelhaft, ob es für irgendein Land ratsam ist, sein reguliertes Kreditsystem so aufzuziehen, als ob es eine automatische Goldwährung sei.

Ich fürchte, daß diese historische Abschweifung ein wenig lang geworden ist. Ich kehre zu meiner Behauptung zurück, daß das Kreditsystem unseres Landes immer ein i r g e n d w i e reguliertes System sein wird. Es nimmt niemand an, daß wir unsere normale Goldreserve auf etwa 40 % unseres gesamten Notenumlaufes festsetzen und es dann den Beauftragten der Bank von England überlassen können, anzuzeigen, daß der Diskontsatz herauf- oder heruntergesetzt ist, je nachdem wie die Reserve über den als normal angesehenen Prozentsatz hinaus gestiegen oder gefallen ist. Um plötzliche und schädliche Schwankungen zu vermeiden, wird es für die Bank von England notwendig sein, die äußerste Vorsicht walten zu lassen und Schritte zu unternehmen, die dem tatsächlichen Zu- und Abfluß von Gold weit voraus sind; und andererseits die Bewegung des Goldes zu ignorieren, wenn ihrer Beurteilung nach solche Bewegungen auf außergewöhnlichen oder zeitweiligen Ursachen beruhen. Wenn die Bankverwaltung glaubt, daß sie handeln muß, so werden ihre Waffen der Diskontsatz und, zu Zeiten, der Kauf und Verkauf von Schatzwechseln sein. Eine regulierte Währung, welche nach Stetigkeit der inneren Preise und des inneren Kredits strebt, wird genau in der gleichen Weise verfahren. Das gleiche Maß von Voraussicht wird erforderlich und die Mittel des Handelns werden die gleichen sein. Nichts wird sich ändern als das Ziel. Unter der Goldwährung wird es das Ziel sein, den Prozentsatz von Gold in der Bankreserve innerhalb einer bestimmten Anzahl von Punkten über oder unter

einer Normalzahl zu halten, unter der „Feste-Kaufkraft-Währung“ wird es das Ziel sein, etwa die Indexzahl des Board of trade innerhalb einer bestimmten Anzahl von Punkten über oder unter einer Normalzahl zu halten. Abgesehen davon, daß Anfangsschwierigkeiten, von welcher Sache auch immer, unvertraut sind, glaube ich nicht, daß eine größere Gewandtheit erforderlich ist, um nach dem einen oder anderen System zu arbeiten — da in jedem Fall die technischen Probleme, sowohl das der Voraussage wie das der Beherrschung, wesentlich die gleichen sind.

Auf jeden Fall sind es bei dieser Gelegenheit die Geldreformer, die die vorsichtigen Leute sind. Mein konkreter Vorschlag ist nach alledem nicht sehr aufregend — nämlich, daß wir im großen und ganzen unter der gleichen Gesetzgebung und unter Anwendung der gleichen Methode und des gleichen Apparates der Regulierung so fortarbeiten sollten wie in den letzten zwei Jahren, jedoch mit diesem Unterschied, daß wir als Ziel die Stetigkeit unserer Preise und die Anpassung des inneren Kredites an die Erfordernisse unserer eigenen Wirtschaft haben sollten, an Stelle des schrittweisen Abbaus unserer eigenen Preise, entsprechend denen der Vereinigten Staaten. Das neue Problem wird für die Bank von England nicht irgendwie schwieriger sein als ihr derzeitiges Problem.

Andererseits ist es sicherlich übereilt, zu einem nahen Zeitpunkt zu erklären, daß wir unsere Währungseinheit unwiderruflich an das Gold binden. Wir würden nicht zum Vorkriegssystem zurückkehren. Wir würden das Risiko einer neuen und unbekannten Lage übernehmen, denn wir würden ein als automatische Goldwährung verummtes reguliertes Kreditsystem anzuwenden versuchen, unter den völlig neuen Bedingungen, die unsere Verschuldung an Amerika, die Goldkonzentration in Amerika und die Errichtung des Federal-Reserve-Systems in Amerika geschaffen haben. Sicherlich würden wir nicht länger den Takt angeben. Eine Goldbewegung aus oder nach Amerika, die uns trocken legen oder überschwemmen würde, würde von den Amerikanern kaum gemerkt werden. Sicherlich würden die Verhältnisse in Amerika eine größere Rolle bei der Bestimmung unseres Diskontsatzes und unserer Kreditbedingungen spielen als die Bedürfnisse unseres eigenen Handels. Sicherlich würden wir das Risiko laufen, den Preis des Kredites an unsere eigene Industrie heben oder senken zu müssen, nur weil eine Investierungshausse in Wallstreet zu weit gegangen ist, oder auf Grund eines plötzlichen Modewechsels unter den Amerikanern gegenüber der Begehung ausländischer Anleihen, oder weil die Banken im mittleren Westen von ihren Farmern zu sehr festgelegt worden sind, oder weil der amerikanische Präsident gestorben ist, oder weil die schreckliche Tatsache, daß jeder Amerikaner zehn Automobile und einen Radioapparat in jedem Raum eines jeden Hauses hat, gerade den Erzeugern dieser Artikel bekannt geworden ist. Andererseits könnten wir mit billigem amerikanischen Geld überschwemmt werden, auf das wir uns nicht verlassen können. Bei dem gegenwärtigen Stande unserer mit Schwierigkeiten kämpfenden Industrie und dem derzeitigen Stand der Arbeitslosigkeit erachte ich es als von vornehmster Wichtigkeit, daß wir die Kontrolle unseres inneren Kreditsystems in unseren eigenen Händen be-

halten. Wir sind nicht in der Verfassung, um Stößen und Stürmen zu widerstehen. Ich glaube, daß wir einen schweren Fehler begehen, wenn wir uns ihnen aussetzen, nur wegen der Bequemlichkeit — denn mehr ist es tatsächlich kaum — eines festen Wechselkurses mit dem Dollar. Jede wesentliche Veränderung in den Lebenshaltungskosten und dem allgemeinen Preisniveau, sowohl nach oben wie nach unten, wird den industriellen Frieden bedrohen. Jede Kreditkontraktion, die durch die auswärtigen Verhältnisse bedingt wird, und nicht deshalb erforderlich ist, um einen beginnenden Aufschwung im Inland zu hemmen, wird dem Arbeitgeber die Möglichkeit nehmen, die Zahl der beschäftigten Hände zu vermehren oder auch nur aufrecht zu erhalten.

Herr Mac Kenna endete, nachdem er die Goldwährung durch Auseinandersetzung ihrer Nachteile verteidigt hatte, mit der boshaften Erwartung, daß sie, die Goldwährung, auf lange Sicht sich entwerten würde und uns so eine kleine Inflation ohne Verlust der sichtbaren Ehrenhaftigkeit beschern würde. Ich glaube, daß seine Voraussage sehr wahrscheinlich ist, aber ich Sorge mich nur in zweiter Linie um den Preis des Goldes auf lange Sicht, mag er nach oben oder nach unten gehen. Meine dringlichste Sorge betrifft die kurzfristigen Schwankungen in der Nähe des Mittelwertes und den Verlust der Herrschaft über unser Kreditsystem, die wir, wenn wir uns nur einmal Zeit zum Denken nähmen, dazu brauchen könnten, um die Übel der Arbeitslosigkeit und der Unstetigkeit der Konjunktur zu mildern.

Das Schlimmste an dieser Kontroverse ist, daß sie zu 90 % von Leuten geführt wird, die weder die Argumente der einen noch der anderen Seite kennen. Aber vielleicht gilt das in Wahrheit für alle Kontroversen. Nichtsdestoweniger muß jemand, der in der Minderheit ist, das Beste, was er kann, aus dem machen, was ihm die praktische Politik gestattet. Die Führer aller drei politischen Parteien haben sich Scheuklappen angelegt und haben sich entschlossen, nichts anderes als unser letztes Ziel zu sehen als die Goldeinlöslichkeit. Man lasse mich daher drei konkrete Vorschläge unterbreiten, die nicht unvereinbar mit ihren Erklärungen sind, und deren Annahme die Gefahren mindern würde, die ich beschrieben habe:

1. Was sich immer ereignen mag, so ist der Plan, die Goldeinlösbarkeit dadurch wiederherzustellen, daß man das bestehende Goldausfuhrverbot ab 1. Januar kommenden Jahres verschwinden läßt, unnötig voreilig. Es würde nur dazu dienen, uns im voraus darauf festzulegen, unter Umständen, die wir nicht voraussehen können, etwas zu tun, was wir freiwillig, mit offenen Augen nicht tun sollten. Diejenigen, die für Begünstigung der abgeschafften Deflationspolitik eintreten, wünschen natürlich, uns von vornherein auf die Möglichkeit ihrer Wiederaufnahme festzulegen. All diejenigen jedoch, die Gegner der Deflationspolitik von vor zwei oder drei Jahren sind, sollten diesen Fallstrick sorgfältig vermeiden. Eine vorzeitige Ankündigung einer bevorstehenden Aufhebung des Goldausfuhrverbotes kann nur zwei Ziele haben — uns auf etwas festzulegen, was wir mit offenen Augen nicht tun würden und die unmittelbare Rückkehr des Pfund Sterling zur Parität durch Anregung der Kursspekulation zu unterstützen. Das zweite Ziel ist so töricht wie das erste: Denn eine Spekulation zugunsten

Wendell

des Pfundes wird eine entsprechende und entgegengesetzte Reaktion zur Folge haben, die später unsere Schwierigkeiten vermehren wird. Es ist daher wünschenswert, ein Gesetz anzunehmen, das das Ausfuhrverbot verlängert und es der Einsicht des Schatzamtes überlassen wird, es aufzuheben, wenn es für klug erachtet, so zu verfahren. Ist es nicht einleuchtend, daß die Aufhebung des Ausfuhrverbots das letzte Stadium des Überganges bilden soll — das nicht vollzogen werden soll bis das Pfund Sterling de facto die Parität für einen beträchtlichen Zeitraum behauptet hat?

2. Die Rückkehr zur Einlösbarkeit schließt die Verschmelzung der Currency-Notenausgabe mit der Notenausgabe der Bank von England ein. Die Bestimmungen der Verschmelzung zeigen einige interessante Probleme auf. Es würde angebracht sein, diese Frage aus dem Wege zu räumen, bevor das Ausfuhrverbot angefaßt wird. Ist das getan, so sollte die Einlösbarkeit der neuen Note nicht in Einheiten von Sovereigns, sondern von Goldbarren festgesetzt werden. Das will sagen, die Bank von England sollte verpflichtet sein, nicht einzelne Noten gegen Sovereigns einzutauschen, sondern Goldbarren gegen Noten auszuhändigen, und zwar nur in Beträgen von nicht weniger als 1000 Pfund auf einmal. Dadurch

würde die Gefahr vermieden, daß die Sovereigns in die tatsächliche Zirkulation zurückkehren.

3. Das Recht, Gold zur Münze zu senden, sollte auf die Bank von England beschränkt bleiben, und der Preis der Bank für durch Importeure angebotene Goldbarren sollte der Einsicht der Bank überlassen bleiben. Dadurch würde es möglich, den normalen Kaufpreis für Gold etwas höher festzusetzen als es vor dem Kriege der Fall war, über der festgesetzten Einlösungsparität. Es würde ebenfalls der Einsicht der Bank überlassen bleiben, kein weiteres Gold zu kaufen, wenn wir ihrem Urteil nach uns in der Gefahr befinden, überflutet zu werden. Ich messe dieser Bestimmung großen Wert bei.

Es würde Platz genug für ein interessantes Währungsgesetz auf Grund dieser Richtlinien dasein. Da ich ein unbußfertiger Nationalökonom bin, so würde ich noch über die Langsamkeit unserer Staatsmänner unbefriedigt sein, die zu ihrer Hand liegenden wirklichen Heilmittel gegen unsere gegenwärtigen Krankheiten anzuwenden. Wenn ich jedoch ein Industrieller wäre, so würde ich, falls diese Richtlinien angenommen würden, mit weniger Ängstlichkeit in die nächste Zukunft schauen.

Hamburgisches
Welt-Wirtschafts-Archiv.

09467 10021 000

Keynes, John M.

Signatur

Datum 29. Juli 1925 192 .

Frankfurter Zeitung

Nr. 558 -

London, 28. Juli. (Wolff.) Der bekannte Wirtschaftspolitiker
Professor Keynes hat sich mit der russischen Balletttänzerin
Boruchowa verlobt.

Nr.

The Manchester Guardian

No 24794

Views on Relations with Labour.

MR. C. P. SCOTT AND
MR. KEYNES.

Reform Club Dinner.

Mr. J. M. Keynes was the chief speaker last night at the presidential dinner of the Manchester Reform Club. He was present at the invitation of Mr. C. P. Scott, who is serving his second term as president of the club.

Acknowledging the compliments paid to him, Mr. Keynes said he felt it a peculiar honour to be the guest of the Manchester Reform Club, and of its president—"the grand old man of Manchester, and the most distinguished journalist in the world."

In the course of a brilliant address, he discussed the relationship of the Liberal party with other advanced political movements and schools of thought. He admitted that he spoke as "a left wing Liberal," and added at a later stage of the dinner that he suspected he had not obtained unanimous approval for all he had said.

"But," he went on, "I don't believe any other Liberal would have succeeded in that either, so that I don't think there is anything I need apologise for, or anything I need boast about."

MR. C. P. SCOTT.

Mr. Scott, proposing the health of Mr. Keynes, said: It is my privilege, as president of this Club, to which high office you have done me the honour of electing me for a second time, to invite someone distinguished in public life to address you. On the last occasion—it is thirty-three years ago—my friend Mr. Bryce, afterwards Lord Bryce, was our guest—a man of the highest distinction in many fields of thought and action. This time Mr. Keynes, a thinker and man of affairs, whose name is familiar all over Europe, has done us a like honour. And we are the more grateful to him since he has come, I fear, at no small personal inconvenience. But he no doubt feels, as we all must feel, that this is a time when every man must be ready to play his part and to bring whatever gifts and powers he may possess to the service of the party and the State.

Of course we as a party are in a tight place. Who denies it? We have a great following in the country, but, largely owing to our obsolete electoral system, a miserable representation in the House of Commons. We have experienced and brilliant men among our leaders. But unfortunately they do not lead; they quarrel. Then again, like every party which has no near prospect of office, we are liable to defections. Able men are apt to be ambitious—quite rightly; but we have nothing to offer to ambition except the reward—not always so ardently sought for as it might be—of doing good. Thus the ambitious are apt to discover within them sudden and surprising affinities to other parties. What does it matter? Let them go, and may they take as much of their Liberalism as survives as a present to their new friends.

And what of us? What of the faithful remnant who are left? That is the mistake people make. We are not a remnant. We are the majority of the country. There is no mistake about it, the country is Liberal. You can judge of this from the attitude of the other great parties and party leaders. All that is best in their policies is borrowed from us. Mr. Baldwin is at heart more than half a Liberal, and, but for his misguided Protectionism, might, if he ventured to say all he thought, pass quite a creditable examination on his political faith. He has his Tories, of course, to consider, and probably the trouble of his life is to keep them in order. But in his strong social sympathies he belongs to us, and he has taken over as much as he dares of our international outlook and foreign policy. So also of the Labour leaders. Mr. MacDonald showed himself an excellent Liberal Foreign Minister, and Mr. Snowden a Chancellor of the Exchequer in the full Gladstonian tradition. I am not suggesting that Mr. Baldwin is likely to join the Liberal party, or Mr. MacDonald either. What I do suggest is that, broadly speaking, it is we who much most nearly represent the opinion of the country, and that the leaders of all parties know it and act upon that knowledge.

Interests Behind Other Parties.

Then why does the country, which accepts our principles, reject our candidates? Why are we not a majority in the House of Commons as in the days before the war? The main reason of course is that there are now three parties instead of two and that one of these has been cut from our body. Both the other great parties rest upon powerful interests; we, unfortunately, rest only on our merits. The Tories have some formidable buttresses: the land—a tremendous

power still in this old country,—big business and finance (not all, but the greater part), the Church, the brewery and public-house, and what Disraeli used to call the residuum, whose component parts I need not particularise. Those are solid things. They may be sectional or selfish, but they are strong. So again with the Labour party. Even more than the Tory party it is a class party. It rests on the trade unions. So nakedly is this the case that it levies all their members—Liberals, Tories, and Labour men alike—for its political party purposes. It is a huge industrial organisation turned to a political use. That is a great strength; it is also a great weakness. Who plays the piper calls the tune. The Labour party cannot afford to be neutral in industrial disputes. At a time of crisis it might be compelled to take the side of the great unions against the rest of the nation. No party of which that can be said is likely in our time to be trusted by the nation with the undivided control of its affairs.

What is the moral for the Liberal party? As against the other two class parties we are the one great national party—bound by no sectional interests, bound only to study the nation's interests, standing for peace, which is the life of the poor; standing for international goodwill, which is the hope of civilisation; resolved, cost what it may, so far as is humanly possible and so far as our knowledge goes, to lift the condition of the depressed and the oppressed. These are our ideals; more than ever we must be true to them. In a party sense we succeed or fail; in a national sense we shall not fail. In Parliament we may be small in numbers, but in the nation we shall be potent in proportion to our sincerity, our devotion, and our hold on the truth.

Is that not worth trying for? Is it not worth while to maintain, strong and intact, an organisation which embodies so splendid a tradition? And the day may come—sooner perhaps than we anticipate—when the nation will have need of us and will call us to its service.

MR. KEYNES.

Mr. Keynes said: A series of articles by the editor of the "Nation" has brought to the forefront of politics during recent weeks the future relations between the Liberal party and the Labour party. So far as the leaders are concerned on either side, we are not yet much enlightened. Nevertheless, Mr. Lloyd George has produced the impression that, on terms, he would

wendon

not decline a working arrangement between the two parties. And Mr. Snowden that he, also on terms, would welcome it. Lord Oxford—perhaps wisely—has avoided the issue for the present by occupying his speech with perverid declarations that no conversations have occurred as yet.

Lord Oxford may be right to suppose that there is no hurry. No hurry, that is, to decide. But nothing is more necessary than that those of us who have no responsibility should speak our minds. It is the urgent subject for discussion wherever, as to-night, Liberals are gathered together.

I do not wish to live under a Conservative Government for the next twenty years. I believe that the progressive forces of the country are hopelessly divided between the Liberal party and the Labour party. I do not believe that the Liberal party will win one-third of the seats in the House of Commons in any probable or foreseeable circumstances. Unless in the course of time the mistakes of the Conservative Government produce an economic catastrophe—which is not impossible,—I do not believe that the Labour party will win one-half of the seats in the House of Commons. Yet it is not desirable that the Labour party should depend for their chances of office on the occurrence of a national misfortune; for this will only strengthen the influence of the party of catastrophe which is already an important element in their ranks. As things are now, we have nothing to look forward to except a continuance of Conservative Governments, not merely until they have made mistakes in the tolerable degree which would have caused a swing of the pendulum in former days, but until their mistakes have mounted up to the height of a disaster. I do not like this choice of alternatives.

That is the practical political problem which confronts all those, in whichever party they are ranged, who want to see progressive principles put into effect, and believe that too long a delay in doing so may find the country confronted with extreme alternatives.

Possibility of Liberal Extinction.

The conventional retort by Labour orators is to cry: "Close down your Liberal party and come over to us." "Let me answer this as sincerely and exactly as I can.

I admit that the virtual extinction of the Liberal party is a political possibility. I admit that a time may come when anyone in active politics will have only two choices before him, and not three. But I believe that it would be bad politics and bad behaviour to promote this end; and that it is good politics and good behaviour to resist it.

Good politics to resist it because the progressive cause in the constituencies would be weakened, and not strengthened, by the disappearance of the Liberal party. There are many sections of the country, and many classes of voters, which for many years to come will never vote Labour in numbers or with enthusiasm sufficient for victory, but which will readily vote Liberal as soon as the weather changes. Labour leaders who deny this are not looking at the facts of politics with unclouded eyes.

Good behaviour to resist it, because most present-day active Liberals, whilst ready on occasion to vote Labour and to act with Labour, would not feel comfortable or sincere or in place as full members of the Labour party. Let me, by way of example, speak of my own feelings. I am sure that I am less conservative in my inclinations than the average Labour voter; I fancy that I have played in my mind with the possibilities of greater social changes than come within the present philosophies of, let us say, Mr. Sidney Webb, Mr. Thomas, or Mr. Wheatley. The Republic of my imagination lies on the extreme left of celestial space. Yet, all the same, I feel that my true home, so long as they offer a roof and a floor, is still with the Liberals. Why, though fallen upon such evil days, does the tradition of Liberalism hold so much attraction? The Labour party con-

tains three elements. There are the trade unionists, once the oppressed, now the tyrants, whose selfish and sectional pretensions need to be bravely opposed. There are the advocates of the methods of violence and sudden change, by an abuse of language called Communists, who are committed by their creed to produce evil that good may come, and, since they dare not concoct disaster openly, are forced to play with plot and subterfuge.

The Constructive Groups.

There are the Socialists, who believe that the economic foundations of modern society are evil, yet might be good. The company and conversation of this third element, whom I have called Socialists, many Liberals to-day would not find uncongenial. But we cannot march with them until we know along what path and towards what goal they mean to move. I do not believe that their historic creed of State Socialism and its newer gloss of Guild Socialism now interest them much more than they interest us. These doctrines no longer inspire anyone. Constructive thinkers in the Labour party and constructive thinkers in the Liberal party are trying to replace them with something better and more serviceable. The notions on both sides are a bit foggy as yet, but there is much sympathy between them and a similar tendency of ideas. I believe that the two sections will become more and more friends and colleagues in construction as time goes on. But the progressive Liberal has this great advantage. He can work out his policies without having to do lip-service to trade unionist tyrannies, to the beauties of the class war, or to doctrinaire State Socialism—in none of which he believes.

In the realm of practical politics two things must happen—both of which are likely. There must be one more general election to disillusion Labour optimists as to the measure of their political strength standing by themselves. But equally on our side there must be a certain change. The Liberal party is divided between those who, if the choice be forced upon them, would vote Conservative, and those who in the same circumstances would vote Labour. Historically, and on grounds of past service, each section has an equal claim to call itself Liberal.

Departure of Sir A. Mond.

Nevertheless I think that it would be for the health of the party if all those who believe, with Mr. Winston Churchill and Sir Alfred Mond, that the coming political struggle is best described as Capitalism versus Socialism, and, thinking in these terms, mean to die in the last ditch for Capitalism, were to leave us. The brains and character of the Conservative party have always been recruited from Liberals, and we must not grudge them the excellent material with which, in accordance with our historic mission, we are now preserving them from intellectual starvation. It is much better that the Conservative party should be run by honest and intelligent ex-Liberals who have grown too old and tough for us than by die-hards. Possibly the Liberal party cannot serve the State in any better way than by supplying Conservative Governments with Cabinets and Labour Governments with ideas.

At any rate, speaking as a left-wing Liberal, I sympathise with Labour in rejecting the idea of co-operation with a party which included, until the other day, Mr. Churchill and Sir Alfred Mond, and still contains several of the same kidney. But this difficulty is rapidly solving itself. When it is solved, the relations between Liberalism and Labour, at Westminster and in the constituencies, will, without any compacts, bargains, or formalities, become much more nearly what some of us would like them to be.

Future of Liberal Party.

It is right and proper that the Conservative party should be recruited from the Liberals of the previous generation. But there is no place in the world for a Liberal party which is merely the home of out-of-date or watery Labour men. The Liberal party should be not less progressive than Labour, not less open to new ideas, not behindhand in constructing the new world.

I do not believe that Liberalism will ever again be a great party machine in the way in which Conservatism and Labour are great party machines. But it may play, nevertheless, the predominant part in moulding the future. Great changes will not be carried

out except with the active aid of Labour. But they will not be sound or enduring unless they have first satisfied the criticism and precaution of Liberals. A certain coolness of temper, such as Lord Oxford has, seems to me, at the same time particularly Liberal in flavour, and also a much nobler and more desirable and more valuable political possession and endowment than sentimental ardours.

The political problem of mankind is to combine three things: economic efficiency, social justice, and individual liberty. The first needs criticism, precaution, and technical knowledge; the second an unselfish and enthusiastic spirit, which loves the ordinary man; the third tolerance, breadth, appreciation of the excellences of variety and independence, which prefers above everything to give unhindered opportunity to the exceptional and to the aspiring. The second ingredient is the best possession of the great party of the proletariat. But the first and third require the qualities of the party which, by its traditions and ancient sympathies, has been the home of economic individualism and social liberty.

Keynes, John Maynard.

Hamburgisches
Welt-Wirtschafts-Archiv

Signatur

Datum 17 Juni 1926 192

09467 10023 000

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. Main)

No 444.

≠ Berlin, 17. Juni. (Priv.-Tel.) Professor Keynes trifft, wie das „Tageblatt“ hört, am Montag in Berlin ein. Er wird Mittwoch abend in der Universität einen Vortrag über das Thema „Privat- oder Gemeinwirtschaft“ halten. Im Anschluß an den Vortrag wird der Rektor der Universität in den Räumen der Deutschen Gesellschaft zu Ehren von Keynes ein Abendessen geben.

09467 1 0024 000

Berliner Tageblatt

Nr. 294.

Das Keynes-Bankett.

Die Tischreden.

An dem Bankett zu Ehren von Keynes, das der Rektor der Berliner Universität gestern abend, nach dem Vortrag des englischen Gastes, im Hause der Deutschen Gesellschaft in der Schadowstraße gab, nahmen ungefähr siebzig Vertreter der Berliner Gelehrtenwelt und der Wirtschaftskreise teil. Der preussische Kultusminister Dr. Becker war mit Geh. Oberregierungsrat Dr. Richter und anderen Herren seines Ministeriums gekommen, vom Auswärtigen Amt waren Staatssekretär v. Schubert, Geheimrat Dr. Simon u. a. anwesend, die großen industriellen und landwirtschaftlichen Verbände, die Banken und der Handel waren durch ihre führenden Persönlichkeiten vertreten. Der amerikanische Botschafter Schurman und, in Vertretung des von Berlin abwesenden englischen Botschafters, Botschaftsrat Addison und der erste Handelssekretär Lhenwall waren unter den Ehrengästen. An der hufeisenförmigen Tafel saßen Keynes neben Frau Minister Dr. Becker, Frau Keynes zwischen dem Rektor der Universität und dem Kultusminister. Professor Ludwig Bernhard hatte vorher in sehr humorvoller Art die Anwesenden in zwei Gruppen geteilt: die Professoren der Universität und die Nicht-Professoren, und jeder Professor führte dann einen der anderen Gäste zu Tisch.

Als erster Tischredner begrüßte der Rektor Professor Pompeck noch einmal Keynes und sodann die Gäste. Er wies darauf hin, daß in Berlin nicht, wie in manchen anderen Universitätsstädten, die Professoren sich in regelmäßigen Vereinigungen mit den Vertretern der Industrie, des Handels usw. zusammensänden. Dant der Anwesenheit von Keynes sei hier eine solche Zusammenkunft zustande gekommen, um Keynes versammelten sich zum ersten Male die Männer der Forschung mit denen der Tat, und es sei zu wünschen, daß diese Vereinigung von Wissenschaft und Leben eine dauernde werden möge. Kultusminister Dr. Becker, der dann sprach, schilderte in sehr eleganter und zugleich sehr warmer Rede die Bedeutung, die das Auftreten Keynes' für Deutschland gehabt habe. Nach dem Zusammenbruch, der als ein Schicksalsschlag ertragen werden mußte, sei das Furchtbare gewesen, daß das deutsche Volk sich dem Unsinnsigen, dem Sinnlosen gegenüber sah. Als damals Keynes als einziger hervortrat, sei ein Aufatmen durch Deutschland gegangen. Keynes habe, auf seiner Wissenschaft fußend, die Geister aus dem Bann des Unsinnsigen zur wirtschaftlichen Vernunft zurückgerufen. Er habe den hohen moralischen Mut gehabt, nicht nur den Regierungen gegenüberzutreten — daß Professoren ihren Regierungen Opposition machten, käme ja auch anderwärts vor (hier wandte der Redner sich mit einer leichten Geste an seine Opponenten, was freundliche Heiterkeit erregte) —, sondern er habe den Kampf gegen die allgemeine geistige Verirrung aufgenommen. Der Minister brachte ein Hoch aus auf Keynes, den Wissenschaftler, und auf Keynes, den Mann. Professor Sering sprach gleichfalls auf Keynes, dessen Wirken er, von seinen Anfängen schon vor dem Kriege an, in längerer Rede schilderte. Er erklärte, Deutschland könne nur mit einer vorsichtigen, friedlichen Politik schrittweise wieder emporkommen.

Dann erhob sich Keynes, um zu antworten und zu danken. Er sagte, daß er ein Kind der Universität sei und eigentlich kein Politiker. Sein Vater sei Universitätsprofessor gewesen, er selbst sei in einer Universitätsstadt geboren, und er hoffe, als Hochschullehrer zu sterben. In Versailles, bei den Verhandlungen nach dem Waffenstillstand, habe er zuerst manche der Männer — wie Direktor Urbig und Professor Schumacher — schäßen gelernt, die er heute unter den Anwesenden sehe. Er empfinde das Bedürfnis, einen Nichtanwesenden zu nennen, Dr. Melchior (den Mitinhaber des Bankhauses Warburg in Hamburg), der sich durch seine Tätigkeit als Sachverständiger in Versailles große Verdienste um Deutschland erworben, mit außerordentlicher Umsicht und Klugheit für sein Land eingetreten sei. Unter den Gästen, die er vor sich sehe, sei auch Einstein. Man könne sagen, die reine

Gelehrsamkeit, wie Einstein sie repräsentiere, sei der Himmel, die Wirtschaft sei die Hölle und dazwischen stehe auf der Erde die Nationalökonomie, die wirtschaftliche Ordnung. Keynes schloß, indem er betonte, daß England und Deutschland einander ergänzen und in friedlichem Austausch miteinander leben müssen. Nach dieser mit Handeklatschen aufgenommenen Rede begaben sich die Bankettteilnehmer in die Nebenräume, wo sie bis nach Mitternacht zusammenblieben.

09467 10025 000

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. Main)

Nr. 463.

Keynes, John M.

Signatur

Datum 24. Juni 1926 192

Keynes über Privat- oder Gemeinwirtschaft.

(Privattelegramme der „Frankfurter Zeitung“.)

✠ Berlin, 24. Juni. Professor John Maynard Keynes sprach gestern in der dicht gefüllten Großen Aula der Berliner Universität über „Das Ende des laissez faire — Privat- oder Gemeinwirtschaft“. Der Andrang des Publikums war so stark, daß sich zwei andere Räume der Universität als zu klein erwiesen hatten. Prof. Ludwig Bernbard führte Prof. Keynes ein. Der Gast dankte in deutscher Sprache, wobei er gleichzeitig die Grüße der Universität Cambridge an die Universität Berlin überbrachte. Die geistige Kameradschaft zwischen deutschen und englischen Studenten sei ein wertvoller Besitz. England werde gern seine Studenten nach Deutschland schicken und heiße deutsche Studenten in England willkommen. In englischer Sprache hielt dann Prof. Keynes seinen Vortrag.

Wie Professor Keynes im einzelnen ausführte, geht das laissez faire auf die philosophischen und ökonomischen Lehren des ausgehenden achtzehnten und des beginnenden neunzehnten Jahrhunderts zurück, als man die Rechte des Individuums mit denen der Gesellschaft zu verknüpfen suchte, indem man „die Idee einer göttlich prästabilierten Harmonie zwischen privatem Vorteil und allgemeinem Wohl“ verkündete. Infolge der Wirkung der Naturgesetze, hieß es damals, förderten die Individuen, die völlig frei ihren persönlichen Interessen nachgingen, gleichzeitig auch das Allgemeinwohl. Diese Lehre habe schließlich zu der Annahme eines Zustandes geführt, „bei dem die ideale Verteilung der Produktionsgüter durch die unabhängige individuelle Tätigkeit nach der Methode von Versuch und Irrtum geschieht, wobei die Individuen, die den richtigen Weg einschlagen, im Wettbewerb über jene Individuen obliegen, die den falschen Weg genommen haben. Durch diese Methode kommen die erfolgreichsten Profitmacher durch einen unbarmherzigen Kampf ums Dasein nach oben, einen Kampf, der mit einer Auslese der Tüchtigsten durch den Bankrott der minder Tüchtigen endet.“ Von der Unfähigkeit der damaligen Regierungen und den großen Erfolgen der ersten Industriekapitäne begünstigt, habe sich dann nacheinander mehr die Ueberzeugung festgesetzt, daß jeder staatliche Eingriff in die Wirtschaft nur schädlich sein könne, und daß man Handel und Wandel sich selbst überlassen müsse. „Aber das Prinzip des laissez faire hat noch andere Verbündete außer den nationalökonomischen Lehrbüchern. Man muß zugeben, daß die Schwäche der gegnerischen Theorien — des Protektionismus einerseits und des marxistischen Sozialismus andererseits — das Prinzip des laissez faire bei gründlichen Denken und dem verständigen Publikum noch befestigt hat. Von diesen ist der Schukzoll wenigstens einleuchtend, so daß seine Popularität nicht weiter Wunder nimmt. Aber der marxistische Sozialismus wird immer eine Krug in der Geschichte der Lehrmeinungen bleiben — wie es möglich sein konnte, daß eine so unlogische und langweilige Lehre einen so mächtigen und dauernden Einfluß auf den Geist der Menschen und durch ihn auf den Gang der Geschichte ausüben vermochte. Der Individualismus und das laissez faire hätten sich schließlich doch nicht ihren dauernden Einfluß bewahrt, wenn sie sich nicht mit den Bedürfnissen und Wünschen der Geschäftswelt jener Zeit gedeckt hätten. Und doch beginnt auch dieses Idol seinen Glanz zu verlieren. Wir werden immer mehr zweifelhaft, ob wir an seiner Hand ins Paradies eingehen werden. Es ist nicht wahr, daß jedes Individuum eine vorgezeichnete natürliche Freiheit seiner wirtschaftlichen Tätigkeit besitzt. Die Welt wird von oben her nicht so regiert, daß private und allgemeine Interessen immer zusammenfallen.“

Wolle man weiter kommen, so müsse man zunächst zwischen den „Agenda und den Nonagenda“ des Staates unterscheiden, nach Keynes eine der wichtigsten Aufgaben der heutigen Nationalökonomie. Und hierbei müsse man berücksichtigen, daß die wichtigsten Aufgaben des Staates nicht in der Arbeit lägen, die von Privatpersonen geleistet würden, oder von ihnen geleistet werden könnten, sondern in der Arbeit, die überhaupt nicht getan würde, wenn der Staat sie nicht tue. Von diesem Grundsatz aus-

und dem modernen Staat liegt. Daher glaube ich, daß der Fortschritt in der Richtung der Entwicklung und der Anerkennung halb-autonomer Körperschaften im Rahmen des Staates liegt: Körperschaften, die in ihrem Wirkungskreis nur nach dem Kriterium des Allgemeinwohls handeln, so wie sie es auffassen, und an anderen Erwägungen Motive privaten Vorteils völlig ausschließen, wobei man ihnen allerdings in mancher Hinsicht, solange der menschliche Altruismus nicht gewachsen ist, für ihre Gruppe, Klasse und Fakultät gewisse Vorteile belassen muß; Körperschaften, die unter normalen Umständen innerhalb bestimmter Grenzen größtenteils autonom sind, aber letzten Endes der Souveränität der Demokratie, die sich im Parlament verkörpert, unterstehen. Ich schlage also gewissermaßen eine Rückkehr zu den mittelalterlichen Formen selbständiger Autonomien vor. Es ließen sich eine Menge bereits vorhandener Beispiele für gesonderte Autonomien anführen, die sich der von mir vorgeschlagenen Form annähern oder sie bereits erreicht haben: die Universitäten, die Bank von England, der Londoner Hafen, sogar die Eisenbahngesellschaften. Noch interessanter aber ist die Entwicklung der Aktiengesellschaften, wenn sie ein gewisses Alter und eine gewisse Größe erreicht haben, bei der sie sich mehr dem Status einer öffentlichen Körperschaft nähern als dem eines individuellen Privatunternehmens. Denn eine der am wenigsten bemerkten und

interessantesten Entwicklungen der letzten Jahrzehnte ist die Tendenz der Großunternehmungen, sich selbst zu sozialisieren. In der Entwicklung eines Großunternehmens kommt der Augenblick, in dem die Kapitalbesitzer, das heißt die Aktionäre, fast gänzlich von der Verwaltung losgelöst sind, mit dem Erfolg, daß das unmittelbare Interesse der Verwaltung an großen Profitten eine sekundäre Bedeutung bekommt. Sobald dieser Punkt erreicht ist, legt die Verwaltung größeren Wert auf die allgemeine Stabilität und das Ansehen der Institution, als auf die höchstmöglichen Gewinne für die Aktionäre. Diese müssen sich mit angemessenen Dividenden zufrieden geben.“ Keynes schloß seine Ausführungen mit der Aufforderung, sich endlich darüber klar zu werden, was man wolle. Denn seiner Ansicht nach strebe keine Partei der Welt mit richtigen Mitteln den richtigen Ziele zu. Materielle Armut gebe den Anstoß zu Umwälzungen gerade unter Umständen, die dem Experiment wenig Spielraum gewährten. Materielle Wohlstand lähme diesen Antrieb gerade dort, wo man eine Umgestaltung wagen dürfe. Mit anderen Worten, Europa fehlten die Mittel, Amerika der Wille, um den ersten Schritt zu einer neuen Wirtschaftsordnung zu tun.

Die überaus große Zahl der erschienenen Gäste dankte dem großen englischen Wirtschaftspolitiker mit der anwesenden Professorenschaft und den zahlreichen Studenten für seine Ausführungen mit stärkstem Beifall. Dieser war besonders groß, als der Rektor der Universität Berlin Pompej die von Keynes entbotenen Grüße der Universität Cambridge im Namen der Berliner Universität erwiderte und dabei ein Bekenntnis zur Solitarität des Geistes und der Wissenschaft ablegte. An den Vortrag schloß sich im Festsaal der Deutschen Gesellschaft ein Bankett zu Ehren Professor Keynes, zu dem der Rektor der Berliner Universität eingeladen hatte. Die Professoren der Universität und Vertreter der wirtschaftlichen und politischen Kreise der Reichshauptstadt nahmen daran teil. Bei dieser Gelegenheit hielten außer dem Rektor und Professor Keynes auch der preussische Kultusminister Becker und Professor Sering Ansprachen.

Reynes über Privat- oder Gemeinwirtschaft.

(Privattelegramme der „Frankfurter Zeitung“.)

≠ Berlin, 24. Juni. Professor John Maynard Keynes sprach gestern in der dicht gefüllten Großen Aula der Berliner Universität über „Das Ende des laissez faire — Privat- oder Gemeinwirtschaft?“ Der Andrang des Publikums war so stark, daß sich zwei andere Räume der Universität als zu klein erwiesen hatten. Prof. Ludwig Bernhard führte Prof. Keynes ein. Der Gast dankte in deutscher Sprache, wobei er gleichzeitig die Grüße der Universität Cambridge an die Universität Berlin überbrachte. Die geistige Kameradschaft zwischen deutschen und englischen Studenten sei ein wertvoller Besitz. England werde gern seine Studenten nach Deutschland schicken und heiße deutsche Studenten in England willkommen. In englischer Sprache hielt dann Prof. Keynes seinen Vortrag.

Wie Professor Keynes im einzelnen ausführte, geht das laissez faire auf die philosophischen und ökonomischen Lehren des ausgehenden achtzehnten und des beginnenden neunzehnten Jahrhunderts zurück, als man die Rechte des Individuums mit denen der Gesellschaft zu verknüpfen suchte, indem man „die Idee einer göttlich prästabilierten Harmonie zwischen privatem Vorteil und allgemeinem Wohl“ verkündete. Infolge der Wirkung der Naturgesetze, hieß es damals, förderten die Individuen, die völlig frei ihren persönlichen Interessen nachgingen, gleichzeitig auch das Allgemeinwohl. Diese Lehre habe schließlich zu der Annahme eines Zustandes geführt, „bei dem die ideale Verteilung der Produktionsgüter durch die unabhängige individuelle Tätigkeit nach der Methode von Versuch und Irrtum geschieht, wobei die Individuen, die den richtigen Weg einschlagen, im Wettbewerb über jene Individuen obliegen, die den falschen Weg genommen haben. Durch diese Methode kommen die erfolgreichsten Profitmacher durch einen unbarmherzigen Kampf ums Dasein nach oben, einen Kampf, der mit einer Auslese der Tüchtigsten durch den Bankrott der minder Tüchtigen endet.“ Von der Unfähigkeit der damaligen Regierungen und den großen Erfolgen der ersten Industriekapitäne begünstigt, habe sich dann nimmer und mehr die Ueberzeugung festgesetzt, daß jeder staatliche Eingriff in die Wirtschaft nur schädlich sein könne, und daß man Handel und Wandel sich selbst überlassen müsse. „Aber das Prinzip des laissez faire hat noch andere Verbündete außer den nationalökonomischen Lehrbüchern. Man muß zugeben, daß die Schwäche der gegnerischen Theorien — des Protektionismus einerseits und des marxistischen Sozialismus andererseits — das Prinzip des laissez faire bei gründlichen Denken und dem verständigen Publikum noch befestigt hat. Von diesen ist der Schutzwall wenigstens einleuchtend, so daß seine Popularität nicht weiter Wunder nimmt. Aber der marxistische Sozialismus wird immer eine Cruz in der Geschichte der Lehrmeinungen bleiben — wie es möglich sein konnte, daß eine so unlogische und langweilige Lehre einen so mächtigen und dauernden Einfluß auf den Geist der Menschen und durch ihn auf den Gang der Geschichte auszuüben vermochte. Der Individualismus und das laissez faire hätten sich schließlich doch nicht ihren dauernden Einfluß bewahrt, wenn sie sich nicht mit den Bedürfnissen und Wünschen der Geschäftswelt jener Zeit gedeckt hätten. Und doch beginnt auch dieses Ideal seinen Glanz zu verlieren. Wir werden immer mehr zweifelhaft, ob wir an seiner Hand ins Paradies eingehen werden. Es ist nicht wahr, daß jedes Individuum eine vorgezeichnete natürliche Freiheit seiner wirtschaftlichen Tätigkeit besitzt. Die Welt wird von oben her nicht so regiert, daß private und allgemeine Interessen immer zusammenfallen.“

Wolle man weiter kommen, so müsse man zunächst zwischen dem „Agenda und den Nonagenda“ des Staates unterscheiden, nach Keynes eine der wichtigsten Aufgaben der heutigen Nationalökonomie. Und hierbei müsse man berücksichtigen, daß die wichtigsten Aufgaben des Staates nicht in der Arbeit lägen, die von Privatpersonen geleistet würden, oder von ihnen geleistet werden könnten, sondern in der Arbeit, die überhaupt nicht getan würde, wenn der Staat sie nicht tue. Von diesem Grundsatz ausgehend, gelangte dann Keynes zu folgenden programmatischen Sätzen: „Ich glaube, daß die ideale Größe für die Organisations- und Kontrollfunktion irgendwo zwischen dem Individuum

und dem modernen Staat liegt. Daher glaube ich, daß der Fortschritt in der Richtung der Entwicklung und der Anerkennung halb-autonomer Körperschaften im Rahmen des Staates liegt: Körperschaften, die in ihrem Wirkungskreis nur nach dem Kriterium des Allgemeinwohls handeln, so wie sie es auffassen, und an anderen Erwägungen Motive privaten Vorteils völlig ausschneiden, wobei man ihnen allerdings in mancher Hinsicht, solange der menschliche Altruismus nicht gewachsen ist, für ihre Gruppe, Klasse und Fakultät gewisse Vorteile belassen muß; Körperschaften, die unter normalen Umständen innerhalb bestimmter Grenzen größtenteils autonom sind, aber letzten Endes der Souveränität der Demokratie, die sich im Parlament verkörpert, unterstehen. Ich schlage also gewissermaßen eine Rückkehr zu den mittelalterlichen Formen selbständiger Autonomien vor. Es ließen sich eine Menge bereits vorhandener Beispiele für gesonderte Autonomien anführen, die sich der von mir vorgeschlagenen Form annähern oder sie bereits erreicht haben: die Universitäten, die Bank von England, der Londoner Hafen, sogar die Eisenbahngesellschaften. Noch interessanter aber ist die Entwicklung der Aktiengesellschaften, wenn sie ein gewisses Alter und eine gewisse Größe erreicht haben, bei der sie sich mehr dem Status einer öffentlichen Körperschaft nähern als dem eines individuellen Privatunternehmens. Denn eine der am wenigsten bemerkten und

interessantesten Entwicklungen der letzten Jahrzehnte ist die Tendenz der Großunternehmen, sich selbst zu sozialisieren. In der Entwicklung eines Großunternehmens kommt der Augenblick, in dem die Kapitalbesitzer, das heißt die Aktionäre, fast gänzlich von der Verwaltung losgelöst sind, mit dem Erfolg, daß das unmittelbare Interesse der Verwaltung an großen Profitten eine sekundäre Bedeutung bekommt. Sobald dieser Punkt erreicht ist, legt die Verwaltung größeren Wert auf die allgemeine Stabilität und das Ansehen der Institution, als auf die höchstmöglichen Gewinne für die Aktionäre. Diese müssen sich mit angemessenen Dividenden zufrieden geben.“ Keynes schloß seine Ausführungen mit der Aufforderung, sich endlich darüber klar zu werden, was man wolle. Denn seiner Ansicht nach strebe keine Partei der Welt mit richtigen Mitteln dem richtigen Ziele zu. Materielle Armut gebe den Anstoß zu Umwälzungen gerade unter Umständen, die dem Experiment wenig Spielraum gewährten. Materieller Wohlstand lähme diesen Antrieb gerade dort, wo man eine Umgestaltung wagen dürfe. Mit anderen Worten, Europa fehlten die Mittel, Amerika der Wille, um den ersten Schritt zu einer neuen Wirtschaftsordnung zu tun.“

Die überaus große Zahl der erschienenen Gäste dankte dem großen englischen Wirtschaftspolitiker mit der anwesenden Professorenschaft und den zahlreichen Studenten für seine Ausführungen mit stärkstem Beifall. Dieser war besonders groß, als der Rektor der Universität Berlin Pompej die von Keynes entbotenen Grüße der Universität Cambridge im Namen der Berliner Universität erwiderte und dabei ein Bekenntnis zur Solitarität des Geistes und der Wissenschaft ablegte. An den Vortrag schloß sich im Festsaal der Deutschen Gesellschaft ein Bankett zu Ehren Professor Keynes, zu dem der Rektor der Berliner Universität eingeladen hatte. Die Professoren der Universität und Vertreter der wirtschaftlichen und politischen Kreise der Reichshauptstadt nahmen daran teil. Bei dieser Gelegenheit hielten außer dem Rektor und Professor Keynes auch der preussische Kultusminister Becker und Professor Sering Ansprachen.

09467 10026 000

Vossische Zeitung (Berlin)

Nr. 150.

Selbstsozialisierung der Großunternehmer

John Maynard Keynes' Ideen

Die Berliner Universität hat den englischen National-Ökonomen John Maynard Keynes zu einem englischen Vortrag über „Das Ende des Laissez-Faire“ eingeladen. Der Vortrag, der demnächst in deutscher Uebersetzung im Verlag von Duncker & Humblot, München und Leipzig, erscheint, gipfelt in den folgenden interessanten Ideen zur Verbindung von Privat- und Gemeinwirtschaft.

Ich glaube, daß die ideale Größe für die Organisations- und Kontrolleinheit irgendwo zwischen dem Individuum und dem modernen Staat liegt. Daher glaube ich, daß der Fortschritt in der Richtung der Entwicklung und der Anerkennung halbautonomer Körperschaften im Rahmen des Staates liegt; Körperschaften, die in ihrem Wirkungskreis nur nach dem Kriterium des Allgemeinwohls handeln, so wie sie es auffassen, und aus deren Erwägungen Motive privaten Vorteils völlig ausschneiden — wobei man ihnen allerdings in mancher Hinsicht, solange der menschliche Altruismus nicht gewachsen ist, für ihre Gruppe, Klasse oder Fakultät gewisse Vorteile belassen muß; Körperschaften, die unter normalen Umständen innerhalb bestimmter Grenzen großenteils autonom sind, aber letzten Endes der Souveränität der Demokratie, die sich im Parlament verkörpert, unterstehen.

Ich schlage also gewissermaßen eine Rückkehr zu den mittelalterlichen Formen selbständiger Autonomien vor. Aber Körperschaften sind, wenigstens in England, eine Regierungsform, die niemals aufgehört hat, wichtig zu sein, und die mit unseren übrigen Einrichtungen gut zusammenstimmt. Es ließen sich eine Menge bereits vorhandener Beispiele für gesonderte Autonomien anführen, die sich der von mir vorgeschlagenen Form annähern oder sie bereits erreicht haben — die Universitäten, die Bank von England, der Londoner Hafen, vielleicht sogar die Eisenbahngesellschaften. In Deutschland gibt es gewiß analoge Beispiele.

Noch interessanter aber ist die Entwicklung der Aktiengesellschaften, wenn sie ein gewisses Alter und eine ge-

wisse Größe erreicht haben, bei der sie sich mehr dem Status einer öffentlichen Korporation annähern als dem eines individuellen Privatunternehmens. Eine der wenigst bemerkten und interessantesten Entwicklungen der letzten Jahrzehnte ist die Tendenz der Großunternehmungen, sich selbst zu sozialisieren. In der Entwicklung eines Großunternehmens kommt ein Moment — besonders bei großen Eisenbahnunternehmungen oder einem großen gemeinnützlichen Unternehmen, aber auch bei Großbanken oder großen Versicherungsgesellschaften —, in dem die Kapitalbesitzer, das heißt, die Aktionäre, fast gänzlich von der Verwaltung losgelöst sind, mit dem Erfolg, daß das unmittelbare persönliche Interesse der Verwaltung an großen Profiten eine sekundäre Bedeutung bekommt. Sobald dieser Punkt erreicht ist, legt die Verwaltung größeren Wert auf die allgemeine Stabilität und das Ansehen der Institution als auf die höchstmöglichen Gewinne für die Aktionäre. Diese müssen sich mit angemessenen Dividenden zufrieden geben; sind die Dividenden erst gesichert, so hat die Verwaltung oft nur noch das unmittelbare Interesse, jede Kritik der Öffentlichkeit und der Kunden zu vermeiden.

Dies gilt vornehmlich für die Fälle, in denen das Unternehmen durch seine Größe oder seine halbmonopolistische Stellung stark exponiert ist, zumal wenn es durch öffentliche Angriffe leicht geschädigt werden kann. Vielleicht das extremste Beispiel dieser Tendenz bietet eine theoretisch rein in Privatbesitz befindliche Institution, nämlich die Bank von England. Man könnte beinahe sagen, daß der Gouverneur der Bank von England bei seinen geschäftlichen Entscheidungen an keine Menschengruppe im ganzen Königreich weniger denkt, als an seine Aktionäre. Ihre Rechte, die über die Entgegennahme angemessener Dividenden hinausgehen, sind fast gleich Null. Das Gleiche gilt bereits in gewissem Maße auch für viele andere große Unternehmungen. Mit der Zeit beginnen sie sich selbst zu sozialisieren.

Nicht als ob dies ein ganz reiner Gewinn wäre. Dieselben Triebkräfte führen zu starkem Festhalten am alten Konservatismus und tragen zum Verschwinden des Unternehmungsgeistes bei. Tatsächlich sehen wir heute schon in diesen Fällen viele der Fehler wie der Vorzüge des Staatssozialismus. Dennoch halte ich diese Tendenz für die natürliche Entwicklungsrichtung.

Rehnes in der Berliner Universität.

Vortrag über das „Ende des laissez faire“.

Professor John Maynard Rehnes hielt gestern in den Räumen der Universität seinen angekündigten Vortrag über „Das Ende des laissez faire. Ideen zur Verbindung von Privat- und Gemeinwirtschaft.“ Der bekannte Cambridge Nationalökonom gab hierin eine Übersicht über die Geschichte des „Laissez faire“ oder, wie man in Deutschland sagt, des *Manchesterismus*, um am Schluß seiner Darlegungen die Grundzüge einer künftigen Wirtschaftsordnung anzudeuten.

Wie Professor Rehnes im einzelnen ausführte, geht das laissez faire auf die philosophischen und ökonomischen Lehren des ausgehenden achtzehnten und des beginnenden neunzehnten Jahrhunderts zurück, als man die Rechte des Individuums mit denen der Gesellschaft zu verknüpfen suchte, indem man „die Idee einer göttlich prästabilierten Harmonie zwischen privatem Vorteil und allgemeinem Wohl“ verkündete. Infolge der Wirkung der Naturgesetze, hieß es damals, förderten die Individuen, die völlig frei ihren persönlichen Interessen nachgingen, gleichzeitig auch das Allgemeinwohl. Diese Lehre habe schließlich zu der Annahme eines Zustandes geführt, „bei dem die ideale Verteilung der Produktionsgüter durch die unabhängige individuelle Tätigkeit nach der Methode von Versuch und Irrtum geschieht, wobei die Individuen, die den richtigen Weg einschlagen, im Wettbewerb über jene Individuen obliegen, die den falschen Weg genommen haben. Daraus folgt, daß es keine Gnade und keinen Schutz für jene geben dürfe, die ihr Kapital oder ihre Arbeitskraft in die falsche Richtung steuern. Durch diese Methode kommen die erfolgreichsten Profitmacher durch einen unbarmherzigen Kampf ums Dasein nach oben, einen Kampf, der mit einer Auslese der Tüchtigsten durch den Bankrott der minder Tüchtigen endet.“ Von der Unfähigkeit der damaligen Regierungen und den großen Erfolgen der ersten Industriekapitäne begünstigt, habe sich dann mehr und mehr die Überzeugung festgesetzt, daß jeder staatliche Eingriff in die Wirtschaft nur schädlich sein könne, und daß man Handel und Wandel sich selbst überlassen müsse.

„Aber seit der Zeit des John Stuart Mill“, fuhr Rehnes fort, „setzte die Reaktion ein.“ Daß Rehnes selbst zu den Gegnern des absoluten Individualismus gehört, zeigen folgende Bemerkungen: „Es ist nicht wahr, daß jedes Individuum eine vorgeschriebene natürliche Freiheit seiner wirtschaftlichen Tätigkeit besitzt. Die Welt wird von oben her nicht so regiert, daß private und allgemeine Interessen immer zusammenfallen. Die Erfahrung lehrt nicht, daß Individuen, die sich zu einer gesellschaftlichen Gruppe zusammenschließen, immer weniger klarsichtig sind, als wenn sie einzeln handeln.“

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen untersuchte Rehnes die Alternativen zu der Politik des laissez faire. Mit großer Schärfe lehnte der Redner den marxistischen Sozialismus ab, jene „unlogische und langweilige Lehre“, die unbegreiflicherweise so großen Einfluß gewonnen habe. Ebenso wenig will er von dem Staatssozialismus wissen, der nicht viel mehr sei als das verstaubte Ueberbleibsel vergangener Mißverständnisse. Wolle man weiter kommen, so müsse man zunächst zwischen den „Agenda und den Konagenda“ des Staates unterschei-

den, nach Rehnes eine der wichtigsten Aufgaben der heutigen Nationalökonomie. Und hierbei müsse man berücksichtigen, daß die wichtigsten Aufgaben des Staates nicht in der Arbeit lägen, die von Privatpersonen geleistet würden oder von ihnen geleistet werden könnten, sondern in der Arbeit, die überhaupt nicht getar würde, wenn der Staat sie nicht tue. Von diesem Grundsatz ausgehend, gelangte Rehnes schließlich in folgendem wirtschaftlichen Glaubensbekenntnis:

„Ich glaube, daß die ideale Größe für die Organisations- und Kontrolleinheit irgendwo zwischen dem Individuum und dem modernen Staat liegt. Daher glaube ich, daß der Fortschritt in der Richtung der Entwicklung und der Anerkennung halb-autonomer Körperschaften im Rahmen des Staates liegt; — Körperschaften, die in ihrem Wirkungskreis nur nach dem Kriterium des Allgemeinwohls handeln, so wie sie es auffassen, und aus deren Erwägungen Motive privaten Vorteils völlig ausschneiden — wobei man ihnen allerdings in mancher Hinsicht, solange der menschliche Altruismus nicht gewachsen ist, für ihre Gruppe, Klasse oder Fakultät gewisse Vorteile belassen muß; — Körperschaften, die unter normalen Umständen innerhalb bestimmter Grenzen größtenteils autonom sind, aber letzten Endes der Souveränität der Demokratie, die sich im Parlament verkörpert, unterstehen. Ich schlage also gewissermaßen eine Rückkehr zu den mittelalterlichen Formen selbständiger Autonomien vor. Es ließen sich eine Menge bereits vorhandener Beispiele für gesonderte Autonomien anführen, die sich der von mir vorgeschlagenen Form annähern oder sie bereits erreicht haben — die Universitäten, die Bank von England, der Londoner Hafen, sogar die Eisenbahngesellschaften. Noch interessanter aber ist die Entwicklung der Aktiengesellschaften, wenn sie ein gewisses Alter und eine gewisse Größe erreicht haben, bei der sie sich mehr dem Status einer öffentlichen Körperschaft nähern als dem eines individuellen Privatunternehmens. Denn eine der am wenigsten bemerkten und interessantesten Entwicklungen der letzten Jahrzehnte ist die Tendenz der Großunternehmen, sich selbst zu sozialisieren. In der Entwicklung eines Großunternehmens kommt der Augenblick, in dem die Kapitalbesitzer, das heißt die Aktionäre, fast gänzlich von der Verwaltung losgelöst sind, mit dem Erfolg, daß das unmittelbare persönliche Interesse der Verwaltung an großen Profiten eine sekundäre Bedeutung bekommt. Sobald dieser Punkt erreicht ist, legt die Verwaltung größeren Wert auf die allgemeine Stabilität und das Ansehen der Institution als auf die höchstmöglichen Gewinne für die Aktionäre. Diese müssen sich mit angemessenen Dividenden zufrieden geben.“

Rehnes schloß seine Ausführungen mit der Aufforderung, sich endlich, darüber klar zu werden, was man wolle. Denn seiner Ansicht nach strebe keine Partei der Welt mit richtigen Mitteln dem richtigen Ziele zu. Materielle Armut gebe den Anstoß zu Unmälungen gerade unter Umständen, die dem Experiment wenig Spielraum gewährten. Materieller Wohlstand lähme diesen Antrieb gerade unter Umständen, unter denen man eine Umgestaltung wagen dürfe. „Europa“, schloß Rehnes, „fehlen die Mittel, und Amerika fehlt der Wille, den ersten Schritt zu tun.“

09467 0028 000

Deutsche Allgemeine Zeitung (Berlin)

Nr. 238

Das Ende des Laissez Faire.

Ein Vortrag
von Professor Reynes.

Professor J. M. Reynes hielt Mittwoch in der großen Aula der Berliner Universität eine Gastvorlesung über das Ende des Laissez-faire. Professor Ludwig Bernhard begrüßte den Gast, der schon während der Versailler Friedenskonferenz auf die wirtschaftlich unmöglichen Bestimmungen des in Ausarbeitung befindlichen Vertrages hingewiesen habe, nicht in deutschem, aber in europäischem Interesse.

Professor Reynes ging im ersten Teile seiner Ausführungen auf die Dogmengeschichte des Laissez-faire ein, um es dann als die wichtigste Aufgabe der heutigen Nationalökonomien zu bezeichnen, das zu bestimmen, was der Staat zweckmäßigerweise als wirtschaftliche Funktion zu übernehmen hat und was nicht. Der Fortschritt liegt, so etwa führte der Redner aus, in der Richtung der Entwicklung und der Anerkennung halb autonomer Körperschaften im Rahmen des Staates, Körperschaften, die nur das Allgemeinwohl berücksichtigen und für die private Vorteile keine Rolle spielen, die unter normalen Umständen innerhalb bestimmter Grenzen großenteils autonom sind, aber letzten Endes der Souveränität der Demokratie unterstehen.

Solche Autonomien seien heute annäherungsweise oder völlig erreicht etwa in den Universitäten, der Bank von England, dem Londoner Hafen, vielleicht sogar bei den Eisenbahngesellschaften. Aktiengesellschaften gewisser Größe nähern sich mehr dem Status einer öffentlichen Korporation als dem eines individuellen Privatunternehmens; sie sozialisieren sich selber. Bei großen Eisenbahnunternehmungen, großen gemeinnützigen Unternehmungen, aber auch bei Großbanken oder großen Versicherungsgesellschaften sind die Aktionäre fast gänzlich von der Verwaltung losgelöst. Das Interesse der Verwaltung an großen Profitten bekommt sekundäre Bedeutung, größerer Wert wird auf die allgemeine Stabilität und das Ansehen der Institution gelegt. Sind die Dividenden erst gesichert, so hat die Verwaltung oft nur noch das unmittelbare Interesse, jede Kritik der Öffentlichkeit und der Kunden zu vermeiden. Dabei entwickele sich freilich Kontributivismus und der Unternehmungsgeist erlahme. Gleichwohl sei diese Entwicklungsrichtung die natürliche. In Zukunft werde man viele große Unternehmungen und andere, die viel fixes Kapital brauchen, halbsozialisieren müssen. Die Formen dieser Halbsozialisierung müßten

elastisch sein; man müsse aber den natürlichen Zug der Zeit voll ausnützen und diesen halb autonomen Körperschaften den Vorzug geben vor den Organen der Zentralregierung, die der unmittelbaren Verantwortlichkeit der Minister unterstehen.

Man müsse weiter danach streben, dem Staate nicht die Tätigkeiten zu übertragen, die bereits von Privatpersonen geleistet werden, sondern jene Funktionen, die über den Wirkungskreis des Individuums hinausgehen, jene Entscheidungen, die niemand trifft, wenn der Staat sie nicht trifft. Nicht das ist wichtig für den Staat, daß er die gleichen Dinge etwas besser oder etwas schlechter ausführt, die heute bereits von Einzelpersonen getan werden, sondern daß er die Dinge tut, die überhaupt nicht getan werden. Dazu rechnet Reynes die Kontrolle der Währungs- und Kreditfragen durch eine zentrale Einrichtung, Sammlung und weitestete Bekanntmachung geschäftlicher Statistiken einschließlich der vollen, wenn nötig zu erzwingenden Publizität aller wissenschaftlichen geschäftlichen Tatsachen. Man müsse weiter zu einer gemeinsamen vernünftigen Entscheidung kommen über den Umfang, in dem das Sparen innerhalb einer Gemeinschaft erwünscht ist, und über den Umfang, in dem diese Ersparnisse im Auslande angelegt werden sollen; ferner darüber, ob die heutige Organisation des Anlagemarktes die Ersparnisse in der für die Nation produktivsten Art verteilt und schließlich, ob die Bevölkerungszahl kleiner oder größer werden oder stationär bleiben soll. Später komme vielleicht eine Zeit, in der die Gemeinschaft in ihrer Gesamtheit der angeborenen Qualität ihrer künftigen Mitglieder die gleiche Aufmerksamkeit zuwenden wird wie heute ihrer Zahl.

Den nächsten Schritt nach vorwärts erwartet Reynes nicht von politischer Agitation oder unreifen Experimenten, sondern aus Ueberlegung. Heute gibt materielle Armut den Anstoß zu Umwälzungen gerade unter Umständen, die dem Experiment wenig Spielraum gewähren. Materieller Wohlstand lähmt diesen Antrieb gerade unter Umständen, unter denen man eine Umgestaltung wagen dürfte. Europa fehlen die Mittel und Amerika fehlt der Wille, den ersten Schritt zu tun. Wir brauchen neue Ueberzeugungen, die ganz natürlich aus der ehrlichen Prüfung des Verhältnisses unserer Gefühle zu den Tatsachen der Außenwelt herauswachsen.

Die Ausführungen des Redners ernteten stürmischen Beifall der zahlreichen Versammlung. Der Rektor der Berliner Universität sprach den Dank der Universität aus und erwiderte die Grüße, die Professor Reynes von der Universität Cambridge überbracht hatte. Die Vorlesung von Prof. Reynes sei ein Zeichen dafür, daß die Wissenschaft aller Länder wieder den gemeinsamen großen Dienst an der Wahrheit aufnehme. Als Erinnerungszeichen überreichte er den ersten Band der Geschichte der Universität Berlin.

Der Vortrag von Professor Reynes wird in der Uebersetzung im Verlage von Duncker u. Humblot erscheinen.

Keynes, John M.
p

Signatur

Datum 26. Juni 1926 192

09467 10029 000

Deutsche Allgemeine Zeitung (Berlin)

Nr. 2900

Keynes über Laissez Faire.

Nicht die schöpferische Beschäftigung mit volkswirtschaftlichen Problemen im streng wissenschaftlich produktiven Sinn charakterisiert John Maynard Keynes in erster Linie. Er hat keine einzige Arbeit geliefert, die ihn als Entdecker wirtschaftswissenschaftlichen Neulandes in der Geschichte der Wissenschaft verewigen wird. Der Traktat über Währungsreform ist, man mag sich zu seinem Inhalt positiv oder negativ stellen, auf keinen Fall ein wissenschaftliches Meisterwerk. Und die Art, wie er gerade in dieser Schrift die wissenschaftliche Sonde führt, berechtigt nicht zu der Hoffnung, daß aus seiner Feder einmal ein Werk vorliegen wird, das ihn unter die Großen der Wissenschaft einreihet.

Keynes ist weniger als ein Gelehrter, aber er ist mehr. Ein Mann mit dem unbedingten Blick für die wesentlichste unter den Forderungen des Tages, mit einer seltenen Fähigkeit, die Ergebnisse der Wissenschaft für den Tag fruchtbar zu machen und sie in eine Form zu fassen, die intellektuelle Schärfe mit literarischer Meisterschaft verbindet. Keynes ist gewachsen in einer Schule nationalökonomischer Wissenschaft, die vor dem Kriege die beste Europas war, in der Schule des auch als Persönlichkeit imponierenden Marshall. Dieses Milieu, das nicht nur Wissenschaft vermittelte, sondern auch Bildung, mußte ihm die Sicherheit geben, weite Erkenntnisgebiete mit Scharfsinn, Lebensklugheit und Vorsicht abzutasten. Welch ein Nährboden für einen Mann wie Keynes, der innerlich vermutlich den ästhetischen und vielleicht auch den ethischen Dingen ebenso gehört wie der Wirtschaft, und für den die Wirtschaftswissenschaft nun alles wurde: Tummelplatz des Scharfsinns, Sezierstisch für komplizierte soziale und politische Erscheinungen, Seelsorge, Eingang zum theatrum mundi und Gegenstand seiner eminenten Darstellungskunst. In der Anwendung eines wissenschaftlichen Erbes auf die unbekannten Erscheinungen des Tages entfalten sich seine künstlerischen Eigenschaften. Keynes wird zum bedeutendsten wirtschaftspolitischen Publizisten Europas. Die „wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages“ bringen ihm Ruhm und Reichtum. Heute hat er ein ständiges Organ in der „Nation“, seine Tätigkeit teilt sich zwischen Cambridge und London, wo sein Haus in Bloomsbury, hart neben der Bohème, ein Sammelplatz jenes Teils der englischen Künstler ist, die nicht nach den Würden der Akademien streben. Durch sein Geschäftstalent

hat er, so wird erzählt, die Einnahmen von Kings College (Cambridge) verdoppelt. Kenner also und Kenner der Wirtschaft.

Keynes hat natürlich die „wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages“ nicht im deutschen Interesse geschrieben, aber an einer Stelle dieses Buches findet sich das Bekenntnis, daß er auf der Pariser Friedenskonferenz zu einem Europäer geworden sei. Das gibt ihm auch für uns eine Ausnahmestellung unter den Insulanern. Ob er für Deutschland Sympathien hat, ist eine im Grunde höchst unwichtige Frage. Wenn er nicht demnächst ein paar geschliffene Fronten über Berlin von sich gibt, darf man vielleicht annehmen, daß er sich gerade ein bißchen gelangweilt hat, oder daß er zu höflich ist, um sich zu äußern.

Das Ende des laissez-faire war das Thema seiner Vorlesung. „Ich weiß nicht, was mehr konservativ macht, wenn man nichts kennt, außer der Gegenwart, oder nichts außer der Vergangenheit.“ Er spricht eine halbe Stunde über ein halbes Dutzend Sozialphilosophen, um dann zu sagen: „Wir haben diese Autoren nicht gelesen, wahrscheinlich würden wir ihre Beweisführung albern finden, wenn uns ihre Bücher zufällig in die Hand fielen.“ Von den Nationalökonomensprechend sagt er: „Ihre Methode stellt die Kosten des Kampfes selbst nicht in Rechnung, sondern hat nur die Vorteile im Auge, die man für dauernde hält. Ihr zufolge besteht das Lebensziel darin, die obersten Blätter von den Zweigen abzugrasen, und der beste Weg, dieses Ziel zu erreichen, ist der, wenn man zuläßt, daß die Giraffen mit den längsten Hälsen die Giraffen mit den kürzeren Hälsen aushungern. Wenn wir die Giraffen sich selbst überlassen, so wird 1. die größte Zahl von Blättern geerntet werden, weil die Giraffen mit den längsten Hälsen dadurch, daß sie die anderen aushungern, näher an die Bäume herankommen. 2. jede Giraffe wird sich an die Blätter herannachen, die sie in ihrer Reichweite am schmackhaftesten findet. 3. werden die Giraffen, bei denen die Nachfrage nach einem bestimmten Blatt am größten ist, ihre Hälsen auch am meisten danach ausstrecken. Auf diese Weise werden mehr und fettigere Blätter verschluckt werden, und jedes einzelne Blatt wird in den Hals wandern, der sich feinetwegen am meisten angestrengt hat.“ „Es wird immer eine Cruz in der Geschichte der Lehrmeinung bleiben, daß eine so unlogische und langweilige Lehre (so dull, dieses Wort sprach er, als würde er augenblicks vom Abgrund der Langeweile verschlungen) wie der marxistische Sozialismus einen so mächtigen und dauernden Einfluß auf den Geist der Menschen und durch ihn auf den Gang der Geschichte auszuüben vermochte.“ Das sind Proben echten Keynes.

Wenden!

Was will er sachlich? „Ideen verbreiten zur Verbindung von Privatwirtschaft und Gemeinwirtschaft.“ Zunächst einmal gründliches Aufräumen mit dem Prinzip des laissez-faire. „Es ist nicht wahr, daß jedes Individuum eine vorgezeichnete natürliche Freiheit seiner wirtschaftlichen Tätigkeit besitzt. Es gibt keinen Vertrag, der denen, die schon besitzen oder die noch erwerben, ewige Rechte überträgt. Die Welt wird von oben her nicht so regiert, daß Private und allgemeine Interessen immer zusammenfallen, sie wird hier unten nicht so verwaltet, daß diese beiden Interessen sich decken. Aus den Prinzipien der Nationalökonomie folgt nicht, daß der aufgeklärte Egoismus immer zum allgemeinen Besten wirkt. Es ist auch nicht wahr, daß der Egoismus im allgemeinen immer aufgeklärt ist, meistens sind die Individuen, die einzeln ihre egoistischen Interessen verfolgen, zu unwissend oder zu schwach, um auch nur diese zu erreichen. Die Erfahrung lehrt nicht, daß Individuen, die

sich zu einer gesellschaftlichen Gruppe zusammenschließen, immer weniger klarsichtig sind, als wenn sie einzeln handeln.“

Das ist nicht neu, aber es ist sehr richtig. Nur: es fragt sich ja nicht, wie weit das Prinzip des laissez-faire falsch ist, sondern was weniger falsch ist, als das Prinzip des laissez-faire.

Gegen das laissez-faire steht der Ästhetiker und der Ethiker Keynes. Das Motiv des Geldverdienens, auf das sich die Gesellschaft in ausgedehntem Maße stützt, kann er als Lebensgrundlage nicht anerkennen. „Ich für mein Teil bin der Ansicht, daß ein flug geleiteter Kapitalismus die wirtschaftlichen Aufgaben wahrscheinlich besser erfüllen wird als irgendein anderes vorläufig in Sicht befindliches System, daß man aber gegen den Kapitalismus an sich viel Einwände erheben kann. Unser Problem geht dahin, eine Gesellschaftsorganisation zu schaffen, die möglichst leistungsfähig ist, ohne dabei unsere Ideen über eine befriedigende Lebensführung zu verlezen.“ Keynes also sucht nach Dämonen in der kapitalistischen Wüste. Er läßt das Leben nicht passieren, wie es nun einmal ist, er will in ihm Siedlungsmöglichkeiten für geistige Aristokraten schaffen.

Keynes meint, es gälte, Ansätze der Entwicklung zu fördern. Jene halbautonomen Körperschaften, die, wenn auch nicht völlig frei vom Allzumenschlichen, nur das allgemeine Wohl verfolgen, glaubt er in der Wirtschaft im Entstehen begriffen. Und er hat recht, wenn er behauptet, daß auch in Deutschland

solche Gebilde zu finden sein müßten wie in England der Hafen von London, Bank von England oder Universitäten. Wir haben sogar eine ganze Literatur aus Vorkriegszeiten über die Umstellung großer Aktiengesellschaften vom Aktionärinteresse auf allgemeinere Interessen. Keynes will aber in Zukunft viele große Unternehmungen und andere, die viel fixes Kapital gebrauchen, halbsozialisieren. Nur fragt er, wie es scheint, nicht, ob man dem, was von unten her organisch sich entwickelt, etwas Gleichwertiges durch Zwang von oben entgegensetzen kann. Die zentrale Kontrolle der Währungs- und Kreditfragen schneidet offenbar die in seinem Traktat über Währungsreform behandelten Fragen an, die höchst kontroverser Art sind. (In Deutschland am besten von Schumpeter behandelt.) Die „volle Publizität aller wissenschaftlichen geschäftlichen Tatsachen“ wird kaum die Gesellschaft in die Lage versetzen, über entsprechende Organe die geistige Führung bei inneren Komplikationen der Privatwirtschaft zu übernehmen, weil die Kommentare und Deutungen des Publizierten höchst verschiedenartig sein werden. Die Organisation des Anlagemarktes wurde von Keynes schon verschiedentlich propagiert. Aber wenn man auch zugeben wird, daß Eingriffe in den Anlagemarkt von Fall zu Fall sich als zweckmäßig erweisen können, eine Direktion des Marktes von oben her wird sich kaum vertreten lassen. Am interessantesten ist die Andeutung, daß man zu einer vernünftigen Entscheidung über den Umfang der Spartätigkeit kommen müßte, weil schon mit der Behandlung dieses Problems die Behandlung einer Reihe wirtschaftlich hochbedeutender und wenig geklärter Fragen verbunden sein müßte. Ueber alles finden sich bei Keynes nur einige Worte, ebenso wie über die Frage der Regulierung der Bevölkerungszahl. Wenn der nächste Schritt also nicht aus politischer Agitation oder unreifen Experimenten heraus erfolgen soll, sondern aus Ueberlegung, so bleibt noch viel zu tun.

F. S.

09467 10030 000

Signatur

Datum 13. Juli 1926

The Journal of Commerce (New York)

10040

All in the Vocabulary?

Professor J. M. Keynes recently delivered an address at the University of Berlin in the course of which he expressed the opinion that the ideal size for the unit of organization and control lies between the individual and the modern State. Semi-autonomous corporations functioning within the confines of the body politic are the best agencies of social and economic control, according to this view.

Stripped of its somewhat grandiose, slightly unfamiliar vocabulary, certain quite familiar concepts stand revealed. It appears that all Professor Keynes intended to say was that some things—many things—can be better done by corporations than by individuals or by political agencies of control. He notes a growing tendency to autonomous activity on the part of corporate organizations, citing such institutions as the universities, the Bank of England, the Port of London, and the railway systems of Great Britain. Finally he calls attention to what he regards as the tendency of big enterprises to “socialize” themselves as their managements, disassociated from the shareholders, begin to subordinate questions of profit to those of stability and general prestige.

Such developments are not particularly new and many illustrations of the tendency are to be found in this country among our own corporate organizations. There is little reason to suppose, however, that we are likely to advance to the point where our semi-autonomous corporations can be trusted so to subordinate considerations of profit to the general welfare that the State no longer needs to regulate them.

09467 10031 000

The Manchester Guardian

Nr. 24936

Signatur

Datum 28. Juli 1926 192

Haynes,

P. John M.

The End of Laissez-Faire : What Next ?

EVERY one of us must envy at some time or other the simple and positive confidence of the age of our grand-fathers. By an elaborate process of reasoning, partly economic, partly philosophical, the comfortable conclusion had been reached that if men and forces were left to themselves nothing much would go wrong. It might look as if the workman was liable to be oppressed or exploited, but the truth was that Governments could not help him and employers could not injure him. BURKE in his "Tract on Scarcity" put it that "the Wise Disposer of all things obliges men whether they will or not, in pursuing their own selfish interests, to connect the general good with their own individual success." BASTIAT summed up that philosophy when he said that the laws of Providence which governed human society created a harmony in which "all principles, all motives, all springs of action, all interests, co-operate towards a grand final result." Everybody desired the same end, and the result of leaving individuals to pursue that end without check or interference in a world whose arrangements compelled men to serve others in serving themselves was to produce the maximum satisfaction of human desire. For men governed by these ideas, for whom individual selfishness was the guarantee of sound social conduct, politics lost their complexities and doubts. "The request which agriculture, manufactures, and commerce present to Governments," said BENTHAM, "is as modest and reasonable as that which DIOGENES made to ALEXANDER, 'Stand out of my sunshine.'"

This doctrine held its own with remarkable tenacity against the logic of experience, but the time came when it

had to admit defeat. Mr. KEYNES, discussing its history in his brilliant little book "The End of Laissez-faire," cites JOHN STUART MILL as the first powerful rebel, and CAIRNES's lecture at University College, London, was the first frontal attack on *laissez-faire* in general by an orthodox economist. Of course it has its adherents still, as we are reminded in every industrial crisis, but its strictly limited influence is seen from a glance at the structure and operations of the modern State. Its eclipse was followed by the rise of another school, which preached in much the same set of doctrines and ideas as the individualist. Thus State Socialism was preached, like individualism, as an all-satisfying solution, and the later, like the earlier, thinkers applied their general theory with religious confidence that overlooked difficulties in detail. But experience has shown that this later religion is as inadequate as its predecessor as an explanation of human nature and as insufficient as a guide to politics. Experience has corrected the second illusion more quickly than the first—perhaps, as students of Mr. HOBSON's book on "Free Thought in the Social Sciences" would say, because the new illusion was less tempting to the more powerful classes.

The field is thus clear for a new philosophy of progress and a new programme of action. Mr. KEYNES finds himself fundamentally in agreement with many of the ideas of the State Socialist. "I criticise doctrinaire State Socialism, not because it seeks to engage men's altruistic impulses in the service of society, or because it departs from *laissez-faire*, or because it takes away from man's natural liberty to make a million, or because it has courage for bold experiments. All these things I applaud. I criticise it because it misses the significance of what is actually happening; because it is in fact little better than a dusty survival of a plan to meet the problems of fifty years ago based on a misunderstanding of what somebody said a hundred years ago." Mr. KEYNES argues that in many cases the

ideal unit of control and organisation lies somewhere between the individual and the modern State, and that progress lies in the growth and recognition of semi-autonomous bodies within the State. All our modern experience confirms this view. We can see, for example, how difficult it is to secure State help and State supervision in education without discouraging variety, originality, and initiative. We need State help, but we have to work out the best way of combining that help with freedom and versatility in our universities, our research, and our higher education. Industry is a still more obvious illustration. In the case of the coal industry we have been struggling for seven years with the task of converting an industry that lacks order and co-operation into something like a public trust. In the old days the problem for philosophers and politicians was envisaged as that of securing the proper relations between the State and the individual. The modern problem is that of securing the proper relation between the State and the several groups of bodies which represent the life and interests of society in its various aspects. The problem is delicate and subtle, for no uniform rule can be laid down. One plan may answer best in one industry, and a quite different plan in another. Mr. KEYNES's little book is an admirable introduction to the study of a great and fascinating problem, and it should serve as a stimulating and educating force in a great Liberal effort. And Liberal influence is reflected to-day not in the votes given to Liberal candidates but in the new spirit in which these problems are approached by enterprising minds in all parties.

09467] 0032 H40

Foreign Affairs (London)

Nr. 2

EGOISM AND SOCIALISM HARMONISED

The End of Laissez-Faire. By John Maynard Keynes. (The Hogarth Press. 2s.)

MR. KEYNES has shown himself a brilliant critic and a suggestive reformer of economic thought and art. *Laissez-faire* still remains the central policy of the governors of the business world. Half a century ago they could reasonably claim the substantial support of political economy. "The idea of a divine harmony between private advantage and the public good is already apparent in policy. But it was the economists who gave the notion a good scientific basis" (p. 10). The contradiction between egoism and socialism seemed to be solved by a natural harmony. Mr. Keynes insists, I think overmuch, that it was a misreading of the economists which gave this comfort and support to business men and their politicians. True that, from Adam Smith onwards, the economists have continually modified and qualified this doctrine, laying more and more stress upon discrepancies between private gain and public good. But the presumption has always remained in favour of *laissez-faire* and private profit-seeking enterprise as conducive to the maximisation both of wealth and welfare, and the main body of economic teaching in this country and America sustains this presumption. Mr. Keynes severed himself from this company, not on account of the inefficiency of private capitalist enterprise, but because it is ethically defective. "Our problem is to work out a social organisation which shall be as efficient as possible without offending our notion of a satisfactory way of life." His suggestions for agenda are largely directed to the promotion of "semi-autonomous bodies within the State after the manner of our Universities, the Bank of England, the Port of London Authority." He regards advanced capitalism in the shape of great joint stock companies as tending to socialise themselves, *i.e.*, to regard themselves as public utility bodies instead of profit-making bodies. He would, however, have a definitely public control over the currency and credit, savings and investment, which, linked up with full publicity of business facts, would give the stability, security, and wise general direction over the application of capital and labour that is so urgently needed. He also demands a considered policy about population. The little book deserves wide reading.

J. A. HOBSON.

Wirtschaftsdienst (Hamburg)

Nr. 5.

DIE GEISTIGE LAGE DER WIRTSCHAFTSFÜHRER

H. G. WELLS, THE WORLD OF WILLIAM CLISSOLD

Von John Maynard Keynes (Cambridge)

Mr. Wells stellt hier nicht eigentlich seine eigene Denkart dar, wie sie sich entwickelt hat auf Grund seiner persönlichen Erfahrung und seiner Lebensweise, sondern einen Standpunkt mit anderer Perspektive, der auf einer, von seiner eigenen wesentlich verschiedenen Erfahrung beruht: Den eines erfolgreichen, emanzipierten, halbwissenschaftlichen, nicht besonders überbildeten englischen Geschäftsmannes. Das Ergebnis ist nicht in erster Linie ein Werk der Kunst. Gedanken, nicht Formen, sind seine Substanz. Es ist eine Art Erziehungsschrift, Propaganda, wenn man will; ein Versuch, der ganz großen Öffentlichkeit Geisteshaltungen nahezubringen, die der ganz kleinen Öffentlichkeit schon zum Teil vertraut sind.

Das Buch ist ein Potpourri. Ich will zwei Themen quasi ökonomischen Charakters auswählen. Abgesehen von diesen ist das Hauptthema die Frau und einige ihrer in der modernen Welt möglichen Beziehungsarten zu sich selber und zu Männern von Clissolds Art. Es wird mit Aufrichtigkeit, Sympathie und Beobachtungsgabe behandelt. Es hinterläßt einen bitteren Nachgeschmack und will ihn hinterlassen.

Das erste dieser Themen ist ein heftiger Protest gegen den Konservatismus, eine eindringliche Betonung der Notwendigkeit raschen Wechsels, der Torheit des Zurückblickens, oder Gefahr des Sich-nicht-Anpassens. Mr. Wells erweckt eine seltsame Empfindung, nahezu ähnlich derjenigen einiger seiner früheren Romane dadurch, daß er weite Zeitspannen rückwärts und vorwärts betrachtet, die den Eindruck der Langsamkeit geben (in der Ewigkeit braucht man nicht zu eilen), doch die „Zeitmaschine“ beschleunigt, sobald er den heutigen Tag erreicht, so daß wir jetzt mit ungeheuren Schritten reisen und nicht mehr Millionen von Jahren zu durchstreifen haben. Die konservativen Einflüsse in unserem Leben werden als Dinosaurier angesehen, die buchstäblich am Aussterben sind. Der Kontrast rührt daher, daß es unseren Gedanken, unseren Gewohnheiten, unseren Vorurteilen nicht gelungen ist, mit den materiellen Wandlungen Schritt zu halten. Unsere Umgebung bewegt sich um zuviel schneller als

wir. Die Wände unseres Reiseabteils stoßen gegen unseren Kopf. Wenn wir nicht vorwärtsdrängen, wird der Verkehr uns überrennen. Konservatismus ist nicht besser als Selbstmord. Wehe unseren Dinosauriern!

Dies ist eine Ansicht der Sache. Wir stehen still auf eigene Gefahr. Die Zeit fliegt. Doch es gibt noch eine andere Ansicht derselben Sache — und hier tritt Clissold auf. Wie lästig ist es für den modernen Menschen, der im tätigen Leben mit der Zeit geht, in seinen Gebräuchen und seiner Lebensweise still zu stehen! Wie lästig sind die Feste und Feierlichkeiten, mit denen London den Erfolg krönt! Wie lästig, die sozialen Verrenkungen zu ertragen, die den Sinn verloren haben, und die üblichen Vergnügungen, die nicht mehr vergnügen! Ein greller Gegensatz besteht zwischen der überschwenglichen, konstruktiven Aktivität eines modernen Handelsfürsten und dem Fehlen einer ihm angemessenen Umgebung außerhalb der Bureaustunden. Überdies gibt es weite Strecken auf der Bahn des Geldverdienens, die völlig unfruchtbar und unkonstruktiv sind. Im ersten Band findet sich eine feine Stelle über die tiefe, letzte Verärgerung der Citymen. Clissolds Vater, der Promoter und Spekulant, verfällt erst dem Größenwahn und dann dem Betrug, weil er sich zu Tode langweilt. Formen wir also mit beiden Händen das bildsame Material des sozialen Lebens nach unserem zeitgenössischen Bilde.

Wir gehören nicht nur einer späteren Zeit an — wir selber sind in den Jahren unserer Reife und unserer Macht buchstäblich älter als unsere Ahnen es waren. Mr. Wells hebt einen allzu sehr vernachlässigten Zug des modernen Lebens kräftig hervor, den nämlich, daß wir länger leben als früher, und, was wichtiger ist, daß wir unsere Gesundheit und unsere Kraft in einen Lebensabschnitt hinüberretten, der früher einer des Verfalls war, so daß jetzt der Durchschnittsmensch mit einer Dauer seiner Leistungsfähigkeit rechnen kann, die bisher nur in Ausnahmefällen vorherzusehen war. Ich kann, in der Tat, eine weitere Tatsache hinzufügen, die Mr. Wells, wie ich glaube, übersieht, und die geeignet scheint, dies noch weiter für die nächsten fünfzig Jahre, ver-

wenden!

glichen mit den letzten fünfzig Jahren, zu unterstreichen: Nämlich, daß das Durchschnittsalter einer rasch zunehmenden Bevölkerung viel geringer ist als das einer stationären Bevölkerung. Zum Beispiel: In den stabilen Verhältnissen, die im Laufe der nächsten zwei Generationen zu erreichen England und, bei normalem Verlauf, zweifellos auch Deutschland, hoffen kann, werden wir uns ziemlich rasch einer Lage nähern, in der, im Verhältnis zur Bevölkerung, die Menschen im Alter von 65 und mehr Jahren um 100 % und die Menschen im Alter von 45 und mehr Jahren um 50 % zahlreicher sein werden als in der jüngsten Vergangenheit. Im neunzehnten Jahrhundert war die wirkliche Macht in Händen von Menschen, die wahrscheinlich im Durchschnitt nicht weniger als fünfzehn Jahre älter waren als im sechzehnten Jahrhundert, und bevor das zwanzigste Jahrhundert zu Ende ist, mag der Durchschnitt um weitere fünfzehn Jahre gestiegen sein, wenn nicht wirksame Mittel gefunden werden, andere als offensichtlicher körperlicher oder geistiger Verfall, in den höheren Altersstufen Lücken zu schaffen. Clissold (in seinem sechzigsten Jahr, wohlgemerkt) sieht mehr Vorteile und weniger Nachteile in diesem Stand der Dinge als ich es tue. Die meisten Menschen lieben das Geld und die Sicherheit mehr, und das Schaffen und das Bauen weniger, in dem Maße wie sie älter werden; und dieser Vorgang beginnt lange bevor ihr Verstand und ihre Urteilskraft sichtlich beeinträchtigt ist. Mr. Wells mag recht haben, wenn er eine Welt von Erwachsenen einer jugendlichen, von Geschlechtern beherrschten vorzieht. Aber die Spanne zwischen jener und einer vom Geld beherrschten Welt „der besten Jahre“ ist nur eine kleine. Uns droht, bestenfalls, das entsetzliche Problem der körperlich rüstigen „Rentiers“, für das Mr. Wells ein ausreichendes Beispiel gibt in seinem verzweifelten Bericht über die Stammgäste der Riviera.

Wir leben demnach in einer unbefriedigenden Zeit eines unendlich raschen Übergangs, in der die meisten, aber besonders diejenigen im Vortrupp, finden, daß sie und ihre Umgebung schlecht zueinander passen und aus diesem Grunde weniger glücklich sind als ihre weniger intellektualisierten Ahnen es waren und als ihre noch mehr intellektualisierten Nachkommen es zu sein brauchen. Diese Diagnose, die Mr. Wells für den Fall der im Leben der Tat Stehenden stellt, ist im wesentlichen die gleiche wie die von Mr. Edwin Muir in seinem hochinteressanten kritischen Werke „Übergang“ für den Fall der im Leben der Kunst und der Betrachtung Stehenden. Unsere ersten Schriftsteller fühlen sich, nach Mr. Muir, unbehaglich in der Welt; sie können nichts mit ganzem Glauben unterstützen und nichts mit ganzem Glauben bekämpfen; das Ergebnis ist, daß ihr Werk unbedeutend ist im Verhältnis zu ihren Gaben, verglichen mit dem Werk, das in glücklicheren Zeiten entstanden ist, — nüchtern, unvollendet, karg, blutarm, gleich ihren eigenen Gefühlen der Weltordnung gegenüber.

Kurz, wir können dort nicht bleiben, wo wir sind; wir sind in Bewegung, — in Bewegung, nicht notwendig zum Besseren oder zum Schlimmeren, sondern bloß zu einem Gleichgewicht hin. Aber warum nicht zum Besseren? Warum sollten wir nicht beginnen, von unseren materiellen Eroberungen geistige Früchte zu ernten? Und wenn, von wo soll die bewegende Kraft zum er-

wünschten Wandel kommen? Dies bringt uns zu Wells' zweitem Thema.

Mr. Wells beschreibt im ersten Bande des „Clissold“ die Enttäuschung seines Helden über den Sozialismus. Im dritten Bande fragt er, ob es eine andere Möglichkeit gibt. Von woher sollen wir die Kräfte ziehen, die „die Gesetze, Sitten, Maße und Einrichtungen der Welt wandeln“ sollen? „Aus welcher Klasse, welcher Menschenart sollen die Revolutionäre genommen werden? Wie sollen sie zum Zusammenarbeiten gebracht werden? Wie sollen sie vorgehen?“ Die Arbeiterbewegung wird dargestellt als eine ungeheure und gefährliche Kraft der Zerstörung, geführt von Sentimentalen und Pseudo-Intellektuellen, die „Gefühle haben anstatt der Gedanken“. Eine aufbauende Revolution kann von diesen Leuten nicht ersonnen werden. Der schöpferische Verstand der Menschheit ist in diesen Gegenden nicht zu finden, sondern unter den Forschern und unter den großen modernen Geschäftsleuten. Wenn wir dem Werk nicht den Stempel dieser Art, dieses Charakters und dieses Temperaments aufdrücken können, wird es niemals zu Ende geführt werden können; denn es ist eine Aufgabe von ungeheurer Vielseitigkeit für den Tätigen und ungeheurer Schwere für den Denker. Wir müssen deshalb unsere Revolutionäre aus den Kreisen der Rechten und nicht aus den Kreisen der Linken auslesen. Wir müssen die Menschenart, der es heute Vergnügen macht, ein großes Unternehmen aufzubauen, überreden, daß seiner noch größere Dinge warten, die ihm mehr Vergnügen machen werden. Das ist Clissolds „offene Verschwörung“. Clissolds Weg führt zur Linken — weit, weit zur Linken; aber er sucht auf der Rechten die schöpferische Kraft und den konstruktiven Willen aufzurufen, die ihn dorthin bringen sollen. Er beschreibt sich selbst als einen Liberalen aus Temperament und Wesensart. Aber der politische Liberalismus muß sterben, um „wiedergeboren zu werden mit festeren Zügen und klarerem Willen“.

Clissold spricht eine Reaktion gegen die Sozialistische Partei aus, die viele, Sozialisten eingeschlossen, fühlen. Die Neugestaltung der Welt bedarf der Berührung des schöpferischen Brahma. Aber gegenwärtig dient Brahma der Wissenschaft und dem Geschäft, nicht der Politik oder der Regierung. Die äußerste Gefahr, die der Welt droht, liegt, in Clissolds Worten, darin, daß „bevor der schöpferische Brahma ans Werk gehen kann, Siva, in anderen Worten die leidenschaftliche Zerstörungswut der Arbeiter, die ihrer jetzt nutzlosen Begrenzungen und Entbehrungen bewußt werden, Brahmas Aufgabe unmöglich macht“. Wir alle fühlen das, denke ich. Wir wissen, daß es dringend not ist, ein Milieu zu schaffen, in dem Brahma ans Werk gehen kann, ehe es zu spät ist. Bis zu diesem Punkt sind deshalb die meisten tätigen und konstruktiven Elemente in jedem politischen Lager bereit, sich der „offenen Verschwörung“ anzuschließen.

Was ist es dann, was sie zurückhält? Hier ist der Punkt, glaube ich, wo „Clissold“ in bestimmter Weise unzureichend ist, und wo es ihm augenscheinlich an Einsicht mangelt. Warum finden es praktische Menschen amüsanter, Geld zu verdienen, als sich der „offenen Verschwörung“ anzuschließen? Ich vermute, daß es nahezu der gleiche Grund ist, wie der, der es ihnen amü-

santer erscheinen läßt, am Sonntag Bridge zu spielen als in die Kirche zu gehen. Es fehlt ihnen allen die Art von Antrieb, die man bei Menschen, die davon besessen sind, so verständlich macht, daß man sagt, sie haben einen Glauben. Sie haben keinen Glauben, sie, die zu den offenen Verschwörern zählen könnten, durchaus keinen Glauben. Deshalb — es sei denn sie haben das Glück, Gelehrte oder Künstler zu sein — verfallen sie dem mächtigen Hilfsmotiv, dem vollkommenen Ersatz, dem Schmerzensstiller für die-

Annoncenexpert, flattern umher in der Welt und suchen etwas an das sie ihre überreiche Libido binden können. Aber sie haben es nicht gefunden. Sie wären so gerne Apostel. Aber sie können es nicht. Sie bleiben Geschäftsleute.

Ich habe zwei Themen ausgewählt aus einem Buch, das Duende enthält. Sie sind nicht alle gleich gut behandelt. Auf Grund einer sehr viel besseren Kenntnis der Universitäten als der von Mr. Wells erkläre ich, daß sein Bericht nicht mehr enthält als das Element der

hältnis zur Bevölkerung, die Menschen im Alter von 65 und mehr Jahren um 100 % und die Menschen im Alter von 45 und mehr Jahren um 50 % zahlreicher sein werden als in der jüngsten Vergangenheit. Im neunzehnten Jahrhundert war die wirkliche Macht in Händen von Menschen, die wahrscheinlich im Durchschnitt nicht weniger als fünfzehn Jahre älter waren als im sechzehnten Jahrhundert, und bevor das zwanzigste Jahrhundert zu Ende ist, mag der Durchschnitt um weitere fünfzehn Jahre gestiegen sein, wenn nicht wirksame Mittel gefunden werden, andere als offensichtlicher körperlicher oder geistiger Verfall, in den höheren Altersstufen Lücken zu schaffen. Clissold (in seinem sechzigsten Jahr, wohlgemerkt) sieht mehr Vorteile und weniger Nachteile in diesem Stand der Dinge als ich es tue. Die meisten Menschen lieben das Geld und die Sicherheit mehr, und das Schaffen und das Bauen weniger, in dem Maße wie sie älter werden; und dieser Vorgang beginnt lange bevor ihr Verstand und ihre Urteilskraft sichtlich beeinträchtigt ist. Mr. Wells mag recht haben, wenn er eine Welt von Erwachsenen einer jugendlichen, von Geschlechtern beherrschten vorzieht. Aber die Spanne zwischen jener und einer vom Geld beherrschten Welt „der besten Jahre“ ist nur eine kleine. Uns droht, bestenfalls, das entsetzliche Problem der körperlich rüstigen „Rentiers“, für das Mr. Wells ein ausreichendes Beispiel gibt in seinem verzweifelten Bericht über die Stammgäste der Riviera.

Wir leben demnach in einer unbefriedigenden Zeit eines unendlich raschen Übergangs, in der die meisten, aber besonders diejenigen im Vortrupp, finden, daß sie und ihre Umgebung schlecht zueinander passen und aus diesem Grunde weniger glücklich sind als ihre weniger intellektualisierten Ahnen es waren und als ihre noch mehr intellektualisierten Nachkommen es zu sein brauchen. Diese Diagnose, die Mr. Wells für den Fall der im Leben der Tat Stehenden stellt, ist im wesentlichen die gleiche wie die von Mr. Edwin Muir in seinem hochinteressanten kritischen Werke „Übergang“ für den Fall der im Leben der Kunst und der Betrachtung Stehenden. Unsere ersten Schriftsteller fühlen sich, nach Mr. Muir, unbehaglich in der Welt; sie können nichts mit ganzem Glauben unterstützen und nichts mit ganzem Glauben bekämpfen; das Ergebnis ist, daß ihr Werk unbedeutend ist im Verhältnis zu ihren Gaben, verglichen mit dem Werk, das in glücklicheren Zeiten entstanden ist, — nüchtern, unvollendet, karg, blutarm, gleich ihren eigenen Gefühlen der Weltordnung gegenüber.

Kurz, wir können dort nicht bleiben, wo wir sind; wir sind in Bewegung, — in Bewegung, nicht notwendig zum Besseren oder zum Schlimmeren, sondern bloß zu einem Gleichgewicht hin. Aber warum nicht zum Besseren? Warum sollten wir nicht beginnen, von unseren materiellen Eroberungen geistige Früchte zu ernten? Und wenn, von wo soll die bewegende Kraft zum er-

Menschenart sollen die Revolutionäre genommen werden? Wie sollen sie zum Zusammenarbeiten gebracht werden? Wie sollen sie vorgehen?“ Die Arbeiterbewegung wird dargestellt als eine ungeheure und gefährliche Kraft der Zerstörung, geführt von Sentimentalen und Pseudo-Intellektuellen, die „Gefühle haben anstatt der Gedanken“. Eine aufbauende Revolution kann von diesen Leuten nicht ersonnen werden. Der schöpferische Verstand der Menschheit ist in diesen Gegenden nicht zu finden, sondern unter den Forschern und unter den großen modernen Geschäftsleuten. Wenn wir dem Werk nicht den Stempel dieser Art, dieses Charakters und dieses Temperaments aufdrücken können, wird es niemals zu Ende geführt werden können; denn es ist eine Aufgabe von ungeheurer Vielseitigkeit für den Tätigen und ungeheurer Schwere für den Denker. Wir müssen deshalb unsere Revolutionäre aus den Kreisen der Rechten und nicht aus den Kreisen der Linken auslesen. Wir müssen die Menschenart, der es heute Vergnügen macht, ein großes Unternehmen aufzubauen, überreden, daß seiner noch größere Dinge warten, die ihm mehr Vergnügen machen werden. Das ist Clissolds „offene Verschwörung“. Clissolds Weg führt zur Linken — weit, weit zur Linken; aber er sucht auf der Rechten die schöpferische Kraft und den konstruktiven Willen aufzurufen, die ihn dorthin bringen sollen. Er beschreibt sich selbst als einen Liberalen aus Temperament und Wesensart. Aber der politische Liberalismus muß sterben, um „wiedergeboren zu werden mit festeren Zügen und klarerem Willen“.

Clissold spricht eine Reaktion gegen die Sozialistische Partei aus, die viele, Sozialisten eingeschlossen, fühlen. Die Neugestaltung der Welt bedarf der Berührung des schöpferischen Brahma. Aber gegenwärtig dient Brahma der Wissenschaft und dem Geschäft, nicht der Politik oder der Regierung. Die äußerste Gefahr, die der Welt droht, liegt, in Clissolds Worten, darin, daß, „bevor der schöpferische Brahma ans Werk gehen kann, Siva, in anderen Worten die leidenschaftliche Zerstörungswut der Arbeiter, die ihrer jetzt nutzlosen Begrenzungen und Entbehrungen bewußt werden, Brahmas Aufgabe unmöglich macht“. Wir alle fühlen das, denke ich. Wir wissen, daß es dringend not ist, ein Milieu zu schaffen, in dem Brahma ans Werk gehen kann, ehe es zu spät ist. Bis zu diesem Punkt sind deshalb die meisten tätigen und konstruktiven Elemente in jedem politischen Lager bereit, sich der „offenen Verschwörung“ anzuschließen.

Was ist es dann, was sie zurückhält? Hier ist der Punkt, glaube ich, wo „Clissold“ in bestimmter Weise unzureichend ist, und wo es ihm augenscheinlich an Einsicht mangelt. Warum finden es praktische Menschen amüsanter, Geld zu verdienen, als sich der „offenen Verschwörung“ anzuschließen? Ich vermute, daß es nahezu der gleiche Grund ist, wie der, der es ihnen amü-

santer erscheinen läßt, am Sonntag Bridge zu spielen als in die Kirche zu gehen. Es fehlt ihnen allen die Art von Antrieb, die man bei Menschen, die davon besessen sind, so verständlich macht, daß man sagt, sie haben einen Glauben. Sie haben keinen Glauben, sie, die zu den offenen Verschwörern zählen könnten, durchaus keinen Glauben. Deshalb — es sei denn sie haben das Glück, Gelehrte oder Künstler zu sein — verfallen sie dem mächtigen Hilfsmotiv, dem vollkommenen Ersatz, dem Schmerzensstiller für diejenigen, die faktisch gar nichts brauchen: Dem Gelde. Clissold legt den Enthusiasten der Arbeiterbewegung zur Last, daß sie „Gefühle anstatt der Gedanken“ haben. Aber er leugnet nicht, daß sie Gefühle haben. Hat nicht vielleicht der arme Mr. Cook etwas, was Clissold fehlt? Clissold und sein Bruder Dickon, der

Annoncenexpert, flattern umher in der Welt und suchen etwas an das sie ihre überreiche Libido binden können. Aber sie haben es nicht gefunden. Sie wären so gerne Apostel. Aber sie können es nicht. Sie bleiben Geschäftsleute.

Ich habe zwei Themen ausgewählt aus einem Buch, das Dußende enthält. Sie sind nicht alle gleich gut behandelt. Auf Grund einer sehr viel besseren Kenntnis der Universitäten als der von Mr. Wells erkläre ich, daß sein Bericht nicht mehr enthält als das Element der Wahrheit, das auch einer Karrikatur eignet. Er unterschätzt ihre Möglichkeiten vollständig — daß aus ihnen noch Tempel des Brahma werden können, die Siva selbst achten wird. Aber, alles zusammen, ist „Clissold“ eine große Leistung, ein überreiches Werk eines denkkräftigen, wahrhaften und hochgestimmten Geistes.

09467 0035 000

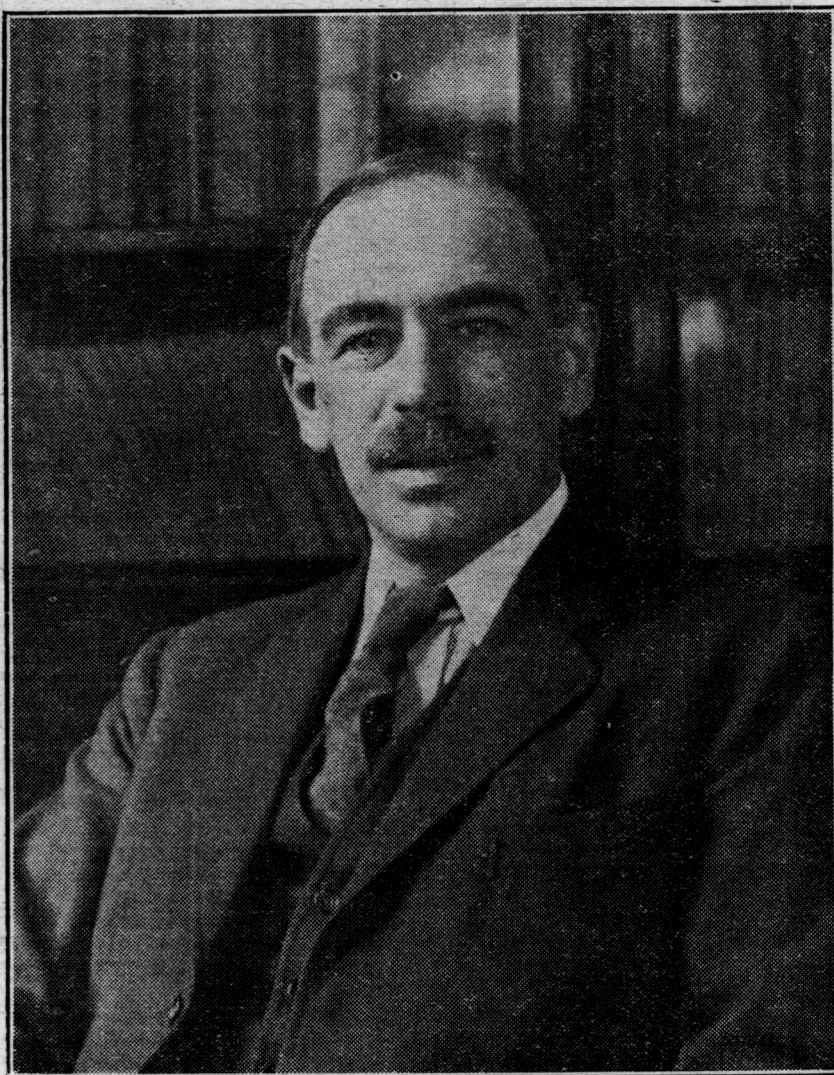
Keynes, John M.
P
Signatur

Datum 8. Sep. 1927 192 .

The Manchester Guardian Commercial

Nr. 877 -

MR. J. M. KEYNES.



"Manchester Guardian" Copyright.

A new photograph of the eminent economist taken in the office of the "Commercial" on the occasion of Mr. Keynes's visit to Manchester on Tuesday.

09467 10036 000

The Manchester Guardian

Nr. 25716

NATIONAL MUTUAL LIFE ASSURANCE SOCIETY.

Increased Profits.

CENTENNIAL BONUS FORESHADOWED.

The ninety-ninth annual general meeting of the National Mutual Life Assurance Society was held yesterday at 39, King Street, London, E.C.

Mr. J. M. Keynes, C.B. (the chairman), in the course of his speech, said:—Gentlemen,—Our profit of 1927 has been exceeded in 1928 by a comfortable margin, a small reduction in trading profits being more than balanced by increased capital profits. Our gross profits amount to £249,445, compared with £226,482 in 1927, and £150,465 in 1926. After paying the same reversionary bonus as last year, namely, 45s. per cent compound on endowment assurance policies, and 51s. per cent compound on whole-life policies, and allowing for sundry outgoings specified in the actuary's valuation report, we are adding £126,278 to our undistributed surplus carried forward, bringing this up to a total of £877,524, which is 20.7 per cent of our liabilities as compared with 17.8 per cent at the end of 1927.

YIELD ON TOTAL ASSETS.

The year has not been an easy one for investment. Your Board has pursued a somewhat hesitant policy, and has slightly reduced the Society's holding of ordinary shares, but in the result our capital gains have turned out the highest for several years past. Our total assets have yielded over the year, in interest and appreciation, approximately 7 per cent per annum, free of income tax, which means that the yield on our stock exchange securities has been somewhat better than this. We have now earned annually a total return on our assets of not less than 5 per cent, free of income tax, on the average of the last eight years. (Applause.)

Taking all sources of profit together, we have now earned over a period of no less than ten consecutive years an average annual bonus in excess of 95s. per cent, whereas the amount which we have actually distributed to with-profit policy-holders has been about half this sum. Each year we have hesitated to regard our good success as other than abnormal, and, in particular, we have reserved the whole of our capital gains so that they should be available to meet a possible depreciation of our securities. It is obvious, however, that this piling up of reserves cannot go on indefinitely, and that it would be unfair to the existing generation of policy-holders, and indeed, contrary to the principles of mutual life assurance, not to divide the excess beyond the reserves—actuarial and otherwise—which are properly required to secure the Society's financial stability. I am, therefore, authorised by the Board to make to you a preliminary announcement as to our intentions.

We are now entering our hundredth year. At the conclusion of this year we propose to distribute a large special centennial bonus in addition to the ordinary bonus of the year. This bonus will not

and I hasten to add that new policies taken out in 1929 will not participate in the special bonus, unless it be in respect of profits earned during 1929. The details of this exceptional distribution have not yet been determined by the Board, and will not be announced until the occasion of our centennial meeting next year.

CHANGED CONDITIONS.

We are also celebrating our entry into the hundredth year of our activities by initiating a new series of policies—in addition to our existing series, which will be continued for the present unchanged—on lines which will, I think, be of high interest to intending policy-holders and to the life assurance world generally. We have not revised our rates of premium for with-profit whole-life policies for thirty years, whilst the only changes in the rates for with-profit endowment assurance policies have been in an upward direction so as to bring them more into line with the whole-life terms. Yet the diminished rates of mortality, the better initial selection of lives as a result of the progress of medical science, and increased opportunities for employing advantageously the fund represented by the accumulated premiums, have combined to reduce materially the rates of premium which it is necessary to charge to secure a given initial sum assured.

The result is that we, in common with other life offices, have drifted into a situation in which too much of the benefit of a given rate of premium is given in the shape of bonuses which will accumulate only in the course of years, and too little in the shape of the initial sum assured—too much and too little, that is to say, from the point of view of those whose primary object is protection against the risk of premature decease. In short, life offices have not revised their terms proportionately to the change of conditions, with the result that the margin between the amount of the policy which they contract at the outset to pay for a given premium and the amount for which they could afford to contract has become much greater than is required by considerations of caution.

THE POLICY-HOLDER'S NEED.

Take the case of a professional man not yet middle-aged who has a good earned income but not as yet much invested savings—what he wants when he assures his life is the certainty of leaving behind him in the event of his dying in early or middle life a sum sufficient to provide for his family. He is much more interested in this than he is in his heirs receiving a large sum in the event of his surviving to the age of eighty. For if he lives to be eighty his family will not need so much provision, and what provision they do need will be more probably covered by his other savings.

NEW SERIES OF WITH-PROFIT POLICIES.

We propose therefore to institute a new series of with-profit policies, the rates of premium on which are calculated with reference to modern life assurance experience. Bonuses on this series will be paid over a period of years in accordance with what the series is able to earn, the rate of bonus for the first year being guaranteed at the rate of 15s. per cent compound. This enables us to offer a whole-life with-profit policy on which the initial sum assured for a given premium is from 30 per cent to 20 per cent greater than for a corresponding

**NATIONAL MUTUAL LIFE
ASSURANCE SOCIETY.****Increased Profits.****CENTENNIAL BONUS
FORESHADOWED.**

The ninety-ninth annual general meeting of the National Mutual Life Assurance Society was held yesterday at 39, King Street, London, E.C.

Mr. J. M. Keynes, C.B. (the chairman), in the course of his speech, said:—Gentlemen,—Our profit of 1927 has been exceeded in 1928 by a comfortable margin, a small reduction in trading profits being more than balanced by increased capital profits. Our gross profits amount to £249,445, compared with £226,482 in 1927, and £150,465 in 1926. After paying the same reversionary bonus as last year, namely, 45s. per cent compound on endowment assurance policies, and 51s. per cent compound on whole-life policies, and allowing for sundry outgoings specified in the actuary's valuation report, we are adding £126,278 to our undistributed surplus carried forward, bringing this up to a total of £877,524, which is 20.7 per cent of our liabilities as compared with 17.8 per cent at the end of 1927.

YIELD ON TOTAL ASSETS.

The year has not been an easy one for investment. Your Board has pursued a somewhat hesitant policy, and has slightly reduced the Society's holding of ordinary shares, but in the result our capital gains have turned out the highest for several years past. Our total assets have yielded over the year, in interest and appreciation, approximately 7 per cent per annum, free of income tax, which means that the yield on our stock exchange securities has been somewhat better than this. We have now earned annually a total return on our assets of not less than 5 per cent, free of income tax, on the average of the last eight years. (Applause.)

Taking all sources of profit together, we have now earned over a period of no less than ten consecutive years an average annual bonus in excess of 95s. per cent, whereas the amount which we have actually distributed to with-profit policy-holders has been about half this sum. Each year we have hesitated to regard our good success as other than abnormal, and, in particular, we have reserved the whole of our capital gains so that they should be available to meet a possible depreciation of our securities. It is obvious, however, that this piling up of reserves cannot go on indefinitely, and that it would be unfair to the existing generation of policy-holders, and indeed, contrary to the principles of mutual life assurance, not to divide the excess beyond the reserves—actuarial and otherwise—which are properly required to secure the Society's financial stability. I am, therefore, authorised by the Board to make to you a preliminary announcement as to our intentions.

We are now entering our hundredth year. At the conclusion of this year we propose to distribute a large special centennial bonus in addition to the ordinary bonus of the year. This bonus will not be at a uniform rate, but will be distributed with due regard to all the equities,

and I hasten to add that new policies taken out in 1929 will not participate in the special bonus, unless it be in respect of profits earned during 1929. The details of this exceptional distribution have not yet been determined by the Board, and will not be announced until the occasion of our centennial meeting next year.

CHANGED CONDITIONS.

We are also celebrating our entry into the hundredth year of our activities by initiating a new series of policies—in addition to our existing series, which will be continued for the present unchanged—on lines which will, I think, be of high interest to intending policy-holders and to the life assurance world generally. We have not revised our rates of premium for with-profit whole-life policies for thirty years, whilst the only changes in the rates for with-profit endowment assurance policies have been in an upward direction so as to bring them more into line with the whole-life terms. Yet the diminished rates of mortality, the better initial selection of lives as a result of the progress of medical science, and increased opportunities for employing advantageously the fund represented by the accumulated premiums, have combined to reduce materially the rates of premium which it is necessary to charge to secure a given initial sum assured.

The result is that we, in common with other life offices, have drifted into a situation in which too much of the benefit of a given rate of premium is given in the shape of bonuses which will accumulate only in the course of years, and too little in the shape of the initial sum assured—too much and too little, that is to say, from the point of view of those whose primary object is protection against the risk of premature decease. In short, life offices have not revised their terms proportionately to the change of conditions, with the result that the margin between the amount of the policy which they contract at the outset to pay for a given premium and the amount for which they could afford to contract has become much greater than is required by considerations of caution.

THE POLICY-HOLDER'S NEED.

Take the case of a professional man not yet middle-aged who has a good earned income but not as yet much invested savings—what he wants when he assures his life is the certainty of leaving behind him in the event of his dying in early or middle life a sum sufficient to provide for his family. He is much more interested in this than he is in his heirs receiving a large sum in the event of his surviving to the age of eighty. For if he lives to be eighty his family will not need so much provision, and what provision they do need will be more probably covered by his other savings.

**NEW SERIES OF WITH-PROFIT
POLICIES.**

We propose therefore to institute a new series of with-profit policies, the rates of premium on which are calculated with reference to modern life assurance experience. Bonuses on this series will be paid over a period of years in accordance with what the series is able to earn, the rate of bonus for the first year being guaranteed at the rate of 15s. per cent compound. This enables us to offer a whole-life with-profit policy on which the initial sum assured for a given premium is from 30 per cent to 20 per cent greater than for a corresponding policy in the old series. In effect we are offering with-profit policies at rates of

Benben

31 Jan 1929

Hamburgisches
Welt-Wirtschafts-Archiv

000 000 000

The Manchester Guardian
M 25718

MANCHESTER TRADE

premium practically equal to those which were quoted until recently for non-profit policies. To give a single example, the annual premium in the old series for a man aged thirty next birthday to secure a with-profit whole-life insurance of £1,000 is £21 15s., after allowing for income tax rebate. The same premium will provide a similar assurance in the new series for £1,247. Such figures should, I think, impress the young married man with the solid advantage in the shape of security for his family which can be obtained in return for a very modest outlay.

Public opinion has shown of late some slight signs of restiveness about the reluctance of life offices to modify their terms in accordance with changed conditions. With these new policies the National Mutual will be doing something to meet the popular demand for "cheaper life assurance." The trend in recent years has been towards offering investment facilities rather than protection. With the National Mutual new series of "reinforced" or "married men's" policies, offered concurrently with policies of the former type, we are able to meet both types of requirement.

The report and accounts were unanimously adopted.

PORT OF MANCHESTER

INTER-PORTAL TRADE INWARDS

Jan. 31, 1929. The following table shows the inter-portal trade inwards for the month of January, 1929, compared with the corresponding month of the previous year. The figures are in thousands of tons.

From	1928	1929
London	1,200	1,150
Birmingham	800	750
Sheffield	600	550
Manchester	400	350
Other ports	200	150
Total	3,200	2,900

The inter-portal trade inwards for the month of January, 1929, was 2,900,000 tons, compared with 3,200,000 tons in the corresponding month of the previous year. The figures are in thousands of tons.

The inter-portal trade inwards for the month of January, 1929, was 2,900,000 tons, compared with 3,200,000 tons in the corresponding month of the previous year. The figures are in thousands of tons.

COMPANY DIVIDENDS AND REPORTS.

United Bank and Trust Co. Ltd. The Board of Directors have decided to pay a dividend of 10% on the share capital of £1,000,000, amounting to £100,000, on the 15th day of February, 1929.

09467 0037 000

The Financial News (London)

Nr. 14172

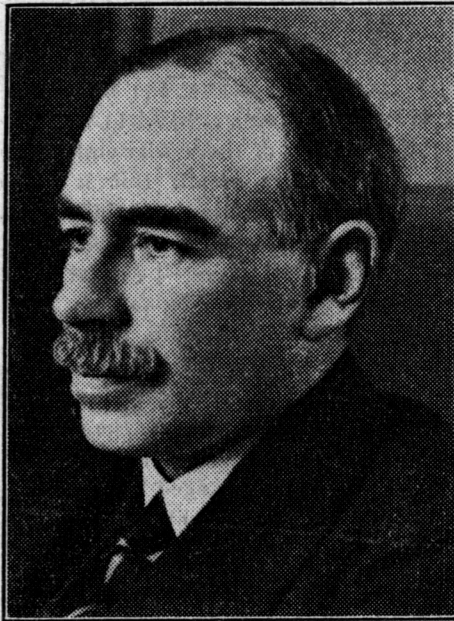
MEN OF MARK.

MR. J. M. KEYNES.

Mr. John Maynard Keynes is a Fellow of King's (Cambridge) and a director of four public companies, occupying the chairmanship of two of them, the National Mutual Life Assurance Co. and The Nation, Ltd. It is symptomatic of his personality that the man-in-the-street and the popular Press persist in regarding and speaking of him as "Professor" Keynes. His influence on the City is out of all proportion to the activity he displays there. It is as an economist that he wields his power. Not one man in a hundred of those who earn their incomes between Temple Bar and Liverpool-street Station even pretends to follow Mr. Keynes' reasoning on such

vexed topics as the price level and the adjustment of monetary standards to commercial needs: not one man in a thousand is capable of disputing Mr. Keynes' conclusions. But when Mr. Keynes enunciates a theory, his intellectual peers who happen to be engaged in practical affairs must "sit up and take notice," and they, in their degree and turn, communicate his thought to the less profound mass of bankers, brokers and shareholders.

A product of Eton and Cambridge, an ex-President of the Union, and the son of a distinguished scholar, Mr. Keynes might have asked anything from life. He, apparently, asked a career in the Civil Service. In that service he might well have remained—to end his days in honoured obscurity—had not intellectual honesty driven him from the ineptly great. To-day, at forty-seven, he stands poised between two worlds. As a Don he is suspect of being a little too enamoured of participation in the rough-and-tumble of practical financial and political life: as a participator in practical life he is suspect of too great an attachment to the abstractions of economic thought. His attitude towards affairs has revealed a contemptuous dogmatism which has robbed him of the confidence of men less subtle of mind than he. He will resign rather than compromise, and in business and politics, compromise is the essential to progress.



MR. J. M. KEYNES.

*And others to whom I
~ call ~*

09467 0041 BEC

The Commercial and Financial Chronicle (New York)

Nr. 3474

**John Maynard Keynes Looks for Other Countries to
Follow Great Britain in Going Off Gold Standard.**

Under date of Jan. 8, a cablegram from Hamburg to the
New York "Times," said:

Speaking before a large audience to-night, John Maynard Keynes, British
economist, predicted that in 1932 many countries, and especially Germany,
South Africa, the Middle European countries and possibly The Nether-
lands, would follow Great Britain in abandoning the gold standard.

With respect to reparations he declared that all parties and other groups
in Britain were in favor of cancellation. He warned Germany, however,
not to insist on immediate cancellation, saying that the possibility of a
small annuity after three years must be preferred to the dangers of failure
to reach an agreement at Lausanne.

"I have often doubted the wisdom of Germany's policy of fulfilment,
but now that the fruit is beginning to ripen, Germany should not lose
patience," he said. He added that a definite solution must be found before
the end of 1932.

09 4 67 0043 BEC

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)
202

Duplikat

24

* Sinkt der Zinsfuß?

Wirtschaftliche Voraussagen auf lange Sicht sind immer ein Wagnis und heute ganz gewiß. Wenn aber ein Nationalökonom wie J. M. Keynes dieses Wagnis unternimmt, darf er Beachtung erwarten. Unser Londoner Mitarbeiter hat vor ein paar Wochen von der Rede berichtet, in der Keynes eine Senkung der Zinssätze für lange Zeit glaubte in Aussicht stellen zu können. Daß eine solche Entwicklung für die gesamte Weltwirtschaft von Bedeutung wäre, bedarf keiner Betonung; wie sehr sie besonders für einzelne Zweige ins Gewicht fiel, daran erinnert schon die Tatsache, daß Keynes in der Generalversammlung einer Versicherungsgesellschaft sprach. Seine Argumente gelten freilich für Deutschland weniger als für England, aber der Gegenstand ist wichtig genug, um auch bei uns für eine nicht unmittelbare Erörterung erstes Interesse zu beanspruchen.

Die Schriftleitung.

□ Berlin, 19. April.

In England auf 2½ Prozent — meint Keynes.

In England hat vor kurzem die optimistische Prophezeiung, die der bekannte Nationalökonom J. M. Keynes als Chairman einer Versicherungsgesellschaft über die künftige Entwicklung des Zinsfußes äußerte, viel Aufmerksamkeit erregt. Keynes' Grundthese ist, daß im vorigen Jahrhundert die Ersparnisse erheblich kleiner waren als heute (auch verhältnismäßig?). Andererseits sei damals die Auswahl an ertragversprechenden Anlagen weit größer gewesen als heute, in England und erst recht außerhalb Englands, schon infolge der fortlaufenden Erschließung überseeischer Wirtschaftsgebiete. Die Aussichten auf sichere und nützliche Anlagen im Ausland würden nach Keynes' Meinung auch künftig wesentlich kleiner bleiben als vor dem Krieg, ganz abgesehen davon, daß die schlechten Erfahrungen der letzten Jahre nachwirken würden. Keynes meint also, in England wie in Amerika würden die Ersparnisse bei Vollaussnutzung des Produktionsapparates so groß sein, daß sie nicht zu der augenblicklich für langfristige Anleihen geltenden Rate von 3½ % Unterkunft finden könnten. Die „Gleichgewichtssrate“ liege wahrscheinlich nicht über, sondern merklich unter 2½ %, wobei Keynes offenbar an den niedrigsten Satz des Kapitalmarktes, die Rendite der englischen Staatsanleihen denkt. Denn die augenblickliche Verzinsung von 3½ % halte sich über der durchschnittlichen Konsolrendite während der letzten vierzig Jahre vor dem Krieg, die etwas weniger als 3 % betrug. Auch die Rendite der deutschen Staatsanleihen lag übrigens erst in den letzten Vorkriegsjahren bei annähernd 4 %, vorher meist unter 3½ %, wie die nachfolgende Zusammenstellung über die Berliner Durchschnittskurse der 3½ % Reichsanleihe zeigt:

1899	103.7	1895	104.5	1901	99.5	1907	94.6
1890	100.4	1896	104.6	1902	102.0	1908	92.6
1891	98.3	1897	103.5	1903	102.3	1909	95.1
1892	103.0	1898	102.6	1904	101.9	1910	93.1
1893	100.3	1899	99.7	1905	101.3	1911	93.4
1894	102.3	1900	95.8	1906	99.5	1912	89.7

Keynes stützt seine Erwartung, daß künftig das Zinsniveau der Vorkriegszeit noch unterschritten werde, zunächst auf die Verlangsamung des Bevölkerungswachstums fast in der ganzen Welt. Dagegen bleibt aber doch zu berücksichtigen, daß bei wachsender Produktivität die Arbeit durch technischen Fortschritt auch das Niveau der Lebenshaltung steigt, und zwar erst recht, wenn die Familien kleiner werden. Als praktisches Beispiel für diese Gegenläufigkeit sei nur der Wohnungsbau erwähnt: es sind weniger Menschen unterzubringen, aber sie wollen und können besser untergebracht werden. Im übrigen scheint Keynes stillschweigend vorauszusetzen, daß selbst bei dauernd niedrigem Zins die Unternehmer-Initiative trotz technischer Fortschritte einen bestimmten Rahmen nicht überschreiten werde, was zwar für das Frankreich der Vorkriegszeit durchaus zutrifft, aber allgemein nur zu erwarten wäre, wenn die vielfach vertretene Auffassung zuträfe, daß die kapitalistische Wirtschaft aus ihrer Jugendzeit, die periodisch mit großen spekulativen Ausschreitungen und demgemäß auch mit Zinsüberschlagungen verbunden war, herausgetreten sei und nun dauernd in ein ruhigeres Fahrwasser lenken werde. Ob das wirklich so ist, wird man für die europäischen Industrieländer heute kaum zuverlässig beurteilen können; aber das Entwicklungstempo mancher Überseeeländer (Japans etwa) spricht nicht gerade dafür und z. B. in USA ist auch wenig davon zu bemerken. Im übrigen sollte man annehmen, daß eine Verminderung der Kapitalanlagen, wenn sie wirklich eintritt, allmählich auch

zu einer Abnahme der Kapitalbildung führen werde, so daß es recht gewagt erscheint, auf lange Frist eine Prognose zu stellen. Allerdings knüpft Keynes mit seiner neuen Prophezeiung an eine frühere an, die im Augenblick erfüllt zu sein scheint. Zu Beginn der Krise legte er dar, daß in den finanziellen führenden Ländern die Ersparnisse groß genug seien, um das Kapital fünfmal so rasch wie die Bevölkerung wachsen zu lassen. Etwa um 1925 seien in Amerika und England die Kriegsschäden wieder gut gemacht, die Wohnungsbaurückstände nachgeholt und der Betriebskapitalfonds wieder aufgefüllt gewesen. Dafür, daß trotzdem der Marktzins nicht schon damals von der während des Krieges erreichten Höhe zurückging, machte Keynes die allgemeine Rückkehr zum Goldstandard sowie die Reparationen und Kriegsschulden verantwortlich, die u. a. eine Kategorie von „Notstandsborger“ schufen, die die „echten Borger“ aus dem Markte drängte. Die jetzige Krise werde sich also, wie Keynes schon 1930 meinte, künftigen Wirtschaftshistorikern als der „Todeskampf des Krieggzinsfußes“ und als das Wiedererstehen des Vorkriegszinses darstellen.

Kapitalbildung und Zinsbeeinflussung.

England hat nun tatsächlich seit 1931 eine starke Senkung der Kapitalmarktzinsen erlebt. Schrittmacher bildete die Konversion der 5 % Kriegsanleihe auf 3½ %. Sie erwies sich nicht nur als voller Erfolg, sondern leitete sogar eine weitere Senkung der Staatsanleihen-Rendite ein, so daß die speiben begebene 3 % Fundierungs-Anleihe von Lst. 150 Mill. nur noch mit etwa 3½ % Effektivverzinsung versehen zu werden brauchte. Seit der großen Kriegsanleihen-Konversion haben sich auch die Kurse und Unterbringungsmöglichkeiten für außerstaatliche Anleihen ständig verbessert, so daß für allererste Gesellschaften, Gemeinden usw. Konversionen und Neuemissionen bei etwa 3½ % Effektivzins möglich sind. Es ist interessant, daß Keynes (und ebenso der meist mit ihm übereinstimmende Präsident der Midland-Bank McKenna) die Ursache dieser günstigen Kapitalmarktentwicklung fast ausschließlich in der Aktivität der Bank von England sehen. Indem diese 1932, zunächst durch offene Marktpolitik und später durch Ankauf indischen Goldes, die Barreserven der Kreditbanken um etwa Lst. 30 Mill. erhöhte, habe sie Anlaß gegeben zu einer Ausdehnung der Bankkreditoren um rd. Lst. 300 Mill. Einen großen Teil der durch „Kreditausweitung“ selbst neu geschaffenen Mittel, nämlich 176 Mill., verwandten die Banken bereits 1932 zum Ankauf festverzinslicher Wertpapiere. 1933 setzten sie diese hauptsächlich kurz- und mittelfristige Staatsanleihen umfassenden Käufe fort, wobei sie die Mittel diesmal allerdings nicht aus neuen Kreditoren gewannen, sondern durch Verkleinerung der Wechselanlage und durch Rückgang der eigentlichen Wirtschaftsausleihungen.

In diesen — nunmehr allein bei den Big Fives rd. 480 Mill. Lst. betragenden — Wertpapieranlagen sehen freilich viele eine erhebliche Vorbelastung für weitere Wirtschaftserholung. Denn bei früheren Konjunkturbesserungen trat allmählich eine Geldversteifung und schließlich auch eine Renditensteigerung der festverzinslichen Werte ein (unter Kursrückgängen für bereits emittierte Emissionen); sie könnte im jetzt einsetzenden Aufschwung verstärkt werden, wenn die Banken zur Befriedigung der größeren Nachfrage nach Wirtschaftskrediten einen Teil ihrer Staatsanleihen wieder abstoßen, Keynes glaubt allerdings, das verneinen zu können. Die Verhältnisse lägen anders als vor dem Krieg; würde die Bank von England ihre Anlagen durch offene Marktpolitik nur um Lst. 20 Mill. vergrößern, so könnten die Clearingbanken ihre Vorschüsse an die Wirtschaft

um 25 % erhöhen, was voll auf genügen würde zur Befriedigung einer normalen Kreditnachfrage. Dabei setzt Keynes zunächst einmal voraus, daß eine Erhöhung der Barreserven die englischen Kreditbanken stets ebenso bereitwillig zur Kreditausweitung finde wie 1932, weiter, daß die Bank von England eine weitere Kreditausweitung im Aufschwung nicht nur zulassen, sondern auch aktiv unterstützen werde. Keynes glaubt in der Tat, die Bank von England könne und werde so verfahren, und zwar weil sie nicht mehr so eng an das Gold geknüpft sei wie vor dem Krieg, und deshalb erheblich größeren Spielraum in der Beeinflussung der Bankreserven durch offene Marktpolitik habe. Auch Keynes weiß natürlich, daß Kredit auf die Dauer nicht die Kapitalbildung ersetzen kann, mag diese

auch von der Konjunktorentwicklung abhängig und also u. a. durch Kreditausweitung beeinflussbar sein. Keynes' Zinstheorie wird also verständlich nur durch seine oben erwähnte nicht unproblematische Behauptung, daß das Verhältnis zwischen Kapitalbildung und Kapitalanlagemöglichkeit in England und Amerika jetzt und für längere Zeit nur einen sehr niedrigen Zinssatz rechtfertige.

Wenn man aber Keynes' Auffassung akzeptiert, daß in der Zinssenkung der letzten Jahre bereits eine dauernde Verschiebung im Verhältnis von Ersparnisbildung und Anlagebedarf ausdrücke, so drängt sich die Frage auf, warum die Kapitalmarktzinsen erst durch die Kreditausweitungspolitik der Bank von England heruntergegangen sein sollen und nicht von selbst Keynes und andere erklären dies damit, daß dem langfristigen „Marktzins“ auch in einer sehr schweren Krise starke Beharrungsfaktoren innewohnen und daß deshalb die Anpassung an dem in solchen Zeitläuften sehr niedrigen „natürlichen Zins“, die zu einer Wiederbelebung der privaten Unternehmertätigkeit unumgänglich ist, nur nach geraumer Zeit und unter großen Reibungsschwierigkeiten erfolge, wenn nicht die Notenbank diesen Vorgang unterstütze und beschleunige. Mit diesem Argument war ja vor allem auch die Aufnahme der offenen Marktpolitik in Deutschland zu rechtfertigen: „Notstandsborger“ und Konsolidierungsbedarf hielten auch bei uns die Kapitalmarktzinsen weit über den Stand, der für die Aufnahme neuen langfristigen Kapitals durch die Unternehmer in Frage kam. Aber auch wenn man die Notwendigkeit einer Aktivität der Notenbank in einer solchen Krisensituation zugibt, so wird man doch bezweifeln können, ob Keynes Recht hat, wenn er von ihr eine weitere aktive Unterstützung der Kreditausweitung in mitten des Aufschwungs fordert — eine Politik, die der unglückseligen amerikanischen in den Jahren vor dem Zusammenbruch von 1929 recht ähnlich wäre.

Der Zins in Goldketten?

Keynes und andere mit ihm glauben, daß die künftige Kreditpolitik der Bank von England neue Möglichkeiten habe, weil sie weit unabhängiger von den Schwankungen der Goldreserven sein werde als vor dem Krieg. Da nun die Notenbank wenigstens in England die Kreditpolitik der Banken und damit das gesamte Zinsniveau weitgehend beeinflussen könne, so mache eine erhöhte Unabhängigkeit von den Goldbewegungen eine größere Konstanz der Zinsentwicklung zumindest wahrscheinlich. Ist aber die Annahme einer vergrößerten Unabhängigkeit vom Gold tatsächlich berechtigt? Die Erörterungen über die künftige Richtung der englischen Währungspolitik haben noch keineswegs zu einer Klärung geführt. Fast einhellig war aber die Ablehnung der kürzlichen Empfehlung der Internationalen Handelskammer, die Regierungen möchten jetzt die Initiative für eine Stabilisierung der Währungen ergreifen. Der „Economist“ z. B. hat darauf erwidert, daß einmal die Zeit dafür noch nicht gekommen sei, und daß es außerdem mit einer einfachen Rückkehr zum früheren Goldstandard nicht getan sei. Zunächst müsse Gewähr dafür gegeben werden, daß ein wiederhergestellter Goldstandard auch wirklich funktioniere. Deshalb müßten mindestens Vereinbarungen über Auflockerung der internationalen Handelshemmungen vorangehen. Von dieser Seite wird also eine Rückkehr zum Goldstandard wenigstens grundsätzlich befürwortet, während andere Stimmen sich immer wieder für eine grundsätzliche Abkehr von der Goldwährung erheben, so neuerdings in einer sehr lebhaften Diskussion in der „Times“. Was man an die Stelle der Goldwährung im internationalen Verkehr setzen will, wird dabei nicht recht deutlich; aber umso deutlicher kehrt in fast allen Äußerungen der Wunsch wieder, bei der Kreditpolitik künftig die Warenpreise nicht nur als einen unter mehreren Bestimmungsgründen zu betrachten (wie das seit langem geschieht), sondern sie ausschließlich auf Stabilität „der“

Warenpreise einzustellen. Man will also zu der „managed currency“ übergehen, wenn auch nicht gerade in der absurden Form der Indexwährung, die vorübergehend bei Roosevelt eine große Rolle spielte, sondern in der milderer Form, die in England namentlich von Keynes und McKenna vertreten wird. Letzterer glaube in seiner Rede vor Versicherungsaktionären sogar annehmen zu dürfen, daß sich auch die offiziellen englischen Stellen bereits zu dieser neuen Währungsauffassung bekehrt hätten, was er aus der Erklärung der britischen Delegation am Schluß der Weltwirtschaftskonferenz entnehmen will. Für die Richtigkeit dieser Deutung liegt jedoch ein Beweis bisher keineswegs vor. Als wahrscheinlich betrachten kann man vorläufig nur, daß England den Goldstandard nur nach einer Reform seiner alten Währungsverfassung wieder annehmen wird und vielleicht auch nur im Rahmen einer umfassenderen internationalen Vereinbarung.

Ein „revidierter“ Goldstandard, etwa im Sinne der vermittelnden Vorschläge von James P. Warburg, würde so aussehen, daß der Verkehr völlig entgoldet bleibt, was heute fast überall schon zur Wirklichkeit geworden und währungspolitisch nicht von allzu großer Bedeutung ist. Gold würde aber von den Notenbanken zum Ausgleich der Zahlungsbilanzen zur Verfügung gestellt werden, so daß es seine wesentlichen Funktionen erfüllen könnte wie früher. Allerdings bleibt wohl die Konzentration sehr großer Goldbestände bestehen. Was das für die Position der Notenbanken bedeutet, zeigt ein Blick auf die Vorkriegsverhältnisse: 1912 besaß die Bank von England Gold im Wert von *R.M.* 0.79 Mdn., die Bank von Frankreich 3.32 Mdn. und Amerika 5.42 Mdn. — heute liegen bei der Bank von England rd. 3.90 Mdn. und im „Währungsausgleichsfonds“ vielleicht nochmals ebensoviel, bei der Bank von Frankreich 12.4 und beim amerikanischen Schatzamt sogar 19.3 Mdn., in den drei Ländern zusammen also 35.6 Mdn. und damit fast viermal so viel wie vor dem Krieg. Die Reserve, die demgegenüber vor dem Krieg in dem erheblichen Münzumlauf lag, war für die Notenbanken im Ernstfalle meist nicht rasch mobilisierbar — im Gegenteil bestand sogar gerade in Krisen die Gefahr von „inneren“ Goldverlusten. Verhältnismäßig kleine Goldbewegungen riefen jedenfalls vor dem Krieg sehr rasch Diskontveränderungen hervor mit den unvermeidlichen Rückwirkungen auf den gesamten Landeszinssfuß, ganz besonders in England, das mit einem relativ schmalen Goldbestand der Notenbank operierte. Da, wie dargelegt, heute selbst eine allgemeine Rückkehr zur Goldwährung an der Goldkonzentration nichts ändern dürfte, werden die Notenbanken der Gläubigerländer künftig wahrscheinlich wirklich unabhängig von kurzfristigen Goldbewegungen sein als vor dem Krieg, was übrigens schon in den vergangenen Jahren in einer größeren Diskontstabilität zum Ausdruck kam.

Scheint also unter diesem Gesichtspunkt die Keynessche Zinsprognose eine gewisse Unterstützung wenigstens in bezug auf diese Annahme zu erfahren, so ist doch gleich die Einschränkung zu machen, daß auch die goldreichste Notenbank keine völlig autonome Zinspolitik treiben kann, wenn überhaupt ein internationaler Währungsstandard und damit feste Relationen der Devisenkurse je wieder hergestellt werden. Selbst die goldreichste Notenbank wird dann immer auf die Konjunktur- und Zinsgestaltung der Umwelt Rücksicht nehmen müssen. Hält sie (z. B. durch offene Marktpolitik) ein allzu niedriges Zinsniveau aufrecht, wobei den Maßstab sowohl die Zinssätze der Umwelt wie die Unternehmungslust im Inland zu bilden haben, dann wird auf dem Umweg über eine immer weiter voranschreitende Konjunkturentwicklung schließlich der Augenblick kommen, wo sie den Goldabflüssen durch Umkehrung ihrer Kreditausweitungspolitik entgegenzutreten muß, wenn nicht die äußere Währungsstabilität in Gefahr geraten soll. Daß im Rahmen dieser für alle Länder gültigen Einschränkung die goldstarken und Gläubigerländer sich freier bewegen können als andere, liegt auf der Hand. Aber selbst wenn das Verhältnis zur Umwelt gar keine Rolle zu spielen bräuthe, wird man damit rechnen müssen, daß auf Zeiten niedrigen Zinses auch wieder solche einer Verknappung folgen, solange menschliche Einsicht begrenzt ist, und es also kein Mittel gibt, bei guter Konjunktur un Zweckmäßige Investitionen völlig zu vermeiden.

Auslandskredit und autonome Zinspolitik.

Vor dem Krieg und auch noch in den letzten Jahren wurden autonome Zinsbeeinflussungsversuche der Noten-

Keynes 1/16
22 April 1934

banken in Schuldner- wie in Gläubigerländern oft durch Zu- und Abflüsse von Auslandsgeldern durchkreuzt. Es war deshalb nur logisch, wenn Keynes schon früher eine Auseinanderziehung der Goldpunkte anregte, die nach seiner Ansicht die Fluktuation des mit verhältnismäßig kleinen Zinsmargen rechnenden kurzfristigen Kapitals erheblich erschweren würde, ohne dem internationalen Warenverkehr besondere Beschwerden zu bereiten. Inzwischen hat sich freilich die erstaunliche Tatsache ergeben, daß gerade England trotz seiner nicht stabilen Währung bevorzugtes Anlageland für kurzfristige Auslandsgelder wurde, weil vielen das Valutarisiko dort kleiner erschien als selbst in den „Goldblock“-Ländern. Infolgedessen ist nach dem überstürzten Abbau von 1931 schon wieder eine internationale Schwabeschild von Bedeutung entstanden, deren Gefahren England durch den Währungsausgleichsfonds zu beheben sucht. Trotzdem wird man annehmen können, daß bei einer internationalen Rückkehr zu normalen Verhältnissen die Wanderungen kurzfristigen Kapitals sich in wesentlich kleineren Grenzen halten werden als vor 1931. Der damalige Turmbau war nur durch das Zusammentreffen einer ganzen Reihe außergewöhnlicher Umstände zu erklären und auch im Vergleich zu Vorkriegsverhältnissen ungewöhnlich. Immerhin kann die Fluktuation des kurzfristig angelegten Kapitals über die Grenzen immer wieder die Zinspolitik stören, freilich auch unterstützen. James P. Warburg hat deshalb angeregt, daß die Notenbanken einen gewissen Einfluß auf die internationale Kapitalbewegung nehmen sollten, offenbar durch Verpflichtung der Kreditbanken, sich mit ihnen zu verständigen. Welche Bedeutung das gewinnen könnte, wird sich schwer übersehen lassen, solange man keine genaueren Einzelheiten über diesen Vorschlag weiß als bisher.

Von den langfristigen Auslandsanlagen der Kapitalüberschußländer nimmt Keynes an, daß sie erheblich zurückgehen werden. Ob das auf die Dauer so sein wird, ist immerhin zweifelhaft. Zwar werden wahrscheinlich die Kapitalströme nach den beiderseitigen Erfahrungen in naher Zukunft nicht mehr die gleichen Wege einschlagen wie vor 1931. Aber es besteht durchaus kein Grund, warum nicht z. B. London in größerem Ausmaße als früher das Empire finanzieren sollte. Gerade hier waren die Enttäuschungen für die englischen Anleger am geringsten, da kein Empire-Staat notleidend wurde. Auch sonst scheint sich England mit seinen Kolonien und Dominien gerade in finanzieller Hinsicht immer stärker zusammenzuschließen, und die Gründung eigener Notenbanken in Indien, Kanada und Neuseeland dürfte diesen Zusammenhalt eher verstärken als schwächen. Berücksichtigt man schließlich, daß schon heute in der City das Verlangen nach Aufhebung der Sperre für Auslandsanleihen recht lebhaft ist und daß es in dem großen englischen Kolonialreich sicher noch ebenso entwicklungsfähige Objekte wie entwicklungsfreudige Unternehmer geben dürfte, dann wird man die Zinsprophetieungen von Keynes auch in diesem Punkte als nicht ganz stichhaltig ansehen müssen.

Schuldnerländer wie Deutschland werden aus den Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit sicher das eine beherzigen, daß es mit der Kreditaufnahme im Ausland allein nicht getan ist, sondern daß gleichzeitig auch die Möglichkeit zur Rückzahlung durch Warenausfuhr gewährleistet sein muß. Es ist also auch aus diesem Grund nicht wahrscheinlich, daß die „Solidarität der Geldmärkte“, wie sie vor dem Krieg in einer starken gegenseitigen Abhängigkeit namentlich der Privatskontsätze von London, Paris und Berlin zum Ausdruck kam, von wo aus sie auf weitere Bezirke übergriff, sehr bald wieder in früherem Umlange zurückkehren wird. Damit verliert die Zinspolitik eines Schuldnerlandes und speziell die der Notenbank einen verhältnismäßig bequemen Orientierungspunkt. Daß andererseits die offizielle Zinspolitik sich nicht einfach auf eine „Konstatierung“ des vorhandenen Marktzins beschränken soll, wird in den letzten Jahren immer mehr verfochten. Bekennt man sich unter Anerkennung der Grenzen aller Manipulierungsmöglichkeiten zu dieser Auffassung, so wird man sagen müssen, daß die Zinspolitik auch bei Schuldnerländern sich nur in den Rahmen der gesamten Konjunkturpolitik einordnen läßt. Diese Orientierung an der wirtschaftlichen Gesamtlage erfordert natürlich im besonderen eine Beobachtung von Preisgestaltung und Devisensituation, die ihrerseits nicht isoliert werden können von der Entwicklung der Umwelt. Die Schuldnerländer können sich also gewiß noch weniger als die Gläubigerländer auf langfristige Prognosen verlassen.

Datum 28. Jan. 1936

09467 0044 BEC

The Manchester Guardian

Nr. 27884 -

From our F

LONDON, MONDAY.

Just five years ago Mr. J. M. Keynes urged the central banks of the world to combine to reduce their Bank rates from the then figures of 5 per cent and 4 per cent (the Bank of England's rate was the higher figure) to a more or less uniform 3 per cent. He seemed at first to have chosen his moment with the skill of the astronomer who bids the sun be darkened at the moment of the eclipse, for the Bank of England, the central banks of France, Germany, and the United States all promptly reduced their rates. But before the summer was out they began raising them again and by early autumn the Bank of England, preparing for the suspending of the gold standard, had gone back to no less than 6 per cent. But a month or two later—just four years ago—the Bank reduced the rate from 6 per cent to 5 per cent, and then by monthly or fortnightly cuts of $\frac{1}{2}$ per cent down to 2 per cent, at which figure the Bank rate has now been quoted for three years and a half. By 1932 the more important central banks had reduced their rates at least to 3 per cent, and Mr. Keynes could be congratulated on having so early urged them to do what they duly did.

The publishers now announce for imminent issue a book by Mr. Keynes which is likely to be not less respectfully read, because it is at a popular price and presumably, therefore, not a work of great bulk. Yet the title of this book is a commanding one; it is "The General Theory of Employment, Interest, and Money." The author is known to have been working at it for several years. Its imminent appearance has frequently, though not officially, been forecast, and, no doubt, what we shall have the opportunity of reading next month will be the net result of a severe criticism exercised by the author upon his own arguments as originally penned. Unless, however, Mr. Keynes in his last year or two of vigilant attention to affairs has been led to change his basic doctrine on employment, interest, and money, he will be found in this latest work arguing along lines of which he has already revealed something in speeches, broadcasts, and contributions to the press. He will be arguing, mainly, against the so-called "orthodox" economic view of the inevitable

alteration of dear money and cheap money periods. He will be urging that in the world as it is to-day the financial "authorities," Governmental and banking, should not be engaged in trying to arrive at what so-called orthodox economists term the "natural" rate of interest, and adjusting their own regulations thereto, but should, on the contrary, have as their set purpose the provision of cheap money to borrowers.

Just because the workaday financier is now very much alive to what he considers the likelihood of a swing of the monetary pendulum, Mr. Keynes will get a great many students of his new book, who will probe his arguments to the best of their powers. If Mr. Keynes's fugitive sayings in recent years were properly understood, and if he holds to what he has said, he will be found arguing that the society we live in is obtaining, thanks to technical advances, so rapidly increasing an economic return on the efforts and resources it commands that there is no longer any need to hold out the prospect of a large monetary reward for those risking their resources in investments of a normal type.

Such high rewards belonged to the ages of expanding population and stationary or slowly improving command over the forces of nature. Perhaps the point may be summarised like this: the very act of productive expenditure, under modern conditions, rapidly renders back more resources available as savings than the savings which it recently used up. In such an argument there is a challenge which neither theorists nor practitioners in finance will be able to ignore.

To these remarks must be added a word of explanation. They were already fully penned when, at the moment of going to press, an advance copy of the much expected book was received from Messrs. Macmillan, with a note that the date of publication is February 4.

Berliner Tageblatt

Nr. 69

Ein neuer Keynes

Wird das private Sparen entbehrlich?

Den „Wirtschaftlichen Nachrichten“ der Berliner Handelsgesellschaft entnehmen wir auszugsweise folgende Darstellung:

Nach einer mehrjährigen Pause hat der bekannte englische Nationalökonom wieder eine grundlegende Arbeit unter der Bezeichnung: „Die allgemeine Theorie der Beschäftigung, der Zinssätze und des Geldes“ veröffentlicht.

Soweit aus den bisher vorliegenden Auszügen erkenntlich ist, vertritt Keynes den Standpunkt,

dass die früheren Theorien des Kapitalzinses heute nicht mehr zutreffen.

Er meint, dass die Berechtigung eines verhältnismässig hohen Zinssatzes in der Vergangenheit in der Notwendigkeit einer Förderung des Sparbetriebes zu suchen gewesen sei. Die ganzen Jahrzehnte vor dem Kriege hätten im Zeichen einer Kapitalknappheit gestanden, und es sei durchaus richtig gewesen, die Kapitalbildung und -sammlung durch einen hohen Zinssatz anzuregen. Heute erhalte der Rentier noch einen Bonus, der über den Satz hinausgehe, der dem Kapitalrisiko, den Kosten der Kapitalverwaltung und -überwachung entspreche und der sich einst aus dem Seltenheitswert des Kapitals erklärt habe. Für die Andauer einer Kapitalknappheit könne man unter den heutigen Verhältnissen jedoch keine inneren Gründe mehr finden. Der Staat habe es, falls notwendig, in der Hand, das Sparkapital der Gesamtheit so zu erhöhen und aufrechtzuerhalten, dass es aufhöre, knapp zu sein.

Die Beweisführung für diese These ist aus dem bisher vorliegenden Material nicht erkenntlich. Aus den jüngsten englischen Währungserörterungen geht hervor, dass es hauptsächlich die Rücksichten auf die Unabhängigkeit der Diskontpolitik sind, welche noch keine allzu grosse Geneigtheit zu einer automatischen Währungsbindung aufkommen lassen. Keynes zieht gewissermassen das Fazit aus all diesen Entwicklungen und Betrachtungen, wenn er sagt,

dass die Selbständigkeit der Diskontpolitik noch viel weiter getrieben werden soll.

Seine Ueberlegungen gipfeln in der Forderung, die Zinspolitik und gleichzeitig auch die Kapitallenkung solange ohne Rücksicht auf das Ausland durchzuführen, bis die einheimische Wirtschaft eine volle Beschäftigung ihre Arbeitskräfte erreicht hat.

Bei den Ansichten Keynes über die Kapitalbildung und das Sparen ergeben sich Verbindungslinien mit einer Untersuchung, die in den Vereinigten Staaten vor kurzem durch das Brookings Institut, die bekannte wissenschaftliche Forschungsstätte in Washington, vorgenommen wurde. Hier waren es verschiedene Gelehrte, welche in einer gemeinschaftlichen Arbeit über die Kapitalbildung zu dem Ergebnis gelangten, dass der individuelle Sparvorgang nicht mehr die Wichtigkeit beanspruchen könne, wie in den Zeiten des industriellen Aufbaues. Es sei viel eher daran zu denken, Mittel und Wege zu finden, um den nach der Ansicht der amerikanischen Gelehrten hinter der Produktionskapazität zurückgebliebenen Absatz zu heben. Der neuzeitliche Ueberschuss an einsatzbarem Geld wirke sich nicht mehr in einer Mehrerzeugung an Gütern aus, sondern bewirke finanzielle Unausgeglichenheiten.

Die Berliner Handelsgesellschaft bemerkt zum Schluss: Soweit die Voraussetzungen für die Zweckmässigkeit der oben angedeuteten Forderungen der Diskontpolitik und der Kapitalbildung in einem vorhandenen Ueberfluss an Kapital erblickt werden, lässt sich als Folgerung für Deutschland der Schluss ziehen,

dass die neue Theorie des Sparens noch nicht auf unsere Verhältnisse angewandt werden kann.

Für Deutschland gilt es ja, nicht nur die durch Inflation und Krise zerrütteten Gruppen kleiner und mittlerer Kapitalsträger wieder neu zu bilden, sondern es fehlt auch jene Kapitalfülle, die den beiden genannten Ländern nun schon seit Jahren zur Verfügung steht. Zwar ist auch hier durch eine mutige Wirtschaftspolitik des Staates Kapitalbildung erfolgt, trotzdem ist das Kapitalheken noch bei weitem nicht gross genug, um die Sparfähigkeit

Ein neuer Keynes

Wird das private Sparen entbehrlich?

Den „Wirtschaftlichen Nachrichten“ der Berliner Handelsgesellschaft entnehmen wir auszugsweise folgende Darstellung:

Nach einer mehrjährigen Pause hat der bekannte englische Nationalökonom wieder eine grundlegende Arbeit unter der Bezeichnung: „Die allgemeine Theorie der Beschäftigung, der Zinssätze und des Geldes“ veröffentlicht.

Soweit aus den bisher vorliegenden Auszügen erkenntlich ist, vertritt Keynes den Standpunkt,

dass die früheren Theorien des Kapitalzinses heute nicht mehr zutreffen.

Er meint, dass die Berechtigung eines verhältnismässig hohen Zinssatzes in der Vergangenheit in der Notwendigkeit einer Förderung des Sparbetriebes zu suchen gewesen sei. Die ganzen Jahrzehnte vor dem Kriege hätten im Zeichen einer Kapitalknappheit gestanden, und es sei durchaus richtig gewesen, die Kapitalbildung und -sammlung durch einen hohen Zinssatz anzuregen. Heute erhalte der Rentier noch einen Bonus, der über den Satz hinausgehe, der dem Kapitalrisiko, den Kosten der Kapitalverwaltung und -überwachung entspreche und der sich einst aus dem Seltenheitswert des Kapitals erklärt habe. Für die Andauer einer Kapitalknappheit könne man unter den heutigen Verhältnissen jedoch keine inneren Gründe mehr finden. Der Staat habe es, falls notwendig, in der Hand, das Sparkapital der Gesamtheit so zu erhöhen und aufrechtzuerhalten, dass es aufhöre, knapp zu sein.

Die Beweisführung für diese These ist aus dem bisher vorliegenden Material nicht erkenntlich. Aus den jüngsten englischen Währungserörterungen geht hervor, dass es hauptsächlich die Rücksichten auf die Unabhängigkeit der Diskontpolitik sind, welche noch keine allzu grosse Geneigtheit zu einer automatischen Währungsbindung aufkommen lassen. Keynes zieht gewissermassen das Fazit aus all diesen Entwicklungen und Betrachtungen, wenn er sagt,

dass die Selbständigkeit der Diskontpolitik noch viel weiter getrieben werden soll.

Seine Ueberlegungen gipfeln in der Forderung, die Zinspolitik und gleichzeitig auch die Kapitallenkung solange ohne Rücksicht auf das Ausland durchzuführen, bis die einheimische Wirtschaft eine volle Beschäftigung ihre Arbeitskräfte erreicht hat.

Bei den Ansichten Keynes über die Kapitalbildung und das Sparen ergeben sich Verbindungslinien mit einer Untersuchung, die in den Vereinigten Staaten vor kurzem durch das Brookings Institut, die bekannte wissenschaftliche Forschungsstätte in Washington, vorgenommen wurde. Hier waren es verschiedene Gelehrte, welche in einer gemeinschaftlichen Arbeit über die Kapitalbildung zu dem Ergebnis gelangten, dass der individuelle Sparvorgang nicht mehr die Wichtigkeit beanspruchen könne, wie in den Zeiten des industriellen Aufbaues. Es sei viel eher daran zu denken, Mittel und Wege zu finden, um den nach der Ansicht der amerikanischen Gelehrten hinter der Produktionskapazität zurückgebliebenen Absatz zu heben. Der neuzeitliche Ueberschuss an einsatzbarem Geld wirke sich nicht mehr in einer Mehrerzeugung an Gütern aus, sondern bewirke finanzielle Unausgeglichenheiten.

Die Berliner Handelsgesellschaft bemerkt zum Schluss: Soweit die Voraussetzungen für die Zweckmässigkeit der oben angegebenen Forderungen der Diskontpolitik und der Kapitalbildung in einem vorhandenen Ueberfluss an Kapital erblickt werden, lässt sich als Folgerung für Deutschland der Schluss ziehen,

dass die neue Theorie des Sparens noch nicht auf unsere Verhältnisse angewandt werden kann.

Für Deutschland gilt es ja, nicht nur die durch Inflation und Krise zerrütteten Gruppen kleiner und mittlerer Kapitalsträger wieder neu zu bilden, sondern es fehlt auch jene Kapitalfülle, die den beiden genannten Ländern nun schon seit Jahren zur Verfügung steht. Zwar ist auch hier durch eine mutige Wirtschaftspolitik des Staates Kapitalbildung erfolgt, trotzdem ist das Kapitalbecken noch bei weitem nicht gross genug, um die Spartätigkeit des einzelnen überflüssig zu machen. In dieser Hinsicht unterscheiden sich die Verhältnisse noch sehr wesentlich von denjenigen, die Keynes und die amerikanischen Wissenschaftler zur Formulierung ihrer neuen Theorie veranlassten. (Wir möchten den kritischen Schlussbemerkungen der BHG zustimmen, jedoch unter Weglassung des Wörtchens „noch“. Auf das neue Buch von Keynes werden wir noch ausführlich eingehen. Die Schriftleitung.)

09467 0046 BEC

The Manchester Guardian Commercial

Nr. 817

MR. KEYNES ATTACKS THE CITADEL

New Theory of Employment, Interest, and Money

IN a broadcast talk some time ago Mr. Keynes spoke of the economists strongly entrenched in their citadel of theory, but, he added darkly, "I am outside." The full meaning of that remark is in his new book*, which is happily described on the dust cover as "a general assault on the adequacy of the existing orthodox economic theory as a means for handling the problems of fluctuations in employment, trade cycles, and the like." But let Mr. Keynes speak for himself:

I have called this book the "General Theory of Employment, Interest, and Money," placing the emphasis on the prefix "general." The object of such a title is to contrast the character of my arguments and conclusions with those of the classical theory of the subject, upon which I was brought up and which dominates the economic thought, both practical and theoretical, of the governing and academic classes of this generation, as it has for a hundred years past. I shall argue that the postulates of the classical theory are applicable to a special case only and not to the general case, the situation which it assumes being a limiting point of the possible positions of equilibrium. Moreover, the characteristics of the special case assumed by the classical theory happen not to be those of the economic society in which we actually live, with the result that its teaching is misleading and disastrous if we attempt to apply it to the facts of experience.

This extract constitutes at once the whole of Mr. Keynes's first chapter (and when a reviewer has the opportunity of quoting the whole of a chapter it is not to be lightly missed) and a complete statement of the position he takes up in this book. And this position is maintained with all his skill in argument and in writing. Economists in our universities will be sitting down with pencil and paper even now to compose replies, interpretations, and denunciations; but there will be rejoicing among the heretics, for now Ben Adhem's name leads all the rest—and even Major Douglas gets a kind word.

New Concepts

The theory that Mr. Keynes develops springs from the analytical use of several new concepts; effective demand, user cost, propensity to consume (particularly the marginal propensity), the investment multiplier. These things concern the method rather than the result, and they may be left to the professional economist. The theory itself rests on the solid ground of common sense and it is not perhaps unfair to describe it as an articulate statement in economic terms of the inarticulate economic ideas that have dominated trade union history and political statesmanship.

Mr. Keynes refers to Malthus and Mr. J. A. Hobson as imbued with the same fire that now animates him, but there were others who felt the flame. Walter Bagehot's essay on the postulates of English political economy, J. E. Cairnes to a lesser extent, and T. E. Cliffe Leslie from another angle put limits to the relevance of the classical theory. But Mr. Keynes has taken the matter further; from criticism by his own fire he has turned to incendiarism, setting alight the edifice of our theories of trade and employment.

The old theory based a self-adjusting propensity of the economic system on economic flexibility. This meant a liquidation of surplus productive capacity by way of competition plus a downward movement of wages. A reduction of wages would reduce costs

*THE GENERAL THEORY OF EMPLOYMENT, INTEREST, AND MONEY. By J. M. Keynes. London: Macmillan and Co., Ltd. Pp. 403 + xii. Price 5s.

and therefore prices, and hence stimulate demand. So output would increase and with it employment up to the point where the process reversed once more. But, as many writers have pointed out, this theory ignores the vital relation of purchasing power as a whole to production. Mr. Keynes gets nearer still to the mark in putting the question at issue as "whether the reduction in money-wages will or will not be accompanied by the same aggregate effective demand as before, as measured in money, or, at any rate, by an aggregate effective demand which is not reduced in full proportion to the reduction in money wages."

Mr. Keynes takes some 250 pages to develop his alternative theory, and it cannot be adequately dealt with in a few words. Roughly it is as follows: The volume of employment is determined by aggregate supply and aggregate demand, and the aggregate demand function relates employment to the proceeds which that level of employment is expected to realise. These proceeds are divided between consumption and investment, and the first half of Mr. Keynes's book is concerned with an examination of the factors governing this division.

Employment and Investment

Now employment can only increase as investment increases, and in given circumstances a definite ratio can be established between income and investment (this ratio is the investment multiplier). In turn this establishes a precise relation between aggregate employment and income and the rate of investment. An increase in the rate of investment will have to carry with it an increase in the rate of consumption, because people are only willing to widen the gap between their income and their consumption if their

wenden!

Datum 4. Feb. 1938

094670046 BEC

The Manchester Guardian Commercial

Nr. 817

income is being increased. Thus full employment can only be reached by controlling the relation between propensity to consume and inducement to invest. To quote Mr. Keynes:

The State will have to exercise a guiding influence on the propensity to consume partly through its scheme of taxation, partly by fixing the rate of interest, and partly, perhaps, in other ways. Furthermore, it seems unlikely that the influence of banking policy on the rate of interest will be sufficient by itself to determine an optimum rate of investment.

I conceive, therefore, that a somewhat comprehensive Socialisation of investment will prove the only means of securing an approximation to full employment; though this need not exclude all manner of compromises and of devices by which public authority will co-operate with private initiative.

But beyond this no obvious case is made out for a system of State Socialism which would embrace most of the economic life of the community. It is not the ownership of the instruments of production which it is important for the State to assume. If the State is able to determine the aggregate amount of resources devoted to augmenting the instruments and the basic rate of reward to those who own them it will have accomplished all that is necessary.

One doubt occurs on a first reading of Mr. Keynes's book. That is, whether his theory provides adequately as it stands at present, for the important point (in relation to the future) that output per head per working day tends to increase—i.e., the fact of what is called technological unemployment. Must there not be some division of the State's supervisory function between augmenting the instruments and replacing instruments at the existing level? A balance between the two would have to be worked out to allow for changes in the rate of technical progress.

HE

Stock Exchange
does seem to me
of the Spindles
way of making
of life entirely
in that sense, the
to be more
which the idea
which is actually
on the board.

Insurance
I ventured to
of mine against
own life—that
youth provide
would not pro-
posed income to
ken out in the
ken on a 5 per
cent proceeds of
more than 3 per
cent safety. I

compared it
of solving this
Possibly I was
over by atten-
tion to a policy
National Home
if it does not
satisfy other-
er men from
own problem.
the Centenary
ration of the
others to the
to a chosen
guaranteed for
the certainty of
a fifteen years
ash houses; it
maturity date
ranted income
ones and unit
years after
date. Two
available first
maturity date
profits then due
become payable
of himself and
lifetime of the
the holder die
his widow may
anyway be re-
the rest of

A Business Man's Diary

My diary last week has brought Feb. 7. correction upon my head. To begin with a correspondent rightly points out that it was not "on my way down to London" I was guilty of a crime. One should, of course, always "go up" to the metropolis. I was at the time thinking in very general geographical terms, if that is any excuse. Probably it will win me partial absolution, for as my correspondent points out the Londoner is prepared to permit to "go down" South and even to travel "up North" though we must still "go down" to Manchester from the capital. Apparently expressions which are allowed when applied to broad regional areas may be ruled out of court when they refer to individual cities or towns. In one instance dignity must be risked. In the other, well, who knows what adverse influence might be let loose if it were not for the fact that the words were not lost upon professional

Feb. 12. From a pleasant reader who writes: "I liked your paragraph about 'Orders' and the printer's reader, and though I hate to destroy a good job even against myself, I must point out, in the interests of accuracy and for the satisfaction of that spirit of meticulous care which is supposed to inform all printer's readers, that the original title of the play was 'Orders are Orders.' It appears on my copy of the play, whose production I had the pleasure of helping in 1932. It was not until the 'talkies' people got hold of it some two years later, and (what could you expect?) set about improving 'Isa Hay' (the quotation marks are strictly accurate) that the title became 'Orders is Orders.' So perhaps that reader who liked your

Feb. 13. Have not been able to check the extent to which it is true—that there is a nice little rump just now in the purchase of redundant spindles. It appears that some people are buying up cotton spinning mules, not to work them or to turn them into something else, but simply to sit on the spindles for a time in the hope of selling them to the Spindles Board by and by at a profit. Now it is quite true that the Spindles Board is by no means compelled to buy these spindles, so that our speculative friends may say a sup, it is really true that though the Spindles Board may make an offer this must be below the previous purchase price. But again, it might be said that the spindles may come out of it with a nice little profit. It all

Der neue Keynes

„Die allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und Geldes“

Von unserem Wirtschaftskorrespondenten

✚ LONDON, 22. Februar.

Der erste Blick in Keynes' neues Buch lässt nicht nur den Laien, sondern auch den praktisch denkenden Wirtschaftler, der die Weltgeschehnisse unter dem Eindruck tausendfältiger, lebendiger Momente sieht, fast verzagen. Da liegt ein vierhundert Seiten langes Buch vor ihm, mit einer Theorie nach der anderen, ausgedrückt in immer neuen Terminologien und unter Verwendung fast des ganzen lateinischen und griechischen Alphabets, das in wunderbaren mathematischen Gleichungen und Formeln kombiniert ist.

Keynes selbst betont in seiner Einleitung, dass das Buch

vor allem für die nationalökonomischen Kollegen bestimmt

sei. Und er beschränkt sich auf die Hoffnungen, dass es auch für andere lesbar sein möge. So mancher wird aber fragen, warum sich die Wirtschaftswissenschaftler stets mit neuen Terminologien und wissentlicher Erschwerung ihrer Schreibweise gegenseitig zu übertrumpfen suchen und wann endlich dieser Seminarkampf aufhören wird. Das führt dann leicht dazu, dass neue und wichtige, ja geradezu revolutionierende Ideen, wie sie zum Beispiel dieses neue Buch von Keynes bringt, den Zugang zum wahren Leben nicht finden können.

Das Buch ist, wie Keynes selbst in seinem ersten, nur wenige Zeilen umfassenden Kapitel erklärt, als Angriff gegen die bestehenden orthodoxen Theorien der Nationalökonomie gedacht. Keynes spricht absichtlich von der „allgemeinen Theorie“, die er darzulegen sucht, im Gegensatz zu den Argumenten und Folgerungen der klassischen Theorie, die auf einem „Sonderfall“ basierten und nicht auf die allgemeine Wirtschaftsstruktur, noch weniger aber auf das ökonomische und soziale Leben der Gegenwart anwendbar seien. Insoweit also ist Keynes

bemüht, eine Verbindung nationalökonomischer Theorie mit dem wahren Leben zu finden.

Keynes wendet sich gegen einen Theoriekomplex, der fast uneingeschränkt auf der Voraussetzung aufgebaut sei, dass „volle Beschäftigung“ in einer bestehenden Wirtschaftsgemeinschaft den Normalzustand darstelle. Die klassischen Theoretiker hatten Arbeitslosigkeit als eine Abkehr vom Normalen behandelt, das heisst als Folge irgendeines aussergewöhnlichen Faktors wie etwa monetäre Unordnung oder Unelastizität der Löhne. Keynes selbst war in all seinen früheren Anschauungen von dieser Voraussetzung nicht weit entfernt, ist aber jetzt zu der Ansicht gelangt, dass das Arbeitslosenproblem auf das Finden einer wirtschaftlichen Ordnung zugespitzt sei, welches ein Gleichgewicht auf Basis „voller Beschäftigung“ herstellen und auf einen Idealzustand hinarbeiten soll, nicht aber auf Behandlung der Arbeitslosigkeit als akute Krankheit eingestellt sei.

Die klassische Theorie habe auf der Ausgleichungsfähigkeit im wirtschaftlichen System beruht: Im Kreislauf der Kosten- und Lohnbildung sowie der Zinsgestaltung werde Produktion und Konsum immer wieder auf normalen Stand zurückgeführt und ein Gleichgewicht zwischen Arbeitsangebot und -nachfrage hergestellt werden. Das setze aber auch voraus, dass das Lohnniveau nicht auf unangemessen hohem Stande gehalten werde. Keynes wendet sich gegen die Vermutung, dass Senkung der Geldlöhne eine Heilung oder Milderung der Arbeitslosigkeit bedeuten könne. Vor allem sieht er aber die eigentliche Ursache

der Arbeitslosigkeit im kapitalistischen System darin, dass der Konsum hinter dem „bestmöglichen Bedarf“ (effective demand) nachhinkt. Das betrachtet Keynes für die Jetztzeit als Normalstand. Er zeigt sich also deutlich als ein

Anhänger der Unterkonsum-Theorie.

Seine Theorie lässt sich vielleicht kurz so zusammenfassen: Das Ausmass der Beschäftigung wird bestimmt von dem gesamten Angebot und der gesamten Nachfrage. Die Nachfrage richtet sich nach dem Einkommen, das aus einem bestimmten Stande der Beschäftigung erwartet wird. Und das Einkommen teilt sich zwischen Konsum und Investierung. Letztere ist also der eigentlich verbleibende Teil, der das Gesamtausmass weiterer Beschäftigung entscheidet.

Auf den ersten Blick erweckt dieses Ergebnis den Eindruck, als ob Keynes sich gegen die „Unterkonsumenten“ richte, weil offenbar steigender Konsum die Ausdehnung der Investitionen hemmt. Tatsächlich aber will er beweisen, dass der Wille zur Investierung von der „bestmöglichen Auswertung des Kapitals“ (Grenzauswertung: marginal efficiency of capital) oder, mit anderen Worten, von der bestmöglichen Erwartung der Gewinne aus Investitionen abhängt. Die Erfüllung dieser Erwartung hänge aber wiederum von dem Bedarf nach Konsumgütern ab; entsprechend also richte sich eine Aufrechterhaltung der Investitionen auf befriedigendem Stande nach der Aufrechterhaltung des Konsums. Mehr investiert werde nur dann, wenn aus dem Einkommen auch erhöhter Konsum bzw. gewinnbringende Produktion entspringt.

Die Beschäftigung könne nur steigen, wenn die Investitionen zunehmen. Und volle Beschäftigung könne nur erzielt werden durch Kontrolle über das Verhältnis nicht allein zwischen Einkommen und Investieren, sondern zwischen der Grenz-Neigung zu konsumieren (marginal propensity to consume) und dem bestmöglichen Anreiz zum Investieren. Keynes legt diesem Standpunkt auch seine alte These über den

Unterschied zwischen „Sparen“ und „Investieren“

zugrunde. Das eine sei Abstinenz vom Verbrauchen, das andere positive Ausnutzung der Ersparnisse zur Kapitalbildung. Kollektiv dürfte das Sparen dem Investieren (welches „den einzig wahren Weg des Sparens“ bedeutet) entsprechen. Individuell sei aber festzustellen, dass vom allgemein-wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus das Sparen des einzelnen missglückt, wenn der Unternehmer nicht die Ersparnisse borge und sie zu wirklicher Investierung verwende; wenn also der bestmögliche Anreiz zum Investieren fehle.

Es sind nun aber die weiteren Ausführungen, vor allem im Anschluss an die Frage des Kapitalzinses, die Keynes verschiedentlich zu einer zu einseitigen und auch etwas widerspruchsvollen Betrachtungsweise verleitet. Keynes sieht in der Spanne zwischen Sparen und Investieren den grössten Nachteil des heutigen ökonomischen Systems und stellt in den Folgerungen aus seiner Theorie drei Thesen auf, die hier kurz betrachtet werden müssen. Diesen drei Thesen übergeordnet stellt er fest, dass es der Staat in der Hand habe, das Ausmass der Investitionen zwecks bestmöglicher Beschäftigung zu regulieren und diese selbst zu lenken. Erstens wünscht er eine Kontrolle des Staates über die verfügbare Geld-

Berliner Tageblatt

menge, die ausreichen muss, um volle Beschäftigung zu gewährleisten. Zweitens

**soll der Staat die Höhe des Zinssatzes kontrollieren
(vor allem durch Anpassung der Geldmenge an den Investierungsbedarf),**

um die Zinsen niedrig zu halten, dass Anreiz zum Investieren bis zur Erreichung „voller Beschäftigung“ gegeben wird. Drittens verlangt Keynes, dass der Staat weitgehend die Lenkung der Investitionen übernimmt, zum mindesten aber kontrolliert.

Keynes begibt sich mit diesen Thesen auf sehr umstrittenes Gebiet. Verständlich ist es natürlich, wenn er aus seiner Theorie schliessen muss, dass hoher Zins heute im volkswirtschaftlichen Interesse keinen Anreiz auf den Sparbetrieb ausübt, oder, wenn er es tut, nachteilig ist, solange Ersparnisse nicht ausreichend in die produktiven Investierungskanäle fliessen. Umgekehrt erübrigt es sich aber, darauf hinzuweisen, dass ein niedriger Zinssatz, wie ihn Keynes fordert, an sich nicht allein ausschlaggebend für Investierungsbetrieb ist. Das zeigt sich ja heute gerade ganz besonders deutlich in England selbst, wie überhaupt vor allem in den beiden grossen angelsächsischen Ländern. Dort hat sich in den letzten Jahren ein Zustand ausgesprochener Kapitalfülle, ja sogar Kapitalüberfülle entwickelt; wobei zu betonen ist, dass sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in England diese Kapitalfülle vor allem mit konsequenter Politik des Zinsdrucks erzielt worden ist. Es mangelt weder an Spargeldern noch an Investierungsmitteln, und trotzdem hat sich eine

**ungemein scharfe Diskrepanz zwischen Kapitalfülle
und Investierungsausmass**

herausgestellt. Noch anfechtbarer werden dann die Gedanken Keynes', wenn er, allerdings nicht in seinem Buche, sondern in seinem jüngsten Bericht vor der National Mutual Life Assurance

Society, eine weitere Verbilligung des langfristigen Zinses in England verlangt hat. Mag auch eine gewisse Berechtigung zur Anpassung des langfristigen Zinses an die Billigkeit des kurzfristigen Geldes in England gerechtfertigt erscheinen, so bleibt dennoch — dem Einfluss der Zinshöhe übergeordnet — die Frage der eigentlichen Anlagemöglichkeit und des Investierungsvertrauens unbeantwortet. Es handelt sich bei Keynes um eine der vielen Einseitigkeiten, die die Wirtschaftsgestaltung viel zu stark oder ausschliesslich von der monetären Seite aus betrachten. Und diese Einseitigkeit geht bei Keynes sogar so weit, dass er — über die Uebertreibung des monetären Problems hinaus — seine Thesen, und das auch noch nicht einmal konsequent, im Lichte des Zustandes in seinem eigenen Lande oder in Amerika sieht. Wie steht es mit Ländern wie Deutschland, die nicht über Kapitalfülle verfügen und trotz wesentlicher Fortschritte in der Anregung des Spartriebes erst wieder in den Anfängen der wahren Kapitalbildung stehen? Diese Länder würden auch schlecht wählen, wollten sie etwa der Kapital- und Zinspolitik der Vereinigten Staaten folgen, wo die Regierung mit Hilfe ihrer eigenen Emissionen und ihrer Goldhortung eine völlige und äusserst riskante Verkrampfung eines an sich übergrossen Kapitalvolumens bewirkt hat. Nichts anderes verlangt aber Keynes jetzt sogar in England, wenn er einen weiteren Zinsabbau durch Erhöhung der Bankennittel mit Hilfe einer Steigerung der Ausgabe von Staatspapieren nahelegt.

Am schärfsten schneiden Keynes' Folgerungen in die Aufgaben der Gegenwart ein, wenn er sie mit der Feststellung verbindet, dass eine Stabilisierung des Pfundes und Rückkehr Englands zum Goldstandard nicht nur für den Augenblick unmöglich sei, sondern

**dass überhaupt eine Rückkehr zum Goldstandard oder
zu einem anderen festen internationalen Währungs-
standard nicht erfolgen dürfe,**

wenn der Staat wirkungsvoll die Geldmenge kontrollieren und regulieren wolle. Will England einen solchen riskanten Weg beschreiten, dann ergibt sich diese Folgerung fast mit Selbstverständlichkeit. Aber dies hiesse die Möglichkeiten und Aufgaben Englands in der Weltwirtschaft völlig verkennen. Keynes selbst bleibt freilich konsequent, wenn er sich letzten Endes als ein nationalwirtschaftlicher „Isolationist“ enthüllt, indem der Binnenmarkt ihm vor alles geht und er einen Ausbau der staatlichen Arbeitsbeschaffung befürwortet, auf den Export aber — schon „als wichtigste Veranlassung für einen Krieg“ — völlig verzichten will.

Datum 10. März 1936

094670049 BEC

The Times (London)

Nr. 47319 -

EMPLOYMENT AND MONEY

MR. KEYNES'S VIEWS

THE GENERAL THEORY OF EMPLOYMENT,
INTEREST AND MONEY. By JOHN
MAYNARD KEYNES. Macmillan. 5s.

Mr. Keynes here offers us, in 400 pages and for the remarkable price of 5s., the fruit of five years' reflection on the whole problem of money, unemployment and the trade cycle. In substance the book is inevitably difficult, and the semi-mathematical form of some parts of it may alarm the inexpert reader. But the book abounds as well in lucid argument, witty and illuminating digression, historical analogy, satire and pointed political judgment. All this the plain reader will both appreciate and enjoy. Indeed, if he reads these passages alone, he will obtain more for his 5s. than by reading the whole of a good many more expensive books. In particular, one brief but penetrating chapter on the Stock Exchange shows us Mr. Keynes at his most brilliant.

The main contention of the book as a whole, crudely and bluntly summarized, is that the criterion of monetary policy should be neither gold values nor exchange rates, nor even price levels, but the abolition of unemployment. Full employment, Mr. Keynes contends, can only be achieved by a correct monetary policy. For unless the level of effective demand—i.e., the aggregate spending of the community—is maintained at a sufficiently high level, full employment is impossible. Unfortunately, however, as our income increases, we tend to save more, and effective demand tends to become insufficient. In these circumstances the only alternatives are either to expand investment by forcing down interest rates, or to stimulate consumption and restrain saving by redistributive taxation.

Mr. Keynes appears in this book, therefore, as a champion not merely of the cheap money policy that has always been associated with his name, but also of the expansion of social service expenditure as a necessary part of economic as well as social policy.

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

Nr. 627

Wirklichkeitsnahe Wissenschaft.

Der englische Nationalökonom J. M. Keynes hat der deutschen Ausgabe seines Buches über die „Allgemeine Theorie in der Beschäftigung des Zinses und des Geldes“ eine Einleitung vorangestellt, in der er die Hoffnung ausspricht, in Deutschland besonderes Gehör zu finden, weil die deutsche Wirtschaftswissenschaft sich stärker als die angelsächsische von der „orthodoxen Ueberlieferung“ der klassischen Schule ferngehalten habe. Rechnet man allerdings die österreichische Richtung der Nationalökonomie zur deutschen Wissenschaft, und es besteht kein Grund, dies nicht zu tun, da man auch in der Literatur einen Mann wie etwa Grillparzer zur deutschen Dichtung zählt, so ergibt sich, daß gerade auf dem geistigen Boden des Deutschtums die englische Nationalökonomie am erfolgreichsten fortgeführt worden ist. Keynes allerdings bewertet diese Fortbildung auch mit einem negativen Akzent, eben weil sie an die klassische Ueberlieferung anschließt.

Es soll in diesem Rahmen nicht von dem Keynes'schen Buche die Rede sein. Es ist eine bedeutende Leistung und wird in England gerade deshalb, weil es dort auf eine gefestigte nationalökonomische Tradition stößt, sicherlich die Entwicklung fördern. Wenn es dagegen in Deutschland großen Einfluß haben sollte, so wäre das nicht ohne weiteres als ein Fortschritt zu betrachten. Keynes liebt es, seine Darstellung zu komplizieren, die Bedeutung bereits vorhandener wissenschaftlicher Erkenntnisse zu unterschätzen und, wie er selbst zugeibt und wie ihm in England mit Recht vorgeworfen wird, die Gegensätze zu überspielen. In wirtschaftspolitischer und praktischer Hinsicht nimmt er manche Bedenken zu leicht, die man dem Neuen immer entgegenbringen muß, solange seine Auswirkungen nicht voll zu übersehen sind. Am bedenklichsten in pädagogischer Hinsicht ist aber seine Neigung, die Tradition der Wissenschaft grundlos und unsystematisch zu durchbrechen. Daß man die moderne Wirtschaft nicht mit Adam Smith allein verstehen kann, ist nichts Neues und ist selbstverständlich. Zwischen Smith und uns liegen über anderthalb Jahrhunderte, in denen sich Veränderungen vollzogen haben, von denen Smith nichts wußte und nichts wissen konnte. Ähnlich wie in anderen Wissenschaften vollzieht sich in der Nationalökonomie eine Entwicklung, die dadurch gekennzeichnet ist, daß der Fall der freien Konkurrenz und der Vollbeschäftigung, mit dem die Klassiker sich ausschließlich beschäftigten, als Spezialfall einer allgemeinen Theorie erkannt wird, die auch alle anderen Möglichkeiten zu erklären sucht. Keynes selbst hat zu diesem Fortschritt beachtliche Beiträge geliefert. Aber wie es unmöglich wäre, die moderne Physik ohne gründliches Studium der klassischen Physik zu verstehen, so ist es auch in der Wirtschaftswissenschaft methodologisch und pädagogisch unheilvoll, ohne gesichertes Fundament zu bauen. Dieses Fundament bietet aber die klassische Nationalökonomie. Ganz besonders gilt das für Deutschland, weil hier sehr viel Neues zu verarbeiten ist und weil die deutsche Nationalökonomie bisher von einer bedauerlichen Zerrissenheit der Methoden und sogar der Probleme gehemmt worden ist. Wir haben vor kurzem auf eine Darstellung verwiesen, die von den drei Hochschullehrern Böhm, Eucken und Großmann-Doerth einer Schriftenreihe beigegeben worden ist und die einen geistigen Wendepunkt bezeichnet. Eine grundsätzliche Haltung ist dort als erste Voraussetzung der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung angeführt worden, eine Haltung, die übrigens durchaus in Übereinstimmung steht mit der Ablehnung von Relativismus und Resignation durch die neue deutsche Politik. Diese grundsätzliche Haltung muß zunächst den Historismus ablehnen, der die Zersplitterung verursacht hat. Sie muß aber auch dazu führen, in zäher und systematischer Arbeit, unter Bewertung aller brauchbaren Ergebnisse eine wirklichkeitsnahe Theorie aufzubauen. An Ansätzen dazu fehlt es nicht, wie ja überhaupt auch in Deutschland die wissenschaftliche Tradition nie abgerissen ist. Aber sie bedarf einer Stärkung, keiner Abschwächung. Immerhin wird die

Wirklichkeitsnahe Wissenschaft.

Der englische Nationalökonom J. M. Keynes hat der deutschen Ausgabe seines Buches über die „Allgemeine Theorie in der Beschäftigung des Zinses und des Geldes“ eine Einleitung vorangestellt, in der er die Hoffnung ausspricht, in Deutschland besonderes Gehör zu finden, weil die deutsche Wirtschaftswissenschaft sich stärker als die angelsächsische von der „orthodoxen Ueberlieferung“ der klassischen Schule ferngehalten habe. Rechnet man allerdings die österreichische Richtung der Nationalökonomie zur deutschen Wissenschaft, und es besteht kein Grund, dies nicht zu tun, da man auch in der Literatur einen Mann wie etwa Grillparzer zur deutschen Dichtung zählt, so ergibt sich, daß gerade auf dem geistigen Boden des Deutschtums die englische Nationalökonomie am erfolgreichsten fortgeführt worden ist. Keynes allerdings bewertet diese Fortbildung auch mit einem negativen Akzent, eben weil sie an die klassische Ueberlieferung anschließt.

Es soll in diesem Rahmen nicht von dem Keynes'schen Buche die Rede sein. Es ist eine bedeutende Leistung und wird in England gerade deshalb, weil es dort auf eine gefestigte nationalökonomische Tradition stößt, sicherlich die Entwicklung fördern. Wenn es dagegen in Deutschland großen Einfluß haben sollte, so wäre das nicht ohne weiteres als ein Fortschritt zu betrachten. Keynes liebt es, seine Darstellung zu komplizieren, die Bedeutung bereits vorhandener wissenschaftlicher Erkenntnisse zu unterschätzen und, wie er selbst zugeibt und wie ihm in England mit Recht vorgeworfen wird, die Gegensätze zu überspielen. In wirtschaftspolitischer und praktischer Hinsicht nimmt er manche Bedenken zu leicht, die man dem Neuen immer entgegenbringen muß, solange seine Auswirkungen nicht voll zu übersehen sind. Am bedenklichsten in pädagogischer Hinsicht ist aber seine Neigung, die Tradition der Wissenschaft grundlos und unsystematisch zu durchbrechen. Daß man die moderne Wirtschaft nicht mit Adam Smith allein verstehen kann, ist nichts Neues und ist selbstverständlich. Zwischen Smith und uns liegen über anderthalb Jahrhunderte, in denen sich Veränderungen vollzogen haben, von denen Smith nichts wußte und nichts wissen konnte. Ähnlich wie in anderen Wissenschaften vollzieht sich in der Nationalökonomie eine Entwicklung, die dadurch gekennzeichnet ist, daß der Fall der freien Konkurrenz und der Vollbeschäftigung, mit dem die Klassiker sich ausschließlich beschäftigten, als Spezialfall einer allgemeinen Theorie erkannt wird, die auch alle anderen Möglichkeiten zu erklären sucht. Keynes selbst hat zu diesem Fortschritt beachtliche Beiträge geliefert. Aber wie es unmöglich wäre, die moderne Physik ohne gründliches Studium der klassischen Physik zu verstehen, so ist es auch in der Wirtschaftswissenschaft methodologisch und pädagogisch unheilvoll, ohne gesichertes Fundament zu bauen. Dieses Fundament bietet aber die klassische Nationalökonomie. Ganz besonders gilt das für Deutschland, weil hier sehr viel Neues zu verarbeiten ist und weil die deutsche Nationalökonomie bisher von einer bedauerlichen Zerrissenheit der Methoden und sogar der Probleme gehemmt worden ist. Wir haben vor kurzem auf eine Darstellung verwiesen, die von den drei Hochschullehrern Böhm, Eucken und Großmann-Doerth einer Schriftenreihe beigegeben worden ist und die einen geistigen Wendepunkt bezeichnet. Eine grundsätzliche Haltung ist dort als erste Voraussetzung der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung angeführt worden, eine Haltung, die übrigens durchaus in Uebereinstimmung steht mit der Ablehnung von Relativismus und Resignation durch die neue deutsche Politik. Diese grundsätzliche Haltung muß zunächst den Historismus ablehnen, der die Zersplitterung verursacht hat. Sie muß aber auch dazu führen, in zäher und systematischer Arbeit, unter Verwertung aller brauchbaren Ergebnisse eine wirklichkeitsnahe Theorie aufzubauen. An Ansätzen dazu fehlt es nicht, wie ja überhaupt auch in Deutschland die wissenschaftliche Tradition nie abgerissen ist. Aber sie bedarf einer Stärkung, keiner Abschwächung. Immerhin wird die deutsche Wissenschaft auch dem neuen Buche von Keynes manche Anregung entnehmen können.

L. M.

Bremer Nachrichten mit Weser-Zeitung

Nr. 350

„Tod des Rentners“

Keynes Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes

Bücher aus dem Bereich der theoretischen Wirtschaftswissenschaft haben es nicht ohne weiteres an sich, einen größeren Kreis von Lesern anzuregen, sich mit ihnen zu beschäftigen. Wenn ein Werk über die „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ diese Wirkung ausübt, muß dies besondere Gründe haben. Die englische Ausgabe des genannten Werkes von John Maynard Keynes hat so gut wie in der ganzen wissenschaftlichen Welt stärkste Beachtung gefunden. Jetzt ist eine von Fritz Waeger betreute deutsche Ausgabe erschienen (Verlag Duncker & Humblot, München).

Der englische Forscher hat in seinem neuesten Buch zu sehr zeitgemäßen Fragen sehr Wesentliches zu sagen. Und er sagt es den Gelehrten, aber auch dem Wirtschaftspraktiker und jedem, der wirtschaftliche Vorgänge auf ihre grundsätzliche Bedeutung zu prüfen gewohnt ist. Das Buch wendet sich zwar in erster Linie an die Fachgenossen des Verfassers. Keynes gibt jedoch selbst der Hoffnung Ausdruck, „daß es auch anderen verständlich sein wird“. Um die Gedankengänge des neuen Werkes an einem der wesentlichsten Punkte zu beleuchten, ist es unerlässlich, mit Keynes auch in ganz knapper Zeichnung von den Lehren zu sprechen, von denen Keynes selbst herkommt, die er früher selbst gelehrt hat und die er heute bekämpft. Erst die Gegenspieler geben der wissenschaftlichen Arbeit den fruchtbaren Auftrieb und ermöglichen die Kritik und das Gespräch, von dem Keynes im Vorwort zur englischen Ausgabe sagt, daß „der Schreiber eines Buches wie dieses auf unbekannten Wegen schreitend“ außerordentlich abhängig ist, „wenn er ein ungebührliches Maß von Fehlern vermeiden soll“.

An der Krisentheorie sei eine knappe Gegenüberstellung durchgeführt. Die klassische Theorie glaubt, daß die Krise kommen muß, weil mit der Hochkonjunktur Kapitalmangel eintritt. Der Anstieg aus der tiefen „Depression“ ist dann den kurzfristigen Geldern zu danken, die im Markt unbeschäftigt sind. Der Zinssatz ist niedrig, die „Investition“ beginnt und mit ihr der erste Abschnitt des Anstiegs. Dann kommt aber der „Optimismus in Massen“, und bald befindet man sich vor der Frage der Umwandlung von kurzfristigem in langfristiges Geld. Keynes steht auf dem Standpunkt, daß es nur darauf ankommt, Bedürfnisse, die immer da sind, zu finanzieren und daß diese Aufgabe schließlich vorwiegend dem Staat zufalle, nicht dem Einzelnen. Wie ein Rennfahrer — um ein Beispiel zu wählen — aus der Bahn fliegt, wenn er zu rasch bremst, so wirke sich auch ein Abbremsen der Hochkonjunktur schädlich aus, und es sei besser, die Hochkonjunktur weiterlaufen zu lassen. Auch in der Hochkonjunktur liege eine allgemeine Überinvestition nicht vor. So kommt Keynes zur Überwachung der Investition durch den Staat, wenn den anderen Maßnahmen die Wirkung versagt ist. „Ich erwarte“, so sagt Keynes, „daß der Staat, der in der Lage ist, die Rendite seiner Kapitalinvestitionen auf lange Sicht und auf der Grundlage des allgemeinen sozialen Vorteils auszurechnen, eine immer größere Verantwortlichkeit für die unmittelbare Organisation von Investitionen übernehmen wird“. Es liege in der Hand des Staates, die Kapitalbildung zu steigern mit dem Ziel der Beseitigung der Auswirkungen des Mißverhältnisses von Geldmarkt und Kapitalmarkt, von Kapitalbedarf und Kapitalangebot. Grundsätzlich ist zu den Gedankengängen von Keynes zu bemerken, daß sie aus der Beschäftigung und aus der Kenntnis der Verhältnisse eines Landes erwachsen sind, dessen wirtschaftliche Tätigkeit sich in einem „Empire“ — eben dem englischen Weltreich — vollzieht. Aber Keynes glaubt, daß seine Theorie, „obschon sie also mit dem Blick auf die in den angelsächsischen Ländern geltenden Verhältnisse ausgearbeitet“ ist, „wo immer noch ein großes Maß von „L'air du temps“ vorherrscht, dennoch auf Zustände anwendbar bleibt, in denen die staatliche Führung ausgeprägter ist“.

Sein Buch schließt mit bedeutsamen Betrachtungen über die Sozialphilosophie, zu der die Allgemeine Theorie führen könnte. Dort heißt es u. a. „Ich bin überzeugt, daß die Nachfrage nach Kapital streng begrenzt ist in dem Sinne, daß es nicht schwierig wäre, den Bestand an Kapital bis auf einen Punkt zu vermehren, auf dem seine Grenzleistungsfähigkeit auf einen sehr niedrigen Stand gefallen wäre. Dies würde nicht bedeuten, daß die Benutzung von Kapitalgütern sozusagen nichts kosten würde, sondern nur, daß der Ertrag aus ihnen nicht viel mehr als ihre Erschöpfung durch Wertverminderung und Veralterung zusammen mit einer gewissen Spanne für das Risiko und die Ausübung von Geschicklichkeit und Urteilsvermögen, zu decken haben würde. Kurz gesagt, der Gesamtertrag von dauerhaften Gütern während ihrer Lebens-

„Tod des Rentners“

Keynes Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes

Bücher aus dem Bereich der theoretischen Wirtschaftswissenschaft haben es nicht ohne weiteres an sich, einen größeren Kreis von Lesern anzuregen, sich mit ihnen zu beschäftigen. Wenn ein Werk über die „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ diese Wirkung ausübt, muß dies besondere Gründe haben. Die englische Ausgabe des genannten Werkes von John Maynard Keynes hat so gut wie in der ganzen wissenschaftlichen Welt stärkste Beachtung gefunden. Jetzt ist eine von Fritz Waeger betreute deutsche Ausgabe erschienen (Verlag Duncker & Humblot, München).

Der englische Forscher hat in seinem neuesten Buch zu sehr zeitgemäßen Fragen sehr Wesentliches zu sagen. Und er sagt es den Gelehrten, aber auch dem Wirtschaftspraktiker und jedem, der wirtschaftliche Vorgänge auf ihre grundsätzliche Bedeutung zu prüfen gewohnt ist. Das Buch wendet sich zwar in erster Linie an die Fachgenossen des Verfassers. Keynes gibt jedoch selbst der Hoffnung Ausdruck, „daß es auch anderen verständlich sein wird“. Um die Gedankengänge des neuen Werkes an einem der wesentlichsten Punkte zu beleuchten, ist es unerlässlich, mit Keynes auch in ganz knapper Zeichnung von den Lehren zu sprechen, von denen Keynes selbst herkommt, die er früher selbst gelehrt hat und die er heute bekämpft. Erst die Gegenspieler geben der wissenschaftlichen Arbeit den fruchtbaren Auftrieb und ermöglichen die Kritik und das Gespräch, von dem Keynes im Vorwort zur englischen Ausgabe sagt, daß „der Schreiber eines Buches wie dieses auf unbekannten Wegen schreitend“ außerordentlich abhängig ist, „wenn er ein ungehörliches Maß von Fehlern vermeiden soll“.

An der Krisentheorie sei eine knappe Gegenüberstellung durchgeführt. Die klassische Theorie glaubt, daß die Krise kommen muß, weil mit der Hochkonjunktur Kapitalmangel eintritt. Der Anstieg aus der tiefen „Depression“ ist dann den kurzfristigen Geldern zu danken, die im Markt unbeschäftigt sind. Der Zinssatz ist niedrig, die „Investition“ beginnt und mit ihr der erste Abschnitt des Anstiegs. Dann kommt aber der „Optimismus in Massen“, und bald befindet man sich vor der Frage der Umwandlung von kurzfristigem in langfristiges Geld. Keynes steht auf dem Standpunkt, daß es nur darauf ankommt, Bedürfnisse, die immer da sind, zu finanzieren und daß diese Aufgabe schließlich vorwiegend dem Staat zufalle, nicht dem Einzelnen. Wie ein Rennfahrer — um ein Beispiel zu wählen — aus der Bahn fliegt, wenn er zu rasch bremst, so wirke sich auch ein Abbremsen der Hochkonjunktur schädlich aus, und es sei besser, die Hochkonjunktur weiterlaufen zu lassen. Auch in der Hochkonjunktur liege eine allgemeine Überinvestition nicht vor. So kommt Keynes zur Überwachung der Investition durch den Staat, wenn den anderen Maßnahmen die Wirkung versagt ist. „Ich erwarte“, so sagt Keynes, „daß der Staat, der in der Lage ist, die Rendite seiner Kapitalinvestitionen auf lange Sicht und auf der Grundlage des allgemeinen sozialen Vorteils auszurechnen, eine immer größere Verantwortlichkeit für die unmittelbare Organisation von Investitionen übernehmen wird“. Es liege in der Hand des Staates, die Kapitalbildung zu steigern mit dem Ziel der Beseitigung der Auswirkungen des Mißverhältnisses von Geldmarkt und Kapitalmarkt, von Kapitalbedarf und Kapitalangebot. Grundsätzlich ist zu den Gedankengängen von Keynes zu bemerken, daß sie aus der Beschäftigung und aus der Kenntnis der Verhältnisse eines Landes erwachsen sind, dessen wirtschaftliche Tätigkeit sich in einem „Empire“ — eben dem englischen Weltreich — vollzieht. Aber Keynes glaubt, daß seine Theorie, „obschon sie also mit dem Blick auf die in den angelsächsischen Ländern geltenden Verhältnisse ausgearbeitet“ ist, „wo immer noch ein großes Maß von „L'air du temps“ vorherrscht, dennoch auf Zustände anwendbar bleibt, in denen die staatliche Führung ausgeprägter ist“.

Sein Buch schließt mit bedeutsamen Betrachtungen über die Sozialphilosophie, zu der die Allgemeine Theorie führen könnte. Dort heißt es u. a. „Ich bin überzeugt, daß die Nachfrage nach Kapital streng begrenzt ist in dem Sinne, daß es nicht schwierig wäre, den Bestand an Kapital bis auf einen Punkt zu vermehren, auf dem seine Grenzleistungsfähigkeit auf einen sehr niedrigen Stand gefallen wäre. Dies würde nicht bedeuten, daß die Benutzung von Kapitalgütern sozusagen nichts kosten würde, sondern nur, daß der Ertrag aus ihnen nicht viel mehr als ihre Erschöpfung durch Wertverminderung und Veralterung zusammen mit einer gewissen Spanne für das Risiko und die Ausübung von Geschicklichkeit und Urteilsvermögen, zu decken haben würde. Kurz gesagt, der Gesamtertrag von dauerhaften Gütern während ihrer Lebensdauer würde, wie im Falle von Gütern von kurzer Dauer, gerade ihre Arbeitskosten der Erzeugung und einer Entschädigung für das Risiko und die Kosten der Geschicklichkeit und Aufsicht decken. Obschon dieser Zustand nun sehr wohl mit einem gewissen Maß von Individualismus vereinbar wäre, würde er doch den sanften Tod des Rentners bedeuten, und folglich den sanften Tod der sich steigenden Unterdrückungsmacht des Kapitalisten, den Knappheitswert des Kapitals auszubeuten“.

09467 0053 BEC

Datum 15. Jan. 1937

Bulletin Quotidien (Paris)

Nr. 11.

- 11 -

15/1/37

A.- 1

~~FRANCE~~

La prévention des crises et les théories de M. Keynes.-

Tandis que l'on dispute encore en France si la crise économique est terminée, M. John Maynard Keynes songe aux moyens d'en conjurer, en Angleterre, le retour. Non qu'il en aperçoive déjà les signes avant-coureurs. Les aperçût-il, c'est avec beaucoup de réserve qu'il en parlerait. "Trop s'inquiéter d'un boom hypothétique, dit-il, serait justement le moyen de rendre un effondrement inévitable". Cependant la Grande-Bretagne a aujourd'hui derrière elle plusieurs années consécutives de grande activité. Pour M. Keynes, il faut bien songer aux méthodes propres à la prémunir contre les excès d'un boom éventuel et à empêcher l'inévitable réaction de faire boule de neige. Mais en même temps il y a des mesures positives à prendre pour "maintenir un niveau décent de prospérité continue". Tel est l'objet de l'étude assez développée qu'il vient de donner au Times.

Où réside actuellement le danger? Il est, en premier lieu, aux yeux de M. Keynes, non pas tant dans l'excès des investissements, que dans l'absence d'une ferme orientation donnée aux capitaux en quête d'emploi. Ces capitaux ont tendance à affluer vers les affaires du type que le succès a consacrées ces dernières années, c'est-à-dire vers celles qui s'occupent de fabriquer des objets de consommation. Or, surtout en période de prospérité, le public se refuse à dépenser tout son revenu en objets de consommation. Il s'ensuit que

ces objets viennent à être produits en quantités excessives et que les capitaux investis dans leur fabrication ne peuvent plus être rémunérés, cependant que la spéculation boursière exagère sans mesure leur valeur apparente.

D'autre part la grande activité que l'on constate aujourd'hui dérive de circonstances un peu exceptionnelles et ne doit pas faire perdre de vue certaines faiblesses.

"Les dépenses du réarmement sont venues s'ajouter à l'activité du bâtiment et aux vastes investissements en fonds de roulement et en renouvellements, qui sont caractéristiques d'une période prospère. C'est une situation qui suggère la prudence. Nos industries d'exportation restent dans l'ensemble inactives. Il se peut que nous ayons passé le point culminant des investissements, qui dans les deux ou trois dernières années ont apporté annuellement aux affaires, pour l'extension de leur fonds de roulement, plus d'argent que n'en coûte aujourd'hui le réarmement. Les dépenses du bâtiment vont s'atténuer, et celles du réarmement, au moins sept ou huit fois plus petites qu'elles en 1936, ne sont ni permanentes, ni assez grandes pour soutenir à elles seules la prospérité".

Un boom ne paraît donc pas très à craindre. On doit toutefois être prêt à l'enrayer, car il rendrait par avance plus fatale et plus sévère la phase de ralentissement que M. Keynes redoute surtout et croit encore pouvoir écarter.

Pour faire obstacle au boom, qu'on se garde en tous cas de faire monter le loyer de l'argent. Les banques ne sont pas dans la nécessité de recourir cette fois-ci à ce frein classique, puisque le risque de manquer de monnaie n'existe plus.

"Les dévaluations monétaires, l'énorme production d'or et l'élasticité nouvelle des changes étrangers ont concouru à nous conférer la liberté d'action dont nous avons besoin... Si nous jouons avec l'argent cher sous prétexte que cela est "sain" ou "naturel", alors je ne doute pas un instant que la catastrophe se produise".

M. Keynes estime du reste que la vague actuelle d'investissements touche à sa fin et que dans quelques semaines ou quelques mois il faudra au contraire abaisser le taux de l'intérêt pour inciter les capitaux à s'employer autrement.

A la place de la hausse du taux de l'intérêt, M. Keynes suggère d'utiliser d'autres défenses, le cas échéant. D'abord et dès maintenant, le gouvernement et les collectivités publiques devraient emprunter le moins possible. Les dépenses de réarmement devraient être couvertes en majeure partie par l'impôt. Il faudrait ajourner les dépenses de secours à 1938 ou 1939, ou à la première constatation d'un fléchissement de l'activité économique. "C'est en période de boom, non en période de dépression, que le Trésor doit se montrer austère". Si la spéculation boursière s'emballe, on pourrait avertir les banques d'avoir à se montrer plus prudentes dans leurs lancements, et inviter le Stock Exchange à être plus sévère pour les admissions à la cote. Le droit de timbre frappant les transactions en actions ordinaires pourrait être fortement relevé. Enfin il y aurait avantage à abaisser temporairement les tarifs douaniers "partout où il serait possible de le faire sans mettre en chômage les ressources britanniques", afin de rouvrir en retour des débouchés aux produits anglais et de permettre aux pays étrangers de reconstituer leurs approvisionnements d'or et de sterling.

Au total, M. Keynes est beaucoup plus préoccupé de prolonger et d'utiliser la poussée d'activité actuelle que de se préparer à l'endiguer. Il donne quelques conseils de sagesse et il prévoit quelques barrières, d'une efficacité contestable, pour le cas, à son avis improbable, où le boom se déclarerait. Mais son espoir évident est que ces précautions resteront inutiles et qu'il sera possible de gagner, sans rien compromettre, le temps où les plans de développement de l'économie et d'emploi des capitaux seront prêts.

On ne saurait juger équitablement ces plans d'après la rapide esquisse que M. Keynes en a donnée en conclusion de son travail. Ils sont assurément ambitieux, car ni les hardiesses sociales, ni les hardiesses monétaires ne sauraient effrayer l'auteur.

"Jusqu'ici, dit-il, j'ai insisté sur l'importance des investissements. Mais le maintien de la prospérité et d'une vie économique stable ne dépend de l'accroissement des investissements que si nous considérons comme fixée ne varietur la distribution présente du pouvoir d'achat et le consentement de ceux qui le détiennent à s'en servir pour la consommation... Jusqu'à un certain point l'épargne individuelle peut constituer un moyen avantageux de différer la consommation. Mais au delà de ce point elle est pour l'ensemble de la communauté une absurdité et un désastre. L'évolution naturelle devrait être vers un niveau décent de consommation pour chacun, et quand ce niveau est suffisamment élevé, vers l'application de nos énergies aux intérêts non économiques de nos existences. Il nous faut donc reconstruire lentement notre système social avec ces objectifs en vue."

Pratiquement, M. Keynes conseille de nommer dès maintenant un "Comité d'investissement public" pour préparer à l'avance de vastes plans de travaux publics pouvant être mis en oeuvre rapidement le jour où il deviendrait nécessaire de stimuler l'activité nationale. Ces plans seraient basés sur l'emploi de capitaux prêtés à des taux variant de 2 à 3 1/2 %.

"Cela est en notre pouvoir. La Banque d'Angleterre et le Trésor ont remporté un grand succès lors de la conversion du War Loan. Mais il est possible qu'ils sous-estiment encore leur propre puissance. Avec le contrôle actuel des changes, qui a révolutionné la position technique et avec les vastes ressources que la Banque d'Angleterre, le fonds d'égalisation des changes et d'autres fonds contrôlés par le Trésor mettent à la disposition des pouvoirs publics, ceux-ci peuvent fixer le taux de l'intérêt à long terme au taux qu'ils jugent raisonnable."

L'intérêt de l'étude de M. Keynes est de bien mettre en lumière l'enchaînement logique allant de la théorie de la monnaie dirigée à celle de l'économie dirigée et les problèmes délicats rencontrés dans l'élaboration des plans qu'il s'agit de substituer ou de surimposer à l'activité

spontanée des hommes. L'auteur n'a pas hésité à intituler un de ses chapitres: "De la difficulté de faire des plans". D'autres, qu'il n'a pas cru bon d'écrire, pourraient utilement porter sur les difficultés de réaliser les plans qu'on a faits. Car la nature humaine a ses raisons, que la raison ignore, mais dont le planiste est obligé de tenir compte. Le fond de la question est qu'il faudrait fournir à chaque instant à la masse des producteurs et des consommateurs un stimulant suffisant pour qu'ils travaillent, tout en les empêchant d'aller jusqu'au bout de leurs appétits. Il faut alternativement les exciter et les retenir, et comme on fait pour des faucons ou des chiens de chasse qu'on dresse, leur concéder juste assez de liberté pour qu'ils rapportent le gibier à leur maître.

Il n'est pas certain que cette tactique, si elle passe du domaine didactique dans celui des réalisations, suffise à attirer ou même à maintenir en Angleterre les capitaux sur lesquels M. Keynes paraît compter pour reculer la future crise et pour la franchir sans encombre.

Keynes, J. M.
P

Signatur

09467 0054 BEC

Datum 22. Jan. 1937

Wirtschaftsdienst (Hamburg)

Nr. 4

Wenigen Nationalökonomern ist es vergönnt gewesen, die öffentliche Meinung ihres Landes und die Wirtschaftspolitik ihrer Regierung so stark zu beeinflussen, wie J. M. Keynes. Er kann daher damit rechnen, daß seine Gedanken zur Wirtschaftspolitik, deren Kommentierung sich auch der Leitartikler dieses Heftes widmet, erhebliche Beachtung finden. „Wie kann ein slump vermieden werden?“, ist die alarmierende und auf den ersten Blick etwas unbegründete Fragestellung (The Times, 12. bis 14. Januar 1937). Keynes sieht nämlich eine ernste Gefahr darin, daß allzu große Beunruhigung über einen angeblichen boom, wie sie tatsächlich in einigen Wirtschaftskreisen Englands festgestellt werden kann, den Niedergang unvermeidlich machen könnte. Keynes hält „die sehr bescheidene Prosperität“, der sich das Land heute erfreut, keineswegs für mangelhaft fundiert oder ungesund. Er hält die Außenhandelslage, die in England so häufig kommentiert wird, für durchaus ungefährlich, befürwortet sogar, offensichtlich in Erwartung einer baldigen Exportsteigerung nach den überseeischen Sterlinggebieten, vorübergehende Zollsenkungen, wo dies ohne Verminderung der heimischen Beschäftigung möglich ist. Seine Sorge gilt zwar auch der Abwendung einer Aufschwungsübersteigerung, die Rückschlagsgefahren in sich bergen würde, in erster Linie jedoch einer dauernden Stabilisierung des gegenwärtigen Investitions- und Beschäftigungsvolumens. Es ist fast selbstverständlich, daß der Verfasser der „Allgemeinen Theorie“ dabei von einem erneuten Versuch, durch Diskonterhöhung den Aufschwung zu drosseln, entschieden abrät. Der Kapitalzins sollte vielmehr dauernd so nahe wie möglich auf dem Stand gehalten werden, den man als das langfristige Optimum ansieht. Um einer Übersteigerung des Aufschwungs zu begegnen, stehen andere Mittel zur Verfügung, wie beispielshalber die Finanzierung der Rüstung durch Steuern anstatt durch Anleihen, eine vorübergehende Zurückhaltung aller öffentlichen Körperschaften bei der Vergabe neuer Arbeiten, eine stärkere Sichtung der Emissionsprospekte durch die Banken, eine stärkere Besteuerung der Abschlüsse an der Effektenbörse. Wichtiger jedoch als diese vorsorgliche Dämpfung des Aufschwungs erscheint es Keynes, für den Fall gerüstet zu sein, daß ein konjunktureller Rückschlag einsetzt, der, wie ausdrücklich betont wird, mit Sicherheit kommen wird. „Die Gefahr der nächsten Depression und der Gedanke daran, was sie für unsere Institutionen und Traditionen bedeuten würde, sollte uns stets vor Augen stehen und uns zu neuem und kühnerem Handeln antreiben.“ Keynes schlägt vor, bereits jetzt und nicht erst dann, wenn die nächste Krisis ausgebrochen ist, ein besonderes Amt mit der Aufgabe zu betrauen, öffentliche Investitionspläne bis in alle Einzelheiten, auch der Finanzierung, so weit vorzubereiten, daß sie bei gegebenem Anlaß sofort in Angriff genommen werden können. Keynes ist kein Anhänger der Planwirtschaft, aber hier verlangt er von seinen Landsleuten doch ein wenn auch bescheidenes Maß von vorausschauenden und planendem Handeln, das ihrer Mentalität im allgemeinen so wenig entspricht. Wird es der Überredungskunst dieses Mannes gelingen, die Engländer wenigstens auf diesem Gebiete zu einer Mobilisierung ihrer Abwehrkräfte schon zu „Friedenszeiten“ zu veranlassen?

Keynes fordert Zinsstabilität und Investitionsplanung

094670055 BEC

Kölnische Zeitung

Nr. 145 · 46

Für und gegen Keynes

Burkheiser: Grenzen des Staatskredits

Mit diesem Titel ist im Bank-Verlag Berlin ein Buch erschienen, in dem Dr. Karl Burkheiser auf 102 Seiten ein aktuelles Problem behandelt. Wie das vorher besprochene Buch über die Geschichte der französischen Staatsfinanzen zeigt, gibt es ein Problem des Staatskredits nicht erst seit seinem Einsatz zur staatlichen Krisenbekämpfung. Das Problem ist so alt wie der Kredit selbst, aber der Staatskredit hat sich mit dem Wirtschaftssystem gewandelt. Der Verfasser beschränkt seine Untersuchung auf den „Inventionismus für das wirtschaftliche Gleichgewicht“. Diese Einschränkung auf die neue Funktion des Staatskredits ist in der Tat notwendig, wenn man nicht die Frage des Staatskredits zu einer soziologischen Abhandlung ausdehnen will. Das Buch, das eine sehr gute Disposition hat, in dem aber zitale Fußnoten stören, behandelt zunächst die statische Finanztheorie mit der „goldenen Regel vom dauernden Gleichgewicht der öffentlichen Finanzen“ und stellt ihr die Theorie des dynamischen Staatshaushalts gegenüber, der für das wirtschaftliche Gleichgewicht sorgen soll. Der Verfasser kommt in die Nähe von Keynes, wenn er auch deutlicher die preis-, devisen- und finanzwirtschaftlichen Grenzen für den Staatskredit sieht. In der Schlußbetrachtung kommt Burkheiser zu der Feststellung, daß man durch die Beherrschung des Investitionsvolumens das wirtschaftliche Gleichgewicht bei voller Beschäftigung sichern kann und „eine Politik des billigen Geldes unter bestimmten Voraussetzungen ohne Frage ein geeignetes und ausreichendes Mittel zur Stabilisierung des Investitionsvolumens sein kann“. Reicht sie nicht aus, dann muß der Staatskredit eingesetzt werden. „Die Finanzwirtschaft muß tätig werden als Gegen-

rhythmus zur Marktkonjunktur, so daß Marktkonjunktur und »Staatskonjunktur« sich gegenseitig ablösen und das Auf und Ab des »reinen« Zyklus kompensieren.“ Zum Schluß wird die Möglichkeit angedeutet, daß der Staat gezwungen sein könnte, auch die bisher noch private Unternehmerfunktion zu übernehmen, dann nämlich, wenn die Kraft der Marktkonjunktur nicht mehr ausreicht, um die staatliche Entschuldung zu gewährleisten, daß der Staat also von der Funktion der Stabilisierung der Beschäftigung zur Sozialisierung der Investitionen käme. So ist das Buch, obwohl es offenbar schon vor oder gleichzeitig mit der Allgemeinen Theorie Keynes' entstanden ist, eine Stellungnahme für Keynes. Mit den Einwänden gegen die Politik des billigen Geldes und die Wirtschaftssteuerung überhaupt, die in letzter Zeit im Ausland vorgebracht werden, beschäftigt sich das Buch wenig, im übrigen gibt es aber einen guten Ueberblick über das Problem der Wirtschaftssteuerung.

Adolf Weber: Der neue Keynes

Im letzten Bank-Archiv nimmt Geheimrat Professor Dr. Adolf Weber, München, Stellung zu dem neuen Buch von Keynes, die „Allgemeine Theorie“ und kommt bei den entscheidenden Punkten zu einer Ablehnung. Weber stellt zunächst die Wandelbarkeit der Lehre Keynes durch Vergleiche zwischen der allgemeinen Theorie und Lehre vom Geld (erschienen 1931) fest. Mit dem Hinweis auf Karl Marx warnt Weber davor, „auf Grund einer zu schmalen induktiven Basis, auch wenn man sie noch so sehr durch gelehrte Deduktion überdeckt, allgemeine Lehren zu formulieren“. Die Erfahrungen der Nachkriegszeit wären überhaupt nicht geeignet, die Grundlage abzugeben für eine allgemeine Theorie. Wolle man sie darauf aufbauen, „so ist das etwa zu vergleichen mit dem törichten Unterfangen, die Lehren der Taktik und Strategie zu stützen nicht auf die Tapferkeit, sondern auf die Feigheit der zur Verfügung stehenden Soldaten“. Denn in der Nachkriegszeit sei allgemeines Mißtrauen zur Grundlage der wirtschaftlichen Beziehungen geworden. Weber stellt dann fest, wie nahe gewisse Tendenzen der neuen Lehre Karl Marx kommen (besonders die Einwände gegen das Sparen). Weber findet es auffällig, daß die Lohnfrage nicht die geringste Rolle spielt. Den bedenklichsten Fehler sieht er in dem praktisch-politischen Gedanken aufbau Keynes' darin, daß er das neu sich bildende Kapital nicht als knappes Gut betrachtet, „sondern es fast als freies Gut betrachtet, wie das frei fließende Wasser“. Weber meint, mit gutem Recht, die Sorge, daß sich zu wenig neues Kapital bildet, ist viel größer als die Sorge, daß zu viel gespart wird. Mit dem „Hang zum Horten“, der in der Theorie Keynes' eine entscheidende Rolle spielt und dem er die Schuld für die Krisen gibt, hat sich die alte Volkswirtschaftslehre zu wenig beschäftigt. Das gibt Weber zu, und er erkennt an, daß Keynes die Theorie des Hortens (d. h. das Problem der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes) gründlich ausgebaut hat. Die Auffassung, daß das Horten im Mittelpunkt einer allgemeinen Theorie der Arbeitslosigkeit, des Geldes und Zinses stehen darf (wie es übrigens bei der Freigeldlehre der Fall ist, und weshalb wohl auch Keynes unter den deutschen Nationalökonomien Silvio Gesell hervorhebt), lehnt Weber ab und damit den Kern der Allgemeinen Theorie.

Die Deutsche Volkswirtschaft (Berlin)

Nr. 10

Ist Keynes Marxist?

Dr. Adolf Weber, Geheimrat und Professor der Nationalökonomie an der Universität München, hat sich mit dem „neuen Keynes“ auseinandergesetzt (Bank-Archiv Nr. 12). In der Tat könnte das ein lobenswertes Unterfangen sein, wenn es etwa in der Absicht geschähe, die mehr auf angelsächsische Verhältnisse Bezug nehmende Keynessche Theorie zu modifizieren und auf deutsche Gegebenheiten abzustimmen. „Wenn ich“ — so sagt Keynes selbst in seinem Vorwort zur deutschen Ausgabe seiner „Allgemeinen Theorie“ — „einige einzelne Brocken beitragen kann zu einem von deutschen Ökonomen zubereiteten vollen Mahl, eigens auf deutsche Verhältnisse abgestellt, werde ich zufrieden sein.“ Von alledem kann jedoch bei Weber leider nicht die Rede sein. Die Arbeit ist vielmehr von der ersten bis zur letzten Seite eine Polemik gegen Keynes, und zwar eine Polemik, in der nicht aus Kraft gestritten, sondern aus Ressentiments gezankt wird. Soweit Adolf Weber diesen Zank als Privatmann betreibt, kann es gleichgültig sein; soweit Weber als deutscher Professor spricht, wird es bereits bedenklich; soweit Weber aber als Urteilender andere, etwa solche, die für Keynes eintreten, in gesinnungsmäßiger Hinsicht verdächtigt, wird es zum öffentlichen Ärgernis. Das aber tut Weber in nicht mißzuverstehender Weise. „Insbesondere ist Keynes“ — so schreibt er beispielsweise — „der große Mann für die Parteipolitiker, die schon lange nach einem Gelehrten von internationalem Range und überragendem Ansehen suchten, den sie da präsentieren können, wo man Karl Marx als Gewährsmann nicht mehr gut präsentieren kann.“ Das ist sehr deutlich. Unmittelbar nachher wird denn auch abgeschwächt und beschwichtigend festgestellt: „Das gilt namentlich für starke Teile der englischen Labour Party.“ Aber sollte es wirklich nur die Labour Party sein, die Prof. Weber treffen will? Sind nicht vielmehr — gewissermaßen „zwischen den Zeilen“ — auch jene Leute gemeint, die sich in Deutschland Gedanken über Wirtschaftssteuerung und Investitionsplanung machen und die dankbar sind, in Keynes einen Helfer gefunden zu haben? Wir wissen, daß

Prof. Weber seit jeher jede Kritik an der kapitalistischen Wirtschaft als „marxistisch“ abzutun bemüht gewesen ist. Bereits vor Jahren hat er geharnischt gegen das „Ende des Kapitalismus“ Stellung genommen und den Kapitalismus als bestmögliche Wirtschaftsordnung gefeiert. Gerade hier aber liegt der große Irrtum Webers. Denn fünf Jahre furchtbarer Krisenerfahrung haben gezeigt, daß diese Idealität des Kapitalismus höchst fragwürdiger Natur ist. Hier beginnt aber gleichzeitig das große Verdienst von Keynes: er hat diese Idealität der freien kapitalistischen Marktwirtschaft theoretisch widerlegt, er hat gezeigt, daß die sich selbst überlassene Verkehrswirtschaft bei Millionen von Arbeitslosen im stabilen Gleichgewicht sein kann, und er hat damit gleichzeitig klargestellt, warum der Staat steuernd und lenkend in den Wirtschaftsablauf eingreifen muß.

Dieses Ergebnis des Keynesschen Systems paßt gewiß nicht in das theoretische Schema jener Lehrmeinung, die Prof. Weber, unbeirrt und allen erfahrungsmäßigen Anfechtungen zum Trotz, ein ganzes Leben lang vertreten hat. Es stimmt aber überein — und das dürfte entscheidend sein — mit dem tatsächlichen Geschehen. Eine Theorie hat schließlich nicht den Bedürfnissen geistiger Selbstbefriedigung zu dienen, sondern sie hat der Erklärung, dem Zugriff und dem Gestaltungswillen zu dienen. Wenn demgemäß eine Theorie außerstande ist, das Ausmaß und die Dauer einer Krise zureichend zu erklären, dann spricht das nicht, wie der professorale Ausweg meistens lautet, für die Unzulänglichkeit der Wirklichkeit, sondern für die Unzulänglichkeit jener Theorie. Trotzdem hat Prof. Weber den Mut, ironisch-vorwurfsvoll festzustellen, daß „zur Zeit die sozialökonomische Theorie bei uns nicht hoch im Kurse steht“. Daß daran aber niemand mehr Schuld hat als die starre Dogmatik bürgerlich-professoraler Ökonomik und daß Keynes einer derjenigen ist, der, sich selbst nicht schonend, schneidig genug ist, um den Bann zu brechen, das zieht man überhaupt nicht in Betracht. Wir wollen uns gewiß nicht mit den Keynesschen Ergebnissen begnügen. Es bedarf der positiven Kritik, des Ausbaus und der Veranschaulichung seiner Theoreme; es bedarf vor allem einer Ergänzung insofern, als Keynes den Kapitalismus nur unter sozialem Aspekt in Frage gestellt hat, während er darüber hinaus unter politischem Aspekt in Frage gestellt werden muß. Die wirtschaftswissenschaftliche Aufgabe weitet sich hier aus zu einer staatswissenschaftlichen Aufgabe, zu deren Meisterung aber gerade die Keynesschen Ergebnisse von größtem Wert sind.

Literatur

Keynes, J. M.

Signatur

14. Okt. 1937

Datum

09 4 67 0058 BEC

Wirtschaft und Statistik (Berlin)

Nr. 19.

Keynes, J. M.: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes.
Verlag Duncker & Humblot, München und Leipzig 1936. 355 Seiten. Preis
14,00 RM.

Dieses Buch stellt nach den Worten des Verfassers eine Reaktion dar auf die unzulänglichen Lehren der sogenannten klassischen Nationalökonomie. Es wendet sich nicht an das allgemeine Publikum, sondern an die Vertreter der Fachwissenschaft. Sein Hauptzweck liegt deshalb nicht in der Erörterung praktischer Fragen, sondern in der Kritik der allgemeinen Voraussetzungen, auf denen das Gerüst der orthodoxen Nationalökonomie angelsächsischer Prägung aufgebaut ist. K. wirft der herkömmlichen Wirtschaftstheorie vor, bei ihren Überlegungen immer den Zustand der Vollbeschäftigung vorausgesetzt zu haben, während das große Problem der zeitgenössischen Wirtschaftsforschung doch gerade in den gewaltigen Schwankungen von Beschäftigung, Erzeugung und Umsatz liegt. Das theoretische System für die Gründe dieser Schwankungen aufzudecken, ist das Ziel, dem das Buch zustrebt.

Cassel contra Keynes

Der britische Nationalökonom Prof. John Maynard Keynes hat mit seinem neuen Werk „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ in der theoretischen Wirtschaftswissenschaft viel Staub aufgewirbelt. Er hat die Geister mobil gemacht und auf der einen Seite viele gefunden, die ihm in seinen Gedankengängen zustimmen, während auf der anderen Seite auch die Zahl derjenigen nicht klein ist, die ihm sehr scharf und deutlich widersprechen. Wir haben diese Debatte, soweit sie die weitere Öffentlichkeit interessierte, an dieser Stelle laufend fortgeführt, zumal auf diese Weise allmählich eine Klärung des gewiß nicht leicht zu behandelnden Stoffes erfolgen dürfte. Wir gehen gewiß nicht soweit, daß wir — wie viele kluge Interpreten — den ganzen neuen Keynes für mehr oder weniger überflüssig und unverständlich halten, wenngleich zweifellos gewisse Ausführungen des Verfassers sehr kompliziert und überspitzt gehalten sind. Das Gedankengebäude kann sicherlich zumindestens soweit es die Wichtigkeit einer wirksamen Nachfrage für den Grad der Beschäftigung in den Vordergrund stellt und damit den Umfang und auch die Lenkung der Investitionen als wichtig erkennt, gerade vom deutschen Gesichtspunkt als durchaus schlüssig bezeichnet werden. Wir haben gesehen, wie der Mangel an Investitionen und an Bereitschaft hierzu ein wichtiges Merkmal der Krise war, und wie schließlich das Vorgehen des Staates auf diesem Gebiete den Weg aus der Krise zeigte.

Sind die theoretischen Ausführungen von Keynes hier also durch die Wirklichkeit bestätigt, so kann man das weniger sagen in Bezug auf sein Urteil dem Kapital gegenüber. Keynes sagt nämlich, daß genügend Kapital immer reichlich vorhanden sei. Wir haben uns seinerzeit bereits eingehend mit dieser offensichtlich falschen These auseinandergesetzt. Der weiteren Meinung, daß man zuviel sparen könne, während andererseits die ertragversprechenden Anlagen zurückgingen, haben wir die These eines anderen Wissenschaftlers gegenübergestellt, der eher mit einem sehr starken Kapitalbedarf rechnet. Es handelte sich hierbei um die Auffassung des schwedischen Gelehrten Professor Cassel, dessen Lehre aus ihrer Grundeinstellung heraus derjenigen des Engländers diametral gegenübersteht. Neuerlich unterstreicht Professor Cassel seinen Standpunkt und seine Gegnerschaft ausdrücklich in einer Abhandlung über die „Allgemeine Theorie“ von Keynes in der „Internationalen Rundschau der Arbeit“, wobei er die Keynesische Darstellung sowohl bezüglich der Beobachtung der Tatbestände als auch in der theoretischen Beweisführung und praktischen Schlußfolgerung als fehlerhaft hinstellt.

Im einzelnen wendet sich Cassel zunächst gegen die Auffassung, daß zuviel gespart werden könne. Er bezeichnet die Ausführungen von Prof. Keynes als eine Kriegserklärung an die Spartätigkeit, größeren Fortschrittsmöglichkeiten gäben sie jedenfalls keinen Raum. Ohne Fortschritt sei eine Spartätigkeit zweifellos unnötig. Demgegenüber unterstreicht Cassel nochmals die Notwendigkeit einer fortschrittlichen Entwicklung für den Ablauf des wirtschaftlichen Geschehens, wobei er wieder den Fortschrittsweise errechneten Satz von 3% jährlich erwähnt. Jedenfalls sind in ungefähr diesem Ausmaß nach der Beweisführung von Cassel die Erzeugungsziffern in verschiedenen Ländern gestiegen, eine

Entwicklung, die zweifellos von einer entsprechenden Spartätigkeit begleitet werden muß. Wichtig ist bei allem ein richtiges Gleichgewicht, wobei dieses sich als Gleichgewicht der Preise in einer beständig fortschreitenden Volkswirtschaft vorstellt. Insofern gibt es verschiedene Gleichungen und verschiedene Beziehungen der einzelnen Faktoren, Angebot, Nachfrage, Einkommen, Verbrauch, Sparkapital und schließlich Zahlungsmittelmenge. Letztere kann danach nicht einfach unwillkürlich vermehrt werden, sondern muß sich weitgehend der Entwicklung der Produktion anpassen.

Aus dieser Linienführung heraus wendet sich dann Cassel gegen die Zinsbestimmungspolitik seines wissenschaftlichen Gegners, die auf eine willkürliche Vermehrung der Zahlungsmittel hinziele. Cassel sagt hier, daß die Begriffsbestimmung des Zinsfußes als Preis für die Verwendung des Kapitals — wobei sich die Höhe des Zinsfußes nach dem Ausmaß der Kapitalknappheit regelt — auch in Zukunft Hauptpfeiler der allgemeinen Preisbildungstheorie sein müsse. Wir können in diesem Zusammenhang nicht feststellen, ob und inwieweit Professor Keynes bei der Beeinflussung des Zinsfußes den Zahlungsmittelumlauf willkürlich vermehren will, daß aber andererseits eine Beeinflussung des Zinsfußes von der Zentralnotenbank eines Landes durch eine Kapitallenkungs politik möglich ist, hat die neuere Entwicklung zweifellos gezeigt. Wie wäre es sonst möglich gewesen, daß trotz einer gewissen Knappheit an Kapital der Zins zum Beispiel in Deutschland nicht gestiegen, sondern sogar stark abgebaut werden konnte? Auch in England hat die Kapitalmarktlückung offensichtlich Erfolge erzielt, ohne daß man deshalb von einem künstlich niedrigen Zinsstand sprechen muß.

Der schwedische Gelehrte übersieht also in seiner theoretischen Kampfstellung die wirklichen Zusammenhänge einer straffen Geldmarktpolitik und verbleibt bei der orthodoxen These, daß durch das Auspendelnlassen von Angebot und Nachfrage das richtige und damit das beste Gleichgewicht erzielt werde. Er gibt aber andererseits zu, daß durch einen Mangel an Spargeldern in den meisten Ländern die Darlehensnehmer gegenwärtig Zinssätze zahlen müssen, die als hemmend für die Unternehmungslust gelten müssen. Aus dieser Feststellung heraus müßte man aber doch im Sinne einer Hebung der Investitionsmöglichkeiten die Notwendigkeit einer richtigen Lenkung und Verwendung der Sparmittel herleiten!

Eine bemerkenswerte Note bekommen in diesem Zusammenhang noch die verschiedenen Regierungen. Die Forderung von Keynes an die Regierungen zu größerer Investitionsbereitschaft wird von Cassel mit dem Hinweis erwidert, daß die Regierungen bisher durch hohe, willkürliche Besteuerung, durch die verschiedensten staatlichen und internationalen Hemmungen und durch eine schlechte Währungspolitik die private Anlagetätigkeit unterbunden hätten und daß mithin eine solche Forderung recht eigenartig wirken müsse. Hier hat der schwedische Gelehrte zweifellos recht, nur macht er den Fehler, daß er das Kind mit dem Bade ausschüttet und den Regierungen jegliche Möglichkeit nimmt, die Dinge wieder in Ordnung zu bringen. Das geht aber nicht dadurch, daß man die Dinge sich selbst überläßt, sondern, daß man im Rahmen der eigenen Möglichkeiten die Dinge meistert und das notwendige Gleichgewicht herstellt. Soviel zeigt aber diese beachtliche Debatte zweier ausländischer nationalökonomischer Größen, daß vor der langsameren theoretischen Erkenntnis entschlußkräftige Männer stehen müssen, die aus ihrer hohen Verantwortung heraus zielsicher handeln. Sie werden dann auch wieder genügend Spielraum für den privaten Unternehmergeist haben können und müssen.

H. H.

094670062 BEC

26. Feb. 1938

Kölnische Zeitung

Nr. 102/03

Keynes' Konjunkturprognose

Nationalökonomisches Kolleg vor den Aktionären

up London, 25. Febr. J. M. Keynes, der vielgenannte National-
ökonom, hat als Vorsitzender der National Mutual Life Assurance
Society den Aktionären seiner Gesellschaft den Jahresbericht
erstattet, der wieder das besondere Interesse der „City“ findet.
Keynes ist optimistisch. Er glaubt nicht, daß „irgend-
ein bemerkenswerter Rückschlag in naher Zu-
kunft eintreten wird“. Denn, so führte er aus, es würde
sehr beunruhigend sein, wenn sich ein derartiges Anzeichen be-
merkbar machen sollte „in einer Periode, in der die Aufrüstung
noch nicht ihren Höhepunkt erreicht hat, und nach einem Zeit-
raum, der der Wirtschaft noch keinen Vorteil von der Anleihe-
politik der Regierung brachte“.

Was die Rückgänge an der Effektenbörse betreffe,
so seien sie auf den Aberglauben zurückzuführen, daß die
Anleger wüßten, daß ein Wirtschaftsrückgang bevorstehe. In
Wahrheit aber seien diese Rückgänge darauf zurückzuführen,
daß die Kapitalanleger gar nichts wüßten. Die Börsenkurse
spiegelten lediglich die Befürchtungen wider, die angesichts einer
verwirrten Weltlage und angesichts völlig unzureichender In-
formationen über die Tatsachen bei den Besitzern von Wert-
papieren vorhanden seien. Bei dem schwierigen und ver-
wickelten Mechanismus der Weltwirtschaft sei es allerdings
alles andere als einfach, unheilvolle Depressionen zu vermeiden;
es erfordere das ganz Wissen und die ganze Geschicklichkeit aller
am Wirtschaftsleben Beteiligten. Für die heutigen Zustände
seien auch diejenigen mitverantwortlich, die dazu beigetragen
hätten (Keynes selbst mit am meisten. Die Schriftl.), die
Wirtschaftswissenschaft zu popularisieren,
so daß jeder glaube, sich an wirtschaftlichen Gesprächen betei-
ligen zu können. „Ich sympathisiere mit dem Appell der Re-
gierung an die Wirtschaft, sich von den Vorstellungen eines
Wirtschaftsrückgangs zu befreien. Andererseits aber sollten die
Rollen vertauscht werden, und die Behörden sollten sich ständig
der Gefahren eines solchen Rückgangs bewußt sein. Wir würden
besser schlafen, wenn wir wüßten, daß sie weniger gut schlafen
und sich Sorgen machen.“

Zum Schluß richtete Keynes einen Appell an die Regierung,
das Geheimnis, das über die wirtschaftlichen und finanziellen
Vorgänge gebreitet werde, zu lüften, damit die Auswirkung der
verschiedenen Maßnahmen besser übersehen werden und not-
wendigenfalls eine Korrektur der Maßnahmen erfolgen könne.

13. SEP. 1938

09467 0064 BEC

A 22 * n 13



Großbritannien
Industrie-Entwicklung

Keynes über die industrielle Leistungsfähigkeit Englands im Vergleich zu Deutschland.

„Times“ (London), Nr. 48 098, 13. 9. 38. (Zu einer Denkschrift des London and Cambridge Economic Service: „Produktionsergebnis, Beschäftigung und Löhne in Großbritannien in den Jahren 1924, 1930 und 1935“ von G. L. Schwartz und E. C. Rhodes, mit einer Einleitung von Prof. A. L. Bowley): Die offiziellen Produktionserhebungen (letzte 1935) geben die Nettoerzeugung der erfaßten Industriezweige wertmäßig an. Diese blieb von 1924 bis 1930 ebenso wie die Beschäftigtenzahl im wesentlichen unverändert und stieg von 1930 bis 1935 nur etwas mehr als im Verhältnis zur Anzahl der Beschäftigten, d. i. um 7 %, gegenüber einer Erhöhung der Beschäftigtenzahl um 3 %. Diese Form der Berichterstattung trägt der Möglichkeit, daß eine erhebliche mengenmäßige Steigerung der Produktion durch eine korrespondierende Preissenkung verdeckt wird, keine Rechnung. Dieser besonderen Aufgabe dient das Memorandum. Es macht einen großen Unterschied, ob man die Preisveränderung berechnet in bezug auf eine Warenskala, welche die Produktion zu einem früheren Zeitpunkt repräsentiert oder in bezug auf eine solche für einen späteren Zeitpunkt. Das Memorandum hat die Veränderungen auf beide Weisen berechnet. Während der sechs Jahre von 1924 bis 1930 ist die industrielle Leistung je Arbeiter um weniger als 1 % jährlich gestiegen (in den sechs Jahren um rund 5 %), während die Preise etwa in demselben Verhältnis (rund 6 % in sechs Jahren) gefallen sind, so daß der Produktionswert fast unverändert blieb. In der Periode von 1930 bis 1935 ist die industrielle Leistung je Arbeitnehmer um mindestens 4 % jährlich (insgesamt 20 %) gestiegen (noch etwas mehr je Kopf der Arbeiter), der Wert der Erzeugung dagegen um etwa 3 % jährlich zurückgegangen.

Die Steigerung der technischen Leistungsfähigkeit involviert ein ernstes Problem der Freisetzung von Arbeitskräften. In je größeren Schritten sich die industrielle Entwicklung gegenüber dem Fortschritt auf anderen Wirtschaftsgebieten vollzieht, um so ernstlicher wird das Problem der Aufnahmefähigkeit der am meisten fortgeschrittenen Industriezweige für die Arbeitskräfte, die naturgemäß dorthin gehören. Leider ist die außergewöhnliche und noch zunehmende Leistungsfähigkeit einiger unserer Industrien ihr Verderben gewesen, indem sie zu Überproduktion führte. Die Maschinenindustrie steht in der Leistungsverbesserung an der Spitze. An zweiter Stelle der Industrie kommt die Textilindustrie (einschließlich der Kunstseidenindustrie) mit einer Leistungssteigerung um 37 % innerhalb der erwähnten fünf Jahre und mit 27 % rangieren auch die Versorgungsbetriebe und die Landwirtschaft hoch. Der Anteil der Löhne an dem Wert der Nettoproduktion ist während des Berichtsabschnittes fast der gleiche geblieben: 46 % in 1924 und 1930 und vielleicht 44½ % in 1935. Von 1924 bis 1935 sind die Kosten der Lebenshaltung um 18½ % gesunken, die Löhne nur um 5 % zurückgegangen. In diesen Gewerbebezügen kam also die Leistungssteigerung der Lohnempfänger ungefähr zur Hälfte ihrem Reallohn zugute. Es ist uns aber mißlungen, die Einkommen in ihrer Gesamtheit so zu steigern, daß sie mit unserer neuen Produktionskapazität Schritt halten können. Wenn die britische Industrie im Ausmaß ihrer heutigen Leistungsfähigkeit weiter voll beschäftigt werden könnte, so würde die Erzeugung, die über das hinausgeht, was vor einigen Jahren zur Befriedigung unserer Bedürfnisse genügte, ausreichen, um gewaltige Hilfsquellen für Friedens- oder Kriegszwecke zu schaffen. Die Hilfsquellen des Landes liegen in seiner Produktionskapazität, und an dieser ist kein Mangel. Wir lassen es aber noch immer zu, daß ein großer Teil des potentiellen Reichtums ungehoben bleibt. Wie können wir unter diesen Umständen hoffen, mit einer Regierungsform (Deutschland) Schritt zu halten, die es verstanden hat, den Produktionsapparat auszuweiten und dabei die Vollbeschäftigung aufrecht zu erhalten? [Hinweis unter A 22 * n 15 und A 22 * n 1]

094670065 BEC

14. Sep. 1938

Berliner Börsen-Zeitung

Nr. 430

Wirtschaftspolitische Erkenntnisdämmerung in England

Aussagen von I. M. Keynes

Der London and Cambridge Economic Service hat soeben in Fortsetzung früherer Arbeiten ein Memorandum über „Produktion, Beschäftigung und Löhne“ in Großbritannien von 1924 bis 1935 veröffentlicht, das voraussichtlich eine scharfe wirtschaftspolitische Kontroverse in der britischen Fach- und Tagespresse einleiten dürfte. Die Ergebnisse der Untersuchung bringen zwar insofern keine Ueberraschung, als die Veröffentlichung die statistische Belegung der Auffassung enthält, daß der staatlich nicht geregelte technische Fortschritt in der industriellen Produktion ununterbrochen das volkswirtschaftliche Gleichgewicht stört, damit neue Krisen vorbereitet und ganz allgemein tendenzmäßig eine Steigerung der Arbeitslosigkeit verursacht. Die Untersuchung erhält aber dadurch ein besonderes Gewicht, daß sie eine neue Unterlage für die bereits seit einiger Zeit erkennbare Aenderung der negativen Einstellung der angelsächsischen Volkswirte zu der neuen deutschen Wirtschaftspolitik bildet. Bereits jetzt liegt in der „Times“ vom 13. September 1938 eine Stellungnahme des bekannten englischen Volkswirtes J. M. Keynes vor, der das Memorandum zum Anlaß nimmt, um die Vorteile des deutschen wirtschaftlichen Systems vorbehaltlich an-

zuerkennen und sie der sinnlosen Verwüstung von Produktionskräften entgegenzustellen, die mit den gegenwärtig in den demokratischen Ländern geltenden volkswirtschaftlichen Grundsätzen verbunden ist. Keynes kommt u. a. wörtlich zu der Feststellung, „daß es den Demokratien nicht möglich sein wird, bei diesem Stand der Dinge mit einem System wie dem deutschen Schritt zu halten, das in der Lage ist, mit voller Kapazität zu produzieren und gleichzeitig die Arbeitslosigkeit restlos zu beseitigen“.

Wie verlautet, dürften die wirtschaftspolitischen Feststellungen von Keynes demnächst durch eine Veröffentlichung im Septemberheft des „Economist“-Journal unterstützt und erweitert werden, in der ein bekannter Londoner Dozent nach einer stark kritischen Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands in den letzten Jahren zu der Feststellung kommt, daß die Demokratien den deutschen wirtschaftspolitischen Fortschritten nur eine sinnlose Mißwirtschaft mit ihren unbeschränkten wirtschaftlichen Mitteln entgegenzustellen haben, d. h. daß eine Aufrechterhaltung ihres gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Systems auch eine konstruktive Mitarbeit am Wiederaufbau der Wirtschaft bedenklich beschränkt, wenn nicht ausschließt.

094670066

BEC

A 22 * g 4



Großbritannien
Handelspolitik. Allg.

**Keynes über Staatsinitiative und Beschäftigungsgrad
sowie Reziprozität im Außenhandel.**

„Times“ (London), Nr. 48 119, 7. 10. 38. Kürzlich behandelte ich die Steigerung der britischen industriellen Leistungsfähigkeit, wie sie sich in einer vom London and Cambridge Economic Service veröffentlichten Denkschrift darstellt¹. Inzwischen sind in der September-Nr. des Bulletin of the National Bureau of Economic Research of New York Vergleichsziffern für die Vereinigten Staaten herausgekommen. Interessanterweise ist der Fortschritt, den beide Länder erzielten, auffällig ähnlich. — Hierzulande ergab sich in dem Jahrfünft 1930/35 eine allgemeine Steigerung der Produktivität pro Kopf des Beschäftigten um 4 bis 5 % jährlich. In den Ver. Staaten beziehen sich die veröffentlichten Statistiken auf die Veränderung innerhalb der sechsjährigen Periode 1929/35; sie sind genauer als die unsrigen, da sie den Veränderungen der Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden Rechnung tragen. Die in den Ver. Staaten innerhalb des Berichtsabschnittes erzielte Ertragssteigerung pro Mann und Stunde wird auf 27,2 % veranschlagt, d. h. 4½ % pro Jahr. Das ist besonders beachtlich, da ein „Boom“-Jahr mit einem Jahr unterdurchschnittlicher Beschäftigung verglichen wird, so daß die steigende Tendenz nicht durch eine Produktionsausweitung unterstützt worden ist. Im Gegenteil, die Produktion ist 1935 auf 87,4 % ihres Umfanges von 1929 gesunken, während die Beschäftigung der Arbeiter, ausgedrückt in Beschäftigtenzahl und geleisteten Arbeitsstunden, auf 68,7 % der Ziffer des Jahres 1929 zurückgegangen ist. Ein so rapider technischer Fortschritt läßt es bei einer Nachfrage, die von einer Produktionsmittelausrüstung im unveränderten Wert befriedigt werden kann, sowohl hierzulande als in Amerika wahrscheinlich scheinen, daß die von den Fabrikanten

laufend vorgenommenen Abschreibungen für die gesamten oder nahezu die gesamten Ersatzinvestitionen ohne Rückgriff auf die laufende Netto-Kapitalbildung ausreichen. Daraus entsteht eine weitere Erscheinung des heutigen Problems, in hinreichendem Umfange rentable Neuinvestitionen zu finden, um das Gleichgewicht mit der Bereitschaft zur Kapitalbildung aufrecht zu erhalten. Angesichts der Zinssätze, der Unternehmerpsychologie und der Sparerpsychologie und angesichts der heutigen Einkommensverteilung wird es immer unwahrscheinlicher, daß eine Vollbeschäftigung auch nur annähernd erreicht werden kann, ohne daß die Regierung auf die eine oder andere Weise Anleihemittel für ungewöhnliche Ausgaben verwendet. Auf jeden Fall hat im letzten Vierteljahrhundert in keinem Industriestaate der Welt jemals eine solche Sachlage bestanden, wenn man von der Lage der Ver. Staaten im Jahre 1928 und von ganz kurzen Zeiträumen, in denen anormale Bedingungen vorlagen, absieht. — Das hiermit gestellte Problem ist das ungelöste Wirtschaftsproblem der Gegenwart und kann nicht gelöst werden, indem man die Augen vor ihm verschließt. Es muß außer durch den Einsatz von Anleihemitteln seitens der Regierung von mehreren verschiedenen Seiten in Angriff genommen werden. Eine von ihnen hat unlängst Mr. Harrod² angedeutet. Unter den gegenwärtigen Umständen weise ich darauf hin, daß die engl. Handelsbilanzlage und die Rückflüsse aus den engl. Anlagen im Ausland ebenfalls besondere Beachtung verlangen; allerdings nicht in Form einer verschärften Tarifpolitik, sondern in Form einer neuen und jetzt notwendigen Verkoppelung von Ausfuhr und Einfuhr, so daß gewährleistet ist, daß unsere Lieferanten einen angemessenen Teil ihrer Eingänge in entsprechenden Käufen bei uns anlegen. Wir können es uns nicht länger leisten, reziproken Aspekt des Außenhandels außer acht zu lassen. [Hinweis unter E 15 * n 13 und A 22 * n 1]

¹ Vgl. „W.-K.“ A 22 * n 13, Industrielle Leistungsfähigkeit Großbritanniens. „Times“ v. 13. 9. 38.

² Vgl. „W.-K.“ A 22 * n 1, Kreditausweitung zur Konjunkturbelebung. „Times“ v. 11. 8. 38.

P
Keynes
J. H.

09467 0067 BEC

Datum 13. Okt. 1938

Nachrichten für Außenhandel (Berlin)

Nr. 239 - -

**Großbritannien — Rücktritt von I. M. Keynes aus der
Direktion der National Mutual Life Assurance Society**

Wa. London — Wie verlautet, hat I. M. Keynes, der bekannte britische Volkswirt, aus Gesundheitsrücksichten seinen Posten in der Direktion der National Mutual Life Assurance Society niedergelegt. Sein Nachfolger ist Francis N. Curzon, der bisherige zweite Vorsitzende. Keynes behält — wie verlautet — seinen Direktionsposten bei der Independent Investment Provincial Insurance Co. bei und setzt gleichzeitig seine Tätigkeit als Professor am Old Kings College in Cambridge fort.

Duplikat =

094670068 BEC

15. Okt. 1938

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

Nr. 526 - -

*** J. M. Keynes nicht mehr Versicherungs-**
direktor. (u. London.) Die National Mutual Life
Assurance Society, einer der kleineren Gegenseitigkeits-
vereine in der englischen Lebensversicherung, teilte mit, daß
Professor J. M. Keynes aus ihrem Board, in dem er den Vorsitz
führte, ausgeschieden ist. Prof. Keynes war im letzten Jahr in-
folge Krankheit an regelmäßiger Teilnahme an der Verwaltungs-
arbeit verhindert. Er befindet sich auf dem Wege der Genesung,
aber es ist ihm angeraten worden, die Arbeitslast, die er neben
seinem Lehramt in Cambridge übernommen hatte, einzuschränken.
Die eigenwilligen Gedankengänge, die Keynes alljährlich in der
HV dieses Versicherungsunternehmens entwickelte, besonders
über die Methode der Vermögensanlage, gaben der City regel-
mäßig viel Diskussionsstoff; die praktische Brauchbarkeit dieser
Investitionsrichtlinien blieb aber umstritten.

Signatur *Keynes, J.M.*

09467 0069 BEC

Datum 15. Okt. 1938

The Economist (London)

Nr. 4964

Mr J. M. Keynes.—The announcement that Mr J. M. Keynes has resigned both the chairmanship and his seat on the board of the National Mutual Life Assurance Society has caused more regret in wider circles than is usual when even such an important office is vacated. Mr Keynes's friends have known that for many months he has been handicapped by serious illness, and he now finds himself compelled to contract the astonishingly wide circle of his activities. For the National Mutual the loss will be severe, for Mr Keynes has been a very active Chairman who has taken the lead in formulating the distinctive policies for which the office has become famous. For the general public the loss will be hardly less, for Mr Keynes's speeches at the National Mutual annual meeting have long been regarded as one of the events of the year. Few chairmen have shown a similar power to influence the trend of thought in the markets. The City will hope that its loss will be matched by a decisive gain to Mr Keynes's health.

Signatur

P

Keynes
Prof. J. M.

09467 0071 BEC

Datum 17. Apr. 1939

Nachrichten für Außenhandel (Berlin)

88
Nr.

Großbritannien — Keynes fordert Unterbindung der
Kapitalflucht nach den Verein. Staaten

— Wa. London — Prof. J. M. Keynes fordert in einem
Artikel in der „Times“ vom 17. 4. 39 über die Finanzierung
des neuen Rüstungsprogramms den Erlaß von Kapitalflucht-
bestimmungen, um das gesamte flüssige Kapital zur Finan-
zierung der zu erwartenden außerordentlichen Steigerung des
Einfuhrüberschusses und zur Finanzierung der Rüstungs-
programme der Regierung zu sichern.

Duplikat

G 15 m h 11

dupl.

Krisenfinanz in England

Drahtbericht unseres ständigen Londoner Mitarbeiters

London, 18. April. Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht der bekannte Cambridger Nationalökonom Keynes eine Aufsatzreihe in der „Times“. Wir haben Erfahrungen in der Friedensfinanz und in der Kriegsfinanz, so bemerkt Keynes, aber was wir heute haben, ist keines von beiden. Im Kriege würden die Preise von Aktien und Waren früher oder später in die Höhe gehen, weil die Nachfrage erheblich steigen würde, und wenn der Friede sicher wäre, würden die Preise wegen der Stärkung des Vertrauens steigen. Aber in diesem Zwischenfall, wie wir es heute haben, ist eine Depression unvermeidlich.

Wie Keynes dann abweichend von andern britischen Beurteilern feststellt, braucht man sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen über die Frage der Arbeitslosigkeit keine Sorgen zu machen. Es sei zweifelhaft, ob Parlament und Land die Gewißheit und Größe des kommenden Wandels schon erkannt hätten. Der Schatzkanzler solle seinen Haushalt auf der Annahme aufbauen, daß das Problem anormaler Arbeitslosigkeit im laufenden Finanzjahr aufgehört werde zu bestehen. Alle Pläne und Vorsorge für dieses Problem sollten als Zeit- und Geldverschwendung sofort eingestellt werden. Der Schatzkanzler solle weiter annehmen, daß das Volkseinkommen jährlich um etwa 8% steigen werde, was eine entsprechende Erhöhung im Steuereinkommen bewirken würde. Die Anleiheausgabe im laufenden Jahr sei auf 350 Mill. £ oder 200 Mill. £ mehr als im Vorjahr geschätzt werden. Wahrscheinlich würde die Zahl noch über 350 Mill. hinausgehen. Wenn man alles in Rechnung stelle, könne man annehmen, daß die Gesamtnachfrage nach Gütern und Leistungen um 400 Mill. £ steigen müsse; 400 Mill. £ Anleiheausgabe stellten etwa 8% des Volkseinkommens dar; dies sei, wie man sich meistens nicht klarmache, zweimal soviel wie die maximalen Ausgaben für öffentliche Arbeiten in den Vereinigten Staaten. Das Steigen der Nachfrage werde aber die Dienstleistungen von 1½ Millionen Arbeitskräften benötigen. Selbst wenn man nur mit der Mehrbeschäftigung von 750 000 Menschen rechne, erscheine die Größenordnung des Problems ganz klar.

Das bedeute, daß die Aussichten für die Inlandswirtschaft heute bedeutend besser seien

als seit mehreren Jahren. Das besage allerdings nicht, daß man kein Arbeitsproblem mehr kennen werde; im Gegenteil, aber ihr Charakter werde sich in das Gegenteil des bisherigen verwandeln.

Diese Vorhersage könnte nur dann nicht zutreffen, wenn man das Geld nicht ausgeben wolle. Nur zwei physikalische Hindernisse würden bei einer schnellen Zunahme der Inlandsausgaben zu überwinden sein, nämlich die Knappheit an Arbeitskräften und die Knappheit an fremden Hilfsmitteln. Daher müsse das Arbeitslosenproblem und das Außenhandelsproblem England am meisten beschäftigen. Weiter sei die Zeit gekommen, das Embargo auf die Kapitalabwanderung ins Ausland viel straffer zu gestalten als das jetzt der Fall sei. Die Ausführung des Regierungsprogramms werde innerhalb der Grenzen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Landes bleiben, ohne daß private Investitionen absichtlich beschränkt zu werden brauchten; denn die Nettoersparnisse Englands würden auf etwa 400 Mill. £ geschätzt.

Hierbei sei aber zu beachten, daß die jährlichen Abschreibungen und Erhaltungsmaßnahmen ebenfalls auf 400 Mill. £ geschätzt würden.

Die zusätzlichen 200 Mill. £ könne man aus drei verschiedenen Quellen nehmen: erstens, die Erhaltungsmaßnahmen könnten hinausgeschoben werden, ein Mittel, das Deutschland in großem Umfang angewandt habe, zweitens, wenn die Industrie sich der vollen Kapazitätsausnützung nähere, brauche man keine Ersparnisse mehr für Geschäftsverluste bereitzustellen, drittens die Einzelpersonen würden wahrscheinlich ihre persönlichen Ersparnisse steigern.

Kürzlich habe man noch argumentiert, daß die Zunahme der privaten Ersparnisse die Arbeitslosigkeit verschlimmern werde. Unter den neuen Umständen würden aber die Ersparnisse von neuen Leistungen sozialen Zwecken zugeführt werden.

Hinsichtlich der Anleiheaufnahme durch den Staat seien zwei Grundsätze zu beachten: erstens müßten die Anleihen nach der Ausgabe des Geldes und nicht vorher aufgenommen werden, zweitens solle man bei der Ausstattung der Anleihen die Wünsche des Publikums berücksichtigen; aber unnötig hohe Zinssätze solle man auf jeden Fall vermeiden; denn sonst würde man die Staatsfinanzen für ein Menschenalter stören und in der Gegenwart schon die niedriger verzinslichen Anleihen unnötig im Kurse herabdrücken.

The Manchester Guardian Commercial

Nr. 983

KEYNES ON CRISIS FINANCE

From our City Editor

LONDON, THURSDAY.

In two articles in the "Times" this week Mr. J. M. Keynes surveys what is rather euphemistically termed "crisis finance"; finance, that is to say, in the present political crisis and in the struggle which may issue from it. Mr. Keynes writes in the grand manner, with authority. What he says seems very remote from the thought of British economists of earlier generations, who (following Locke) regarded the State as an association of men for the defence of their private properties. When Mr. Keynes says that people who have hitherto bought overseas securities need not be blamed because they have been "strengthening our foreign resources up to now by building up our foreign investments" he indicates the point of view from which at present he is surveying all economic effort. What individuals do is regarded as a contribution to the general task of the community. The whole argument is turned upon a proper economic policy in regard to the work, the savings, the consumption of the national community as a whole. At no point does Mr. Keynes suggest that individuals, or single enterprises, left to themselves to make the maximum profit, would be thereby doing the best for the country.

Doubtless all have always recognised that in war the State takes out special powers affecting the citizen in his economic life; but here, for better or for worse, we have the private capitalist's activities almost wholly overlooked. Mr. Keynes starts by recalling that the Government this new financial year is to spend about £200,000,000 more (on armaments, &c.) than the year before. He assumes, with some other economists, that every dose of direct Government expenditure induces an approximately equivalent dose of other expenditure—how or out of what funds he does not here discuss. Now to produce £400,000,000 worth of goods approximately 1,500,000 men's work would be needed; as part of this would be met by overtime work he expects at least 750,000 at present unemployed men, and probably 1,000,000, to be drawn into employment. Mr. Keynes concludes that unemployment is henceforth a non-existent problem; under-supply of labour is the problem which needs tackling, and for this and other purposes he would call into existence an Economic General Staff, with wide powers of transferring workers to where they are required. Unemployment is a non-existent problem; so is how to "finance" the orders of the State. Mr. Keynes says: "As long as the Government's programme can be physically carried out and the adverse balance of trade is within our means the savings to finance it must necessarily be available." The accomplishment of the physical task is held to be equivalent to the "saving" necessary to finance it.

Mr. Keynes cites our own example in war-time, and that of the totalitarian States recently, as evidence that the problem of "finance" is wholly spurious. Perhaps it is from the point

without eating into the existing savings of the country? Mr. Keynes suggests that there will not for the moment be any need to abate the normal investment activities of public authorities; he does not inquire, however, whether enterprises which under the programme he proposes will have to queue up behind the Government for their labour and material supplies will still be able to maintain their organisations and plant and keep them up to date.

In a concentration of the major efforts of the country upon armaments it seems obvious in common sense that the equipment of the country for ordinary living must deteriorate, and mathematical demonstrations of the existence of money for saving can, it seems, only doubtfully reflect the realities of the case. This is not to suggest that Mr. Keynes's arguments are fallacious, but rather that they have little reference to the economic structure of the country as now constituted. If there is no financial problem that is because financial problems arise out of the self-defence and expansionism of private interests, which are to be rendered unlimitedly serviceable to the ends of the State. Small wonder that Mr. Keynes proposes an immediate announcement that the Government will in no case pay more than 2½ per cent for any of its borrowings, together with an immediate prohibition upon the extra use of British capital abroad.

KEYNES ON CRISIS FINANCE

From our City Editor

LONDON, THURSDAY.

In two articles in the "Times" this week Mr. J. M. Keynes surveys what is rather euphemistically termed "crisis finance"; finance, that is to say, in the present political crisis and in the struggle which may issue from it. Mr. Keynes writes in the grand manner, with authority. What he says seems very remote from the thought of British economists of earlier generations, who (following Locke) regarded the State as an association of men for the defence of their private properties. When Mr. Keynes says that people who have hitherto bought overseas securities need not be blamed because they have been "strengthening our foreign resources up to now by building up our foreign investments" he indicates the point of view from which at present he is surveying all economic effort. What individuals do is regarded as a contribution to the general task of the community. The whole argument is turned upon a proper economic policy in regard to the work, the savings, the consumption of the national community as a whole. At no point does Mr. Keynes suggest that individuals, or single enterprises, left to themselves to make the maximum profit, would be thereby doing the best for the country.

Doubtless all have always recognised that in war the State takes out special powers affecting the citizen in his economic life; but here, for better or for worse, we have the private capitalist's activities almost wholly overlooked. Mr. Keynes starts by recalling that the Government this new financial year is to spend about £200,000,000 more (on armaments, &c.) than the year before. He assumes, with some other economists, that every dose of direct Government expenditure induces an approximately equivalent dose of other expenditure—how or out of what funds he does not here discuss. Now to produce £400,000,000 worth of goods approximately 1,500,000 men's work would be needed; as part of this would be met by overtime work he expects at least 750,000 at present unemployed men, and probably 1,000,000, to be drawn into employment. Mr. Keynes concludes that unemployment is henceforth a non-existent problem; under-supply of labour is the problem which needs tackling, and for this and other purposes he would call into existence an Economic General Staff, with wide powers of transferring workers to where they are required. Unemployment is a non-existent problem; so is how to "finance" the orders of the State. Mr. Keynes says: "As long as the Government's programme can be physically carried out and the adverse balance of trade is within our means the savings to finance it must necessarily be available." The accomplishment of the physical task is held to be equivalent to the "saving" necessary to finance it.

Mr. Keynes cites our own example in war-time, and that of the totalitarian States recently, as evidence that the problem of "finance" is wholly spurious. Perhaps it is from the point of view which Mr. Keynes proceeds from, and, given his assumption of an increase in the total national income of a given magnitude (8 per cent) through the extra Government spending, it may be demonstrable that the money will be there for the State to borrow or take by way of taxation. But will this provision of savings for the Government programme be accomplished

without eating into the existing savings of the country? Mr. Keynes suggests that there will not for the moment be any need to abate the normal investment activities of public authorities; he does not inquire, however, whether enterprises which under the programme he proposes will have to queue up behind the Government for their labour and material supplies will still be able to maintain their organisations and plant and keep them up to date.

In a concentration of the major efforts of the country upon armaments it seems obvious in common sense that the equipment of the country for ordinary living must deteriorate, and mathematical demonstrations of the existence of money for saving can, it seems, only doubtfully reflect the realities of the case. This is not to suggest that Mr. Keynes's arguments are fallacious, but rather that they have little reference to the economic structure of the country as now constituted. If there is no financial problem that is because financial problems arise out of the self-defence and expansionism of private interests, which are to be rendered unlimitedly serviceable to the ends of the State. Small wonder that Mr. Keynes proposes an immediate announcement that the Government will in no case pay more than 2½ per cent for any of its borrowings, together with an immediate prohibition upon the extra use of British capital abroad.

* Billiger oder teurer Zins?

Seit einiger Zeit ist (außerhalb Deutschlands) die Frage wieder lebhafter erörtert worden, ob eine Politik „billigen“ Geldes ständig durchgehalten werden solle, ja, ob sie überhaupt ständig durchgehalten werden könne. In Erinnerung sind die warnenden Äußerungen im letzten Jahresbericht der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, die es als „eine etwas gefährliche Politik“ bezeichnete, „auf die Erhöhung des Banksatzes als Mittel zur Erhaltung des Gleichgewichts im Kosten- und Preisgefüge zu verzichten.“ Kreditbeschränkungen würden bei Diskonterhöhungen weniger eintreten, aber der psychologische Eindruck könne „dagegen sehr tief sein und in vielen Fällen genügen, um eine Neigung zu übermäßiger Ausdehnung zu beseitigen.“ Professor Cassel, Stockholm, hat jüngst, über „die Inflationsgefahr“ schreibend, (Vierteljahrsbericht Juli der Skandinaviska Banken), gefordert: „Die klassischen Mittel der Geldpolitik gegen die Inflation müssen wieder zur Anwendung kommen. Gibt die monetäre Behörde sich dogmatisch dem modernen Glauben an den Segen des billigen Geldes hin und hält sie aus solchen Gründen an Zinssätzen fest, die mit der akuten Kapitalknappheit nicht in Übereinstimmung stehen, so kann sie nie die Verantwortung für die Verschlechterung des Geldwertes von sich abwälzen.“ In England teilen offenbar nicht wenige Beobachter derartige Besorgnisse, die nun J. M. Keynes, den Bannerträger der Politik des billigen Geldes, auf den Plan gerufen haben. Er hat in zwei Aufsätzen, die vor einigen Tagen in der „Times“ erschienen sind, nachdrücklich wiederholt, daß selbst bei Vollbeschäftigung das Schatzamt bei einer niedrigen Zinsrate borgen könne und solle.

Keynes sagt, es seien nur diejenigen, die den Abschied von der „laissez-faire“-Ordnung bedauerten, die eine Politik hohen Zinses befürworten. England hätte jedoch, für gut oder schlecht, diese „leichte Welt“ hinter sich gelassen. In der Tat liegt hier wohl ein wichtiger Grund für die Meinungsverschiedenheiten. Vielleicht kann hinzugefügt werden, daß oft nicht nur die Anhänglichkeit an die alte Ordnung das Urteil bestimmen mag, sondern auch die Art, wie der gerade zu behandelnde wirtschaftspolitische Zustand betrachtet wird. Es mag oft daran liegen, daß Betrachter England und andere Länder der westlichen Welt noch in der alten Ordnung befindlich sich vorstellen, während Keynes und andere die alte Ordnung als vergangen und verloren betrachten. Deutlich wird bei den eingangs zitierten Sätzen, daß die BIZ einen Zustand im Auge hat, in dem die private von der Lust und den Reizen abhängige Investition den Ausschlag gibt, in dem also die Sorge vor übermäßiger, Rückschlagsgefahren ausgesetzter Expansion der Gesamtwirtschaft oder von Teilen am Platze sein kann. Aber darum geht es gegenwärtig nicht in England und längst nicht mehr in den Ländern mit totaler Wirtschaftslenkung. Für England wird heute ebenfalls als Aufgabe betrachtet, den geplanten großen Umfang der öffentlichen Investitionen vor allen anderen Bedürfnissen der Volkswirtschaft sicherzustellen, sowohl vor den Bedürfnissen anderer Investoren als auch anderer Verbraucher. Und nicht die Besorgnis herrscht, daß die Wirtschaftsaktivität zu weit bis zur Zusammenbruchsreife gesteigert werden könne, sondern es wird alles getan, damit die größte, möglichst weiter wachsende Leistung hervorgebracht werde, damit sowohl die öffentlichen Aufgaben als auch ein möglichst großer Teil der privaten Bedürfnisse befriedigt werden können. Ein hoher Zins wäre gar nicht der geeignete Weg, diese Art Auslese der Investitionsobjekte zu sichern, ja es kommt überhaupt nicht mehr an auf jene früher sehr nützliche, durch den Zins betriebene Auslese in der liberalen Wirtschaft. Bei Vorrang bestimmter öffentlicher Investitionen müssen heute vielleicht gerade zahl-

lungskräftige Wettbewerber am Kapitalmarkt zurückgehalten werden, weil sie unwichtige Gegenstände produzieren.

Kontrolle ist freilich in einer solchen Wirtschaft unerlässlich, und das ist es auch, was Keynes in einem England liberaler Tradition immer wieder betonen muß und was Mißbehagen hervorruft. In den jüngsten Artikeln fordert er erneut eine besondere Behörde für die Investitionskontrolle, und er plädiert nicht nur für die Kapitallenkung im Innern, sondern auch für die Beschränkung des Kapitalexports. Die „Times“ selber stimmt Keynes lebhaft zu und meint sogar: „Denn die Wirksamkeit eines kontrollierten Systems hängt davon ab, daß die Kontrolle an allen wichtigen Punkten gegenwärtig ist. Es wäre gefährlich zu versuchen, nur auf einem Kopfe der finanziellen Hydra zu sitzen und nicht auf allen.“ England wird diesen von Keynes empfohlenen Weg zur kontrollierten Wirtschaft vermutlich gehen. Die besonderen politischen Umstände, die den Antrieb für die großen öffentlichen Investitionen gegeben haben, erleichtern gewiß alle Schritte, die England in der Richtung auf eine kontrollierte, wenn nicht gar gelenkte Wirtschaft hin macht, die sich nicht nur Keynes, sondern auch andere englische Ökonomen längst auch für normale Verhältnisse vorstellen. Von Deutschland her wird man diesen Prozeß mit großem Interesse beobachten.

Wird so eine Politik billigen und leichten Geldes auch für vollbeschäftigte Volkswirtschaften als möglich, ja als nützlich betrachtet, so wäre es dennoch verfehlt, zu glauben, es könne kein Zuviel an Geld geben, eine Inflation wäre unmöglich, weil es Kontrollen gibt. In Deutschland, wo nicht nur der Beschäftigungsgrad viel weiter gediehen ist als in England, sondern wo auch die staatliche Kontrolle und Lenkung viel weiter entwickelt worden sind, als sie vielen Engländern selbst für Sonderfälle zunächst als statthaft erscheinen mögen, weiß man das genau. Hier sind auch längst andere Merkmale des Wirtschaftsprozesses von Belang geworden, während die Rolle des Geldzinses bei der Steuerung der Wirtschaft und der Dosierung der Geldmenge weit in den Hintergrund trat. Hier kommt es vielmehr darauf an, daß bestimmte Wert- und Mengenrelationen im Wirtschaftsprozess unbedingt erhalten bleiben: Investition und Ersparnis oder Besteuerung, Einzeleinkommen und Verbrauchsgütererzeugung, Löhne und Preise. Alle diese Relationen bestimmen auch den Kreditbedarf. Zuviel Kredit würde nicht nur die Kontrolle erschweren, sondern sogar unmöglich machen können. Cassel sagte in dem erwähnten Aufsatz ganz richtig: „Schafft der Staat dann (wenn Knappheit an Arbeitskräften und Produktionsmitteln besteht) Kaufkraft über das hinaus, was er von der Allgemeinheit durch Steuern oder Anleihen erhalten kann, so kann diese Extrakaufkraft keine Zunahme mehr mit sich bringen, sondern muß eine Preissteigerung veranlassen.“ In Deutschland sind die Kreditprobleme der vor allem durch staatliche Aufträge vollbeschäftigten Wirtschaft erkannt, und wiederholt haben maßgebende Sprecher der Politik und der Wirtschaftspolitik zu erkennen gegeben, wie wach die Aufmerksamkeit ist, die sich darauf richtet, Fehlwirkungen zu verhüten. Daß aber ein höherer oder gar ein hoher Zins dabei eine Rolle spielen könnte oder sollte, das glaubt in Deutschland niemand mehr. Wie hoch der Zins sein soll, ist deswegen nicht gleichgültig geworden. Sowohl unter speziellen emissionspolitischen als auch unter sozialen Gesichtspunkten ist die Zinshöhe durchaus von großem Belang geblieben. Aber die Wirtschaftslenkung hat jetzt die Regierung in der Hand, in erster Linie mit ihrer Auftragserteilung.

Wirtschaftsdienst (Hamburg)

Nr. 50

Mr. Keynes und der Krieg

Mr. Keynes hat seinen Ruf als Deuter und Kritiker der Wirtschaftspolitik so begründet: er hat immer unangenehme Dinge gesagt, die von seinen Landsleuten mit aller Schärfe abgelehnt wurden. Dies machte ihn interessant, weil es innerhalb der englischen Society zu jeder Zeit als unfein gegolten hat, sich gegenseitig harte Wahrheiten zu sagen. Die Entwicklung gab Keynes oftmals recht; die von ihm vorhergesagten Entwicklungen traten zumeist ein. Diese Prophetengabe verlieh seiner gebeugten Gestalt einen mystischen Glanz.

Mr. Keynes, der sehr ehrenwerte Cambridger Professor und erfolgreiche Manager eines Investment Trust, konnte nachher immer sagen: „Ich habe recht behalten.“ Dabei ist es aber eine Frage, ob die richtigen Voraussagen des Herrn Keynes seiner tiefgründigen wissenschaftlichen Analyse oder seinem Zweifel in die politische Fähigkeit und den Weitblick der englischen Oberschicht zu danken waren. Seine Skepsis ließ ihn recht behalten, aber sie hinderte ihn, das Rechte zu tun. Die Schärfe seines Intellectes raubte ihm die naive Überheblichkeit, nach der die strafende Hand Gottes letzten Ende alle Feinde Englands, die damit zugleich moralisch Verworfenen wurden, in furchtbarer Rache treffen müsse. Derselbe Intellekt aber läßt ihn den Abgrund sehen, an dem die englische Oberschicht ihr ebenso naives wie frivoles Spiel treibt.

Mr. Keynes machte im dritten Kriegsmonat seine Vorschläge zur Kriegsfinanzierung, nachdem er schauernd gewahrt wurde: „Wir haben alle Übersicht verloren und wissen nicht, was wir ernst nehmen sollen.“

Was nehmen denn die Engländer nicht ernst, etwa die Inflation? Es wäre sonderbar, wenn just der Professor aus Cambridge, der sich bisher stolz als Inflationist bekannte, plötzlich Angst vor seinem eigenen Lieblingskind bekäme. Sein umstürzlerischer Plan des Zwangssparens gilt nun freilich nicht so sehr der Vermeidung einer Politik der Inflation, als vielmehr der Abwendung sehr viel drohenderer Gefahren. Er ist erwachsen aus der Sorge vor einer dem Krieg möglicherweise folgenden sozialen Revolution. Keynes will darum den Arbeiter, dem wegen der Blockade und wegen der ins Ungemessene steigenden Rüstungskosten nicht genug Konsumgüter zur Verfügung gestellt werden können, zu einem kleinen Kapitalisten machen. In seiner Antwort an seine Kritiker heißt es: „Mein Vorschlag, den Arbeitern Guthaben bei der Postsparkasse gutzuschreiben, wird für die Arbeiter in ihrer Gesamtheit eine Erhöhung ihres Vermögens bedeuten, d. h. etwas, das sie sonst nicht erhalten.“ Dieses Vermögen soll mit $2\frac{1}{2}\%$ verzinst werden, obgleich Keynes vor zwei Jahren in seinem Buche „Allgemeine Theorie der Beschäftigung“ den sanften Tod des Rentners und folglich das Ende der Unterdrückungsmacht der Kapitalisten als notwendige Voraussetzung des sozialen Fortschritts verlangte.

Heute ist die Lage in England anders. Nur darf Keynes seine Gründe für die Schaffung des Kleinkapitalisten-Arbeiters, die er vor zwei Jahren noch bereitwillig der Öffentlichkeit bekanntgab, nicht mehr nennen. Damals schrieb Keynes wörtlich: „Gefährliche menschliche Triebe können überdies durch Gelegenheiten für Gelderwerb und privaten Besitz in verhältnismäßig harmlose Kanäle abgelenkt werden, die, wenn sie nicht auf diese Art befriedigt werden können, einen Ausweg in Grausamkeit, in rücksichtsloser Verfolgung von persönlicher Macht und Autorität und in anderen Formen von Selbsterhöhung finden könnten.“ Welch wunderbares Spielzeug für den mißmutigen englischen Arbeiter hat Herr Keynes damit entdeckt! Man hält ihn bei Laune, indem man ihn gut verdienen läßt; man zahlt einen beträchtlichen Teil seines Lohnes nicht ihm, sondern auf sein Konto bei der Postsparkasse, damit es dort der Schatzkanzler in Form von Anleihen abheben kann. Der Arbeiter leidet zwar Mangel und hat nicht genug zu verbrauchen, aber seine schlechten Instinkte werden auf die ausschließliche Betrachtung seines zwangsweise wachsenden Guthabens abgelenkt. Denn — so meinte Keynes vor zwei Jahren: „Es ist besser, daß ein Mensch sein Bankguthaben tyrannisiert als seine Mitmenschen.“

Daß der Vorschlag in dieser Form ein geschicktes Taschenspielerkunststück ist, darüber herrscht auch bei Herrn Keynes kein Zweifel. Er selbst weiß, daß irgendwer den Krieg bezahlen muß. Wenn ihm seine Skepsis noch an die Möglichkeit eines Sieges Englands zu glauben erlaubt, dann ist ihm doch der Glaube des Weltkriegs genommen, der in dem Satz „Der Deutsche zahlt alles“ zum Ausdruck kam.

Aus bourgeois Angst wird der große Nationalökonom jetzt zum Illusionisten. Er beschwor die Führerclique der Arbeiterpartei, doch ja seinem Lockruf zu folgen. Aber der sagte Mr. Greenwood hat den Trick des Nationalökonomen nicht einmal verstanden, sondern behauptet, das „Zwangssparen rieche nach Hitlerismus“ und raube dem Arbeiter die Freiheit der Konsumwahl. Die Angst vor der sozialen Revolution gerät in Konflikt mit dem demokratischen Freiheitsdogma. Aus diesem Dilemma entsteht bei Keynes der anklagende Ruf: „Bisher ist es nur gelungen, große Aufwendungen mit fortbestehender Arbeitslosigkeit zu vereinigen, weil wir von unseren Vorräten leben und unserer Ausfuhr Hindernisse in den Weg gelegt haben, obwohl sie der wesentlichste Punkt unserer Wirtschaftstätigkeit ist.“ Zum ersten Male stößt die Prophetie des englischen Nationalökonomen auf ein Problem der englischen Staatsführung, das der letzte Krieg nur verdeckte. Der englische Krieg gegen das neue Deutsche Reich aber fordert heute von England die gleiche radikale Haltung in der Frage der völkischen Reform seines Staatswesens, um deren Abwendung die englische Führungsschicht sich nicht gescheut hat, den Weltbrand zu entfesseln.

A. P.

09 4 67 0083 BEC

Datum 22. Feb. 1940

P

27.2.40

Verbesserte Vorschläge von Prof. Keynes
Neue Zürcher Zeitung, 24.2.40 Nr. 274
(aus London): Nach Rücksprache mit Vertretern namentlich der Arbeiterschaft und anderer Sachverständiger hat Prof. Keynes seinen Vorschlag zur Einführung des Sparzwanges während der Dauer des Krieges durch eine Reihe von zusätzlichen Anregungen ergänzt und in verbesserter Form gestern in einer Rede der Öffentlichkeit unterbreitet. Kernpunkt seines Planes bleibt weiterhin die Anregung, dass alle Einkommen über einem bestimmten Minimum zwangsweise dem Abzug von Sparbeträgen unterworfen werden sollen, die ihren Eigentümern erst nach Kriegsende zugänglich gemacht werden würden. Statt des Ausdrucks Zwangssparnisse zieht er die Bezeichnung "zurückgestelltes Einkommen" vor, weil der Hauptzweck des Vorschlags darin besteht, die vermehrten Lohneinkommen der Kriegsperiode zur Inflationsverhütung dem Zahlungskreislauf durch Einzahlung auf Sparkonten zu entziehen. Diesem Grundgedanken ~~gab~~ Prof. Keynes traten seinerzeit namentlich die Arbeiterkreise mit aller Entschiedenheit entgegen, indem sie die Bedenken geltend machten, dass der Sparzwang kinderreiche Familien besonders hart treffen würde, und dass keine Gewähr dafür bestände, dass die Sparkapitalien nach dem Kriegsende der Arbeiterschaft wirklich zur freien Verfügung gestellt würden- Prof. Keynes ~~praktisch~~ sucht nun diesen Bedenken durch eine Reihe praktischer Ergänzungsvorschläge entgegenzutreten, die das Experiment des Sparzwanges vollends als eine ausserordentlich wichtige sozialpolitische Neuerung charakterisieren würden. An erster Stelle möchte er ein System staatlicher Unterhaltsbeiträge von wöchentlich fünf Schilling für jedes Kind bis zum Alter von fünfzehn Jahren einführen, die unterschiedslos auszu zahlen ~~sind~~ wären und den Staat jährlich etwa 100 Mill. £ kosten würden. Dieser Kostenbetrag würde natürlich ~~ein~~ eine sehr ernste Belastung der Staatsfinanzen darstellen, die von Keynes mit dem Hinweis darauf gerechtfertigt wird, dass nur so ohne unbillige Benachteiligung kinderreicher Familien alle zusätzlichen Lohneinnahmen des Krieges zwangsweise auf Sparkonto zurückgehalten werden könnten. An zweiter Stelle schlägt Keynes vor, dass die Zwangssparbeträge statt in

27.2.40

Verbesserte Vorschläge von Prof. Keynes

Neue Zürcher Zeitung, 24.2.40 Nr. 274

(aus London): Nach Rücksprache mit Vertretern namentlich der Arbeiterschaft und anderer Sachverständiger hat Prof. Keynes seinen Vorschlag zur Einführung des Sparzwanges während der Dauer des Krieges durch eine Reihe von zusätzlichen Anregungen ergänzt und in verbesserter Form gestern in einer Rede der Öffentlichkeit unterbreitet. Kernpunkt seines Planes bleibt weiterhin die Anregung, dass alle Einkommen über einem bestimmten Minimum zwangsweise dem Abzug von Sparbeträgen unterworfen werden sollen, die ihren Eigentümern erst nach Kriegsende zugänglich gemacht werden würden. Statt des Ausdrucks Zwangssparnisse zieht er die Bezeichnung "zurückgestelltes Einkommen" vor, weil der Hauptzweck des Vorschlags darin besteht, die vermehrten Lohneinkommen der Kriegsperiode zur Inflationsverhütung dem Zahlungskreislauf durch Einzahlung auf Sparkonten zu entziehen. Diesem Grundgedanken ~~gab~~ Prof. Keynes traten seinerzeit namentlich die Arbeiterkreise mit aller Entschiedenheit entgegen, indem sie die Bedenken geltend machten, dass der Sparzwang kinderreiche Familien besonders hart treffen würde, und dass keine Gewähr dafür bestände, dass die Sparkapitalien nach dem Kriegsende der Arbeiterschaft wirklich zur freien Verfügung gestellt würden. Prof. Keynes ~~praktisch~~ sucht nun diesen Bedenken durch eine Reihe praktischer Ergänzungsvorschläge entgegenzutreten, die das Experiment des Sparzwanges vollends als eine ausserordentlich wichtige sozialpolitische Neuerung charakterisieren würden. An erster Stelle möchte er ein System staatlicher Unterhaltsbeiträge von wöchentlich fünf Schilling für jedes Kind bis zum Alter von fünfzehn Jahren einführen, die unterschiedslos auszuzahlen ~~sind~~ wären und den Staat jährlich etwa 100 Mill. £ kosten würden. Dieser Kostenbetrag würde natürlich ~~ein~~ eine sehr ernste Belastung der Staatsfinanzen darstellen, die von Keynes mit dem Hinweis darauf gerechtfertigt wird, dass nur so ohne unbillige Benachteiligung kinderreicher Familien alle zusätzlichen Lohneinnahmen des Krieges zwangsweise auf Sparkonto zurückgehalten werden könnten. An zweiter Stelle schlägt Keynes vor, dass die Zwangssparbeträge statt in staatlichen Sparkonten in solche, die durch Gewerkschaften, Genossenschaften oder andere Organisationen der Arbeiterkreise kontrolliert würden, einbezahlt werden müssten. Drittens

-2-

möchte Prof. Keynes das Misstrauen der Arbeiterschaft durch ein verbindliches Versprechen zerstören, dass nach Kriegsende die Einlösung der Soarguthaben durch eine Kapitalabgabe oder Kapitalsteuer ermöglicht werden sollte. Schliesslich anerkennt er auch im Rahmen seines Sparplanes die Notwendigkeit der Niedrighaltung der Kosten lebenswichtiger Nahrungsmittel, falls nötig durch Subventionierung, womit den unbemittelten Volksschichten wenigstens eine "eiserne Ration" billiger Selbstversorgung gesichert wäre.

09 4 6 7 0084 BEC

22. Feb. 1940

Dr. Gutjahr.

27.2.40.

Mr. Keynes fordert Familienunterstützung

zun

(Mr. Keynes wants family allowances)

The Daily Herald "London, 7495 .22.2. 40

(Douglas Jay, City Editor) Mr. J.M. Keynes hat seinen Plan der Finanzierung des Krieges durch eine allgemeine Kreditsanleihe erheblich verbessert. Er nennt es jetzt besser eine Sparrate für Kriegszwecke. Bei diesem verbesserten Plan würde die Durchschnittskraft der arbeitenden Klasse nicht unter den Vorkriegsstand sinken. Die Kaufkraft derjenigen, die ein Einkommen über 5£ wöchentlich haben würde auf um ein Drittel gekürzt werden. Mr. Keynes schlägt ausserdem vor, dass von allen Einkommen über 3£ wöchentlich ein Anteil während des Krieges abgezogen und für den einzelnen bis nach Beendigung des Krieges aufgespart würde. Er schlägt aber die folgenden vier Verbesserungen vor:

Für jedes Kind sollte eine Familienunterstützung von wöchentlich 5 Schilling ohne Rücksicht auf das Einkommen als Ausgleich für die erzwungene Kürzung vom Schatzamt gezahlt werden. Dieser Satz würde die zur Zeit gültigen Einkommensteuererleichterungen überschreiten und für grosse Familien Mr. Keynes Plan weniger drückend werden lassen. 2) Das einbehaltene Entgelt würde unter der Kontrolle der arbeitenden Klasse bleiben, und wenn

Mr. Keynes fordert Familienunterstützung

zun

(Mr. Keynes wants family allowances)

The Daily Herald "London, 7495 .22.2. 40

(Douglas Jay, City Editor) Mr. J.M. Keynes hat seinen Plan der Finanzierung des Krieges durch eine allgemeine Zwangsanleihe erheblich verbessert. Er nennt es jetzt besser eine Sparrate für Kriegszwecke. Bei diesem verbesserten Plan würde die Durchschnittskraft der arbeitenden Klasse nicht unter den Vorkriegsstand sinken. Die Kaufkraft derjenigen, die ein Einkommen über 5£ wöchentlich haben würde auf um ein Drittel gekürzt werden. Mr. Keynes schlägt ausserdem vor, dass von allen Einkommen über 3£ wöchentlich ein Anteil während des Krieges abgezogen und für den einzelnen bis nach Beendigung des Krieges aufgespart würde. Er schlägt aber die folgenden vier Verbesserungen vor:

Für jedes Kind sollte eine Familienunterstützung von wöchentlich 5 Schilling ohne Rücksicht auf das Einkommen als Ausgleich für die erzwungene Kürzung vom Schatzamt gezahlt werden. Dieser Satz würde die zur Zeit gültigen Einkommensteuererleichterungen überschreiten und für grosse Familien Mr. Keynes Plan weniger drückend werden lassen. 2) Das einbehaltene Entgelt würde unter der Kontrolle der arbeitenden Klasse bleiben, und wenn gewünscht bei der dem einzelnen befreundeten Gemeinschaft oder Trade Union als Treuhänder bleiben.

3) Die Regierung müsste sich dafür verbürgen, dass nach dem Kriege das einbehaltene Entgelt

wenden.

-2-

aus den Mitteln einer Kapitalsteuer zurückgezahlt werden würde.

4) Eine "eiserne Ration" an wichtigen Bedarfsgütern könnte dann aufgespart werden und die Regierung sollte dann Mittel ergreifen, ^{dass} ~~um~~ die Preise derselben während der Kriege nicht stiegen. Ich ~~hätte~~ ~~Mr.~~ ~~Keynes~~ ~~Plan~~ ~~in~~ ~~dieser~~ ~~Form~~ ~~jeder~~ ~~stärkeren~~ ~~indirekten~~ ~~Be-~~ ~~steuerung~~ ~~oder~~ ~~der~~ ~~Inflation~~ ~~vorzuziehen~~ ~~ist~~. Aber ich bin hauptsächlich aus moralischen und politischen Gründen immer noch davon überzeugt, dass es wichtig ist, während der Dauer des Kriege eine jährliche ~~Kapital~~ Vermögenssteuer zu haben. Mr. Keynes macht zu Ende seiner Rede ernsthafte Vorhaltungen, dass die jetzige Regierung unsere Auslandsguthaben geringer werden lässt und das Problem der Steigerung der industriellen Erzeugung und der Ausfuhr nicht ernsthaft in Angriff genommen hätte.

keynes
john h.

09467 0085 BEC

Datum 23. Feb. 1940

Nachrichten für Außenhandel (Berlin)

46

Nr.

Großbritannien — Neue Vorschläge von Keynes zur Einführung des Zwangssparens

— Pl. Amsterdam — J. M. Keynes hat am 21. 2. 40 neue Vorschläge für seinen Plan zur Einführung des Zwangssparens vom Arbeitseinkommen im Kriege vorgebracht. Der Zweck dieses Planes ist bekanntlich, zu verhindern, daß im Kriege erhöhte Lohneinkommen eine Verbrauchssteigerung herbeiführen, welche stärkere inflatorische Wirkungen haben müßte. Die neuen Vorschläge von Keynes zielen darauf ab, seinen Plan für die Gewerkschaften annehmbar zu machen. Deshalb soll nach seinen neuen Vorschlägen erst das Einkommen von über 5 £ je Woche mit weiteren Freistellungen für größere Familien zum Zwangssparen herangezogen werden. Die zwangsweise gesparten Beträge sollen außerdem auf ein Konto übergeführt werden, über welches Vertreter der Arbeiterschaft Kontrollrecht haben sollen. Keynes schlägt vor, das Konto bei den Gewerkschaften oder einer hierfür zu gründenden Genossenschaft (Friendly Society) oder bei der Postsparkasse zu bilden. Er macht außerdem den Vorschlag, zur Abgeltung dieses Zwangssparkontos nach dem Kriege eine Kapitalabgabe bzw. eine Kapitalbesteuerung einzuführen. Dieser letzte Vorschlag kommt besonders den propagandistischen Bedürfnissen entgegen, um den Vorwurf abzuschwächen, daß der Arbeiter die Kriegslast zu tragen hat, während der Kapitalist aus dem Kriege Gewinne zieht. Doch auch nach diesem Vorschlag Keynes bleibt nicht zu übersehen, daß für den Arbeiter mit dem Zwangssparen sofort eine Belastung geschaffen wird, während die Belastung des Kapitals auf die ungewisse Zukunft der Nachkriegszeit hinausgeschoben bleiben soll.

Keynes schätzt, daß im Haushaltsjahr 1940/41 die Staatsausgaben zwischen 1,5 und 2 Mrd. £ betragen werden. Vom Kapitalmarkt können aufgebracht werden 0,5, durch freiwilliges Sparen 0,4 und durch Steuern, ohne drastische neue Verschärfungen, 0,5 Mrd. £. Es würde demnach noch ein Rest von 450 bis 500 Mill. £ bleiben, für den keine andere Quelle als weiteres Sparen gefunden werden könnte. Keynes zählt hinzu, daß durch Familienbeihilfen zusätzlich zum Haushalt noch 100 Mill. £ aufzubringen sind und durch verschiedene Nachlässe 50 Mill. £ ausfallen werden, so daß 600 Mill. £ gefunden werden müssen. Er behauptet, daß dies ohne scharfe Beschränkung des Verbrauches geschehen könne. Auch diese Behauptung ist rein propagandistisch zu werten, denn Keynes tritt selbst nachdrücklich der Auffassung entgegen, daß die erforderlichen Beträge durch freiwilliges Sparen aufgebracht werden könnten. „Einige Leute mögen sagen, daß eine Erhöhung des freiwilligen Sparens eine Alternative sei, aber wenn unsere Kriegsausgaben 1,5 Mrd. £ übersteigen — wie sie es unbedingt tun müssen, wenn unsere Kriegsanstrengungen ungefähr ihren Höchststand erreichen —, dann halte er wirklich das freiwillige System für nicht anwendbar.“ Keynes weist bei seinen neuen Vorschlägen darauf hin, daß sie nur auf die unmittelbar bevorstehenden Anforderungen ausgerichtet sind und sich nur auf das Finanzjahr 1940/41 beziehen. „Der Himmel mag wissen, wie die Lage danach sein wird.“

423 1342

Keynes, John M.

Signatur

Datum 24. Feb. 1940

094670086 BEC

Neue Zürcher Zeitung

Nr. 274

Verbesserte Vorschläge von Prof. Keynes

London, 22. Febr. (eg-Tel.) Nach Rücksprache mit Vertretern namentlich der Arbeiterschaft und anderer Sachverständiger hat Prof. Keynes seinen Vorschlag zur Einführung des Sparzwanges während der Dauer des Krieges durch eine Reihe von zusätzlichen Anregungen ergänzt und in verbesserter Form gestern in einer Rede der Öffentlichkeit unterbreitet. Kernpunkt seines Planes bleibt weiterhin die Anregung, daß alle Einkommen über einem bestimmten Minimum zwangsweise dem Abzug von Sparbeträgen unterworfen werden sollen, die ihren Eigentümern erst nach Kriegsende zugänglich gemacht werden würden. Statt des Ausdrucks Zwangssparnisse zieht er die Bezeichnung „zurückgestelltes Einkommen“ vor, weil der Hauptzweck des Vorschlags darin besteht, die vermehrten Lohneinkommen der Kriegszeit zur Inflationsverhütung dem Zahlungskreislauf durch Einzahlung auf Sparkonten zu entziehen. Diesem Grundgedanken Prof. Keynes traten seinerzeit namentlich die Arbeiterkreise mit aller Entschiedenheit entgegen, indem sie die Bedenken geltend machten, daß der Sparzwang kinderreiche Familien besonders hart treffen würde und daß keine Gewähr dafür bestände, daß die Sparkapitalien nach dem Kriegsende der Arbeiterschaft wirklich zur freien Verfügung gestellt würden. Prof. Keynes sucht nun diesen Bedenken durch eine Reihe praktischer Ergänzungsvorschläge entgegenzutreten, die das Experiment des Sparzwangs vollends als eine außerordentlich wichtige sozialpolitische Neuerung charakterisieren würden.

An erster Stelle möchte er ein System staatlicher Unterhaltsbeiträge von wöchentlich fünf Schilling für jedes Kind bis zum Alter von fünfzehn Jahren einführen, die unterschiedslos ausbezahlt wären und den Staat jährlich etwa 100 Mill. £ kosten würden. Dieser Kostenbetrag würde natürlich eine sehr ernste Belastung der Staatsfinanzen darstellen, die von Keynes mit dem Hinweis darauf gerechtfertigt wird, daß nur so ohne unbillige Benachteiligung kinderreicher Familien alle zusätzlichen Lohneinnahmen der Kriegszeit zwangsweise auf Sparkonto zurückgehalten werden könnten. An zweiter Stelle schlägt Keynes vor, daß die Zwangssparbeträge statt in staatliche Sparkonten in solche, die durch Gewerkschaften, Genossenschaften oder andere Organisationen der Arbeiterkreise kontrolliert würden, einbezahlt werden müßten. Drittens möchte Prof. Keynes das Mißtrauen der Arbeiterschaft durch ein verbindliches Versprechen zerstören, daß nach Kriegsende die Einlösung der Sparguthaben durch eine Kapitalabgabe oder Kapitalsteuer ermöglicht werden sollte. Schließlich anerkennt er auch im Rahmen seines Sparplanes die Notwendigkeit der Niedrighaltung der Kosten lebenswichtiger Nahrungsmittel, falls nötig durch Subventionierung, womit den unbemittelten Volksschichten wenigstens eine „eiserne Ration“ billiger Selbstversorgung gesichert wäre.

Die ersten Reaktionen der Öffentlichkeit auf die verbesserten Vorschläge Prof. Keynes lauten in der Tat, namentlich auf der ursprünglich kritischsten Seite der Arbeiterschaft, wesentlich günstiger als zuvor. Dagegen ist anzunehmen, daß auf bürgerlicher Seite neue und sehr ernste Bedenken auftauchen werden, die sowohl dem Prinzip unterschiedsloser Unterhaltsbeiträge für Kinder als auch der Anregung von Kapitalabgaben gelten dürften. Bei der Beurteilung der Vorschläge Prof. Keynes muß vor allen Dingen immer die Ueberlegung im Auge behalten werden, daß sie der Gefahr einer unaufhaltbaren Inflation zu begegnen trachten, die allen Volkskreisen, den Kapitalbesitzern nicht ausgenommen, sehr viel schwerere Opfer und Schäden auferlegen würde als ihnen von Keynes zugedacht sind.

Keynes
J. M.

09 4 67 0087 BEC

Datum 1. März 1940

The Times (London)

Nr. 48 553

DEFERRED PAY

SIR THEODORE CHAMBERS ON MR. KEYNES'S PLAN

SIR THEODORE CHAMBERS, senior vice-chairman of the National Savings Committee, speaking at an Industrial Co-Partnership Association luncheon in London yesterday, said Mr. J. M. Keynes's scheme for deferred pay was very attractive and most interesting, and it had done an immense amount of good that Mr. Keynes should ventilate his ideas, but if they could get the same effect by a voluntary system it would be infinitely better for the country.

He rather feared an attempt to impose this by compulsion. The machinery would be extremely complicated, delicate, and difficult, and it would involve an almost universal means test because it was quite clear that if a levy was made on the individual wage they must take into account the particular circumstances of each person. Every single case would be entirely different. He believed that in the end less money would be raised than if they all put their backs into it.

The savings movement's plan was to get people to form themselves into groups of savers. Already there were over 55,000 groups or clubs in the country, and of these 13,000 had been formed since November, 13 weeks ago. Many of the clubs ran into tens of thousands of members and he estimated that there must be between 6,000,000 and 7,000,000 savers in the country. Through these clubs in the main the total of savings certificates and defence bonds amounted to £91,662,000.

Signatur

P

Keynes
John M.

094670088 BEC

Datum

1. März 1940

Nachrichten für Außenhandel (Berlin)

Nr. 52 -

Großbritannien — Erörterungen über den Keynes-Sparplan

— Pl. Amsterdam — Der Vorschlag von Keynes in seiner neuen Form wird in politischen Kreisen viel erörtert. Nach Lord Hankeys Erklärung im Oberhaus wird vielfach angenommen, daß die Regierung Maßnahmen in Richtung der Keynes-Vorschläge erwägt. Lord Stamps Ausführungen, die er kürzlich über die Gefahr der Preissteigerungen machte, lassen allgemein vermuten, daß er auf die Regierung drückt, damit sie rasche und energische Maßnahmen zur Bekämpfung der Inflation ergreife. Man ist sich aber nicht im klaren darüber, ob Stamp den Keynes-Plan befürwortet oder andere Vorschläge hat. Financial News nimmt an, daß der Keynes-Plan stark „verwässert“ wird, wenn die Regierung sich für ihn entschließen sollte. Das genannte Blatt hält die Aufnahme der Ausführungen von Keynes vor Parlamentsmitgliedern für überwiegend günstig, glaubt aber, daß die Konservativen gegen eine Kapitalabgabe nach Kriegsschluß sind. Sogar Konservative, die sonst in Finanzfragen „radikal“ sind und die Vorschläge von Keynes hinsichtlich einer Politik des billigen Geldes unterstützen, wollen die Unterstützung des Keynes-Sparplanes zurückziehen, wenn die Kapitalabgabe beibehalten bleibt. In Kreisen der Arbeiterpartei hat der Vorschlag von Keynes dadurch gewonnen, daß das Einkommen unter 250 £ vom Zwangssparen freigestellt bleiben soll. Financial News glaubt, daß die Regierungsvorschläge in Richtung des Keynes-Planes vor dem Parlament von beiden Seiten des Hauses Unterstützung finden würden.

Duplikat

Abg n34 B

Signatur

Q

*Keynes,
John M.*

09467 0089 BEC

Datum

4. März 1940

Nachrichten für Außenhandel (Berlin)

Nr. 54

Großbritannien — Zum Keynes-Sparplan

— Pl. Amsterdam — Der „Economist“ sieht den Plan von Keynes für das Kriegssparen „eher zu gemäßigt als zu drastisch“ an. Das genannte Blatt glaubt, daß in Richtung dieser Vorschläge eine Lösung der Finanzfragen des Krieges gefunden werden muß.

dupliert

Abb n 34 bs

Signatur

P

Keynes,
John M.

09467 0090 BEC

Datum 11. März 1940

Nachrichten für Außenhandel (Berlin)

Nr. 60 -

Großbritannien — Durchführung des Zwangssparplans von Keynes erwartet

— Pl. Amsterdam — Der „Economist“ hält es nicht für ausgeschlossen, daß Schatzkanzler Simon bei Vorlage des Haushaltsplans einen Zwangssparplan entsprechend den Vorschlägen von Keynes ankündigen wird. Falls keine solche Ankündigung bei Einbringung des Haushaltsplans erfolgt, sieht der „Economist“ den Plan für aufgegeben an.

Duplikat

422 73463

Signatur

P

Keynes,
John M.

09467 0091 BEC

Datum

11. März 1940

Nachrichten für Außenhandel (Berlin)

Nr. 60 -

Großbritannien — Ueberraschend scharfe Kritik Kindersley's an den Zwangssparplänen von Keynes

— Pl. Amsterdam — Der Präsident der nationalen Sparvereinigung, Robert Kindersley, wandte sich am 8. 3. in einer Rede, in der er sich für das freiwillige Kriegssparen einsetzte, gegen die Keynes-Pläne für das Zwangssparen im Kriege. Kindersley legte offen dar, daß die Aenderungen, die Keynes an seinen Vorschlägen vorgenommen hat, lediglich propagandistischen Zwecken dienen, um den wahren Charakter seines Planes zu verschleiern, der letztlich darauf abziele, den Verbrauch der Arbeiterschaft zur Vermeidung stärkerer Preissteigerungen zu beschränken und zugleich einen möglichst hohen Teil der Last der Kriegsfinanzierung auf das Lohneinkommen der Arbeiterschaft abzuwälzen.

Der „Times“ zufolge sagte Kindersley wörtlich: „Als Keynes zuerst seine Vorschläge vorlegte, zeigte er sie in all ihrer ungestalteten Nacktheit und sah, daß sie keinen Anklang fanden. Er ging daher daran, seinen Plan mit einem hübsch verblühten Rock zu bekleiden und hoffte so, die ungestalteten Glieder darunter zu verbergen. Aber wenn man es wagt, den Rock hochzuheben, so findet man darunter den gleichen häßlichen Körper wie vorher.“

Duplikat

P

Kindersley
Robert

Signatur

P

Keynes,
John M.

09467 0093 BEC

Datum 16. März 1940

Nachrichten für Außenhandel (Berlin)

Nr. 65

Großbritannien — Antrag auf Ablehnung der Zwangssparpläne von Keynes

— Pl. Amsterdam — Dem „Telegraaf“ zufolge beabsichtigt ein konservativer Abgeordneter, am 19. 3. im Unterhaus an den Schatzkanzler in Form einer Anfrage die Forderung zu stellen, die Vorschläge von Keynes über das Zwangssparen abzulehnen.

Duplikat

Stk n 3 4 B

Keynes,
John, A.

19. März 1940

09467 0094 BEC

Nachrichten für Außenhandel (Berlin)

Nr. 67 -

Großbritannien — Die Arbeiter sollen für die Kriegsfinanzierung sparen

— Pl. Amsterdam — Der Generalrat des Gewerkschaftskongresses soll am 20. 3. über die Denkschrift beraten, welche Fragen der Lohnpolitik und der Kriegsfinanzierung behandelt. Die Denkschrift ist dem gemeinsamen beratenden Industrieausschuß (der gemeinsamen Vertreter der Arbeitgeber und Gewerkschaften zur Beratung der Regierung bei Fragen des Arbeitseinsatzes) vorgelegt worden. In dieser Denkschrift wird gefordert, daß während des Krieges übertriebene Lohnsteigerungen (excessive wages) vermieden werden. Es wird als notwendig erklärt, daß der Lebensstandard zurückgeht und die Erzeugung für Zivilbedarf beschränkt wird. Außerdem wird gefordert, daß die Arbeiter einen Teil ihres Lohnes für Kriegsfinanzierung sparen. Diese Forderungen der Denkschrift stimmen weitgehend mit den Vorschlägen Keynes für die Kriegsfinanzierung überein. Bekanntlich hat Keynes hierüber auch mit dem gemeinsamen beratenden Industrieausschuß und gesondert mit den Vertretern der Gewerkschaften in diesem Ausschuß beraten. Auf seiten der Gewerkschaften besteht eine starke Ablehnung gegen Zwangssparen. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß man eine Form des „freiwilligen“ Sparens finden wird, welche den Keynes-Forderungen ausreichend entgegenkommt. Die Gewerkschaftsführung hat in letzter Zeit eine auffallend starke Bereitschaft gezeigt, den Forderungen der Regierung entgegenzukommen. Die Lohnbewegung, die vor kurzem wieder ein bedrohliches Ausmaß anzunehmen drohte, ist von ihr zum Stoppen gebracht. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Arbeiterschaft gegenüber dieser Einstellung der Gewerkschaftsführung verhalten wird.

123 004 B 3

Keynes
y. 'w.
Datum 21. März 1940

09 4 67 0095 BEC

The Times (London)

Nr. 48570

CURRENT FINANCE
PROBLEMS

MR. KEYNES'S ADDRESS
TO M.P.s

Mr. J. M. Keynes attended a meeting at the House of Commons last night of the Parliamentary Monetary Committee and spoke on some current problems of public finance. Mr. W. Craven-Ellis was in the chair. Among the matters touched upon by Mr. Keynes were rates of interest on loans—in which matter he thought the Government's policy commendable—and the working of the arrangements for the control of exports of currency, about which he had some criticisms to make.

Earlier in the day Mr. Keynes met members and advisers of the committee at a luncheon held at the House of Commons. He amused his hearers by saying that after having tried all his life to remain unorthodox he now found orthodoxy always catching him up, without even the decent time-lag of past days. He expressed the view that the Government were not doing enough to prepare public opinion for some drastic method of meeting the problems of war finance. Mr. W. M. Wiggins, president of the Federation of Master Cotton Spinners' Associations, also spoke on the relation between financial policy and industry.

094670097 BEC

The Times (London)

Nr. 48586

Mr. Keynes and His Critics

Whatever may be the fate of MR. KEYNES'S scheme of deferred pay, by common consent the discussion which it has provoked has been of enormous educational value. With a public opinion fully enlightened it should be possible to avoid the methods, or rather the lack of method, by which the last War was financed and to save ourselves from the inflation and subsequent deflation which had such disastrous effects upon our own economy and that of the world. In his letter to-day he points out that he is not putting forward an expedient, undesirable for its own sake, just for the purpose of financing the war, but rather seizing an opportunity, where the need is obvious and overwhelming, to introduce "a principle of policy which may come to be thought of as dividing the totalitarian from the free economy." This principle is that if the community's aggregate rate of spending can be regulated—by deferring pay when resources are scarce and releasing them at a time when they are abundant—then the way in which personal incomes are spent and the means by which demand is satisfied can be safely left free and individual.

In this letter he is answering MR. ROWLEY'S criticism, which emphasized the difficulties of the capital levy proposed by MR. KEYNES as an assurance that the deferred pay could be released after the war. He is convinced that such a levy would be practicable on the scale required. Other critics have found this question of the time and method of releasing the deferred pay among the most awkward of those raised by

the discussion. In MR. KEYNES'S view it is the redundant savings that will be available in the post-war slump, rather than the capital levy, which will make release practicable, and he emphasizes that this release should be gradual and should only begin when decreasing employment shows a falling off in effective demand. Whether we adopt his scheme or not we shall have, he points out, to spend to prevent unemployment after the war. If this expenditure takes the form of releasing deferred pay it will save us from having to devise large-scale Government plans of expenditure and will allow individuals to choose for themselves what they want. He contends that the great virtue of his plan is that it maintains this freedom of choice for the individual while at the same time it regulates the aggregate volume of spending, thus avoiding the disastrous alternations of boom and slump, which threaten to undermine the foundations of society. The compulsion which he proposes has thus for its object to enlarge liberty. Whether compulsion is necessary for his main purpose has yet to be proved. Voluntary savings are just as effective as deferred pay in checking the aggregate effective demand for consumable goods which are not available in sufficient quantities, and they are just as likely to be used for consumption when supplies become abundant. The better and more widespread understanding of the effects of spending and saving, for which we have to thank MR. KEYNES, should further the success of the savings campaign, and should moreover help the country to solve the financial problems which are so urgent during the war and are hardly likely to be less vital when peace is restored.

Keynes, John M.

Signatur

09467 0098

BEC

Datum 12. Apr. 1940

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

Nr. 186

12 m 1

Die Kriegsfinanzierung in England.

Ein neuer Plan von Professor Keynes.

(Drahtmeldung unseres Korrespondenten.)

D. Brüssel, 11. April. Der bekannte englische Nationalökonom, Professor John Maynard Keynes, ist schon im November mit einem Plan zur Finanzierung des Krieges und zur Vermeidung der Inflation hervorgetreten. Er hat damals wenig Anklang gefunden. Er hat denn wohl selbst die Mängel seines damaligen Planes eingesehen, denn jetzt hat er in einer Broschüre „Wie sollen wir den Krieg bezahlen?“ einen veränderten Plan vorgelegt. Dieser neue Plan wird allgemein ernster genommen, wenigstens als Grundlage für die Erörterung des Problems und vielleicht auch für die Erwägungen der Regierung. „The New Statesman and Nation“ nennt ihn „den ersten staatsmännischen Vorschlag für die Finanzführung einer kriegführenden Demokratie“. Keynes hat seinen revidierten Plan am 29. Februar vor einer Gruppe von Unterhausmitgliedern entwickelt, und am gleichen Tage ist er im Oberhaus erörtert worden. Wie alle Wirtschaftspläne geht auch der von Keynes ausgedachte auf die Erhaltung des Gleichgewichtes aus: des wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen. Ist schon die Erhaltung des wirtschaftlichen und finanziellen Gleichgewichtes schwierig, so gilt das in noch viel höherem Maße für das soziale Gleichgewicht, da seine Beurteilung sich der exakten Berechnung entzieht und stark von Wünschen und Leidenschaften bestimmt wird. Keynes nimmt in Anspruch, den Versuch gemacht zu haben, aus der Not des Krieges „positive soziale Verbesserungen zu gewinnen“. Er glaubt, daß die Ausführung seines Planes „eine bedeutende Neuverteilung der Einkommen im Hinblick auf eine größere Gleichheit“ bewirken werde.

Der Plan geht von der Schätzung des englischen Volkseinkommens auf jährlich 4850 Millionen Pfund vor dem Kriege und der Annahme seiner Steigerung während des Krieges um 825 Millionen auf 5675 Millionen aus. Andererseits wird die Erhöhung der Staatsausgaben gegen die Vorkriegszeit schon im Finanzjahr 1939/40 auf 1800 Millionen Pfund geschätzt. Von diesen 1800 Millionen sollen 500 Millionen durch Steuererhöhungen und 700 Millionen durch freiwillige Anleihen beschafft werden. Die restlichen 600 Millionen sollen durch Zwangssparen beschafft werden. Da dieser Betrag durch die Sparorganisationen, in denen er zusammenfließt, zur Zeichnung von Staatsanleihen verwendet werden soll, rühmt Keynes seinem Plan zunächst den Vorteil gegenüber der Besteuerung nach, daß dieses Zwangssparen einen Teil der

Kriegskosten der Nachkriegszeit überlasse. Der zweite Vorteil wird darin erblickt, daß der englische Bürger leichter zum Zahlungsaufschub für einen Teil seines Einkommens zu bewegen sei, als zum völligen Verzicht, den das Wegsteuern bedeute. Schließlich würde der ersparte Betrag dem privaten Konsum entzogen und dem staatlichen Verbrauch zugeleitet. Mit anderen Worten: der Plan zwänge den Bürger zur Einschränkung seines Verbrauchs und befähigte im gleichen Maße den Staat zur Erhöhung seines Konsums.

Die auf 825 Millionen Pfund geschätzte Produktionssteigerung im Kriege muß nach Keynes ganz dem privaten Verbrauch entzogen werden; ferner sollen 175 Millionen Pfund dem privaten Konsum entzogen werden; zusammen sollen also eine Milliarde Pfund vom privaten Verbrauch abgeleitet und der Staatskasse zugeführt werden. Weitere 450 Millionen Pfund sollen dem Staatsschatz aus Mitteln zufließen, die in normalen Zeiten dem Kapitalmarkt für andere Zwecke zufließen, und schließlich soll der Staatsschatz 350 Millionen Pfund aus den Gold- und Devisenreserven des Landes erhalten. Vom Standpunkt des Steuerzahlers sind von diesen insgesamt 1800 Millionen Pfund 500 Millionen durch Steuererhöhungen, 700 Millionen durch freie Anleihen und 600 Millionen durch Zwangssparen aufzubringen. Das Zwangssparen will Keynes durch Einbehaltung eines Teils der Arbeitseinkommen erreichen. Der niedrigste Satz wäre $3\frac{1}{2}$ Prozent für die Einkommen von 50 Schilling die Woche, der höchste (85 Prozent) soll die Einkommen von jährlich 20 000 Pfund treffen. Die überwiegende Mehrheit der englischen Lohn- und Gehaltsempfänger würde also von der Einbehaltung eines mehr oder weniger großen Teils ihres Arbeitseinkommens betroffen. In seinem Plan vom November 1939 hatte Keynes das Zwangssparen als Kernstück seines Planes bezeichnet. In dem neuen jetzt veröffentlichten Plane nennt er dieselbe Sache „Lohnzahlungsaufschub“. Er will damit dem Widerstand ausweichen, der sich gerade in den Schichten der englischen Bevölkerung mit niedrigem Einkommen geltend gemacht hätte. Diese können aber nach Keynes von dem Zwangssparen nicht ausgenommen werden, weil die weniger als fünf Pfund in der Woche verdienenden Engländer 88 Prozent der Bevölkerung ausmachen, weil diese 88 Prozent 60 Prozent aller persönlichen Einkommen verdienen und weil sie 66 Prozent Anteil am Gesamtverbrauch haben. Mit anderen Worten: wollte man diese

Einkommensklassen vom Zwangssparen ausnehmen, dann würden von 46 Millionen Engländern nur 24 Millionen zur Bezahlung des Krieges herangezogen, und diese hätten 75 Prozent ihrer Einkommen beizusteuern.

Keynes rühmt seinem Plan gerade eine große soziale Gerechtigkeit nach. Die weniger als fünf Pfund in der Woche verdienenden Engländer hätten 250 Millionen Pfund zum Zwangssparen beizutragen, die mehr verdienenden 350 Millionen. Auch die neuen Steuern belasten jene nur mit 150, diese aber mit 350 Millionen Pfund. Dagegen belastet die Preissteigerung seit Kriegsbeginn jene mit 125, diese mit 50 Millionen Pfund. Indessen steigert sich durch die vorausgesetzte Produktionssteigerung das Einkommen jener um 425 Millionen Pfund, und dieser nur um 400 Millionen Pfund. Den niedrigsten Einkommensklassen will Keynes auch dadurch zu Hilfe kommen, daß er die Wocheneinkommen bis zu 35 Schilling bei Unverheirateten und 45 bei Verheirateten von dem Zwangssparen und vom Steuerzahlen befreit. Außerdem sollen diese für jedes Kind eine Wochenzulage von fünf Schilling erhalten, was den Staat jährlich rund 100 Millionen kosten soll. Der Lebensstandard der niedrigsten Einkommensgruppen würde, wie Keynes annimmt, kaum, derjenige der höheren Gruppen aber um ein Drittel des Vorkriegskonsums herabgedrückt werden. Theoretisch soll nur das zusätzliche Einkommen, das sich aus der im Kriege erhöhten Produktion ergibt, „zwangsgepart“ werden.

Die Kriegsfinanzierung in England.

Ein neuer Plan von Professor Keynes.

(Drahtmeldung unseres Korrespondenten.)

D Brüssel, 11. April. Der bekannte englische Nationalökonom, Professor John Maynard Keynes, ist schon im November mit einem Plan zur Finanzierung des Krieges und zur Vermeidung der Inflation hervorgetreten. Er hat damals wenig Anklang gefunden. Er hat denn wohl selbst die Mängel seines damaligen Planes eingesehen, denn jetzt hat er in einer Broschüre „Wie sollen wir den Krieg bezahlen?“ einen veränderten Plan vorgelegt. Dieser neue Plan wird allgemein ernster genommen, wenigstens als Grundlage für die Erörterung des Problems und vielleicht auch für die Erwägungen der Regierung. „The New Statesman and Nation“ nennt ihn „den ersten staatsmännischen Vorschlag für die Finanzführung einer kriegführenden Demokratie“. Keynes hat seinen revidierten Plan am 29. Februar vor einer Gruppe von Unterhausmitgliedern entwickelt, und am gleichen Tage ist er im Oberhaus erörtert worden. Wie alle Wirtschaftspläne geht auch der von Keynes ausgedachte auf die Erhaltung des Gleichgewichtes aus: des wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen. Ist schon die Erhaltung des wirtschaftlichen und finanziellen Gleichgewichtes schwierig, so gilt das in noch viel höherem Maße für das soziale Gleichgewicht, da seine Beurteilung sich der exakten Berechnung entzieht und stark von Wünschen und Leidenschaften bestimmt wird. Keynes nimmt in Anspruch, den Versuch gemacht zu haben, aus der Not des Krieges „positive soziale Verbesserungen zu gewinnen“. Er glaubt, daß die Ausführung seines Planes „eine bedeutende Neuverteilung der Einkommen im Hinblick auf eine größere Gleichheit“ bewirken werde.

Der Plan geht von der Schätzung des englischen Volkseinkommens auf jährlich 4850 Millionen Pfund vor dem Kriege und der Annahme seiner Steigerung während des Krieges um 825 Millionen auf 5675 Millionen aus. Andererseits wird die Erhöhung der Staatsausgaben gegen die Vorkriegszeit schon im Finanzjahr 1939/40 auf 1800 Millionen Pfund geschätzt. Von diesen 1800 Millionen sollen 500 Millionen durch Steuererhöhungen und 700 Millionen durch freiwillige Anleihen beschafft werden. Die restlichen 600 Millionen sollen durch Zwangssparen beschafft werden. Da dieser Betrag durch die Sparorganisationen, in denen er zusammenfließt, zur Zeichnung von Staatsanleihen verwendet werden soll, rühmt Keynes seinem Plan zunächst den Vorteil gegenüber der Besteuerung nach, daß dieses Zwangssparen einen Teil der

Kriegskosten der Nachkriegszeit überlasse. Der zweite Vorteil wird darin erblickt, daß der englische Bürger leichter zum Zahlungsaufschub für einen Teil seines Einkommens zu bewegen sei, als zum völligen Verzicht, den das Wegsteuern bedeute. Schließlich würde der ersparte Betrag dem privaten Konsum entzogen und dem staatlichen Verbrauch zugeleitet. Mit anderen Worten: der Plan zwänge den Bürger zur Einschränkung seines Verbrauchs und befähigte im gleichen Maße den Staat zur Erhöhung seines Konjums.

Die auf 825 Millionen Pfund geschätzte Produktionssteigerung im Kriege muß nach Keynes ganz dem privaten Verbrauch entzogen werden; ferner sollen 175 Millionen Pfund dem privaten Konsum entzogen werden; zusammen sollen also eine Milliarde Pfund vom privaten Verbrauch abgeleitet und der Staatskasse zugeführt werden. Weitere 450 Millionen Pfund sollen dem Staatsschatz aus Mitteln zufließen, die in normalen Zeiten dem Kapitalmarkt für andere Zwecke zufließen, und schließlich soll der Staatsschatz 350 Millionen Pfund aus den Gold- und Devisenreserven des Landes erhalten. Vom Standpunkt des Steuerzahlers sind von diesen insgesamt 1800 Millionen Pfund 500 Millionen durch Steuererhöhungen, 700 Millionen durch freie Anleihen und 600 Millionen durch Zwangssparen aufzubringen. Das Zwangssparen will Keynes durch Einbehaltung eines Teils der Arbeitseinkommen erreichen. Der niedrigste Satz wäre $3\frac{1}{2}$ Prozent für die Einkommen von 50 Schilling die Woche, der höchste (85 Prozent) soll die Einkommen von jährlich 20 000 Pfund treffen. Die überwiegende Mehrheit der englischen Lohn- und Gehaltsempfänger würde also von der Einbehaltung eines mehr oder weniger großen Teils ihres Arbeitseinkommens betroffen. In seinem Plan vom November 1939 hatte Keynes das Zwangssparen als Kernstück seines Planes bezeichnet. In dem neuen jetzt veröffentlichten Plane nennt er dieselbe Sache „Lohnzahlungsaufschub“. Er will damit dem Widerstand ausweichen, der sich gerade in den Schichten der englischen Bevölkerung mit niedrigem Einkommen geltend gemacht hätte. Diese können aber nach Keynes von dem Zwangssparen nicht ausgenommen werden, weil die weniger als fünf Pfund in der Woche verdienenden Engländer 88 Prozent der Bevölkerung ausmachen, weil diese 88 Prozent 60 Prozent aller persönlichen Einkommen verdienen und weil sie 66 Prozent Anteil am Gesamtkonsum haben. Mit anderen Worten: wollte man diese

Einkommensklassen vom Zwangssparen ausnehmen, dann würden von 46 Millionen Engländern nur 2,4 Millionen zur Bezahlung des Krieges herangezogen, und diese hätten 75 Prozent ihrer Einkommen beizusteuern.

Keynes rühmt seinem Plan gerade eine große soziale Gerechtigkeit nach. Die weniger als fünf Pfund in der Woche verdienenden Engländer hätten 250 Millionen Pfund zum Zwangssparen beizutragen, die mehr verdienenden 350 Millionen. Auch die neuen Steuern belasten jene nur mit 150, diese aber mit 350 Millionen Pfund. Dagegen belastet die Preissteigerung seit Kriegsbeginn jene mit 125, diese mit 50 Millionen Pfund. Indessen steigert sich durch die vorausgesetzte Produktionssteigerung das Einkommen jener um 425 Millionen Pfund, und dieser nur um 400 Millionen Pfund. Den niedrigsten Einkommensklassen will Keynes auch dadurch zu Hilfe kommen, daß er die Wocheneinkommen bis zu 35 Schilling bei Unverheirateten und 45 bei Verheirateten von dem Zwangssparen und vom Steuerzahlen befreit. Außerdem sollen diese für jedes Kind eine Wochenzulage von fünf Schilling erhalten, was den Staat jährlich rund 100 Millionen kosten soll. Der Lebensstandard der niedrigsten Einkommensgruppen würde, wie Keynes annimmt, kaum, derjenige der höheren Gruppen aber um ein Drittel des Vorkriegskonsums herabgedrückt werden. Theoretisch soll nur das zusätzliche Einkommen, das sich aus der im Kriege erhöhten Produktion ergibt, „zwangsgespart“ werden.

Der Urheber des Plans hat dem Widerstand, der sich gegen seinen ersten Entwurf vom November geltend gemacht hatte, Rechnung getragen, indem er jetzt vorschlägt, daß die gesparten Beträge nach Wahl der Betroffenen an die Kassen der Arbeiterorganisationen gezahlt werden und diese sie in Staatsanleihen anlegen. Die Rückzahlung sieht er schließlich aus einer Kapitalabgabe nach dem Kriege vor.

Signatur

P

Keynes,
John A.

094670099

BEC

Datum 22. Apr. 1940

Nachrichten für Außenhandel (Berlin)

Nr. 94 - -

Großbritannien — Sparvereinigung gegen Zwangssparen

— Pl. Amsterdam — Der Präsident der Nationalen Sparvereinigung Sir Robert Kindersley hat in einer Rede in Chingford in scharfer Form gegen die Pläne des Zwangssparens Stellung genommen, welche auf Vorschläge von Keynes zurückzuführen sind. Er erklärte daß durch diese Zwangssparmaßnahmen das Nationalgefühl unweigerlich vernichtet würde.

Duplikat

Chk n34 B3

Giencke (158)
22.5.1940.

Über die richtige Anwendung der Kaufkraft.

(Om köpkraftens rätta användning)

"Industria", Stockholm, 9, 27.4.40 (Th.B.): Die Diskussion über Prof. Keynes' Vorschlag, die Kaufkraft dadurch zu neutralisieren, dass ein Verbrauch, der nicht für notwendig erachtet wird, verschoben werden muss, erhält neue Beiträge. Die Gegner dieses Planes in allen Lagern erkennen die logische Kraft der Erwägungen Keynes' und die moralische Unantastbarkeit seiner Intentionen an, aber viele schieben in demokratischer Entrüstung eine Massnahme von sich, die so wenig Aussicht hat, populär zu werden. Sie haben noch nicht fassen können, dass ihr Land gegen einen Feind kämpft, der durch keinerlei dogmatische Hemmungen beschwert ist, und sie weigern sich, die dt. These anzunehmen, dass der Krieg keine Ausnahmen von der Forderung nach einer Totalität kennt, die auch jeden Rest von Verbrauchsfreiheit aufhebt.

In einer seiner geduldigen Antworten auf die Kritik macht Keynes noch einen Versuch, der Allgemeinheit klar zu machen, um was es sich dreht. Der Anleihebedarf des englischen Staates im kommenden Finanzjahr soll 100 Mill. £ monatlich betragen. Durch Steuern oder Anleihen müsste die Allgemeinheit des halben Nationaleinkommens verlustig werden, m.a.W. die Regierung steht der Aufgabe gegenüber, von dem zivilen Verbrauch die Hälfte der laufenden Produktion fortzuleiten, um sie für Kriegsbedürfnisse zu benutzen. Keynes hält es für gleich zwecklos, zu versuchen diese riesigen Geldbeträge ohne Zwang aufzubringen, wie es es sein würde, wenn man durch freiwillige Werbung ein Millionenheer moderner Art aufstellen wollte. Wenn der Staat im nationalen Interesse das menschliche Leben zwangsweise Gefahren aussetzt, kann man dann in falscher Ehrfurcht vor den demokratischen Rechten Zwangsmaßnahmen auf anderen Gebieten des Kriegshaushaltes ausser Frage stellen? Die wirtschaftliche Widerstandskraft der Heimatfront ist ja nicht weniger bedeutungsvoll als die militärischen Operationen, denn, wie Schaffahrtminister Hudson kürzlich nachwies, "Krieg ist nicht länger eine Angelegenheit zwischen einem Heer und einem anderen."

Über die richtige Anwendung der Kaufkraft.

(Om köpkraftens rätta användning)

"Industria", Stockholm, 9, 27.4.40 (Th.E.): Die Diskussion über Prof. Keynes' Vorschlag, die Kaufkraft dadurch zu neutralisieren, dass ein Verbrauch, der nicht für notwendig erachtet wird, verschoben werden muss, erhält neue Beiträge. Die Gegner dieses Planes in allen Lagern erkennen die logische Kraft der Erwägungen Keynes' und die moralische Unantastbarkeit seiner Intentionen an, aber viele schieben in demokratischer Entrüstung eine Massnahme von sich, die so wenig Aussicht hat, populär zu werden. Sie haben noch nicht fassen können, dass ihr Land gegen einen Feind kämpft, der durch keinerlei dogmatische Hemmungen beschwert ist, und sie weigern sich, die dt. These anzunehmen, dass der Krieg keine Ausnahmen von der Forderung nach einer Totalität kennt, die auch jeden Rest von Verbrauchsfreiheit aufhebt.

In einer seiner geduldigen Antworten auf die Kritik macht Keynes noch einen Versuch, der Allgemeinheit klar zu machen, um was es sich dreht. Der Anleihebedarf des englischen Staates im kommenden Finanzjahr soll 100 Mill. £ monatlich betragen. Durch Steuern oder Anleihen müsste die Allgemeinheit des halben Nationaleinkommens verlustig werden, m.a.W. die Regierung steht der Aufgabe gegenüber, von dem zivilen Verbrauch die Hälfte der laufenden Produktion fortzuleiten, um sie für Kriegsbedürfnisse zu benutzen. Keynes hält es für gleich zwecklos, zu versuchen diese riesigen Geldbeträge ohne Zwang aufzubringen, wie es es sein würde, wenn man durch freiwillige Werbung ein Millionenheer moderner Art aufstellen wollte. Wenn der Staat im nationalen Interesse das menschliche Leben zwangsweise Gefahren aussetzt, kann man dann in falscher Ehrfurcht vor den demokratischen Rechten Zwangsmaßnahmen auf anderen Gebieten des Kriegshaushaltes ausser Frage stellen? Die wirtschaftliche Widerstandskraft der Heimatfront ist ja nicht weniger bedeutungsvoll als die militärischen Operationen, denn, wie Schöffahrtminister Hudson kürzlich nachwies, "Krieg ist nicht länger eine Angelegenheit zwischen einem Heer und einem anderen, sondern ein Kampf zwischen Fabrikant und Fabrikant, zwischen Kaufmann und Kaufmann".

Mit aller Wahrscheinlichkeit wird dieser Auslegungsstreit über den richtigen Inhalt der Demokratie bald seine Lösung

finden, wenn die Ansprüche der Wirklichkeit sich einstellen. Die englische Regierung hat ihr Vertrauen zu dem freiwilligen Sparen ausgedrückt, was die Erwägung anderer Methoden "weniger notwendig" machen müsste. Der aktuelle Wert der Keynes'schen Debatte ist der, dass sie Ausklärung über den Umfang und die Art des Finanzierungsproblems verbreitet; bald nähert sich jedoch der Augenblick, wo die Notwendigkeiten des Krieges alle demokratischen Rücksichten zur Seite werfen. Bis dahin ist es jedoch von Interesse, einige sachliche Einwände gegen das System Keynes' zu untersuchen, die sich teils gegen die praktische Geeignetheit des Zwanges verglichen mit der Freiwilligkeit richten und teils die Schwierigkeiten mit der Kapitalsteuer unterstreichen, die nach Keynes die Freimachung der ersparten Beträge nach dem Kriege sichern soll. Gemäss dem ersten Einwand hat Keynes den menschlichen Faktor in seinem statistischen Aufbau des Systems vergessen. Das ist keine ^{Tadel} ethische Bemerkung, denn Keynes hat genügend deutlich bekundet, dass sein Projekt den Vorzug vor allen anderen hat, dass es in erster Linie den Arbeiter vor den Verheerungen der Inflation rettet und "aus der Not des Krieges positive soziale Verbesserungen herüberrettet". Es ist eine rein technische Frage, die jedoch beim ersten ~~xxx~~Blick die freiwillige Form des Sparens sowohl für den Einzelnen als auch für den Staat vorteilhafter erscheinen lässt.

Die hier vertretene Auffassung gegen Keynes beruht auf der Tatsache, dass der Haushalt und nicht das Individuum die fundamentale Einkommen- und Ausgaben-einheit ist. Wenn Keynes sich denkt, dass die Abzüge von dem individuellen Lohn gemacht werden sollen, nimmt er demnach keine Rücksicht auf die wirklichen Lebensverhältnisse. Die verschiedenen Haushalte weisen nicht nur eine unbegrenzte Vielfachheit von Versorgungsmöglichkeiten auf, sondern der Geldbedarf eines Haushalts wechselt von Woche zu Woche und ist selten statisch. In einer Woche kann das gesamte Einkommen eines Haushalts steigen und in der nächsten Woche sinken. Auch die Versorgungs-

pflicht ist beständigen Verschiebungen ausgesetzt, und irgendein festes Verhältnis zwischen dem Bedarf und Einkommen im Haushalt eines Arbeitnehmers besteht nicht. Die Sparkapazität in einem Haushalt, der einen vorübergehenden und wechselnden Einkommenszuschuss durch neue Beschäftigung und Überarbeit genießt, würde demnach effektiver ausgenutzt werden können, wenn man anstatt Keynes' schematischen Abzug eine Sparform anwenden würde, die sich auf eine geschmeidigere Weise diesen Fluktuationen im Einkommen anschließen würde. Daher meint man, dass das freiwillige Sparen wesentliche Vorteile gegenüber dem zwangsweisen Sparen bietet. Die Anhänger des ersteren geben jedoch zu, dass man nicht mit Sicherheit erwarten kann, genügende Kaufkraft neutralisieren zu können, um einer Inflation vorzubeugen. Keynes' Plan bietet eine solche Garantie, und demnach scheint dieser Einwand gegen das Zwangssparen weniger erheblich zu sein.

Der andere Einwand betrifft das technische Verfahren bei der Erhebung der Kapitalsteuer, die die Auszahlung der Zusatzlöhne (deferred pay) nach Kriegsende garantieren soll. Keynes betont, dass es eher die Ersparnisse ~~xxx~~, die während der Nachkriegsdepression zugänglich werden, als die Kapitalsteuern sind, die in Wirklichkeit diese Garantie bilden werden. Keynes' Absicht mit dieser Kapitalsteuer von Vermögenssteigerung als ein Komplement zu den Zusatzlöhnen ist teilweise eine andere, sagt er. Eine Methode, den Krieg zu finanzieren, die sowohl die Inflation als auch vernichtende Steuern vermeidet, müsste eine drückende Schuldenlast hinterlassen. Eine Kapitalsteuer von etwa 5% von gesteigertem Vermögen ist das leichteste und richtigste Verfahren, diese Konsequenz zu vermeiden. Keynes deutet auch an, dass der Gedanke an eine Kapitalsteuer anziehend unter den Arbeitern wirken müsse, die dadurch eine aktuelle Verbrauchssperre mit weniger Widerwillen betrachten würden.

Der Frage der Freigabe der Sparbeträge nach dem Kriege ist nicht weniger diskutabel. Keynes will

vor wesentlichen Auszahlungen in der ersten Zeit warnen, indem grosse Anforderungen an die produktiven Hilfsquellen gestellt werden. Aber eine erste allgemeine Auszahlung von ^{210%}~~10%~~ müsste stattfinden, wenn der Umfang der Beschäftigung andeutet, dass die effektive Nachfrage auf dem Wege ^{hinzu-}schwinden (ist). Die nachfolgenden Zahlungssätze werden von dem Grad entschieden, mit dem das erhaltene Geld ausgegeben wird.

Keynes lässt sein System den Ausgangspunkt für eine allgemeine Konjunkturpolitik bilden, die er zuletzt in "Times" vom 10. April 1940 skizziert. Dadurch, dass man die Sparkontis zeitweise sperrt, würde man über den Verbrauch die Konjunkturentwicklung beeinflussen können und damit allen grosszügigen staatlichen Krisenprogrammen von staatskapitalistischem Charakter entgegen. Es ist der Same zu einer "umfassenden Sozialpolitik, die Regulierung der allgemeinen Ausgabensumme, um die vernichtenden Schwankungen von Aufschwung und Depression zu vermeiden, die sonst die Grundlagen der Volksgemeinschaft weiter unterminieren würden", eine prinzipielle Politik, von der man annehmen kann, dass die die Grenzlinie zwischen der totalitären und der freien Haushaltform angibt.

"Denn wenn der gesamte Ausgabenbedarf der Allgemeinheit geregelt werden kann, dann kann die Art und Weise, wie die Einkommen der Einzelnen ausgegeben werden, und die Mittel, wodurch der Bedarf befriedigt wird, ruhig der individuellen Entscheidung überlassen werden".

In Kriegszeiten ist, sagt Keynes, diese Methode die einzige, durch die man die Vernichtung der freien Wahl und Initiative durch die Tyrannei der totalen Rationierung vermeidet. In Friedenszeiten kann nur dieses Prinzip den Raum bestimmen, innerhalb dem die freie Wahl und Initiative des Individuums ruhig frei gelassen werden können. Dies ist die einzige Art von Zwang, deren Wirkung die ist, die Freiheit auszudehnen.

Einige Kritiker Keynes' vertreten auch den Gesichtspunkt, dass ein hoher Lebensstandard während eines Krieges die moralische und physische Widerstandskraft des Volkes stärkt und alle Massnahmen, die eine Standardsenkung mit sich führen, vom Übel sind. Dem Argument fehlt praktischer Wert, da es nicht mit dem Inflationsfall rechnet, hat aber Anlass zu einer Erörterung über die richtige Anwendung der überflüssigen Kaufkraft gegeben. Für die Volkswirtschaft ist es nämlich von wesentlicher Bedeutung, nicht nur, dass ein Sparen stattfindet, sondern auch welche von den normalen Ausgabenposten_x von der freiwilligen oder auferlegten Verknappung im Haushalt betroffen werden.

Die Frage einer klugen und falschen Sparsamkeit wurde von Prof. Pigou in der "Times" erörtert; seine Ansichten wurden von Prof. Jörgen Pedersen in "Berlingske Tidende" teilweise übernommen und angewandt. Ersterer hatte ja Rücksicht zu nehmen auf ein Land, das sich im Kriege befindet, letzterer rechnet nur mit Beschäftigungsfaktoren, aber beide sind sich darüber einig, dass die Sparsamkeitspropaganda mit Vorsicht insofern betrieben werden muss, dass eine Abstufung der Ausgaben der einzelnen Personen mit Rücksicht auf die Volkswirtschaft stattfindet.

Sparsamkeit ist eine nationale Pflicht, die erzwungen werden muss, wenn der Gemeinschaftsgeist kein ausreichendes Motiv ist, erklärt Pedersen. Aber so lange eine umfassende Arbeitslosigkeit besteht, ist eine solche Lenkung des Verbrauches wünschenswert, dass der Verbrauch und die Inanspruchnahme von devisenfordernden Waren und Dienstleistungen auf ein Minimum gebracht wird, während die Nachfrage nach im Inlande hergestellten Waren, die nicht für die Ausfuhr bestimmt sind, zum mindesten aufrechterhalten wird. Pedersen spricht also gleichzeitig der Erhöhung und der Verringerung des Verbrauches das Wort, ersteres für inländische Produktion, letzteres für Waren, die Devisen kosten. Das Mittel, eine solche Sonderung des Verbrauches durchzuführen, ist die Erhöhung der Preise für devisenfördernde

Waren oder -was dasselbe ist- die Senkung der Preise für inländische Waren. Letzteres setzt Lohnverringerung voraus, und ersteres ist also leichter durchzuführen. Was man erreichen muss, ist eine solche Verschiebung der beiden Preisgruppen, dass die Nachfrage sich immermehr auf die einheimischen Zugänge richtet.

Jörgens Pedersens Auslegung dürfte verschiedene Berichtigungen erfordern, nachdem eine fremde Macht es übernommen hat, die Interessen des dänischen Volkes zu vertreten und zu entscheiden. Die unmittelbare Massnahme dürfte eine kräftige Beschneidung des Lebensstandards werden - ein anderer Ausweg, die Arbeitslosigkeit loszuwerden, als sich die dänische Regierung gedacht hat.

Dagegen behält Pigous populär angelegte Anleitung in der Kunst des Sparens seine Aktualität bei.

Seine Hauptthese ist, dass, wenn bei vollem Kriege alle produktiven Hilfsquellen, die aufgehört haben, dem zivilen Verbrauch zu dienen, in den Dienst des Staates genommen sind, jede Art von privater Sparsamkeit nützlich ist. Aber noch herrscht eine gewisse Arbeitslosigkeit, die auch Arbeitsfähige umfasst, was bedeutet, dass viele zivile Beschäftigungen untätig daliegen und nicht vom Kriegsapparat absorbiert wurden. Unter solchen Verhältnissen dürfte es so sein, dass Hilfsquellen, die von der privaten Versorgung freigemacht wurden, durch weitere Sparsamkeit ohne irgendwelchen Gewinn für das Land ^{zur} Beschäftigungslosigkeit verurteilt werden würden. Der Kriegsapparat muss Zeit bekommen, diese Arbeitskraft zu absorbieren, und nicht bevor die Arbeitslosigkeit Anzeichen einer schnellen und kräftigen Verringerung zeigt ist die Zeit da, bis zum äussersten zu sparen.

Aber bis dahin müsste die Sparsamkeitspropaganda differenziert werden. Bei Rationierung gibt es keine Verbrauchswahl, aber für nicht rationierte Waren ist es von Bedeutung für den Staat, wie die freie Wahl erfolgt. Es gibt gewisse Arten Ausgaben, deren Abknappung keine wirkliche Sparsamkeit ist, sondern nur eine Verlegung der Last auf andere,

z.B. die Wohltätigkeit, private Pensionierung u. dgl. Im Preise verschiedener Waren sind hauptsächlich Steuern enthalten, und wenn wir auf diese verzichten, dann ist vom Standpunkt des Staates unsere Sparsamkeit nur für den Teil, der nicht aus Steuern besteht, von Wert.

Nützlich ist nur, wenn man sich bereits zu einem frühen Stadium vom Einkauf von Waren fernhält, zu deren Herstellung Berufsarbeit und Metalle erforderlich sind, denn sowohl an Facharbeitern als auch an Stahl herrscht Knappheit seit Beginn der Verteidigungsbereitschaft. Ebenfalls muss man Einfuhrwaren vermeiden, die Schiffstonnage einnehmen und ausländische Devisen verbrauchen, und man muss Vorsicht beim Einkauf solcher einheimischer Produkte beobachten, deren Ausfuhr dem Lande fremde Devisen bringt.

Pigou gibt einem jeden den Rat, selbst eine Bilanz zwischen dem Nutzen, den eine gewisse Sparsamkeit seinerseits dem Lande bringen würde, und dem Abbruch zu ziehen, die sie für ihn und seine Familie bedeuten würde. Nur die objektiven Verhältnisse können entscheiden, wo die Grenze zu ziehen ist. "Economist" drücke dasselbe mit der Definition: Unter Luxus versteht man das, für das andere selbst ihr Geld nicht anlegen dürfen, aus.

094670101 BEC

27. Apr. 1940

Nachrichten für Außenhandel (Berlin)

Nr. 99 - - -

Großbritannien — Scharfe Kritik am neuen Haushaltsplan

— Pl. Amsterdam — Keynes übt in einem offenen Brief an die „Times“ am 25. 4. scharfe Kritik an dem Haushaltsplan. Er hält die Ausgabenschätzung für viel zu niedrig. Seiner Ansicht nach müßten wenigstens 500 Mill. £ mehr ausgegeben werden als veranschlagt worden ist, wenn Großbritannien mit seinen Anstrengungen für den Krieg den Leistungen Deutschlands oder Frankreichs nahekomen will. Keynes sieht im Haushaltsplan keine ausreichenden Maßnahmen zur Bekämpfung inflatorischer Erscheinungen. Er glaubt, daß die Entscheidung über die wichtigsten Fragen der Finanzpolitik hinausgezögert werde. Seiner Auffassung nach hat man früher oder später zu wählen zwischen 1. dem Fortschreiten der Inflation, 2. der Begrenzung der Löhne und gemäßigter Inflation (limited inflation), 3. der Kürzung des Verbrauchs und umfassenderer Rationierung, 4. der Steuer auf Löhne und 5. dem Zahlungsaufschub für Löhne (wie Keynes in letzter Zeit sein System für Zwangsparen nennt). Keynes spricht die Hoffnung aus, daß bald ein anderer „richtiger“ Haushaltsplan vorgelegt wird.

Im Unterhaus wurde am 25. 4. sehr scharfe Kritik am Haushaltsplan vorgebracht. Arbeiterabgeordneter Dalton hielt die Rüstungsausgaben für sehr unzureichend. Er wies darauf hin, daß der Lebensstandard der Masse stark absinken wird. Er wandte sich dagegen, daß man behauptet, die Steuerbelastung der Reichen hätte bereits ihre praktische Grenze erreicht; man könne keineswegs von Gleichheit der Opfer im Haushaltsplan sprechen. Eine Vermögensabgabe in Höhe von 2 % sollte für Personen mit einem Einkommen über 10 000 £ im Jahr durchgeführt werden. Dies würde 240 Mill. £ im Jahr erbringen. Arbeiterabgeordneter Clement Davies erklärte, daß man diesen Haushaltsplan keineswegs als Kriegshaushaltsplan bezeichnen könne. Es sei ein Friedenshaushaltsplan mit einigen Zuschlägen. Er warf offen die Frage auf, ob es richtig sei, daß man Frankreich eine größere Kriegslast tragen lassen wolle als Großbritannien. Sehr scharf war die Kritik, die Dife Davies an der Kreditpolitik von Simon übte. Er wies nach, daß es unmöglich sei, auf normalem Kreditwege 1,4 Mrd. £ aufzubringen, wie es im Haushaltsplan vorgesehen sei. Von der Kriegsanleihe ständen dem Schatzkanzler noch 100 Mill. £ zur Verfügung. Durch Verkauf von Gold und Auslandsguthaben könnten rd. 350 Mill. £ aufgebracht werden. Gespart würden in Großbritannien im Jahr normal 600 Mill. £. Doch, wie wolle der Schatzkanzler

die fehlenden 700 Mill. £ aufbringen? Er warf die Frage auf, mit welchem Recht der Schatzkanzler sich über diese Frage optimistisch äußern könnte. Welche Pläne hätte der Schatzkanzler, wenn er die Vorschläge von Keynes für das Zwangsparen zurückweise?

Simons Antwort gegenüber der Kritik wirkte äußerst matt. Er erklärte, daß er bei Kriegsbeginn versucht hätte, die Bestreitung der Ausgaben durch Steuern und Kredite im Verhältnis von 50 zu 50 zu halten. Er mußte jedoch bemerken, daß dies „sehr schwierig“ sei. Er beschränkte sich in seiner Antwort dann vor allem auf eine Verteidigung der Begrenzung der Dividenden der Aktiengesellschaften.

Duplikat

Abb m 1

P

Keynes
John, Ch.

09467 0102 BEC

Datum

8. Mai 1940

Nachrichten für Außenhandel (Berlin)

Nr. 106

Großbritannien — Zwangssparen in Erwägung gezogen
— Pl. Amsterdam — Sir John Simon erklärte in einer Rede vor der nationalen Sparvereinigung, daß die Regierung das Zwangssparen gegenwärtig noch ablehne. Man müsse erst sehen, wie sich das freiwillige Sparen bewähren werde. Falls dieses kein befriedigendes Ergebnis zeitigen sollte, werde die Regierung nicht zögern, zu einem Zwangssparen überzugehen, wie es in den Plänen von Keynes vorgeschlagen wird. Simon hob in seiner Rede weiter hervor, daß bei der schwierigen Lage, in der sich Großbritannien befindet, „in der Gefahr, überrannt und versklavt zu werden, keine Begrenzung der Ausgaben vorgenommen werden könne. Wir wollen keine Grenze für die Ausgaben setzen, weil wir um jeden Preis die größten Anstrengungen für das Ziel, den Krieg zu gewinnen, machen müssen.“

Duplikat

122 23 4/3

Keynes, John M

Signatur.....

09467 0103 BEC

Datum 3. Juli 1940

Hamburger Fremdenblatt

Nr. 180

Keynes als Schatzamtsberater

Meldung unseres Vertreters

a. Stockholm, 3. Juli

Eine weitgehende Umstellung der englischen Finanzpolitik kündigt sich in dem Beschluß an, daß Professor Keynes, der englische Wirtschaftstheoretiker, zusammen mit Vertretern der Banken, der Industrie, des Handels und der Gewerkschaften in ein neues beratendes Gremium des britischen Schatzamtes eingeschaltet werden soll. Offiziell heißt es, daß eine Beschleunigung der finanzpolitischen Arbeit des Schatzamtes erzielt werden soll. Angesichts der Gegensätze zwischen Keynes und der amtlichen Finanzpolitik Englands im Kriege kann diese Beschleunigung nur nach einer grundsätzlichen Umwälzung in der englischen Finanzpolitik erreicht werden.

Keynes vertritt die Auffassung, daß eine Inflation in England nur durch Rationierung, kräftige Besteuerung, Stabilhaltung von Löhnen und Preisen und geregeltes Zwangssparen verhindert werden kann.

Diese Pläne von Keynes wurden im Herbst sehr kühl aufgenommen, insbesondere von den Politikern und von den Vertretern der Arbeiterschaft, die eine einseitige Belastung der Arbeiterschaft mit Kriegskosten fürchteten. Andererseits stieß Keynes in Bankkreisen auf grundsätzliche Zustimmung zu seinen Plänen, eine Preisinflation durch die Ausschaltung von Lohn-erhöhungen auf Grund des Lebenshaltungsindex und auf Grund der Verknappung des Warenangebots zu verhindern. Inzwischen scheint man in England nach den schlechten Erfahrungen mit der neuen Rüstungs-anleihe und dem Nachlassen der Spartätigkeit der breiten Massen zu der Auffassung gekommen zu sein, daß die Pläne von Keynes doch erforderlich sein könnten, um Englands Finanzpolitik im richtigen Gleis zu halten, wobei jedoch auch diese Erkenntnis in England reichlich spät, wenn nicht zu spät erfolgt, ebenso wie man nicht rechtzeitig erkannt hat, daß eine allgemeine Rationierung notwendig gewesen wäre, als es erforderlich war, Arbeitskräfte aus den Verbrauchsgüterindustrien für die Rüstungs-wirtschaft freizumachen.

Die Bestellung von Lord Catto, der bisher Generaldirektor für die Ausrüstung und für die Lagerbestände im britischen Munitionsministerium war, zum finanziellen Berater des britischen Schatzamtes dürfte auf die Klagen der Rüstungswirtschaft zurückzuführen sein, daß im englischen Schatzamt die finanzielle Prüfung von Rüstungsbestellungen zu lange Zeit in Anspruch nimmt.

Keynes in Theorie und Praxis

Der englische Nationalökonom John Maynard Keynes hat kürzlich im Londoner Rundfunk eine Darstellung der Finanz- und Wirtschaftslage Großbritanniens gegeben, deren besondere Sachlichkeit er dadurch zu unterstreichen suchte, daß er betont, „alle Unterlagen für seine Untersuchung seien ihm bereitwilligst zur Verfügung gestellt worden“. Es kann nicht verwundern, daß der Gesamttenor außerordentlich optimistisch ist, daß nach Keynes Englands Schäden „bei weitem überschätzt“, seine Reserven aber „zu wenig gewürdigt werden“. Die gesamten Vorräte Großbritanniens seien heute größer als im Jahre 1937. Warum gerade das Jahr 1937 gewählt wird, ist nicht recht ersichtlich, denn Englands Bemühungen, sich Kriegsreserven anzulegen, begannen damals erst, und in den Unterlagen, die Herrn Keynes zur Verfügung standen, werden sich für 1938 oder 1939 sicher höhere Vorratsziffern nachweisen lassen.

Im übrigen besagt es gar nichts, daß England heute reicher sei als 1937, denn die Beanspruchung der Vorräte ist ja um ein Tausendfaches gestiegen, ihre Ergänzungsmöglichkeit ebenso gesunken. Keynes kann nicht ernstlich davon überzeugt sein, daß die Verluste bei der englischen Schifffahrt „nicht größer als Englands Fähigkeit sei, neuen Schiffsraum zu bauen“. Die englischen Docks und Hellingen sind bis zum letzten Platz mit havarierten Dampfern belegt, ja, die englische Kriegsmarine mußte das Schlachtschiff „Warspite“ von Narvik bis nach Alexandria schleppen lassen, das es in England selber keine Reparaturmöglichkeiten gab. Ebenso wenig wird Keynes seine Hörer mit sophistischen Wendungen wie dieser, daß die Schäden der deutschen Luftangriffe in den ersten elf Monaten im Laufe eines einzigen Monats wieder hätten gutgemacht werden können, überzeugen. Denn es ist allgemein bekannt, daß die deutschen Großangriffe erst im September eingesetzt und daß heute die Schäden eines einzigen Monats auch in elf Monaten nicht annähernd wieder repariert werden können.

Keynes ist als typischer Nationalökonom der liberalen Schule noch der irrigen Auffassung, Rationierung sei ein Zeichen von Mangel. Wir wissen in Deutschland aus den Erfahrungen des Weltkrieges, daß man mit vollen Händen verbrauchen kann und seine Reserven bald erschöpft hat, wir wissen aber auch, daß wir in diesem Krieg vom ersten Tage an rationiert haben, eben weil unsere Bestände eine gleichmäßige Dauerversorgung und eine gleichmäßige Preisbildung ermöglichen. Wenn Keynes meint, in England seien die Reserven an Verbrauchsgütern so groß, daß eine Rationierung unratsam wäre, so wird den Theoretiker Keynes ein Blick in die englische Presse vom Gegenteil überzeugen. Wenn der englische Arbeiter nach Keynes Schinken, Wurst und Schweinefleisch kaufen kann so viel wie er will, so kann ihm der „Daily Express“ den Grund verraten: $\frac{2}{3}$ des englischen Schweinebestandes müssen vor dem Winter geschlachtet werden, da keine Futtermittel vorhanden sind. England schwelgt also im Augenblick in einem Ueberfluß an Schweinefleisch — der Mangel wird aber im Winter voraussichtlich so groß sein, daß die Fleischration um 50 % gekürzt werden muß. Daß unter solchen Umständen der Lebensstandard des englischen Arbeiters höher sei als je zuvor, ist eine Utopie, zumal wenn man in der „Daily Mail“ liest, daß die Lebenshaltungskosten im Weltkrieg um 125 % stiegen, heute aber bereits 300 bis 400 % höher liegen.

Schließlich kommt Keynes auf die Frage der Kriegsfinanzierung. Die Tatsache, daß das englische Budgetdefizit bereits auf 54 Mill. Pfund pro Woche angelaufen ist, veranlaßt Keynes zu unterstreichen, daß mehr Geld vom Arbeiter an Steuern in die Staatskasse fließen müsse, und zwar mit drastischeren Methoden. Bisher bestehe noch „keine ins Gewicht fallende budgetmäßige Inflation“. „Daily Mail“ hat aber schon vor kurzem darauf hingewiesen, daß sich England mit dem Tempo von 1 Milliarde Pfund pro Jahr auf die Straße der Inflation begeben hat. Wenn Keynes meint, daß

Keynes in Theorie und Praxis

Der englische Nationalökonom John Maynard Keynes hat kürzlich im Londoner Rundfunk eine Darstellung der Finanz- und Wirtschaftslage Großbritanniens gegeben, deren besondere Sachlichkeit er dadurch zu unterstreichen suchte, daß er betont, „alle Unterlagen für seine Untersuchung seien ihm bereitwilligst zur Verfügung gestellt worden“. Es kann nicht verwundern, daß der Gesamttenor außerordentlich optimistisch ist, daß nach Keynes Englands Schäden „bei weitem überschätzt“, seine Reserven aber „zu wenig gewürdigt werden“. Die gesamten Vorräte Großbritanniens seien heute größer als im Jahre 1937. Warum gerade das Jahr 1937 gewählt wird, ist nicht recht ersichtlich, denn Englands Bemühungen, sich Kriegsreserven anzulegen, begannen damals erst, und in den Unterlagen, die Herrn Keynes zur Verfügung standen, werden sich für 1938 oder 1939 sicher höhere Vorratsziffern nachweisen lassen.

Im übrigen besagt es gar nichts, daß England heute reicher sei als 1937, denn die Beanspruchung der Vorräte ist ja um ein Tausendfaches gestiegen, ihre Ergänzungsmöglichkeit ebenso gesunken. Keynes kann nicht ernstlich davon überzeugt sein, daß die Verluste bei der englischen Schifffahrt „nicht größer als Englands Fähigkeit sei, neuen Schiffsraum zu bauen“. Die englischen Docks und Hellingen sind bis zum letzten Platz mit havarierten Dampfern belegt, ja, die englische Kriegsmarine mußte das Schlachtschiff „Warspite“ von Narvik bis nach Alexandria schleppen lassen, das es in England selber keine Reparaturmöglichkeiten gab. Ebensowenig wird Keynes seine Hörer mit sophistischen Wendungen wie dieser, daß die Schäden der deutschen Luftangriffe in den ersten elf Monaten im Laufe eines einzigen Monats wieder hätten gutgemacht werden können, überzeugen. Denn es ist allgemein bekannt, daß die deutschen Großangriffe erst im September eingesetzt und daß heute die Schäden eines einzigen Monats auch in elf Monaten nicht annähernd wieder repariert werden können.

Keynes ist als typischer Nationalökonom der liberalen Schule noch der irrigen Auffassung, Rationierung sei ein Zeichen von Mangel. Wir wissen in Deutschland aus den Erfahrungen des Weltkrieges, daß man mit vollen Händen verbrauchen kann und seine Reserven bald erschöpft hat, wir wissen aber auch, daß wir in diesem Krieg vom ersten Tage an rationiert haben, eben weil unsere Bestände eine gleichmäßige Dauerversorgung und eine gleichmäßige Preisbildung ermöglichen. Wenn Keynes meint, in England seien die Reserven an Verbrauchsgütern so groß, daß eine Rationierung unratsam wäre, so wird den Theoretiker Keynes ein Blick in die englische Presse vom Gegenteil überzeugen. Wenn der englische Arbeiter nach Keynes Schinken, Wurst und Schweinefleisch kaufen kann so viel wie er will, so kann ihm der „Daily Express“ den Grund verraten: $\frac{2}{3}$ des englischen Schweinebestandes müssen vor dem Winter geschlachtet werden, da keine Futtermittel vorhanden sind. England schwelgt also im Augenblick in einem Ueberfluß an Schweinefleisch — der Mangel wird aber im Winter voraussichtlich so groß sein, daß die Fleischration um 50 % gekürzt werden muß. Daß unter solchen Umständen der Lebensstandard des englischen Arbeiters höher sei als je zuvor, ist eine Utopie, zumal wenn man in der „Daily Mail“ liest, daß die Lebenshaltungskosten im Weltkrieg um 125 % stiegen, heute aber bereits 300 bis 400 % höher liegen.

Schließlich kommt Keynes auf die Frage der Kriegsfiananzierung. Die Tatsache, daß das englische Budgetdefizit bereits auf 54 Mill. Pfund pro Woche angelaufen ist, veranlaßt Keynes zu unterstreichen, daß mehr Geld vom Arbeiter an Steuern in die Staatskasse fließen müsse, und zwar mit drastischeren Methoden. Bisher bestehe noch „keine ins Gewicht fallende budgetmäßige Inflation“. „Daily Mail“ hat aber schon vor kurzem darauf hingewiesen, daß sich England mit dem Tempo von 1 Milliarde Pfund pro Jahr auf die Straße der Inflation begeben hat. Wenn Keynes meint, daß England jetzt erst eigentlich beginne, seine Reserven zu entwickeln, um dann eine erstaunliche Schwungkraft zu erlangen, so wird er in praxi feststellen müssen, daß der größte Teil seiner Auslandsguthaben bereits realisiert worden ist, daß das Pfund als internationale Devise von der Bildfläche abgetreten ist und daß die „Reserven von 1937“ nicht im entferntesten ausreichen werden, einen Krieg von 1940 durchzuhalten.

Deutsche Bergwerks-Zeitung (Düsseldorf)

Nr. 218

J. M. Keynes falsche Wissenschaft

Berlin, 17. September. Einen der merkwürdigsten Vorträge, die in den letzten Wochen über den Londoner Rundfunk verbreitet wurden, hielt dieser Tage der Nationalökonom John M. Keynes. In seiner professoralen Darstellung der Finanz- und Wirtschaftslage Englands kam dieser Gelehrte zu der Feststellung, daß das britische Reich zwar Gold an Amerika abgeben müsse und etwa 1,5 Mill. t Schiffsraum verloren habe, daß jedoch trotzdem seine Gesamtverträge noch größer seien als im Jahre 1937. Die Schiffsverkehrsverluste seien nicht größer als die britische Fähigkeit zu Ersatzbauten, und die Schäden der deutschen Luftangriffe in den ersten elf Kriegsmonaten hätten in einem einzigen Monat wiedergutmacht werden können. Grundlegend sei zu berücksichtigen, daß Großbritannien aus allen Teilen der Welt das beziehen könne, was es braucht. Überdies stünden noch große Reserven an Verbrauchsgütern zur Verfügung, und eine Rationierung sei daher unnötig und unratsam.

Englands Methode bestehe darin, daß der Arbeiter mehr verdienen möge, um mehr kaufen zu können. Man müsse allerdings auch drastischere Methoden zur besseren steuerlichen Erfassung der Arbeiter anwenden, obwohl bisher keine irgendwie ins Gewicht fallende budgetmäßige Inflation bestehe. Die inneren Preise Englands seien längst nicht in dem gleichen Maße wie die Preise für ausländische Waren gestiegen. Großbritannien pflege stets erst langsam in Schwung zu kommen, und es beginne jetzt seine Reserven zu entwickeln, worauf es dann eine erstaunliche Schwungkraft erlangen werde.

Zu diesen lichtvollen Ausführungen von Professor Keynes ist zunächst festzustellen, daß es der Redner mit den Tatsachen, die sich im Verlauf des ersten Kriegsjahres ergeben haben, nicht allzu genau nahm. Es ist bekannt, daß England an Amerika nicht einfach so beiläufig etwas Gold abgeben mußte, sondern daß es fast seine gesamten Goldbestände nach New York zu überführen gezwungen war, daß es außerdem die im Besitz seiner Bürger befindlichen wertvollen amerikanischen Wertpapiere beschlagnahmte und zwecks Dollarbeschaffung in den Vereinigten Staaten abstoßen und daß es darüber hinaus sogar bereits zur Veräußerung britischer Unternehmen in den Dominions und selbst zu Anleiheversuchen bei den neutralen Ländern, wie Argentinien, schreiten mußte. Der durch deutsche Waffeneinwirkung verlorengegangene Schiffsraum beläuft sich auch keineswegs auf nur 1,5 Mill. BRT., sondern auf mehr als 6 Mill. BRT., wobei überdies in Rechnung zu stellen ist, daß die früher nach dem europäischen Kontinent fahrenden britischen Schiffe heute zur Beschaffung der für Englands Versorgung notwendigen Güter nach den Vereinigten Staaten, Südafrika, dem Fernen Osten und Australien fahren müssen, was infolge der um ein Vielfaches längeren Fahrtdauer effektiv einem erheblichen Verlust an Handelschiffsraum gleichkommt. Auch bezüglich der optimistischen Behauptung über Englands Fähigkeit zu Ersatzbauten hätte Pro-

fessor Keynes wohl besser zuvor beim britischen Schiffsahrts- und Arbeitsministerium nähere Erkundigungen einziehen sollen, denn diese Fähigkeit ist bereits bedeutsam geschrumpft, weil eine Reihe von Werften an der Süd- und Westküste Englands infolge der deutschen Waffeneinwirkungen ausgefallen sind und außerdem die britische Werftindustrie schon seit langer Zeit über fühlbaren Mangel an Facharbeitern und Material klagt. Man wird sicherlich ernsthaft bezweifeln dürfen, ob England allein die in der vergangenen Woche in London durch deutsche Bomben zerstörten Docks und Speicher selbst in einem ganzen Jahr wieder aufzubauen vermöchte.

Englands Bezugsmöglichkeiten aus allen Teilen der Welt, denen Professor Keynes so „grundlegendes Gewicht“ beimißt, sind keineswegs mehr so unbegrenzt, wie man es in London wünschen möchte. Zunächst ist es unbestreitbar, daß es britische Bezugsmöglichkeiten auf dem europäischen Kontinent und im Mittelmeerraum überhaupt nicht mehr gibt. Man habe darüber hinaus in der ganzen Welt schon erkennen müssen, daß sich die britischen Bezüge auf den für England noch zugänglichen Märkten in Übersee in den meisten Fällen keineswegs vermehrt, sondern fast allgemein vermindert haben. Dies ist eine Folge des fehlenden Schiffsraumes, was bekanntlich auch von britischen Ministern zugegeben wurde. Es ist zugleich eine Folge der England immer mehr fehlenden Devisen, die es restlos für dringlichste Kriegsmaterial- und Rüstungsrohstoffe einsetzen muß. Bekanntlich ist es notwendig geworden, in England selbst eine Reihe von Lebensmitteln und Rohstoffen schärfstens zu rationieren, obwohl in den Dominien teilweise bedeutende Lagerbestände zur Verfügung wären, infolge Transportschwierigkeiten aber nicht herangeschafft werden können. Die großen Reserven an Verbrauchsgütern, die eine Rationierung unnötig machen sollen, glaubt Professor Keynes niemand mehr. Denn die zahlreichen neuen Rationierungen und Rationierungsverschärfungen in den letzten Wochen reden eine andere Sprache. Es ist geradezu eine Frivolität, wenn ein Mann wie Keynes behauptet, daß der britische Arbeiter Wurst, Schinken, Schweinefleisch, Bekleidungsgegenstände und Schuhe kaufen könne, wie er wolle. Keynes muß genau wissen, daß die meisten dieser Waren, vor allem auch Textilerzeugnisse, zunächst einmal dadurch rationiert wurden, daß die Herstellerfirmen in der Regel nur noch 25% des friedensmäßigen Bedarfs an den Handel liefern dürfen. Hinzu kommt, daß die Preise für alle diese Waren im Verlauf eines Jahres so gewaltig angestiegen sind, Lebensmittel um fast 60%, Textilerzeugnisse um fast 70%, daß es allein schon dadurch dem britischen Arbeiter, dessen Entlohnung mit der rapiden Preisteigerung nicht einmal zu einem Drittel Schritt halten konnte und der überdies heute ein Mehrfaches an Steuern gegenüber früher zahlen muß, völlig unmöglich ist, auch nur annähernd die Mengen zu kaufen, die er früher erwarb. Trotzdem verlangt Keynes noch drastischere Besteuerungsmethoden gegenüber der britischen Arbeiterschaft. Mit seiner Feststellung, daß bisher noch keine „irgendwie ins Gewicht fallende“ budgetmäßige Inflation bestehe, gibt er immerhin indirekt den Beginn einer Inflation zu, wenngleich er deren bereits deutlich erkennbaren Umfang noch schamhaft verhüllt.

England kommt zu langsam in Schwung

Einen der merkwürdigsten Vorträge, die in den letzten Wochen über den Londoner Rundfunk verbreitet wurden, hielt dieser Tage der nicht ganz unbekannte Nationalökonom John M. Keynes. Dabei hat es der Redner mit den Tatsachen, die sich im Verlauf des ersten Kriegsjahres ergeben haben, nicht allzu genau genommen. Was er im einzelnen gesagt hatte, geht aus den folgenden Widerlegungen hervor. Es ist bekannt, daß England an Amerika nicht einfach so beiläufig etwas Gold abgeben mußte,

sondern daß es fast seine gesamten Goldbestände nach Newyork zu überführen gezwungen war,

daß es außerdem die im Besitz seiner Bürger befindlichen wertvollen amerikanischen Wertpapiere beschlagnahmen und zur Dollarbeschaffung in den Vereinigten Staaten abstoßen, und daß es darüber hinaus sogar bereits zur Veräußerung britischer Unternehmen in den Dominien und selbst zu Anleiheversuchen bei den neutralen Ländern, wie Argentinien, schreiten mußte. Der durch deutsche Waffeneinwirkung verlorengegangene Schiffsraum beläuft sich auch keineswegs auf nur 1,5 Mill. BRT, sondern auf mehr als 6 Mill. BRT, wobei überdies in Rechnung zu stellen ist, daß die früher nach dem europäischen Kontinent fahrenden britischen Schiffe heute zur Beschaffung der für Englands Versorgung notwendigen Güter nach den Vereinigten Staaten, Südafrika, dem Fernen Osten und Australien fahren müssen, was infolge der um ein Vielfaches längeren Fahrtdauer effektiv einem erheblichen Verlust an Handelsschiffsraum gleichkommt. Auch bezüglich der optimistischen Behauptung über Englands Fähigkeit zu Ersatzbauten hätte Professor Keynes wohl besser zuvor beim britischen Schiffsfahrts- und Arbeitsministerium nähere Erkundigungen einziehen sollen, denn diese Fähigkeit ist bereits bedeutsam geschrumpft, weil eine Reihe von Werften an der Süd- und Westküste Englands infolge der deutschen Waffeneinwirkungen ausgefallen ist und weil außerdem

die britische Werftindustrie schon seit langer Zeit über sehr fühlbaren Mangel an Facharbeitern und Material klagt.

Nach den heute zahlreiche vorliegenden unbefangenen Urteilen neutraler Journalisten und Sachverständigen erscheint es auch sehr fraglich, ob Englands Wirtschaft die durch deutsche Luftangriffe verursachten Schäden so nebensächlich in Rechnung stellen und so spielerisch ertragen kann. Man wird sicherlich ernsthaft bezweifeln dürfen, ob England allein die in der vergangenen Woche in London durch deutsche Bomben zerstörten Docks und Speicher selbst in einem ganzen Jahr wieder aufzubauen vermöchte.

Englands Bezugsmöglichkeiten aus allen Teilen der Welt, denen Professor Keynes so „grundlegendes“ Gewicht beimißt, sind auch keineswegs mehr so unbegrenzt, wie man es in London wohl wünschen möchte. Zunächst ist es

unbestreitbare Tatsache, daß es britische Bezugsmöglichkeiten auf dem europäischen Kontinent und im Mittelmeerraum überhaupt nicht mehr gibt.

Man hat aber darüber hinaus in der ganzen Welt schon erkennen müssen, daß sich die britischen Bezüge auf den für England noch zugänglichen Märkten in Übersee in den meisten Fällen keineswegs vermehrt, sondern fast allgemein bedeutend vermindert haben. Dies ist eine Folge des fehlenden Schiffsraums, was auch von britischen Ministern schon mehrfach zugegeben wurde. Es ist zugleich eine Folge der England immer mehr fehlenden Devisen, die es heute restlos für dringlichste Kriegsmaterial- und Rüstungsrohstoffkäufe einsetzen muß. Auch ist es notwendig geworden, in England selbst eine Reihe von Lebensmitteln und Rohstoffen schärfstens zu rationieren, obwohl in den Dominien teilweise bedeutende Lagerbestände zur Verfügung wären, infolge der Transportschwierigkeiten aber nicht herangeschafft werden können. Die angeblich großen Reserven an Verbrauchsgütern, die eine Rationierung unnötig machen sollen, glaubt Professor Keynes niemand mehr, wahrscheinlich nicht einmal mehr im englischen Volk selbst.

Denn die zahlreichen neuen Rationierungen und Rationierungsverschärfungen, die das britische Versorgungs- und Ernährungsministerium gerade in den letzten Wochen verfügen mußte, reden eine andere Sprache und deuten auf einen anderen Tatbestand.

Es ist geradezu eine Frivolität, wenn ein Mann wie Keynes behauptet, daß der britische Arbeiter Wurst, Schinken, Schweinefleisch, Bekleidungsgegenstände und Schuhe kaufen könne, wie er wolle. Gerade Keynes muß ganz genau wissen, daß die meisten dieser Waren, vor allem auch Textilerzeugnisse, zunächst einmal dadurch rationiert wurden, daß die Herstellerfirmen in

an den Handel liefern dürfen. Hinzu kommt aber, daß die Preise für all diese Waren im Verlauf eines Jahres so gewaltig angestiegen sind — Lebensmittel um fast 60 vH, Textilerzeugnisse um fast 70 vH —, daß es allein schon dadurch dem britischen Arbeiter, dessen Entlohnung mit der rapiden Preisteigerung nicht einmal zu einem Drittel Schritt halten konnte und der überdies heute ein Mehrfaches an Steuern gegenüber früher zahlen muß, völlig unmöglich ist, auch nur annähernd die Mengen zu kaufen, die er früher erwarb. Trotzdem verlangt Keynes noch drastischere Besteuerungsmethoden gegenüber der britischen Arbeiterschaft. Mit seiner Feststellung, daß bisher noch keine „irgendwie ins Gewicht fallende“ budgetmäßige Inflation bestehe, gibt er immerhin indirekt den Beginn einer Inflation zu, wenngleich er deren bereits deutlich erkennbaren Umfang noch schamhaft verhüllt.

Die einzige Wahrheit, die Keynes in seinem Rundfunkvortrag aussprach, ist die, daß Großbritannien erst langsam in Schwung zu kommen pflege, wobei viele Leute meinen, daß dies viel zu langsam geschehe. Dieser Auffassung kann man sich wirklich mit voller Überzeugung anschließen. Vielleicht hat Professor Keynes später noch Gelegenheit, darüber nachzudenken, welche Bedeutung gerade auch dem Schwungtempo in einem modernen Krieg zukommt, ähnlich wie dem Umlauftempo in der Quantitätstheorie des Geldes bei einer Inflation. Wie die Verhältnisse heute liegen, dürften sicherlich viele der Hörer des Keynes'schen Vortrags, besonders im Londoner Bezirk, sehr daran zweifeln, ob England noch einigermaßen rechtzeitig in Schwung kommen kann.

England kommt zu langsam in Schwung

Einen der merkwürdigsten Vorträge, die in den letzten Wochen über den Londoner Rundfunk verbreitet wurden, hielt dieser Tage der nicht ganz unbekannte Nationalökonom John M. Keynes. Dabei hat es der Redner mit den Tatsachen, die sich im Verlauf des ersten Kriegsjahres ergeben haben, nicht allzu genau genommen. Was er im einzelnen gesagt hatte, geht aus den folgenden Widerlegungen hervor. Es ist bekannt, daß England an Amerika nicht einfach so beiläufig etwas Gold abgeben mußte,

sondern daß es fast seine gesamten Goldbestände nach Neuyork zu überführen gezwungen war,

daß es außerdem die im Besitz seiner Bürger befindlichen wertvollen amerikanischen Wertpapiere beschlagnahmen und zur Dollarbeschaffung in den Vereinigten Staaten abstoßen, und daß es darüber hinaus sogar bereits zur Veräußerung britischer Unternehmen in den Dominien und selbst zu Anleiheversuchen bei den neutralen Ländern, wie Argentinien, schreiten mußte. Der durch deutsche Waffeneinwirkung verloren gegangene Schiffsraum beläuft sich auch keineswegs auf nur 1,5 Mill. BRT, sondern auf mehr als 6 Mill. BRT, wobei überdies in Rechnung zu stellen ist, daß die früher nach dem europäischen Kontinent fahrenden britischen Schiffe heute zur Beschaffung der für Englands Versorgung notwendigen Güter nach den Vereinigten Staaten, Südafrika, dem Fernen Osten und Australien fahren müssen, was infolge der um ein Vielfaches längeren Fahrtdauer effektiv einem erheblichen Verlust an Handelsschiffsraum gleichkommt. Auch bezüglich der optimistischen Behauptung über Englands Fähigkeit zu Ersatzbauten hätte Professor Keynes wohl besser zuvor beim britischen Schiffsfahrts- und Arbeitsministerium nähere Erkundigungen einziehen sollen, denn diese Fähigkeit ist bereits bedeutsam geschrumpft, weil eine Reihe von Werften an der Süd- und Westküste Englands infolge der deutschen Waffeneinwirkungen ausgefallen ist und weil außerdem

die britische Werftindustrie schon seit langer Zeit über sehr fühlbaren Mangel an Facharbeitern und Material klagt.

Nach den heute zahlreich vorliegenden unbefangenen Urteilen neutraler Journalisten und Sachverständigen erscheint es auch sehr fraglich, ob Englands Wirtschaft die durch deutsche Luftangriffe verursachten Schäden so nebensächlich in Rechnung stellen und so spielerisch ertragen kann. Man wird sicherlich ernsthaft bezweifeln dürfen, ob England allein die in der vergangenen Woche in London durch deutsche Bomben zerstörten Docks und Speicher selbst in einem ganzen Jahr wieder aufzubauen vermöchte. Englands Bezugsmöglichkeiten aus allen Teilen der Welt, denen Professor Keynes so „grundlegendes“ Gewicht beimißt, sind auch keineswegs mehr so unbegrenzt, wie man es in London wohl wünschen möchte. Zunächst ist es

unbestreitbare Tatsache, daß es britische Bezugsmöglichkeiten auf dem europäischen Kontinent und im Mittelmeerraum überhaupt nicht mehr gibt.

Man hat aber darüber hinaus in der ganzen Welt schon erkennen müssen, daß sich die britischen Bezüge auf den für England noch zugänglichen Märkten in Übersee in den meisten Fällen keineswegs vermehrt, sondern fast allgemein bedeutend vermindert haben. Dies ist eine Folge des fehlenden Schiffsraums, was auch von britischen Ministern schon mehrfach zugegeben wurde. Es ist zugleich eine Folge der England immer mehr fehlenden Devisen, die es heute restlos für dringlichste Kriegsmaterial- und Rüstungsrohstoffkäufe einsetzen muß. Auch ist es notwendig geworden, in England selbst eine Reihe von Lebensmitteln und Rohstoffen schärfstens zu rationieren, obwohl in den Dominien teilweise bedeutende Lagerbestände zur Verfügung wären, infolge der Transport-schwierigkeiten aber nicht herangeschafft werden können. Die angeblich großen Reserven an Verbrauchsgütern, die eine Rationierung unnötig machen sollen, glaubt Professor Keynes niemand mehr, wahrscheinlich nicht einmal mehr im englischen Volk selbst.

Denn die zahlreichen neuen Rationierungen und Rationierungsverschärfungen, die das britische Versorgungs- und Ernährungsministerium gerade in den letzten Wochen verfügen mußte, reden eine andere Sprache und deuten auf einen anderen Tatbestand.

Es ist geradezu eine Frivolität, wenn ein Mann wie Keynes behauptet, daß der britische Arbeiter Wurst, Schinken, Schweinefleisch, Bekleidungsgegenstände und Schuhe kaufen könne, wie er wolle. Gerade Keynes muß ganz genau wissen, daß die meisten dieser Waren, vor allem auch Textilerzeugnisse, zunächst einmal dadurch rationiert wurden, daß die Herstellerfirmen in der Regel nur noch 25 vH des friedensmäßigen Bedarfs

an den Handel liefern dürfen. Hinzu kommt aber, daß die Preise für all diese Waren im Verlauf eines Jahres so gewaltig angestiegen sind — Lebensmittel um fast 60 vH, Textilerzeugnisse um fast 70 vH —, daß es allein schon dadurch dem britischen Arbeiter, dessen Entlohnung mit der rapiden Preissteigerung nicht einmal zu einem Drittel Schritt halten konnte und der überdies heute ein Mehrfaches an Steuern gegenüber früher zahlen muß, völlig unmöglich ist, auch nur annähernd die Mengen zu kaufen, die er früher erwarb. Trotzdem verlangt Keynes noch drastischere Besteuerungsmethoden gegenüber der britischen Arbeiterschaft. Mit seiner Feststellung, daß bisher noch keine „irgendwie ins Gewicht fallende“ budgetmäßige Inflation bestehe, gibt er immerhin indirekt den Beginn einer Inflation zu, wenngleich er deren bereits deutlich erkennbaren Umfang noch schamhaft verhüllt.

Die einzige Wahrheit, die Keynes in seinem Rundfunkvortrag aussprach, ist die, daß Großbritannien erst langsam in Schwung zu kommen pflege, wobei viele Leute meinen, daß dies viel zu langsam geschehe. Dieser Auffassung kann man sich wirklich mit voller Überzeugung anschließen. Vielleicht hat Professor Keynes später noch Gelegenheit, darüber nachzudenken, welche Bedeutung gerade auch dem Schwungtempo in einem modernen Krieg zukommt, ähnlich wie dem Umlauftempo in der Quantitätstheorie des Geldes bei einer Inflation. Wie die Verhältnisse heute liegen, dürften sicherlich viele der Hörer des Keynesschen Vortrags, besonders im Londoner Bezirk, sehr daran zweifeln, ob England noch einigermaßen rechtzeitig in Schwung kommen kann.

Datum 25. Sep. 1940

09467 0107 BEC

Hamburger Tageblatt

Nr. 264

Ein schlechter Propagandist

Der Finanzberater der englischen Regierung, Großbritanniens führender Nationalökonom, Professor John Maynard Keynes von der Cambridge University, hat die Öffentlichkeit häufig genug schon mit interessanten Projekten beschäftigt. Wir geben offen zu: Professor Keynes ist zweifellos ein ausgezeichnete Nationalökonom. Seine Werke sind in kaum einem anderen Lande so sorgsam verfolgt worden wie in Deutschland. Wir vergessen in Deutschland auch nicht, daß Keynes einst sehr vernünftige Auffassungen über die ungeliebten Folgen des sogenannten Friedensvertrages von Versailles vertreten hat. Nun aber tritt Herr Keynes als Finanzberater Mr. Churchills mit einem Male als Propagandist auf. Seine Fähigkeiten auf diesem Gebiete stehen in einem schroffen Widerspruch zu seinen wissenschaftlichen Erkenntnissen. Was Keynes propagandistisch vertritt, deckt sich in keiner Weise mit dem, was er wissenschaftlich bisher verfochten hat, und die deutsche Nationalökonomie schätzt den Wissenschaftler Keynes im allgemeinen viel zu sehr, als daß sie dem Propagandisten Keynes mehr glauben soll als dem Nationalökonom.

Wir schicken voraus, daß Keynes mit seinen Vorschlägen bisher in England nicht viel Erfolg gehabt hat. Gleich zu Beginn des Krieges propagierte Keynes das Zwangssparen. Er wollte den Konsum der englischen Arbeiter drosseln, um gleichsam von dieser Seite her eine Rationierung der Verbrauchsgüter herbeizuführen. Aber sein Zwangssparplan wurde abgelehnt. Mit Neid mußte Keynes nach Deutschland herüberblicken, wo die Spartätigkeit, ohne daß es eines Zwangssparens

bedurfte, Monat für Monat Rekordergebnisse aufwies.

Hat Herr Keynes schon als Propagandist des Zwangssparens Mißerfolg gehabt, so nicht weniger mit seiner jüngsten politischen Propaganda. Zunächst behauptet Keynes, daß in England bisher keine Inflation zu beobachten wäre. Er verweist darauf, daß der kriegswirtschaftliche Apparat Großbritanniens bisher noch gar nicht voll angelaufen sei. Er bagatellierte die Goldabgaben an die Vereinigten Staaten, er schätzt den Verlust an Schiffsraum viel geringer ein, als er es in Wirklichkeit ist, und schließlich meint er, daß die Preiserhöhungen in England nur durch die Weltmarktpreisentwicklung bedingt wären.

Wir sind davon überzeugt, daß Keynes als Wissenschaftler diese Behauptungen niemals aufstellen würde. Die Preiserhöhungen in England sind einfach eine Folge der Warenverknappung und der Furcht vor der weiteren Marktentwicklung im Kriege. Es handelt sich um inflatorisch bedingte Angstkäufe, die zu den Preissteigerungen geführt haben. Wenn Keynes daher sagt, daß der englische Konsum nur um 5 % gesunken ist, so übersieht er bewußt, daß die Preise in England im Einzelhandel seit Kriegsausbruch mindestens um 20 % gestiegen sind, so daß in Wirklichkeit der Konsum um mindestens 15 % zusammengeschrumpft ist.

Keynes rühmt auch die gesunde finanzpolitische Entwicklung Englands im Kriege. Wir wissen aber, daß die englischen Anleihen außerordentlich schlecht gegangen sind, daß die Spartätigkeit zusammenschrumpft und daß jede englische Tageszeitung immer neue Werbungen für die Kriegsanleihen enthält. In Deutschland haben wir alles dies nicht. In Deutschland klappt die Kriegsfinanzierung reibungslos. In England nützt sogar die Werbung nichts, denn Keynes vertritt ausdrücklich die Auffassung, daß wesentlich drastischere Finanzierungsmethoden in Zukunft gewählt werden müssen, und er hält unverändert an dem von ihm schon seit einem Jahre propagierten Zwangssparplan fest.

Wir wollen im einzelnen auf die Keynesschen Gedankengänge nicht eingehen. Nur ein letztes Beispiel sei erwähnt. Noch immer zählt die Arbeitslosigkeit in England 800 000 Mann. In Deutschland dagegen haben wir nicht einmal mehrere tausend voll einsatzfähige Arbeitslose mehr. Praktisch bedeutet dies, daß in Deutschland alle zur Arbeit fähigen Kräfte im Dienste der Kriegsproduktion stehen. Die 800 000 Mann Arbeitslose in England aber bedeuten, daß englische Wirtschaftskräfte unverändert brach liegen. Zwar tröstet sich Keynes, indem er sagt, daß die kommenden zwölf Monate das erste Jahr wirklicher Rüstungsanstrengungen sein werden. Wir aber blicken demgegenüber nur auf die deutschen Luftangriffe, die sich immer mehr verstärken, und wir wissen, daß aus den kommenden zwölf Monaten verstärkter Kriegsanstrengungen Englands nichts werden wird, sondern daß diese zwölf Monate für die Kriegsproduktion immer größer werdende Ausfälle bringen werden. Wir erinnern uns dabei der Tatsache, daß die deutsche Rüstungsindustrie bisher durch die englischen Angriffe einen Schaden erlitten hat, der noch nicht einmal in Prozenten des Produktionsvolumens ausgedrückt werden kann, weil die englischen Flieger in der Praxis eben in der Hauptsache zivile Ziele getroffen haben. In Wirklichkeit ist die Keynessche Propaganda, die er in einem Rundfunkvortrag betrieben hat, ein Zeugnis dafür, daß der englische Nationalökonom von der Zukunft erhofft, was die Vergangenheit versagte. Aber die Hoffnung Keynes kommt zu spät. Die Tüchtigkeit des Wissenschaftlers in allen Ehren. Der Propagandist hat schwer versagt.

Die Deutsche Volkswirtschaft (Berlin)

Nr. 28

Keynes contra Keynes

Der englische Nationalökonom John Maynard Keynes ist bereits vor dem Kriege mit seinem Kriegswirtschaftsplan und während des Krieges mit seinem Zwangssparplan auch unter die Wirtschaftspolitiker gegangen. Er hat damals sehr gewichtige Forderungen an die Regierung gerichtet und sehr offene und dringliche Warnungen vor einer Inflation in England ausgesprochen. Keynes selbst hat später festgestellt, daß die britische Bevölkerung ebenso wie die Regierung ihn nicht ernst genommen hat und daß sich in der englischen Presse „eine übertriebene Leichtfertigkeit im Denken“ bemerkbar mache. Er hat gleichzeitig das völlige Versagen der englischen Kriegswirtschaftsorganisation eindeutig festgestellt.

Nun hat der Cambridger Professor, der zugleich Leiter einer englischen Versicherungsgesellschaft ist, einen weiteren Schritt unternommen: Er ist unter die Propagandisten vom Schlage Churchills gegangen. Derselbe Mann, der bisher die Dinge klar und nüchtern sah, hat sich in einem Vortrag im englischen Rundfunk einer Schönfärberei und Tatsachenverdrehung befleißigt, die in krassem Gegensatz zu dem steht, was er bisher gesagt hat. In der „Times“ vom 28. November 1939 sagte Keynes wörtlich: „Wir haben alle Übersicht verloren und wissen nicht, was wir ernst nehmen sollen.“ Das scheint in der Tat auch bei ihm selbst der Fall zu sein. Denn derselbe Keynes, der als „Kassandra“ — wie er sich selbst nannte — die Inflation in England als unabweisbar bezeichnete, falls man seine Vorschläge nicht durchführen würde, behauptet jetzt, volle 10 Monate später, daß von inflationistischen Tendenzen nicht die Rede sein könnte, obwohl sich diese Tendenzen tatsächlich genau so herausgestellt haben, wie er es damals vorher sagte. Es ist grotesk, wenn ein Wissenschaftler wie Keynes heute glauben machen will, daß die englischen Preiserhöhungen und Steigerungen der Lebenshaltungskosten ausschließlich die Folge der üblichen internationalen Preiserhöhungen seien, daß „bisher“ ein genügend großer Teil der Rüstungskosten durch zusätzliche Steuern und durch freiwillige Ersparnisse aufgebracht worden sei, daß die Verbrauchsminderung der englischen Bevölkerung im ersten Kriegsjahr nur 5% betragen habe usw. Das sagt derselbe Keynes, der vor 10 Monaten betonte, selbst die höchstmögliche freiwillige Ersparnisbildung werde nicht ausreichen, um „die Spiralbewegung von Preisen und Löhnen zu verhindern“.

Er scheint tatsächlich die „Übersicht“ viel stärker verloren zu haben als das Hetzblatt „Daily Mail“, das erst vor kurzem den Dingen den rechten Namen gegeben hat und wörtlich feststellte: „Nach den Angaben des Schatzkanzlers beläuft sich unser ungedecktes Defizit gegenwärtig auf 2 Mrd. Pfund im Jahr. Nicht mehr als die Hälfte davon kann möglicherweise durch Verkäufe von Gold und ausländischen Guthaben, Zeichnung von Kriegsanleihen usw. gedeckt werden. Das bedeutet mit anderen Worten eine Inflation von etwa einer Milliarde Pfund jährlich. Mr. Keynes und andere Wirtschaftler von Ruf haben nachdrücklichst betont, daß der zivile Konsum eingeschränkt werden müsse, da wir gezwungen sind, die Arbeitskräfte und das Material in erster Linie Kriegszwecken zuzuführen. Wenn das Volk höhere Löhne erhält und weniger zu kaufen vorhanden ist, so gehen einfach die Preise in die Höhe. Es vergeht kaum eine Woche, in der es nicht hier und dort zu Lohnerhöhungen kommt. Diese betragen bis zu 30% und zum Teil noch mehr.“ Wie müssen erst die tatsächlichen Preise in England gestiegen sein, wenn die Regierung noch heute solche Lohnsteigerungen zulassen muß, obwohl sie zwecks Entlastung der „armen“ englischen Industriellen immer auf das stärkste bemüht ist, die Löhne beträchtlich hinter den unaufhalt-

sam steigenden Preisen herhinken zu lassen.

Keynes hat bisher mit allem Nachdruck die planmäßige Einschränkung des Konsums in England gefordert und aus diesem Grunde seinen Zwangssparplan entwickelt, um die von ihm klar erkannte Inflationstendenz auszuschalten. Ende vorigen Jahres betonte er wörtlich: „Es hat keinen Zweck, zu sagen, daß wir auf einer freiwilligen Basis durch den vorigen Krieg durchgekommen sind. Zweifellos können wir auch durch diesen Krieg auf die gleiche Art durchkommen, wenn wir das gleiche Maß von Inflation zulassen wollen. Aber damit vermeiden wir keinen Zwang. Zwangsweises Sparen oder zwangsweise Inflation? Es ist beides Zwang. Die Inflation nimmt zwangsweise die Kaufkraft der Arbeiterklasse und des Mittelstandes weg, indem sie sie in die Taschen der Unternehmer lenkt, wo sie das Schatzamt teils durch Mehrgewinnung und andere Steuern, teils durch Reserven und freiwilliges Sparen der Unternehmer herausholt. Es macht mir nichts, wenn man mir vorwirft, ich sei ein Feind der Freiheit und der Arbeiter und des Mittelstandes, wenn ich dies verhindern möchte.“ Heute wirft dieser selbe Mann alle seine bisher geäußerten Ansichten über Bord. Er drückt zwar „seine Bewunderung für die mit soviel Geschick durchgeführte deutsche Verbrauchsrationierung“ unumwunden aus, meint aber jetzt, daß England ein solches Vorgehen nicht nötig habe, ja daß es sogar ein Vorteil sei, wenn in England eine Verbrauchsbeschränkung vermieden sei. Er freut sich darüber, daß Schweinefleisch und Schinken in seinem Lande noch reichlich zu kaufen sei, vergißt dabei allerdings, daß dies nur die Folge des englischen Schweinemords (aus Futtermangel) ist und daß der völlige Zusammenbruch der englischen Fleischernährung sich in diesem Winter bitter bemerkbar machen wird.

Fragt man sich, wie es möglich ist, daß ein Mann, der zweifellos zu den führenden Wirtschaftlern in England gehört, so krasse seine Ansichten ändert, dann gibt es dafür nur eine Antwort. Keynes hat erkannt, daß sein Plan einer systematischen Konsumbegrenzung nicht durchsetzbar ist, daß weder die Regierung noch das Volk bereit sind, freiwillig die erforderlichen

Kriegsopfer auf sich zu nehmen. (Der gerade jetzt immer krasser werdende Mißerfolg der englischen Kriegsfinanzierung durch Kreditaufnahme spricht deutlich dafür.) Er sieht jetzt nur die andere Alternative, die Inflation, deren Vorzüge von ihm mehrfach dargelegt wurden und die, wie er einmal sagte, der englischen „Tradition des laissez faire“ entspricht. Da aber eine Inflation, „die überall die Räder schmiert“ und, die Illusion des Wohlstandes verbreitet“, um so besser funktioniert, je weniger sie erkannt wird, stellt sich Mr. Keynes jetzt vor die Öffentlichkeit und erweckt den Eindruck, als ob in der englischen Kriegswirtschaft und Kriegsfinanzierung alles zum besten laufe. Keynes reiht sich damit in den Kreis jener Männer vom Muster eines Churchill, Duff Cooper usw. ein, die alles tun, um ihr Volk gröblich zu täuschen. Sein „Umfall“ ist für uns der beste Beweis dafür, daß England zur „Tradition des laissez faire“, d. h. zum krassen Liberalismus und Volksbetrug zurückkehrt und daß es für autoritäre, aber gerechte Methoden der Kriegswirtschaft nicht fähig und reif ist.

09467 0109 BEC

30. April 1941

Nachrichten für Außenhandel (Berlin)

Nr. 99.....

Großbritannien — Keynes reist nach Washington

— Gr. New York — Aus London verlautet, daß der britische Schatzkanzler Sir Kingsley Wood beabsichtigt, den bekannten Volkswirt John Maynard Keynes nach Washington zu Besprechungen mit Morgenthau und der British Supply Council in Washington über Einzelheiten der Durchführung des Lend Lease-Gesetzes zu entsenden. Keynes soll ferner Sir Frederic Philipps sowie Sir Edward Peacock in Fragen der Liquidierung britischer Aktiven beraten. Es ist allerdings nicht ganz ersichtlich, weshalb die Entsendung eines derart prominenten Volkswirts nach den Verein. Staaten notwendig ist, wenn nur technische Details der USA-Hilfe für Großbritannien zur Diskussion stehen. Die Keynessche Theorie der Staatsausgaben als Ankurbelungsmittel für die Gesamtwirtschaft haben anlässlich eines Besuchs im Jahre 1933 in Washington Roosevelt stark beeindruckt.

09467 0110 BEC

Nachrichten für Außenhandel (Berlin)

Nr. 1 06

Verein. Staaten — Eintreffen von Prof. Keynes in New York — Besprechungen mit Washington über Lend-Lease-Fragen beabsichtigt

— Gr. New York — Der englische Wirtschaftler Prof. Keynes ist am 8. 5. 41 in New York an Bord des Transatlantik-Klippers eingetroffen, um mit Washington Besprechungen über Lend-Lease-Fragen zu führen. Auf die Frage, ob bestimmte Probleme zur Besprechung kämen, erklärte Keynes, daß er lediglich zu seiner eigenen Unterrichtung nach den Verein. Staaten gekommen sei. Er deutete gleichzeitig an, daß der mangelhafte Kontakt infolge unzureichender Reisegelegenheiten diese Unterrichtung wünschenswert mache. Keynes beantwortete zuversichtlich die Frage über britische Wirtschafts- und Finanzprobleme sowie Steuern und eine Inflationsmöglichkeit. Auf die Frage über die wirtschaftliche Auswirkung eines etwaigen Sieges der Achse erklärte Keynes, daß man daran gar nicht denken dürfe, denn dies würde nicht nur das Ende der normalen Beziehungen der Verein. Staaten zu Europa, sondern auch zu Südamerika bedeuten. Das gegenwärtige System der Verein. Staaten könnte sodann auch nicht weiter funktionieren.

Signatur

P

keynes
John Maynard

09467 0112 BEC

Datum

17. Mai 1941

Nachrichten für Außenhandel (Berlin)

Nr. 113

Verein. Staaten — Vorschläge von Keynes für die Finanzierung der amerikanischen Aufrüstung

— Gr. New York — Im Zusammenhang mit dem Besuch von Prof. Keynes in Washington verlautet, daß der Hauptzweck seiner Anwesenheit die Ausarbeitung eines wirksamen Fiskalplanes für die Umstellung der amerikanischen Industrie auf die Aufrüstung und die Verhinderung einer Inflation sei, ähnlich dem von ihm ausgearbeiteten Plan für das Zwangssparen in Großbritannien. Washington soll danach die Umschichtung einer Friedenserzeugung von etwa 15 Mrd. auf Rüstungsgüter anstreben. Hierfür sind folgende Maßnahmen vorgesehen: 1. Schwere Akzisen auf Automobile und andere Erzeugnisse, 2. Beschränkung der Verbrauchsfinanzierung, 3. Verteuerung der Bauhypotheken, 4. Beschränkung der Investitionen außerhalb der Rüstungsfabriken und 5. ein schwerer Einkommensabzug für die unteren und mittleren Einkommen. Durch den Einkommensabzug sollen etwa 10 Mrd. \$ durch Wegsteuerung von etwa einem Zehntel der Einkommen bis 5000 \$ und 25 % von Einkommen von 5000 bis 10 000 \$ aufgebracht werden. Die Hälfte hiervon ist für das Zwangssparen vorgesehen und soll nach Kriegsende gegen laufende Steuern verrechnet werden. Die Anwendbarkeit des Plans wird jedoch stark bezweifelt angesichts der Zurückhaltung des Kongresses selbst gegenüber dem laufenden Steuerprogramm.

Duplikat

815 n 13 h 3

09467 0113 BEC

Signatur.....

Datum

21. Aug. 1941

Nachrichten für Außenhandel (Berlin)

Nr. 194

Argentinien — Großbritanniens Handel mit Südamerika im Urteil von Prof. Keynes

* Die Zeitung La Prensa in Buenos Aires brachte eine United Press-Meldung aus Washington, die sich mit einem Interview befaßt, das der bekannte britische Finanz- und Wirtschaftssachverständige Prof. Maynard Keynes der nordamerikanischen Presse gab und in welchem in aufschlußreicher Weise der Handel Großbritanniens mit Südamerika beleuchtet wurde. Das Interview fand in Gegenwart von Sir Owen Chalkley, dem Handelsrat der britischen Botschaft in Washington, statt. Prof. Keynes erklärte, daß Großbritannien seine Ausfuhr nach den lateinamerikanischen Ländern, mit Ausnahme von Argentinien, wo durch die Ausfuhr die großen Käufe von Weizen und Fleisch bezahlt werden müssen, radikal eingeschränkt habe. Er fügte hinzu, daß Großbritannien nach diesem Lande nur die Hälfte von dem ausführe, was es vor dem Kriege ausgeführt habe.

Sir Owen Chalkley leugnete seinerseits ab, daß Großbritannien die Bedingungen des Darlehns- und Pachtgesetzes von U.S.A. verletzt habe, indem es lebenswichtige, in den Verein. Staaten erhaltene Materialien wieder ausgeführt habe. Er betonte, daß der britische Versorgungsrat jegliche Informationen gerne entgegennehmen würde, die sich auf die angebliche Verletzung der Zwecke und Ziele des erwähnten Gesetzes beziehen. Als Beispiel der Einschränkung des britischen Handels mit den südamerikanischen Republiken erwähnte er, daß die Elektrifizierung der Zentralbahn in Brasilien, die von Metro-Vickers durchgeführt wurde, britischerseits aufgegeben worden sei. Des weiteren erwähnte er, daß die britische Ausfuhr von Eisen und Stahl nach Südamerika vollkommen verboten sei, mit Ausnahme der Ersatzteile für in Großbritannien gebauten Maschinen. In den ersten 5 Monaten 1941 erreichten beispielsweise die Ausfuhrziffern von Artikeln aus Eisen und Stahl nach Mexiko, Chile, Uruguay und Argentinien nur durchschnittlich 6000 Tonnen monatlich. Die Gesamterzeugung von Stahl und Barren erreiche in Großbritannien eine Million Tonnen pro Monat. Die Ausfuhr nach den erwähnten Ländern stelle jetzt annähernd nur den 3. Teil der britischen Verschiffungen nach diesen Ländern in Friedenszeiten dar.

Prof. Keynes brachte zum Ausdruck, daß die Fortführung des britischen Handels mit Argentinien notwendig sei, daß Großbritannien von der Lebensmittelversorgung aus dem Ausland abhängig sei. In Argentinien, so sagte er, kaufen wir ausschließlich Fleisch in jeder Menge, die dieses Land uns liefern kann und soviel wir verschiffen können. Wir haben den Versuch unternommen, unsere Einkäufe von anderen Erzeugnissen in Argentinien einzuschränken.

Bezüglich der Ausfuhr britischer Erzeugnisse nach Südamerika erwähnte Prof. Keynes, daß die britische Regierung versuche, sie in erster Linie auf Textilerzeugnisse zu konzentrieren, und zwar aus folgenden Gründen: Dem hohen Wert der Textilerzeugnisse pro Volumen, der Unmöglichkeit, die Textilfabriken für militärische Zwecke zu benutzen, der Einschränkung des Verbrauches von Textilien und der Tatsache, daß die Textilerzeugnisse in großem Umfang von Arbeiterinnen erzeugt werden könnten.

Nach Ansicht von Prof. Keynes werde sich aus der Unterbrechung der britischen Ausfuhr nach Südamerika die Notwendigkeit nordamerikanischer Subventionen ergeben, um Käufe in diesen Ländern mit Bestimmung für Großbritannien durchzuführen.

Auf die Frage, warum Großbritannien nicht nordamerikanisches Büchsenfleisch gegenüber dem südamerikanischen Erzeugnis bevorzuge, antwortete Prof. Keynes, daß Großbritannien alles Büchsenfleisch kaufe, das es in den Verein. Staaten erhalten könne, und dieses tatsächlich auch vorziehe, weil die Kosten seines Transportes niedriger seien. Er bestätigte des weiteren die Nachricht, wonach Großbritannien über die Uebertragung von industriellem Eigentum in

Argentinien und anderen südamerikanischen Ländern verhandele. Er fügte hinzu, daß die Liquidierung der betreffenden Investitionen aus verschiedenen Gründen einschließlich der Ernennung eines neuen Finanzministers in Argentinien und der Tatsache, daß ein offener Markt für diese Werte nicht bestehe, verzögert worden sei. Nach seiner Schätzung habe das britische Eigentum in Südamerika einen nominellen Wert von 4 Mrd. Dollar. Prof. Keynes sagte: „Wir würden 3 Mrd. Dollar in bar annehmen, wenn wir sie bekommen könnten.“ Er erklärte ferner, daß Großbritannien seine Ausfuhr nach Südamerika hauptsächlich auf Grund des Darlehn- und Pachtgesetzes einschränken könne, und meint: Trotz der Tatsache, daß die Wirkungen dieses Gesetzes sich noch ergeben werden, exportieren wir sicherlich heute nicht deshalb nur, um unseren Handel zu erhöhen.

Sir Owen Chalkley erklärte alsdann, daß in den ersten 5 Monaten des laufenden Jahres Großbritannien im Monatsdurchschnitt etwas mehr als 1000 Tonnen Maschinen und Ersatzteile nach Mexiko, Peru, Brasilien, Uruguay, Argentinien und Chile ausfuhrte, während früher die Ausfuhr von Eisen- und Stahlerzeugnissen nach allen Ländern, die nicht dem britischen Imperium angehören, 14 000 Tonnen monatlich erreichte. In Zukunft würde die Stahlausfuhr nur den 4. Teil der Ausfuhr des entsprechenden Zeitraumes des vergangenen Jahres erreichen. Großbritannien schränke nicht nur seine Ausfuhr ein, sondern habe auch die beteiligten Unternehmungen davon unterrichtet, daß „es

augenblicklich für Großbritannien durchaus unmöglich sei, die Versorgung mit Materialien für die großen Bauvorhaben in Südamerika zu erleichtern“. Allerdings bestünden gewisse Ausnahmen; z. B. würde eine argentinische Bestellung von ungefähr 7500 Tonnen Stahlrohre zum Bau einer Oelleitung aus besonderen Gründen ausgeführt. Abschließend hob Sir Owen Chalkley hervor, daß Großbritannien nicht die Erleichterungen des Darlehn- und Pachtgesetzes benutze, um seine Ausfuhrindustrien zu fördern. Im Gegenteil, die nordamerikanische Hilfe durch das Gesetz würde dazu benutzt, um die Ausfuhr auf ein Minimum zu reduzieren.

Auf die Frage, ob die scharfen Einschränkungen des britischen Handels mit Südamerika für die ähnlichen nordamerikanischen Erzeugnisse einen neuen Absatz eröffneten, erwiderte Prof. Keynes zum Schluß: „Es würde sehr angenehm sein, wenn wir mit den Fabrikanten der Vereinigten Staaten zusammenarbeiten könnten und alle mit Südamerika zusammenhängenden Handelsprobleme diskutieren würden.“ Er fügte hinzu, daß Großbritannien nicht die Absicht habe, seinen Handel mit Südamerika nach dem Kriege auf einem niedrigen Niveau zu lassen, und betonte, daß die gegenwärtig angewandten Maßnahmen nur Kriegsnahmen seien.

Die Deutsche Volkswirtschaft (Berlin)

Nr. 27

Duplikat

Zwangssparen — in USA.

Bald nach Beginn des Krieges hat der englische Nationalökonom J. M. Keynes detaillierte Vorschläge gemacht, um der drohenden Inflation in England zu begegnen. Sie liefen im wesentlichen darauf hinaus, daß der Staat bestimmte gestaffelte Prozentsätze aller Einkommen einbehalten sollte, teilweise als endgültige Steuer, teilweise in der Form der Zwangssparnis, wobei der zwangssparnde Teil bei der Postsparkasse gutgeschrieben, bis zu einem Zeitpunkt nach Kriegsende blockiert und mit $2\frac{1}{2}\%$ verzinst werden sollte. Auf diese Weise sollten die Überschüsse über ein festgesetztes Minimaleinkommen je nach der Höhe des tatsächlichen Einkommens mit 20 bis 80% einbehalten werden. Dieser Plan, der später noch modifiziert worden ist, stieß jedoch überall in England auf eine teilweise erbitterte Ablehnung. Keynes hat sich selbst darüber beklagt, daß z. B. der englische Arbeiterführer und spätere Minister Greenwood von der irrigen Annahme ausgehe, daß es möglich sei, den Realverbrauch der englischen Arbeiterklasse mehr oder weniger im gleichen Verhältnis zu ihrer Einnahmensteigerung zu erhöhen, daß die englische Arbeiterklasse die freie Wahl zwischen größerem Verbrauch oder größerer Ersparnis habe, und daß es nicht nötig sei, sie durch ein Zwangssystem dieser freien Wahl zu berauben. Auch die noch weitergehenden Pläne der sogenannten Oxford-Gruppe von Nationalökonomien, künftig nur ein bestimmtes Wochenmaximum für alle notwendigen Ausgaben auszugeben und alle darüber hinausgehenden Einkommen zu beschlagnehmen, sind in England graue Theorie geblieben. Lediglich im letzten Einkommensteuerplan des Finanzministers Kingsley Wood ist ein schwacher Anklang an die Keynes'schen Zwangssparvorschläge zu finden. Die Erhöhung der englischen Einkommensteuer und die Herabsetzung der Freigrenzen wurde dem englischen Volke durch eine Kombination mit dem Zwangssparen insofern etwas schmackhafter gemacht, als den Steuerpflichtigen ein Teil der Einkommensteuer für die Nachkriegszeit bei der Postsparkasse gutgeschrieben wird. Hierbei handelt es sich aber nicht um ein über die Steuer hinausgehendes Zwangssparen, sondern um eine Steuererhöhung mit dem Versprechen, später einmal dem Steuerzahler einen Teil der Steuern zurückzuerstatten. Man sieht, viel ist in England von dem umfassenden Keynes'schen Zwangssparplan nicht übriggeblieben.

Aus dem Bewußtsein heraus, daß der Prophet nichts in seinem Vaterlande gilt, hat sich Keynes ein dankbareres Objekt für seine Vorschläge ausgesucht. Er ist im Mai d. J. nach Amerika gereist, um das amerikanische Volk mit seinen Ideen zu beglücken. Schon bei seiner Ankunft in New York hat er mit echt britischer Unverschämtheit erklärt, daß die 7 Mrd. Dollar der USA. für die Englandhilfe von ihm nur als eine erste Rate angesehen würden — inzwischen ist der Betrag vom Kongreß nach anfäng-

lichem Widerstreben auf $7\frac{1}{2}$ Mrd. Dollar erhöht worden — und daß nach seinen Plänen die Erzeugung von 15 Mrd. Dollar normaler Konsumgüter in eine entsprechende Kriegserzeugung der USA. umgewandelt werden müsse. Er hat gleichzeitig die Besteuerung wichtiger Konsumgüter und -leistungen in den Vereinigten Staaten, die Beschränkung der Konsumfinanzierung usw. gefordert. Seine Ideen haben auch in dem kurz darauf erschienenen aufsehen-erregenden Buch des amerikanischen Harvard-Professors Alvin Hansen ihren Niederschlag gefunden, der ebenfalls drastische Konsumsteuern und freiwillige oder erzwungene Lohnabzüge zwecks Verminderung der Konsumfähigkeit der amerikanischen Bevölkerung vorgeschlagen hat. Erstaunlicherweise hat Keynes, der seine Ideen in England selbst so gut wie überhaupt nicht durchzusetzen vermochte, unter den Wirtschaftspolitikern der Vereinigten Staaten gelehrige Schüler gefunden, denen es nicht darauf ankommt, die so viel gerühmte Lebenshaltung des amerikanischen Volkes nachdrücklich zu senken, um dadurch für das am Rande des Abgrundes stehende England die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Schon die letzte Morgenthause'sche Steuervorlage atmet in allen ihren Punkten den Geist Keynes' und Hansens. Wir finden hier die Verminderung der Einkommensfreigrenzen, die von Keynes vorgeschlagene Konsumsteuer auf Autos, Fahrkarten, Kühlschränke, Radioapparate, Photoapparate, Sportgeräte, Getränke usw., die Einschränkung der Konsumfinanzierung in den USA. u. a. m. neben den erhöhten Gesellschaftssteuern, der Kriegsgewinnsteuer usw. wieder.

Nun steht in den Vereinigten Staaten auch die Verwirklichung des Keynes'schen Zwangssparplanes bevor. Finanzminister Morgenthau wird dem Senat in diesen Tagen Zwangssparvorschläge des Bankenausschusses einreichen, wonach die amerikanischen Löhne durchschnittlich um zwei Monatslöhne oder ein Sechstel des Jahreseinkommens gekürzt werden sollen. Aus dieser Maßnahme erwartet man ein Aufkommen von nicht weniger als 10 Milliarden Dollar jährlich, das zusätzlich über die bereits riesig angewachsene Steuerlast von rund 13 Mrd. Dollar im Finanzjahr 1941/42 (gegen rund 2 Mrd. Dollar für 1932/33) hinaus für den englischen Krieg eingesetzt werden soll. Zu dem Zwangssparfonds sollen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichmäßig beitragen. Die Trabanten Roosevelts stört es nicht, daß dadurch der Lebensstandard der gesamten amerikanischen Bevölkerung wesentlich gedrückt wird, der überdies sich auch laufend noch dadurch vermindert, daß die Preissteigerung bereits erheblich über die Lohnanpassung hinausgeht. Das amerikanische Volk, das nichts mit Englands Krieg zu tun haben will, wird durch den Rooseveltklüngel gezwungen, stark steigende Preise bei gleichen Nominallöhnen für die wichtigsten Lebensbedürfnisse zu zahlen, eine gegenüber früher mehr als versechsfachte Steuerlast zu tragen und überdies noch ein Sechstel des Jahreseinkommens im Wege des Zwangssparens zu verlieren, d. h. diese Einkommensbeträge in sogenannten Wehrbonds anzulegen. Man sieht, Keynes kann mit seiner USA-Mission zufrieden sein. England aber findet nicht nur auf militärischem, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet immer wieder Dumme, die bereit sind, in dem von ihm angezettelten Krieg die stärksten Opfer zu tragen.

09467 0116 BEC

Hamburgisches
Welt-Wirtschafts-Archiv

Signatur

Keynes
P John M.

Datum

20. Sep. 1941

Il Popolo d'Italia (Mailand)

Nr. 263

**Il noto economista Keynes
nel Consiglio della Banca d'Inghilterra**

Stoccolma 19 settembre

Al Consiglio direttivo della Banca d'Inghilterra, Montague Norman ha smentito la voce delle sue dimissioni da presidente. La faccenda appare poco chiara in quanto questa voce è stata messa in giro proprio dagli ambienti che gli sono vicini.

È interessante la nomina a consigliere del noto economista Keynes quale successore di Lord Stamp, che rimase ucciso nel maggio scorso a Londra durante un bombardamento. Questa nomina si verifica dopo una lunga lotta svoltasi intorno al nome di Keynes, per lungo tempo combattutissimo a causa delle sue riserve circa la politica economica del Governo, minacciate secondo lui una pericolosa inflazione. Il curioso è che la sua nomina ora pare abbia avuto luogo per volere del Ministro delle Finanze. Il partito laburista continua ad essere sostenitore di una statizzazione dell'economia britannica.

Keynes, J. M.
P

Signatur

09467 0117 BEC

Datum 21. Sep. 1941

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

Nr. 482

Duplikat

Duplikat Direktor Keynes.

Wenn jemand Direktor der Bank von England wird, was infolge des häufigen Wechsels in diesem Gremium fast alljährlich gemeldet wird, so bedeutet das nicht etwa, wie in Deutschland, daß der Betreffende im Sinne deutscher Verhältnisse Vorstandsmitglied wird, sondern daß er in diesem Falle zum Mitglied des „board“, was etwa einem Verwaltungsrat entspricht, aufsteigt. An der Spitze der Verwaltung des Instituts stehen neben dem Gouverneur und dem Vizegouverneur vierundzwanzig Direktoren, die aus dem Kreis der Inhaber und Direktoren der großen Londoner Akzepthäuser und Kreditbanken von den Aktionären der Bank von England gewählt werden, sofern sie selbst für zweitausend Pfund Sterling Aktien der Bank von England besitzen. Natürlich hängt die Bedeutung, die eine Ernennung zu diesem Amt hat, in hohem Grade von der Persönlichkeit ab und davon, welche Rolle der Gouverneur selbst zu spielen vermag. Montagu Norman, der jetzt abermals wiedergewählte Gouverneur, ist als eigenwillig und der alten Schule zugehörig bekannt und hat immer verstanden, dem Institut seine Note zu geben, obwohl es auch hier längst so ist, daß die alte Selbständigkeit der zentralen Notenbank nicht mehr besteht. Ja oft hat es den Anschein gehabt, als ob das Schatzamt die Bank von England zu einer bloß ausführenden Rolle bestimmen wollte. Wenn jetzt Professor J. M. Keynes zum Direktor gewählt wird, so geschieht damit wohl kaum etwas, was für die Bank von England eine besondere Bedeutung hätte. Wohl aber wird auf diese Weise diesem Nationalökonom ein besonderes Relief gegeben. Er ist ohnedies seit geraumer Zeit zu einem intimen Berater und auch zu einem öffentlichen Helfer der Regierung geworden, dem besondere Missionen drinnen und draußen übertragen wurden. Er, der in den Zeiten der Stagnation der Aufer nach einer neuen Kredit- und Währungspolitik wurde, die den altgeschulten Bankfachleuten wie die Inflationsünde selbst erschien, ist heute der Warner vor einem Zuviel an Kredit, das mit der Kriegsfinanzierung verbunden ist; heute plädiert er für Zwangsparen und ähnliche Beschränkungen. Keynes war von jeher ein Wissenschaftler, dem öffentliches und politisches Wirken lag. Er hat, besonders seit Kriegsbeginn, manches gesagt, was er als Hüter der Wissenschaft vermutlich nicht vertreten hätte, so jene Behauptung im Herbst vorigen Jahres, daß Englands finanzielle und wirtschaftliche Kraft unberührt sei. Jetzt wird er noch stärker auf die offizielle Regierungspolitik verpflichtet, noch stärker wird aus einem oftmals scharfen Kritiker ein stiller Ratgeber.

094670119 BEC

24. Apr. 1942

Wirtschaftsdienst (Hamburg)

Nr. 17

Nachkriegsgedanken in England

Die großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in die England sich nutz- und sinnloserweise durch seinen Krieg gegen Deutschland und die von Deutschland vertretenen Neuordnungsgedanken gestürzt hat, sind nicht nur Gegenstand der täglichen Sorgen, sondern werfen ihre Schatten auch auf alle Betrachtungen, die der Zeit nach Überstehen dieses Krieges — von einem Sieg wagt man nicht zu sprechen — gewidmet sind. Anfang April hat Keynes seine Gedanken zu diesem Problem der Wirtschaftsaufgaben in der Nachkriegszeit in loser Form ausgesprochen. Er geht dabei von recht bezeichnenden Gesichtspunkten aus, nämlich dem für England unentbehrlichen Faktor der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Ausland. So wie England sich heute politisch und militärisch auf fremde Hilfe verlassen muß, so ist es in der Gegenwart und auch in der Zukunft auf wirtschaftliche Hilfe von außen angewiesen. Alle Kraft will Keynes deshalb in der Nachkriegszeit auf die Produktion von Exportgütern ausrichten, weil England ihrer bedarf, um die lebenswichtigen Einfuhr bezahlen zu können. Die ausländischen Guthaben Englands sind nach der Feststellung Keynes schon heute entweder aufgezehrt oder doch zur Begleichung eingegangener Verpflichtungen quasi verpfändet. Aus den Erträgen dieser Auslandsguthaben kann deshalb kein Export nach England

mehr bezahlt werden; jede Einfuhr muß in Zukunft vielmehr mit harter Arbeit von England verdient werden. In der Binnenwirtschaft möchte Keynes einen staatlich geplanten Einsatz umfangreicher Arbeitskräfte in der Bauwirtschaft vollzogen sehen, um auf diese Weise nicht nur die großen Schäden an Gebäuden, Fabrikeinrichtungen usw. möglichst schnell auszugleichen, sondern um auch die Voraussetzungen für eine Stärkung der Produktionskraft Englands zu schaffen. Er möchte mindestens 1 250 000 Arbeitskräfte in der Bauwirtschaft ansetzen und Investitionen in Höhe von 600 bis 800 Mill. Pfund Sterling jährlich allein für diesen Sektor der britischen Binnenwirtschaft durchgeführt sehen. Recht interessant ist es, daß in Kommentaren zu diesen Gedankengängen Keynes davon gesprochen wird, daß England ein solches Programm — abgesehen von seiner Finanzierung — recht wohl durchführen könne, ohne alle übrigen Wirtschaftszweige zu schädigen, denn im Jahre der letzten sogenannten „Hochkonjunktur“, im Jahre 1937, hätte die britische Wirtschaft fast 1,5 Mill. Arbeitslose mit durchgeschleppt. Könne England es ermöglichen, dies zukünftig zu vermeiden, also den Gedanken der Vollbeschäftigung in die Tat umzusetzen, dann würde eine Vernachlässigung der reinen Produktionsaufgaben durch übermäßige Bevorzugung der Bauaufgaben nicht erfolgen. Der Engpaß liegt freilich in der Finanzierung dieser Großaufgaben, für den man nach britischer Ansicht keinen Ausweg sieht. Uns will freilich scheinen, daß der schwierigste Engpaß nicht im finanziellen Sektor zu suchen ist, sondern im militärischen; England wird diesen Krieg verlieren und dürfte dann vor ganz neuen Voraussetzungen stehen. Die Bewältigung der dann auftauchenden Probleme wird auch nicht mehr schulgerecht erfolgen können, selbst wenn Herr Keynes meint, daß die wirtschaftlichen Probleme der kommenden Friedenszeit sehr viel leichter sein dürften als nach 1918.

Keynes,
John Maynard

09467 0121 BEC

28. Juni 1942

Der Neue Tag (Prag)

Nr. 176

Keynes im Oberhaus. Lissabon. Der bekannte englische Nationalökonom John Maynard Keynes ist in den Adelsstand erhoben worden. Keynes ist seit dem Kriege Berater des britischen Schatzamtes und gehört seit 1941 auch dem Verwaltungsrat der Bank von England an. Er war in der letzten Zeit von der britischen Regierung zur Erfüllung besonderer Aufträge mehrmals nach den USA. entsandt worden. Keynes wird nun dem britischen Oberhaus angehören; er will sich keiner Partei anschließen.

09467 0122 BEC

Datum 11. März 1943

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

Nr. 128

Keynes fordert ein Weltclearing.

ZÜRICH, 10. März. Der englische Währungstheoretiker Keynes, der den Anhängern der sogenannten freien Wirtschaft schon eine Reihe von Enttäuschungen bereitet hat, indem er die in Deutschland mit Erfolg erprobte Wirtschaftslenkung auch für den britischen Bereich als zweckmäßig bezeichnet hat, hat sich nun auch in einer ähnlichen Weise zu Währungsfragen geäußert. Während die amerikanisch-britische Weltpropaganda noch von der Wiederkehr einer freien Weltwirtschaft spricht, hat Keynes, wie eine amerikanische Nachrichtenagentur aus London meldet, den kürzlich dort versammelten Finanzministern und Sachverständigen einen Vortrag über die vorteilhafteste Organisation des zwischenstaatlichen Geldverkehrs nach dem Kriege gehalten. Nach seiner Ansicht werde die Schaffung eines möglichst die ganze Welt umspannenden Clearingsystems am besten geeignet sein, Störungen im weltwirtschaftlichen Gefüge zu verhindern. Einzelheiten über den Vortrag von Keynes, der im geschlossenen Kreise gehalten wurde, liegen noch nicht vor, doch wird gesagt, daß die nicht mehr sehr originelle Idee des britischen Theoretikers (der nach Kriegsausbruch gegen heftige Widerstände aus der City in das Direktorium der Bank von England gewählt worden war), in den Kreisen der alliierten Finanzsachverständigen heftige Diskussionen ausgelöst habe. Angeblich hätten einige der Konferenzteilnehmer heftigen Widerspruch erhoben, andere Vertreter von europäischen Exilregierungen hätten aber eine weit schärfere Lenkungs politik auch nach dem Kriege bis zu einer wirklichen Stabilisierung der Verhältnisse empfohlen. Diese Gegensätzlichkeit der Meinungen und Interessen läßt darauf schließen, daß die britische Regierung, der die Austragung solcher Gegensätze während des Krieges nicht sehr erwünscht ist, den Plan von Keynes als einen Kompromißvorschlag bestellt hatte, der zu nichts verpflichtet, der aber als Beweis für die fortschrittliche Gesinnung der Regierung ausgehängt werden kann. Jedenfalls hat man die Fortsetzung der Diskussion in weiteren Konferenzen in Aussicht gestellt.

09 4 67 0123 BEC

17. März 1943

Hamburger Fremdenblatt

Nr. 76

»Bancor« — eine neue Währungseinheit

Ein Vorschlag von Keynes

Duplikat

n. Stockholm, 16. März

Weitere Einzelheiten, die über die englischen und amerikanischen Pläne eines internationalen Währungsclearings für die Nachkriegszeit bekannt werden bekräftigen, daß man auf britischer Seite das Schwergewicht auf die Kontrolle von Ein- und Ausfuhr legt. Das deutsche Vorbild, das zuerst im „Neuen Plan“ entstand und das inzwischen in der Verrechnungskasse für den europäischen Zahlungsverkehr eine verwaltungsmäßige Grundlage fand, hat deutlich bei den englischen Plänen Gevatter gestanden. Der City-Korrespondent des „News Chronicle“ berichtet, daß in dem englischen Vorschlag eine besondere Verrechnungswährung Bancor vorgesehen sei, ähnlich wie die BIZ ihre Rechnung in nicht länger bestehenden Goldfranken vornahm. Es handle sich nicht um eine neue Währung, da man keinen freien Umtausch in Gold oder andere Währungen vorsehen wolle; da-

gegen sei beabsichtigt, den Umfang zu begrenzen, in dem die angeschlossenen Länder Verpflichtungen oder Forderungen in Bancor halten dürfen. Ländern mit zu großen Verpflichtungen, die also im Vergleich zu ihren Exporten und ihren Goldbeständen längere Zeit hindurch zu große Importe vorgenommen hätten, würde eine Höchstgrenze für ihre Inanspruchnahme von Bancor gezogen werden, die nach dem Umfang des Vorkriegshandels berechnet werden würde. Bei Annäherung an die Höchstgrenze würden gewisse Disziplinarmaßnahmen in Kraft treten, deren schärfste eine direkte Anweisung an das betreffende Land sein würde, bestimmte vorgeschriebene Schritte zum Ausgleich der Zahlungsbilanz, das heißt Verminderung der Verpflichtungen in Bancor, zu unternehmen. Umgekehrt würde jedoch auch für Länder mit zu großen Bancor-Forderungen, also Länder, die zu große Exporte vorgenommen haben, eine Höchstgrenze bestimmt werden, deren Überschreitung zwar nicht zu „Sanktionen“, wohl aber zu einem Ratschlag führen würde, die Bancor-Forderungen zu vermindern.

Zweierlei fällt sofort an diesem Vorschlag auf, nämlich einmal, daß der Außenhandel der Vorkriegszeit zur Grundlage für die Berechnung der „Höchstgrenzen“ gemacht werden soll, und zweitens, daß für Länder mit Verpflichtungen in Bancor offenbar sehr genaue Maßnahmen für die Verminderung dieser Verpflichtungen vorgeschrieben werden sollen, für Länder mit Bancor-Forderungen dagegen nur gute Ratschläge zur Verminderung empfohlen werden. Wenn man sich einmal die praktische Auswirkung dieser Prinzipien des von England und den USA zu beherrschenden Verrechnungssystems vergegenwärtigt, so wird ohne weiteres deutlich, daß die Regeln zugunsten der USA und ihrer bisherigen Handelspolitik gestaltet sind. Das gilt für die Berechnung der Höchstgrenzen nach dem Vorkriegshandel ebenso wie für die freundlichere Behandlung der Forderungsländer. Den USA wird die Möglichkeit gegeben, sich im Rahmen dieses Systems verhältnismäßig günstige Bedingungen für ihre alte und für die Weltwirtschaft so schädliche Politik übermäßiger Exporte, gemessen an den im Rahmen der Zollmaßnahmen zugelassenen Importen und bei Berücksichtigung der Zinsansprüche gegenüber dem Ausland, zu sichern.

Zwei grundsätzliche Probleme werden von diesem englischen Vorschlag unberücksichtigt gelassen. Einmal befaßt sich dieser von Professor Keynes ausgearbeitete Plan, jedenfalls nach den bisher veröffentlichten Einzelheiten, nicht mit den Relationen der einzelnen Währungen zueinander und mit den Möglichkeiten, diese Währungsrelationen entsprechend der Preisveränderung in den einzelnen Ländern zu variieren. Zweitens nimmt der Vorschlag, wie früher berichtet, keine Stellung zu der Rolle, die das Gold spielen soll, und zu der Frage, ob die USA bereit sind, den an die Bancor-Verrechnung angeschlossenen Ländern gewisse Goldreserven aus ihren angehäuften Beständen für den Spitzenausgleich zur Verfügung zu stellen und Klarheit über die Bedingungen zu schaffen, zu denen diese erfolgen soll.

Der amerikanische Vorschlag, den Harry White, der Währungssachverständige des amerikanischen Finanzministeriums, der Morgenthau bei seinem Londoner Besuch im Herbst begleitete, ausgearbeitet haben soll, basiert grundsätzlich auf dem Gedanken sogenannter Währungsausgleichsfonds, anscheinend um die von den Engländern angestrebte straffe Kontrolle nicht nur des Außenhandels, sondern des gesamten Zahlungsverkehrs zu vermeiden oder doch aufzulockern. In der englischen Diskussion der beiden Pläne wird immer wieder mit nicht zu verkennender Resignation darauf hingewiesen, daß die Entscheidung über ihre Verwirklichung ein politisches Problem sei, bei dem man maßgeblich von Wünschen und Forderungen der USA abhängig sein werde. Es ist sicherlich diese politische Abhängigkeit, die Keynes zu den aufgezeigten recht weitgehenden Konzessionen an die amerikanische Handelspolitik der Vorkriegszeit veranlaßt hat.

Keynes
John Maynard

094670124 BEC

18. März 1943

Nachrichten für Außenhandel (Berlin)

Nr. 64

Großbritannien — Einzelheiten des Keynes Plans für eine internationale Währungsregelung

— Le. Zürich — Aus London werden Einzelheiten des Keynes-Plans für eine internationale Währungsregelung berichtet. Im wesentlichen werden folgende Punkte angeführt: 1. Gründung einer internationalen Clearingbank. 2. Vermehrung der Guthaben und Schulden der teilnehmenden Länder auf Grund einer neuen, rein buchungsmäßigen Verrechnungseinheit, „Bancor“ genannt, die auf Gold basiert. 3. Die Bank wird es den Schuldnerländern besonders in den ersten Jahren gestatten, ihre Guthaben zu überziehen und Deflationsprozesse zu vermeiden. 4. Die Kredithöhe ist für jedes Land einzeln festsetzbar, wobei als Ausgangspunkt vermutlich das Außenhandelsvolumen des betreffenden Landes in einer bestimmten Periode der Vorkriegszeit genommen werden wird. Gold kann zur Abdeckung von Verbindlichkeiten verwendet werden, die Auszahlung von Forderungen in Gold muß jedoch innerhalb der Grenzen bleiben, die durch die Bankleitung festzusetzen sind. 5. Die Länder sind verpflichtet, sich mit der Bank zu beraten, wenn sie sich der Kreditgrenze nähern. Auf Grund solcher Beratungen müßte dann das betreffende Land die erforderlichen Maßnahmen treffen, um das gestörte Gleichgewicht der Zahlungsbilanz wieder herzustellen. 6. Mindestens in den ersten Jahren müßte der internationale Kapitalverkehr einer Kontrolle unterworfen werden.

Die Problematik des Planes scheint demnach hauptsächlich in der Frage zu liegen, was geschieht, wenn ein Land abwertet und demnach seine Schulden an die Bank in „Bancor“ einfach verringert, da offenbar laut dem Plan die Bankguthaben nicht in einem Goldbetrag, sondern in Direktforderungen der Bank auf die Währungen der betreffenden Länder bestehen sollen. Zu dieser Frage schreibt der „Economist“: „Wertet ein Land mit Zustimmung der Bank ab, so müßte eine Formel gefunden werden, wie der Verlust nach einem vereinbarten Schlüssel auf alle anderen Mitgliedsländer aufgeteilt werden könnte. Der Plan ist offenbar nur dann durchführbar, wenn sich die Mitgliedsstaaten damit einverstanden erklären, in gewissem Umfang ihre monetäre Autonomie aufzugeben; ein gewisser Zwang gegenüber den Schuldnerländern wird unvermeidlich sein. Die Störung des Währungsgleichgewichtes ist aber auch von den Kreditorenländern aus möglich. Sie müßten also ebenfalls der Bremswirkung von Bankkonsultationen unterworfen werden. Einer übermäßigen Aufhäufung von Guthaben könnte nach irischem Vorbild durch De-

betzinsen von einer bestimmten Höhe an entgegen- gewirkt werden. Es ist klar, daß der Plan von der grundsätzlichen Voraussetzung abhängt, daß binnen kurzem, d. h. in etwa fünf Jahren nach Kriegsende, die Zahlungsbilanzen der Länder mehr oder weniger ausgeglichen sind, ausgenommen das Gebiet der langfristigen Kapitalbewegungen. Ausländische Investitionen von Mitgliedsländern müßten demnach einer Konsultation mit internationaler Stelle unterzogen werden.

Duplikat

VS n83

Keynes
John Maynard

09467 0125 BEC

Datum 19. März 1943

Nachrichten für Außenhandel (Berlin)

Nr. 65

Großbritannien — Ein Weißbuch über den Keynes-Plan

— Le. Zürich — Schatzkanzler Sir Kingsley Wood hat die Herausgabe eines Weißbuches über den Keynes-Plan bekanntgegeben, der nach dem Krieg als Diskussionsgrundlage für eine neue Währungsordnung dienen soll. Damit ist die Währungsdiskussion in eine neue Phase gerückt, wenngleich der amerikanische Plan, der von Harry White ausgearbeitet wurde, noch streng geheimgehalten wird und erst dem britischen Schatzamt zugestellt wurde. Die „Financial News“ schreiben dazu: Die Tatsache, daß die Währungsfachleute sich mehr und mehr dem Gedanken eines multilateralen Clearing zuwenden, stellt eine umwälzende Abkehr von dem dar, was früher als orthodox gegolten hat. Es ist überraschend, wie viele Leute sich offenbar damit abfinden, daß das internationale Währungsclearing ein dauernder Bestandteil des Wirtschaftssystems werden soll. Der „Manchester Guardian“ äußert sich folgendermaßen: die Idee eines Weltclearings ist mit dem vollen Goldstandard kaum vereinbar. Man kann ruhig voraussagen, daß das Gold seine frühere dominierende Stellung nicht mehr zurückerhalten wird.

Duplikat

H n 3

Datum 19. März 1943

Berliner Börsen-Zeitung

Nr. 131

Der fertige Währungsplan?

Keynes kontra White

Drahtmeldung unseres Wirtschaftskorrespondenten

Gth Zürich, 18. März.

Nach einer Mitteilung des britischen Schatzkanzlers soll der Keynes-Plan, den er in diesem Zusammenhang als „Diskussionsgrundlage“ für eine neue Währungsordnung nach dem Kriege bezeichnete, demnächst als amtliches Weißbuch veröffentlicht werden. Gleichzeitig verlautet, daß auch von amerikanischer Seite ein fertiger Währungsplan vorliegt, dessen Verfasser Harry White ist; dieser Gegenplan wird einstweilen jedoch noch streng geheim gehalten und ist bisher erst dem britischen Schatzamt vertraulich zugeleitet worden. Die Bekanntgabe des Keynes-Planes scheint demnach eine Flucht in die Öffentlichkeit darzustellen, welche die Absicht verfolgt, die britischen Gedanken zur Währungsreform mit einem gewissen zeitlichen Vorsprung zur Debatte zu stellen und dadurch die Weltmeinung gegen die vorläufig noch unbekannten amerikanischen Pläne zu beeinflussen. Im übrigen ist es fast belustigend, mit welcher Selbstverständlichkeit das im Keynes-Plan enthaltene System des internationalen Verrechnungsverkehrs jetzt allgemein akzeptiert wird, nachdem es noch vor kurzem als „deutsche Erfindung“ in Grund und Boden verdammt worden war. Das City-Blatt „Financial News“ äußert sich folgendermaßen: „Wenn sich die Währungsfachleute gegenwärtig mehr und mehr dem Gedanken eines multilateralen Clearing zuwenden, so bedeutet das eine entscheidende Absage an bestimmte Grundsätze, die früher als solide und orthodox gegolten haben.“

Es ist überraschend, wie viele Leute sich offenbar bereits jetzt damit abgefunden haben, daß der internationale Verrechnungsverkehr künftig einen dauernden Bestandteil unseres Wirtschaftssystems bilden soll.“ Der „Manchester Guardian“ vertritt eine ähnliche Auffassung und bezeichnet den Plan eines Welt-Clearings als unvereinbar mit den Grundsätzen der echten Goldwährung. Man kann deshalb in aller Ruhe voraussagen, daß das Gold seine früher beherrschende Stellung nicht mehr zurückerhalten wird.

Keynes, John M.

Signatur.....

Datum 23. März 1943

09467 0127 BEC

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

Nr. 150

*** Von der Londoner Währungskonferenz.** (hp Zürich.) Die von Professor Keynes verfaßte Denkschrift über künftige Fragen des zwischenstaatlichen Zahlungsverkehrs und der Währungspolitik ist noch nicht veröffentlicht worden, auch nicht die inzwischen von einem amerikanischen Sachverständigenausschuß dem britischen Schatzamt überreichte Gegendenkschrift. Dagegen weiß ein Londoner Börsenblatt zu berichten, daß Professor Keynes in seiner Denkschrift neben dem Clearingplan auch Vorschläge für die Stabilisierung der Preise der wichtigsten Weltstapelprodukte gemacht habe. Keynes sei ursprünglich dafür eingetreten, für das internationale Clearing als Wertbasis der vorgeschlagenen Verrechnungseinheit einen Güterpreisindex zu benutzen, um damit auch eine Preisstabilisierung zu erreichen. Namentlich die Regierung der Vereinigten Staaten habe hiergegen Einspruch erhoben und darauf gedrängt, daß das Gold als Basis für die neue Clearingwährung benutzt werde. Keynes habe deshalb das Clearingprojekt von dem Preisproblem getrennt vorgelegt. Das letztere empfehle die Schaffung eines internationalen Pools, der sämtliche Produktionsüberschüsse auf dem Gebiet der Stapelgüter aufzunehmen habe, soweit diese Ueberschüsse nicht zu den international festzusetzenden Preisen verwertet werden könnten. Man habe in der City den Eindruck, daß die britische Regierung zum Teil die Keynes'schen Vorschläge nicht als ihre eigenen betrachte, wie sie dies wohl gegenüber dem Clearingprojekt tue.

Keynes
P. John Maynard

09467 0128 BEC

23. März 1943

Nachrichten für Außenhandel (Berlin)

Nr. 68

Großbritannien — Die Presse zum Keynes-Plan der Regierung

— Le. Zürich — In der Presse wird die Auffassung vertreten, das Weißbuch der Regierung über den Keynes-Plan werde unter anderm klarstellen, daß die Bank für internationalen Zahlungsausgleich nach dem Kriege überflüssig sein werde, wenn der Plan der britischen Regierung zur Lösung der mannigfachen Währungsprobleme allgemein angenommen würde.

*Keynes,
John M.*

09467 0129 BEC

Datum 23. März 1943

Hamburger Fremdenblatt

Nr. 82 A

Von der Londoner Währungskonferenz

Die von Professor Keynes verfaßte Denkschrift über künftige Formen des zwischenstaatlichen Zahlungsverkehrs und der Währungspolitik ist noch nicht veröffentlicht worden, auch nicht die inzwischen von einem amerikanischen Sachverständigenausschuß dem britischen Schatzamt überreichte Gegendenkschrift. Dagegen weiß ein Londoner Börsenblatt zu berichten, daß Professor Keynes in seiner Denkschrift neben dem Clearing-Plan auch Vorschläge für die Stabilisierung der Preise der wichtigsten Weltstapelprodukte gemacht habe. Keynes sei ursprünglich dafür eingetreten, für das internationale Clearing als Wertbasis der vorgeschlagenen Verrechnungseinheit einen Güterpreisindex zu benutzen, um damit auch eine Preisstabilisierung zu erreichen. Namentlich die Regierung der Vereinigten Staaten habe hiergegen Einspruch erhoben und darauf gedrängt, daß das Gold als Basis für die neue Clearingwährung benutzt werde. Keynes habe deshalb das Clearingprojekt von dem Preisproblem getrennt vorgelegt. Das letztere gipfele in der Schaffung eines internationalen Pools, der sämtliche Produktionsüberschüsse auf dem Gebiet der Stapelgüter aufzunehmen habe, soweit diese Überschüsse nicht zu den international festzusetzenden Preisen verwertet werden können.

Man habe in der City den Eindruck, daß die britische Regierung zum Teil die Keyneschen Vorschläge nicht als ihre eigenen betrachte, wie sie dies wohl gegenüber dem Clearingprojekt tue.

Keynes, John M.

Signatur *P*

09467 0130 BEC

Datum 25. März 1943

Kölnische Zeitung

Nr. 153/54

Internationaler Investments-Ausschuß

Noch zwei Pläne von Keynes

HR Bern, 24. März. Wie aus London gemeldet wird, soll der von Keynes ausgearbeitete Währungsplan, der bereits den alliierten Regierungen zugestellt wurde, demnächst veröffentlicht werden, und zwar nicht im Namen des Verfassers, sondern der britischen Regierung, die ihn sich zu eigen gemacht hat. Es besteht auch ein amerikanischer Regierungsplan für einen internationalen Goldpool. Man spricht jetzt in London von der Möglichkeit, daß eine Kombination der beiden Pläne vereinbart werden könne. Die Financial News teilt mit, daß Keynes nicht nur einen ergänzenden Plan für die internationale Poolung von Produktionsüberschüssen, von Stapelerzeugnissen zur Verhütung von Preisbaissen ausgearbeitet habe, sondern noch zwei andere Pläne für einen internationalen Investments-Ausschuß und einen internationalen Wirtschaftsausschuß. Der Investments-Ausschuß soll die Finanzierung des Kapitalbedarfs „rückständiger oder verarmter Länder“ besorgen, u. a. durch Deckung ihrer Ausfuhrdefizite zur Entlastung des internationalen Clearingkontos. Der internationale Wirtschaftsausschuß würde, dem Blatt zufolge, die langfristige wirtschaftliche Entwicklung einzelner Länder durch Vermittlung langfristiger Anleihen im Interesse der Weltwirtschaft fördern helfen. Alle drei ergänzenden Pläne von Lord Keynes stehen unmittelbar oder mittelbar im Zusammenhang mit dem internationalen Clearingplan, doch hat sich die britische Regierung vorläufig nur diesen zu eigen gemacht, was aber, wie berichtet wird, nicht notwendigerweise eine endgültige Zurückweisung der ergänzenden Vorschläge bedeutet.

*

Der Vorschlag eines internationalen Investment-Ausschusses und eines internationalen Wirtschaftsausschusses zur Kontrolle der Investitionen hat einen Vorgänger in USA, der von dem ehemaligen stellv. USA-Schatzsekretär Charles S. Dewey stammt. Dewey will eine neue internationale Bank ins Leben rufen, die die Investitionen und den Strom der Auslandskredite lenken soll. Nur durch eine laufende Investitionskontrolle sei die Industrialisierung in jenen Gebieten in vernünftigen Grenzen zu halten, die durch den Krieg und durch die Störung der früheren Lieferbeziehungen eine Intensivierung der nationalen Wirtschaftskapazitäten in Gang gebracht haben. Der internationalen Bank müsse eine ebenfalls auf internationaler Basis arbeitende Rohstoffkontrolle angeschlossen sein. Bankinstitut und Rohstoffkartelle müßten nach Meinung von Dewey so organisiert werden, daß wenigstens 51% der Aktienmehrheit bei den USA liegen, während der Rest auf die übrigen Alliierten so aufgeteilt werden könne, daß dabei keine für die USA gefährliche Interessentengruppe auftreten werde. Die finanzielle Basis würde nach diesem Vorschlag das in den USA angesammelte Gold abgeben, während die übrigen Aktionäre den auf sie entfallenden Anteil durch Abtretung von Besitztiteln an strategisch wichtigen Metallprodukten einzahlen sollen.

Keynes, John M.

Signatur.....

Datum 27. März 1943

094670131 BEC

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

Nr. 158

Duplikat

* Die Lücken im Keynes-Plan.

Heikle Fragen.

Zu den wichtigsten Voraussetzungen eines funktionierenden Clearingsystems gehören Stabilität und Uebereinstimmung der nationalen Preisspiegel. Beide Voraussetzungen können nur das Produkt einer zielbewußten Politik sein. Die Stabilität eines nationalen Preisspiegels ist heute Angelegenheit der Währungspolitik im umfassendsten Sinne. Die internationale Uebereinstimmung der nationalen Preisspiegel ist eine Sache der internationalen Vereinbarung über die richtigen Verrechnungskurse für die Währungen untereinander oder, wie im englischen Projekt vorgesehen, der einzelnen Landeswährungen im Verhältnis zum Bancor. Von diesen Dingen war schon im Zusammenhang mit der bemerkenswerten Hinwendung Englands zum Clearingsystem die Rede (vgl. „Englands währungspolitische Initiative“ in Nr. 147). Im Hinblick auf diese Voraussetzungen eines Clearingsystems wurde gesagt, daß der Keynes-Plan offensichtlich Lücken habe, die geschlossen werden müßten, soll das System arbeiten können. Inzwischen ist nun bekannt geworden, daß sich die Beteiligten sehr wohl über diese Punkte Gedanken gemacht haben, daß sie aber offensichtlich nicht zu brauchbaren Ergebnissen gekommen sind. Ein gesondert neben dem Clearingplan bestehender Vorschlag von Prof. Keynes befaßt sich nämlich mit der Stabilisierung der wichtigsten Stapelprodukte der Welt. Keynes habe, so besagen Berichte aus London, zunächst vorgeschlagen, einen Güterpreisindex einzuführen, also etwas, was ganz früheren Empfehlungen von ihm entspricht. Nach amerikanischem Widerspruch und dem Gegenvorschlag, Gold als Clearingbasis zu benutzen, seien dann Clearing- und Preisproblem getrennt voneinander behandelt worden. Das Resultat sei jener Vorschlag gewesen, zur Preisstabilisierung einen internationalen Pool für sämtliche Produktionsüberschüsse von wichtigen Welthandelswaren zu schaffen. Nach Äußerungen englischer Zeitungen könnte die Trennung der Vorschläge auch damit zusammenhängen, daß die englische Regierung den Vorschlägen über den Pool nicht in gleicher Weise nahezutreten wünscht wie den Clearingplänen. Die Vermutung, daß der Clearing-Plan an diesem Punkte wichtige Lücken habe, findet darin seine Bestätigung.

Das Interesse der USA.

Mit diesen Andeutungen über diesen wichtigen Punkt des englisch-amerikanischen Währungsstreits ist noch kein voller Einblick gewonnen. Aber man lernt doch dadurch die Grundlinien der beiden Anschauungen ungefähr kennen. Die amerikanische hat keine Ueberzeugungskraft. Die Rückkehr zu einer Goldwährung verlangt, soll sie funktionieren, nicht nur die (den Vereinigten Staaten so erwünschte) Wiederherstellung des freien Welthandels, sondern auch den Versuch, eine freie Wirtschaft mit freier Preisbildung wiederherzustellen, damit der Automatismus arbeiten kann, der für eine Anpassung der nationalen Preisspiegel an das internationale Preisniveau sorgt. Wer sich die Erfahrungen der letzten zwanzig Jahre vor Augen führt, gerade auch die in Amerika gemachten, wird finden, daß hier von Erwartungen ausgegangen wird, die heute keine Berechtigung mehr haben. Aus konjunkturpolitischen Gründen haben die Vereinigten Staaten während geraumer Zeit durch eine expansive Geldpolitik ständig jenem Automatismus entgegengearbeitet. Daß daraus für die Vereinigten Staaten keine abträglichen Folgen für die Goldwährung hervorgingen, lag einfach daran, daß die Vereinigten Staaten in der Lage waren, selbst den Goldstandard der Welt konkurrenzlos zu bestimmen, es also nicht nötig hatten, wie jedes andere Land in gleicher Lage, nach Mißerfolg entweder auf die Konjunkturpolitik oder auf den stabilen Wechselkurs zu verzichten; künftig würden die Vereinigten Staaten genau den gleichen Vorteil haben, ja infolge der noch gewachsenen Vorherrschaft der Vereinigten Staaten eher noch in verstärktem Maße. Aber welches Land außerhalb der Vereinigten Staaten könnte sich heute noch zu einer solchen Wahl entschließen? Welche Regierung würde es verantworten können, das Funktionieren der Goldwährung über die nationale Wohlfahrt zu stellen? Wohl keine mehr. Es ist kaum anzunehmen, daß in den Vereinigten Staaten überall dieses Problem der übrigen Welt verkannt wird. Wenn dennoch heute von der amerikanischen Regierung die Rolle des konservativen Hüters der Goldwährung gespielt wird, nachdem gerade sie sich jahrelang gegen den Geist der Goldwährung gewandt haben, so ist das ein Zeichen, daß die

und sind von dort aus selbst schon als Lösungsmittel vorgeschlagen worden. Die praktischen Erfahrungen mit Pools sind jedoch sehr bescheiden. Pools zustande zu bringen, war meist schon sehr schwierig; nur größte Not der Produzenten, das heißt also übermäßige Vorräte, halfen die Sonderinteressen zu überwinden, die, wie bei internationalen Kartellen auch sonst, deshalb so schwer auszugleichen sind, weil hinter ihnen immer die Politik der Regierungen steht. Die Leistungen des Zinnpools, der heute praktisch nicht mehr besteht (trotz der Verlängerung des Abkommens im Herbst vorigen Jahres), haben die Beteiligten früher keineswegs immer befriedigt, ja es sind ihm Mängel und Nachteile vorgeworfen worden. Dennoch gilt er gewissermaßen als ein Prunkstück unter den Pools. Und wie der Weizenpool, der im Sommer 1942 abgeschlossen wurde, einmal arbeiten wird, ist noch vollkommen offen. Die entscheidenden Fragen blieben nämlich der Nachkriegszeit zur Lösung vorbehalten, und dazu gehört die Festsetzung der Preise, also gerade das, was nach dem Vorschlag von Keynes zum Mittelpunkt der Vereinbarungen gemacht werden müßte, wenn die Pools der Preisstabilisierung dienen sollen. Man darf sich wohl auf große Verhandlungsschwierigkeiten in jedem einzelnen Fall gefaßt machen. Aber angenommen, es gelänge das schwierige Werk, für eine größere Anzahl von wichtigen Welthandelswaren solche Preisools zu bilden, wieviel wäre damit schon für die gestellte währungspolitische Aufgabe gewonnen? Der Pool schützt die meist nicht sehr zahlreichen Produktionsländer gegen Baissen und die Verbrauchs- und Verarbeitungsländer gegen Haussen, vorausgesetzt, daß die Pools auch in solchen Lagen funktionieren, was sich erst noch zeigen müßte. Englands Interesse liegt jedenfalls auf dieser Seite und macht den Vorschlag aus diesem Grunde verständlich. Die viel wichtigere Aufgabe ist aber, die nationalen Preisspiegel einer größeren Zahl von Ländern in Ordnung zu halten. Die Probleme sind hier jedoch gerade in den ersten Nachkriegsjahren vermutlich viel eher inflatorischer als deflatorischer Art. Worauf es ankommt, ist vielmehr, Vorkehrungen gegen nationale Preishaussen zu treffen, das heißt nicht nur für genügend Warenangebot zu sorgen und für gesunde Finanz- und Geldpolitik, sondern auch für genügend satte feste, zu strenger Festhaltung der Preise befähigte nationale Autoritäten.

Nationale Preiskontrolle unerlässlich.

Der Versuch, die Preisstabilität mit „liberalen“ Mitteln zu erreichen, wird wohl scheitern müssen. Alle Erfahrungen des letzten Jahrzehnts sprechen eindeutig für diese Annahme. Preiskontrolle, und zwar totale Preiskontrolle, ist unerlässlich geworden. Viele Länder sind schon dem deutschen Beispiel gefolgt, wenn auch noch nicht mit gleichen Ergebnissen. Aber das wird gelernt werden müssen, auch dort, wo es schwerer fallen mag, die erforderliche Preisdisziplin der Bevölkerung zu erzeugen und zu halten. Niemand verkennt, daß die Durchführung funktionierender und unschädlicher Preiskontrollen nicht einfach ist und daß überhaupt das Geschäft der staatlichen Preispolitik viel weniger erfreulich ist, als einst die vertrauensvolle Hingabe an den Automatismus der Goldwährung. Verzichtet werden kann auf Preiskontrolle jedoch heute nicht mehr. In Europa hat man das begriffen. Liest man zum Beispiel die Vorschläge durch, die in der Schweiz soeben die Eidgenössische Preiskontrollkommission in einer Eingabe an das Volkswirtschaftsdepartement gemacht hat zur Verwirklichung der Preisstabilisierung, so wird man finden, daß hier nicht nur die Aufgabe erkannt, sondern auch in ihrem Wesen verstanden worden ist, so wenig damit über alle Vorschläge im einzelnen etwas ausgesagt sein soll. Wäre Deutschlands praktisches Beispiel nicht, so würde vermutlich heute eine viel geringere Zuversicht in die Erfolgsaussichten einer solchen Politik bestehen. Deutschlands Erfolge ermutigen aber durchaus dazu, auf den eingeschlagenen Bahnen auch dort fortzuschreiten, wo in den Anfängen die Erfolge nicht so groß waren wie hier. Je erfolgreicher die einzelnen Länder auf diesem Gebiete werden, desto besser werden die Clearingsysteme funktionieren, desto feiner können die Mittel ausgestaltet werden und desto großzügiger kann man auch im internationalen Kreditverkehr verfahren.

Richtige Verrechnungskurse.

Neben der Stabilität der nationalen Preisspiegel ist, wie gesagt, die internationale Uebereinstimmung der Verrechnungskurse

Initiative" in Nr. 147). Im Hinblick auf diese Voraussetzungen eines Clearingsystems wurde gesagt, daß der Keynes-Plan offensichtlich Lücken habe, die geschlossen werden müßten, soll das System arbeiten können. Inzwischen ist nun bekannt geworden, daß sich die Beteiligten sehr wohl über diese Punkte Gedanken gemacht haben, daß sie aber offensichtlich nicht zu brauchbaren Ergebnissen gekommen sind. Ein gesondert neben dem Clearingplan bestehender Vorschlag von Prof. Keynes befaßt sich nämlich mit der Stabilisierung der wichtigsten Stapelprodukte der Welt. Keynes habe, so besagen Berichte aus London, zunächst vorgeschlagen, einen Güterpreisindex einzuführen, also etwas, was ganz früheren Empfehlungen von ihm entspricht. Nach amerikanischem Widerspruch und dem Gegenvorschlag, Gold als Clearingbasis zu benutzen, seien dann Clearing- und Preisproblem getrennt voneinander behandelt worden. Das Resultat sei jener Vorschlag gewesen, zur Preisstabilisierung einen internationalen Pool für sämtliche Produktionsüberschüsse von wichtigen Welthandelswaren zu schaffen. Nach Äußerungen englischer Zeitungen könnte die Trennung der Vorschläge auch damit zusammenhängen, daß die englische Regierung den Vorschlägen über den Pool nicht in gleicher Weise nahezutreten wünscht wie den Clearingplänen. Die Vermutung, daß der Clearing-Plan an diesem Punkte wichtige Lücken habe, findet darin seine Bestätigung.

Das Interesse der USA.

Mit diesen Andeutungen über diesen wichtigen Punkt des englisch-amerikanischen Währungsstreits ist noch kein voller Einblick gewonnen. Aber man lernt doch dadurch die Grundlinien der beiden Anschauungen ungefähr kennen. Die amerikanische hat keine Ueberzeugungskraft. Die Rückkehr zu einer Goldwährung verlangt, soll sie funktionieren, nicht nur die (den Vereinigten Staaten so erwünschte) Wiederherstellung des freien Welthandels, sondern auch den Versuch, eine freie Wirtschaft mit freier Preisbildung wiederherzustellen, damit der Automatismus arbeiten kann, der für eine Anpassung der nationalen Preisspiegel an das internationale Preisniveau sorgt. Wer sich die Erfahrungen der letzten zwanzig Jahre vor Augen führt, gerade auch die in Amerika gemachten, wird finden, daß hier von Erwartungen ausgegangen wird, die heute keine Berechtigung mehr haben. Aus konjunkturpolitischen Gründen haben die Vereinigten Staaten während geraumer Zeit durch eine expansive Geldpolitik ständig jenem Automatismus entgegengearbeitet. Daß daraus für die Vereinigten Staaten keine abträglichen Folgen für die Goldwährung hervorgingen, lag einfach daran, daß die Vereinigten Staaten in der Lage waren, selbst den Goldstandard der Welt konkurrenzlos zu bestimmen, es also nicht nötig hatten, wie jedes andere Land in gleicher Lage, nach Mißerfolg entweder auf die Konjunkturpolitik oder auf den stabilen Wechselkurs zu verzichten; künftig würden die Vereinigten Staaten genau den gleichen Vorteil haben, ja infolge der noch gewachsenen Vorherrschaft der Vereinigten Staaten eher noch in verstärktem Maße. Aber welches Land außerhalb der Vereinigten Staaten könnte sich heute noch zu einer solchen Wahl entschließen? Welche Regierung würde es verantworten können, das Funktionieren der Goldwährung über die nationale Wohlfahrt zu stellen? Wohl keine mehr. Es ist kaum anzunehmen, daß in den Vereinigten Staaten überall dieses Problem der übrigen Welt verkannt wird. Wenn dennoch heute von der amerikanischen Regierung die Rolle des konservativen Hüters der Goldwährung gespielt wird, nachdem gerade sie sich jahrelang gegen den Geist der Goldwährung versündigt und damit zu ihrem Ende beigetragen hat, so wird nur zu deutlich, daß es ihr nicht um das währungspolitische Wohlergehen der Welt, sondern um das eigene Interesse an der Befestigung oder Erringung einer wirtschaftlichen und damit politischen Vormachtstellung in der Welt geht.

Pools — keine Lösung.

Den Engländern, einst die traditionellen Pfleger und Hüter der Goldwährung, fällt es in den Verhandlungen vermutlich nicht so schwer, den Amerikanern die Unmöglichkeit einer freien Goldwährung für die Welt darzutun (so sehr auch ihr Herz an ihr hängen mag), als die Voraussetzungen für ein funktionierendes Clearingsystem nachzuweisen. Anscheinend besteht darüber, selbst unter Engländern, Unklarheit und Uneinigkeit. Denn zu dieser Auffassung gehört die Einsicht, daß es mit dem Laissez-faire wirklich ein Ende habe und daß dem Staat eine ganz andere Rolle zugebilligt werden muß, als sie dem herkömmlichen liberalen Denken gerade der Engländer entspricht; man darf nicht übersehen, daß Keynes heute zwar seine Ansichten mit größerer Autorität äußert als früher, daß er aber in einem so wichtigen Punkte vermutlich keine Mehrheit der Geschäftswelt an seiner Seite hat. Alle englischen Vorschläge müssen daher immer noch so „liberal“ sein, daß sie nicht nur den Amerikanern, sondern auch den konservativen Engländern gefallen. Offenbar deshalb hat Keynes sein Projekt, einen Welthandelswarenindex zu Hilfe zu nehmen, beiseite gelassen (von dem man sich aber auch kaum etwas zur Lösung des Preisproblems versprechen darf), hat nicht nur die Goldbasis für den „Bancor“ vorgeschlagen, sondern auch die Bildung eines internationalen Pools zur Preisstabilisierung aller überschüssigen Stapelgüter.

Auch ohne nähere Kenntnis des Projekts darf man wohl sagen, daß es sich hier um einen schwachen Ausweg handelt, so wichtig er sein mag, um die Gunst der Amerikaner für die übrigen Vorschläge zu gewinnen; Pools werden nämlich in Amerika gebilligt

im Sommer 1942 abgeschlossen wurde, einmal arbeiten wird, ist noch vollkommen offen. Die entscheidenden Fragen blieben nämlich der Nachkriegszeit zur Lösung vorbehalten, und dazu gehört die Festsetzung der Preise, also gerade das, was nach dem Vorschlag von Keynes zum Mittelpunkt der Vereinbarungen gemacht werden müßte, wenn die Pools der Preisstabilisierung dienen sollen. Man darf sich wohl auf große Verhandlungsschwierigkeiten in jedem einzelnen Fall gefaßt machen. Aber angenommen, es gelänge das schwierige Werk, für eine größere Anzahl von wichtigen Welthandelswaren solche Preisools zu bilden, wieviel wäre damit schon für die gestellte währungspolitische Aufgabe gewonnen? Der Pool schützt die meist nicht sehr zahlreichen Produktionsländer gegen Baissen und die Verbrauchs- und Verarbeitungsländer gegen Haussen, vorausgesetzt, daß die Pools auch in solchen Lagen funktionieren, was sich erst noch zeigen müßte. Englands Interesse liegt jedenfalls auf dieser Seite und macht den Vorschlag aus diesem Grunde verständlich. Die viel wichtigere Aufgabe ist aber, die nationalen Preisspiegel einer größeren Zahl von Ländern in Ordnung zu halten. Die Probleme sind hier jedoch gerade in den ersten Nachkriegsjahren vermutlich viel eher inflatorischer als deflatorischer Art. Worauf es ankommt, ist vielmehr, Vorkehrungen gegen nationale Preishaussen zu treffen, das heißt nicht nur für genügend Warenangebot zu sorgen und für gesunde Finanz- und Geldpolitik, sondern auch für genügend sattelfeste, zu strenger Festhaltung der Preise befähigte nationale Autoritäten.

Nationale Preiskontrolle unerlässlich.

Der Versuch, die Preisstabilität mit „liberalen“ Mitteln zu erreichen, wird wohl scheitern müssen. Alle Erfahrungen des letzten Jahrzehnts sprechen eindeutig für diese Annahme. Preiskontrolle, und zwar totale Preiskontrolle, ist unerlässlich geworden. Viele Länder sind schon dem deutschen Beispiel gefolgt, wenn auch noch nicht mit gleichen Ergebnissen. Aber das wird gelernt werden müssen, auch dort, wo es schwerer fallen mag, die erforderliche Preisdisziplin der Bevölkerung zu erzeugen und zu halten. Niemand verkennt, daß die Durchführung funktionierender und unschädlicher Preiskontrollen nicht einfach ist und daß überhaupt das Geschäft der staatlichen Preispolitik viel weniger erfreulich ist, als einst die vertrauensvolle Hingabe an den Automatismus der Goldwährung. Verzichtet werden kann auf Preiskontrolle jedoch heute nicht mehr. In Europa hat man das begriffen. Liest man zum Beispiel die Vorschläge durch, die in der Schweiz soeben die Eidgenössische Preiskontrollkommission in einer Eingabe an das Volkswirtschaftsdepartement gemacht hat zur Verwirklichung der Preisstabilisierung, so wird man finden, daß hier nicht nur die Aufgabe erkannt, sondern auch in ihrem Wesen verstanden worden ist, so wenig damit über alle Vorschläge im einzelnen etwas ausgesagt sein soll. Wäre Deutschlands praktisches Beispiel nicht, so würde vermutlich heute eine viel geringere Zuversicht in die Erfolgsaussichten einer solchen Politik bestehen. Deutschlands Erfolge ermutigen aber durchaus dazu, auf den eingeschlagenen Bahnen auch dort fortzuschreiten, wo in den Anfängen die Erfolge nicht so groß waren wie hier. Je erfolgreicher die einzelnen Länder auf diesem Gebiete werden, desto besser werden die Clearingsysteme funktionieren, desto feiner können die Mittel ausgestaltet werden und desto großzügiger kann man auch im internationalen Kreditverkehr verfahren.

Richtige Verrechnungskurse.

Neben der Stabilität der nationalen Preisspiegel ist, wie gesagt, die internationale Uebereinstimmung der nationalen Preisspiegel eine wichtige Voraussetzung funktionierender Verrechnung. Sie wird hergestellt durch den richtigen Verrechnungskurs. Man braucht sich dabei nicht zu komplizierte Bedingungen vorzustellen, etwa die, daß alle einzelnen Preise eines nationalen Preisspiegels jene internationale Uebereinstimmung besitzen müßten, ja, es ist vielleicht nicht einmal erforderlich, daß sie die Gesamtheit aller Preise besitzt. Gewiß aber ist nötig, daß die Preise der Austauschgüter diese Eigenschaft haben, so daß weder die Importeure noch die Exporteure genötigt sind, Opfer auf sich zu nehmen oder die Opfer anderer zu beanspruchen (sei es durch Kartelle über höhere Inlandspreise die Opfer der inländischen Bezieher oder durch staatliche Nachhilfe die Opfer der Steuerzahler). Am besten ist es auf alle Fälle, wenn möglichst wenig Austauschwaren der Nachhilfe bedürfen. Auf eine Nicht-Uebereinstimmung kann aber geschlossen werden, wenn große, volkswirtschaftlich ins Gewicht fallende Beträge zum Preisausgleich im Außenhandel bewegt werden müssen. Dann sind die Verrechnungskurse falsch. Auch von dieser Aufgabe, geeignete Verrechnungskurse festzusetzen, läßt der Keynes-Plan, so weit er bis jetzt bekannt geworden ist, nichts verlauten. Vielleicht wollte man einen so schwierigen, mit dem in der ganzen Welt stärker gewordenen Exportinteresse aufs engste verknüpften Punkt noch nicht zur Debatte stellen. Die Anmeldung einer neuen Herabsetzung des Pfundkurses oder die Verlautbarung eines entsprechenden Wunsches deutet darauf hin, daß sich die englischen Beteiligten über die ganze Wichtigkeit dieser Seite der Angelegenheit klar geworden sind. Ob sie befürchten, daß auch zahlreiche andere Länder solche Wünsche haben werden, ginge es einmal an das Verhandeln über die Verrechnungskurse? Eigentlich müßten sie das tun, denn es wünscht wohl kein Land mehr aufs neue in Exportnachteile gegenüber England oder einem anderen Land zu geraten. Wie dem auch sei, der Weg zur Bancor-Verrechnung erscheint noch ziemlich weit.

Falsch gezäumt

A.V. Wenn jetzt viel von imperialistischen Plänen der Feindmächte die Rede ist, so bleibt das wirtschaftliche Gebiet davon nicht unberührt. Es ist zwar nicht verborgen geblieben, daß im Lager der Feinde in Sachen der Rohmaterialbeschaffung einigermaßen Schwierigkeiten entstanden sind, insbesondere seit Wegnahme der niederländischen Kolonialschätze, aber man nimmt dort die Ausweichmöglichkeiten kräftig wahr. Für die Zukunft jedoch möchte man sich völlig sichern, und die imperialistische Gedankenführung ist unverkennbar. Auch in einem anderen Bezirk, nämlich in dem währungs-technischen, bemächtigt sich die Theorie des Themas. Es war hier kürzlich die Rede von einem Vorschlag John Maynard Keynes', der eine neue Verrechnungswährung mit einer neuen Währungseinheit (Bancor = Bankgold) vorschlägt, und zwar für die Zeit nach dem Kriege.

Der Gedanke ist nicht neu und hat seine Vorgänger, und zwar auch gerade hier in unserer Vaterstadt Hamburg. Man entsinnt sich, daß in Hamburg vor der Einführung der neuen deutschen Reichswährung in Bancor mark gerechnet wurde, und zwar ist das Bankmandat im Februar 1619 errichtet worden, wodurch einer Bancor mark $8\frac{1}{3}$ Gramm Silber zugrunde gelegt wurden. Dabei spielte die feste Relation zwischen Silber und Gold eine gewisse Rolle und zwar von $15\frac{1}{2}$ Silber zu 1 Gold. 1000 Gramm Gold bedeuteten 2790 Mark = 15 500 Gramm Silber. Es ergibt sich also die Gleichung: $2790 \times 8\frac{1}{3} : 15 500 = 1,50$ Mark, wie die Bancor mark auch errechnet wurde (man beachte hierbei die nominelle Unverändertheit des Goldpreises und des Wertinhalts der theoretischen Goldmark von heute). Mit Bancor mark wurde also früher in Hamburg die allgemeine Rechnungsvaluta des Hamburger Großhandels bezeichnet. Die Einheit, die Mark (Mark Banco = Bankmark), war, wie gesagt, Rechnungseinheit, aber Münzen wurden davon nicht ausgeprägt.

Im Gegensatz zu der Bancor mark war die Kurantmark das wirtschaftlich umlaufende Geld, daher auch „klingend Kurant“ genannt. Gegenüber der im Werte höheren Bancor mark, wonach die Kaufleute rechneten, wurde also im öffentlichen Leben in Hamburg nach Kurantwährung gezahlt. Es gingen auf ein Pfund Feinsilber $59\frac{1}{3}$ Mark Banco und 75 Mark Kurant. Mit dem 15. Februar 1873 wurden infolge der Einführung der neuen deutschen Reichswährung (1 Mark gleich 100 Pfennig) die sogenannten Banknoten der Hamburger Bankkonten der Hamburger Bank geschlossen und nur noch nach der neuen Währung gerechnet. Ähnliches Bancogeld hatten auch andere der ältesten europäischen Girobanken, so besonders die Amsterdamsche Wisselbank, deren Bancogeld auf der Grundlage eines dauernd hinterlegten Bestandes vollwertiger Silbermünzen im 17. Jahrhundert die Grundlage der Amsterdamer Handelswährung bildete. Zu geringerer Bedeutung gelangte die von dem 1621 in Nürnberg begründeten Banco Publico geschaffene Bancowährung.

Auch in der turbulenten Zeit der Inflation nach dem Weltkrieg 1914/18 nahm Hamburg die Initiative und gründete am 24. Oktober 1923 die Hamburger Bank von 1923. Zweck dieser Bank war die Schaffung „wertbeständigen“ Geldes für Hamburg. Die Rentenmark gab es damals noch nicht. Die gesetzlichen Vorschriften über das Notenprivileg des Reiches wurden dadurch umgangen, daß die Geldzeichen der Hamburger Bank als Verrechnungsanweisung über Goldmark-Guthaben bezeichnet wurden. Sie lauteten auf Goldmark. Die Goldmark wurde auf Devisen

mobilisiert wurden, während die unmittelbare Verwendung von Devisen durch Reichsgesetz verboten war. Mit Durchführung der Rentenmarkreform, die am 15. November in Kraft trat, wurden die Geldzeichen der Hamburgischen Bank hinfällig, so daß also die Hamburger Goldmark ungefähr nur drei Wochen in Gültigkeit war.

Der Vorschlag Keynes', der also ebenfalls eine Verrechnungswährung vorsieht, bedeutet an sich auch keine neue Währung, denn an einen Umtausch von Geldzeichen ist nicht gedacht. Da-

gegen aber ist beabsichtigt, den Umfang zu begrenzen, in dem die angeschlossenen Länder Verpflichtungen oder Forderungen in Bancor halten dürfen. Es soll also nicht mehr und nicht weniger als eine Höchstgrenze des Außenhandelsumfanges der einzelnen Länder festgesetzt werden. Und im Falle der Überschreitung dieser Höchstgrenzen sollen gewisse Disziplinarmaßnahmen Platz greifen, mit dem Zweck, die Zahlungsbilanz der betreffenden Länder auszugleichen.

Verschiedene Dinge treten dabei in den Vordergrund. Einmal: auch auf der Gegenseite wird die Tendenz eines gewissen Gegenseitigkeitsverkehrs anerkannt und zwar würden auf Grund ihrer autarken Stellung die Vereinigten Staaten von Amerika ohne weiteres das Übergewicht bei diesem System haben. Zum ändern aber, und das scheint uns das wichtigste zu sein, fängt man — immer vorausgesetzt, daß die Möglichkeit zu einem allumfassenden Wäh-

rungsausgleich über dieses System bestünde — damit an, ein Gebäude vom Dach aus zu bauen, anstatt die Grundlagen in der Gesundung der einzelnen Nationalwirtschaften zu suchen. Denn internationale Vereinbarungen können immer nur dann durchführbar und von gegenseitigem Wert sein, wenn die einzelnen nationalen Wirtschaften in sich geordnete Wirtschaftsgebilde darstellen. Der Ausgleich der Außenhandelsbeziehungen über die Zahlungsbilanz ist eine Angelegenheit der Zahlungs- und Kredittechnik, für die ohne weiteres ein brauchbarer Modus gefunden werden wird, wenn die Dinge einmal soweit sind. Diesen Modus zu finden, ist eine Sache von sekundärer Bedeutung. Denn auch in Europa, dessen Wirtschaftsleben sich unter Führung der Achsenmächte vollzieht, sind die Dinge ganz gewiß noch nicht ausgeglichen. Aber wie man hier bereits im Kriege einen brauchbaren Weg gefunden hat, um den Außenhandel der betreffenden Länder untereinander zu regeln, so wird sich in der Zeit nach dem Kriege ganz gewiß eine Möglichkeit finden, um endgültig und für die Dauer etwa bestehende Schwierigkeiten zu beheben. So mag denn dieser Vorschlag von Keynes zu den Themen gehören, die der Zeit vorausseilen, und vermutlich dann, wenn es einmal soweit sein wird nicht mehr stichhaltig sind auf ihre praktische Verwertbarkeit.

Falsch gezäumt

A. V. Wenn jetzt viel von imperialistischen Plänen der Feindmächte die Rede ist, so bleibt das wirtschaftliche Gebiet davon nicht unberührt. Es ist zwar nicht verborgen geblieben, daß im Lager der Feinde in Sachen der Rohmaterialbeschaffung einigermaßen Schwierigkeiten entstanden sind, insbesondere seit Wegnahme der niederländischen Kolonialschätze, aber man nimmt dort die Ausweichmöglichkeiten kräftig wahr. Für die Zukunft jedoch möchte man sich völlig sichern, und die imperialistische Gedankenführung ist unverkennbar. Auch in einem anderen Bezirk, nämlich in dem währungs-technischen, bemächtigt sich die Theorie des Themas. Es war hier kürzlich die Rede von einem Vorschlag John Maynard Keynes', der eine neue Verrechnungswährung mit einer neuen Währungseinheit (Bancor = Bankgold) vorschlägt, und zwar für die Zeit nach dem Kriege.

Der Gedanke ist nicht neu und hat seine Vorgänger, und zwar auch gerade hier in unserer Vaterstadt Hamburg. Man entsinnt sich, daß in Hamburg vor der Einführung der neuen deutschen Reichswährung in Bancor mark gerechnet wurde, und zwar ist das Bankmandat im Februar 1619 errichtet worden, wodurch einer Bancor mark $8\frac{1}{2}$ Gramm Silber zugrunde gelegt wurden. Dabei spielte die feste Relation zwischen Silber und Gold eine gewisse Rolle und zwar von $15\frac{1}{2}$ Silber zu 1 Gold. 1000 Gramm Gold bedeuteten 2790 Mark = 15 500 Gramm Silber. Es ergibt sich also die Gleichung: $2790 \times 8\frac{1}{2} : 15 500 = 1,50$ Mark, wie die Bancor mark auch errechnet wurde (man beachte hierbei die nominelle Unveränderlichkeit des Goldpreises und des Wertinhalts der theoretischen Goldmark von heute). Mit Bancor mark wurde also früher in Hamburg die allgemeine Rechnungswährung des Hamburger Großhandels bezeichnet. Die Einheit, die Mark (Mark Banco = Bankmark), war, wie gesagt, Rechnungseinheit, aber Münzen wurden davon nicht ausgeprägt.

Im Gegensatz zu der Bancor mark war die Kurantmark das wirtschaftlich umlaufende Geld, daher auch „klingend Kurant“ genannt. Gegenüber der im Werte höheren Bancor mark, wonach die Kaufleute rechneten, wurde also im öffentlichen Leben in Hamburg nach Kurantwährung gezahlt. Es gingen auf ein Pfund Feinsilber $59\frac{1}{2}$ Mark Banco und 75 Mark Kurant. Mit dem 15. Februar 1873 wurden infolge der Einführung der neuen deutschen Reichswährung (1 Mark gleich 100 Pfennig) die sogenannten Banknoten der Hamburger Banknoten der Hamburger Bank geschlossen und nur noch nach der neuen Währung gerechnet. Ähnliches Bancogeld hatten auch andere der ältesten europäischen Girobanken, so besonders die Amsterdamsche Wisselbank, deren Bancogeld auf der Grundlage eines dauernd hinterlegten Bestandes vollwertiger Silbermünzen im 17. Jahrhundert die Grundlage der Amsterdamer Handelswährung bildete. Zu geringerer Bedeutung gelangte die von dem 1621 in Nürnberg begründeten Banco Publico geschaffene Bancowährung.

Auch in der turbulenten Zeit der Inflation nach dem Weltkrieg 1914/18 nahm Hamburg die Initiative und gründete am 24. Oktober 1923 die Hamburger Bank von 1923. Zweck dieser Bank war die Schaffung „wertbeständigen“ Geldes für Hamburg. Die Rentenmark gab es damals noch nicht. Die gesetzlichen Vorschriften über das Notenprivileg des Reiches wurden dadurch umgangen, daß die Geldzeichen der Hamburger Bank als Verrechnungsanweisung über Goldmark-Guthaben bezeichnet wurden. Sie lauteten auf Goldmark. Die Goldmark wurde auf Dollarbasis gesetzt; es war Deckung in Gold und Golddevisen vorgeschrieben, so daß diese Devisen sozusagen durch Umwandlung in deutsches Geld für die Zwecke des inländischen Zahlungsverkehrs

mobilisiert wurden, während die unmittelbare Verwendung von Devisen durch Reichsgesetz verboten war. Mit Durchführung der Rentenmarkreform, die am 15. November in Kraft trat, wurden die Geldzeichen der Hamburgischen Bank hinfällig, so daß also die Hamburger Goldmark ungefähr nur drei Wochen in Gültigkeit war.

Der Vorschlag Keynes', der also ebenfalls eine Verrechnungswährung vorsieht, bedeutet an sich auch keine neue Währung, denn an einen Umtausch von Geldzeichen ist nicht gedacht. Da-

gegen aber ist beabsichtigt, den Umfang zu begrenzen, in dem die angeschlossenen Länder Verpflichtungen oder Forderungen in Bancor halten dürfen. Es soll also nicht mehr und nicht weniger als eine Höchstgrenze des Außenhandelsumfanges der einzelnen Länder festgesetzt werden. Und im Falle der Überschreitung dieser Höchstgrenzen sollen gewisse Disziplinarmaßnahmen Platz greifen, mit dem Zweck, die Zahlungsbilanz der betreffenden Länder auszugleichen.

Verschiedene Dinge treten dabei in den Vordergrund. Einmal: auch auf der Gegenseite wird die Tendenz eines gewissen Gegenseitigkeitsverkehrs anerkannt und zwar würden auf Grund ihrer autarken Stellung die Vereinigten Staaten von Amerika ohne weiteres das Übergewicht bei diesem System haben. Zum andern aber, und das scheint uns das wichtigste zu sein, fängt man — immer vorausgesetzt, daß die Möglichkeit zu einem allumfassenden Währungs-

ausgleich über dieses System bestünde — damit an, ein Gebäude vom Dach aus zu bauen, anstatt die Grundlagen in der Gesundung der einzelnen Nationalwirtschaften zu suchen. Denn internationale Vereinbarungen können immer nur dann durchführbar und von gegenseitigem Wert sein, wenn die einzelnen nationalen Wirtschaften in sich geordnete Wirtschaftsgebilde darstellen. Der Ausgleich der Außenhandelsbeziehungen über die Zahlungsbilanz ist eine Angelegenheit der Zahlungs- und Kredittechnik, für die ohne weiteres ein brauchbarer Modus gefunden werden wird, wenn die Dinge einmal soweit sind. Diesen Modus zu finden, ist eine Sache von sekundärer Bedeutung. Denn auch in Europa, dessen Wirtschaftsleben sich unter Führung der Achsenmächte vollzieht, sind die Dinge ganz gewiß noch nicht ausgeglichen. Aber wie man hier bereits im Kriege einen brauchbaren Weg gefunden hat, um den Außenhandel der betreffenden Länder untereinander zu regeln, so wird sich in der Zeit nach dem Kriege ganz gewiß eine Möglichkeit finden, um endgültig und für die Dauer etwa bestehende Schwierigkeiten zu beheben. So mag denn dieser Vorschlag von Keynes zu den Themen gehören, die der Zeit vorausseilen, und vermutlich dann, wenn es einmal soweit sein wird, nicht mehr stichhaltig sind auf ihre praktische Verwertbarkeit.

Keynes, J. M.

Signatur

094670133 BEC

Datum 5. Apr. 1943

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

Nr. 175

*England immer mehr für den Keynes-Plan.

Vermehrte Zustimmung zum Verrechnungs-Gedanken.

pl Stockholm.

Der von J. M. Keynes abgearbeitete Plan für die Regelung des Devisenverkehrs in der Nachkriegszeit wird in London fort-dauernd lebhaft diskutiert. Churchill hat erneut zugesichert, daß der Plan veröffentlicht werde. Wie verlautet soll Keynes insgesamt vier Pläne ausgearbeitet haben. Neben dem Plan für die Schaffung eines internationalen Clearing, soll der Plan für Einsetzung eines internationalen Investierungsausschusses, eines internationalen Rohstoffausschusses und eines Ausschusses für internationale Zusammenarbeit aufgestellt werden. Ein schwedischer Pressekorrespondent meldet, es werde vermutet, daß alle vier Pläne den Rahmen für einen in Aussicht genommenen Vier-jahresplan darstellen soll. Die Opposition gegen die Keynes-Pläne kann, solange die Veröffentlichung noch nicht erfolgt ist, sich nicht mit Einzelheiten befassen und richtet sich vorerst in der Hauptsache dagegen, daß mit ihrer Verwirklichung der Einfluß des Staates im Wirtschaftsleben zu sehr gestärkt und daß dadurch die privatwirtschaftliche Initiative unterbunden würde. Doch ist festzustellen, daß die Gegnerschaft gegen eine staatliche Regelung der Wirtschaft in England ständig schwächer wird und sich auf mehr und mehr zusammenschrumpfende Kreise beschränkt, während die Stimmen, die für eine Stärkung des staatlichen Einflusses eintreten, größere Geltung gewinnen.

Bezeichnend für diesen Vorgang ist die Haltung der „Times“, die früher aus ihrer konservativen Einstellung heraus die „liberalistische“ Wirtschaftsauffassung vertreten hat, wenn auch in etwas gemäßigter Form, die im Laufe des Krieges aber immer häufiger Berichte und Artikel gebracht hat, in denen staatliche Kontroll- und Lenkungsmaßnahmen für die englische und internationale Wirtschaft befürwortet wurden. In diesen Tagen hat aber ein Korrespondent der „Times“ in einer Artikelfolge die Auffassung vertreten, daß der Staat nach dem Kriege Sicherung einer vollen Beschäftigung, selbst größere Investitionen durchführen und die privaten Investitionen kontrollieren müsse. Auch unter englischen Ueberseehändlern, von denen früher oft die „liberalistische“ Wirtschaftsauffassung am entschiedensten vertreten und die Rückkehr zum freien Handel und Zahlungsverkehr nach dem Kriege gefordert wurde, ist mehr und mehr der Glaube geschwunden, daß eine Rückkehr zu den alten Wirtschaftsformen möglich sei, und es wurde eine Regelung empfohlen, die weitgehend den Vorschlägen von Keynes entspricht. Die 1940 von Board of Trade zur Unterstützung seiner damaligen Bemühungen zur Förderung der Ausfuhr gebildete Export-händler-Vereinigung (National General Export Merchant Group), der rund fünfhundert bedeutende englische Exportfirmen angehören, hat in diesen Tagen eine Denkschrift vorgelegt, eine, in der sie für die Förderung der englischen Ausfuhr in der Nachkriegszeit, u. a. die Einführung eines allgemeinen Clearing, vorschlägt. Bezeichnenderweise wird als Alternative für einen Uebergang zu einem allgemeinen Clearing nicht etwa mehr die Rückkehr zum freien Devisenverkehr, sondern nur der zweiseitige Clearingverkehr mit seinen Handelsbeschränkungen gesehen.

Auch die „Financial News“, die sich noch in letzter Zeit mehrfach für die Rückkehr zur Goldwährung eingesetzt haben (dabei allerdings darauf hinwiesen, daß die Wiederherstellung eines internationalen Goldstandards von den Vereinigten Staaten abhängen und eine Unterordnung Englands unter die wirtschaftliche Führung der Vereinigten Staaten unvermeidlich sei), setzen sich jetzt grundsätzlich für den Keynes-Plan, der Schaffung eines allgemeinen internationalen Clearings, ein. Der Opposition, welche dem Keynes-Plan die Forderung nach der Rückkehr zum freien Devisenverkehr für die Wiederherstellung eines reibungslosen Außenhandels entgegenstellt, wird von „Financial News“ geantwortet, daß gerade durch das allgemeine internationale Clearing die Möglichkeiten für einen reibungslosen Handelsverkehr geschaffen werden sollen, während die Rückkehr zum freien Devisenverkehr nicht ohne große Gefahren möglich sei. Wenn mit dem Clearing keine befriedigende Wiederherstellung des Handelsverkehrs erreicht werden könnte, würde er wieder beseitigt werden. Das Blatt teilt ferner mit, daß die Opposition gegen

den Keynes-Plan durchzusetzen versucht habe, daß der Plan als ein persönlicher Plan von Keynes, aber nicht als ein Plan des Schatzamtes oder der Regierung behandelt würde. Nach dem Wortlaut, den die Erklärung Churchills zu den Erörterungen hatte, sei jedoch zu sagen, daß der Plan definitiv als ein Plan der Regierung gelte.

Keynes, John M.

Signatur.....

09467 0134 BEC

Datum 10. Apr. 1943

Kölnische Zeitung

Nr. 183 / 84

S.A. H n23
S.A. 122 n23
S. auf 122 84 n25
S.A. E18 n23

Der englische Clearing-Plan

Einzelheiten aus der Weißbuchveröffentlichung

HR Bern, 9. April. Der schon wiederholt besprochene britische Plan zur Schaffung einer internationalen Währung, der Clearing-Plan von Keynes, der, worauf bereits hingewiesen worden ist, von ganz anderen Voraussetzungen ausgeht als der ebenfalls in der augenblicklichen Erörterung stehende amerikanische White-Plan zur Errichtung eines internationalen Währungsfonds, ist, wie bereits angekündigt, Mitte dieser Woche in Form eines Weißbuches veröffentlicht worden. Eine in Form eines Weißbuches veröffentlicht worden. Danach ist die Gesamtidée des Vorschlages, das Banksystem, das heute die Zahlungen innerhalb eines Landes erleichtert, auf das internationale Feld auszudehnen. Nachdem die Mitgliedsstaaten das Verhältnis ihrer Währungen zum Bancor vereinbart haben, soll es ihnen nicht erlaubt sein, ohne Genehmigung des Verwaltungsausschusses dieses Verhältnis zu ändern. Doch soll der Ausschuss während der ersten fünf Jahre nach der Einführung des Systems Änderungsanträgen infolge unvorhergesehener Umstände Sonderberücksichtigung gewähren. Die Mitgliedsstaaten sollen kein Gold zu höheren als Paritätspreisen gemäß dem Verhältnis ihrer Währung zu Bancor erwerben dürfen. Jedem Mitgliedsstaat soll eine Einlagequote zugeteilt werden, die sowohl seinen Einfluß auf die Verwaltung der Clearing-Union als auch den Umfang seiner Inanspruchnahme der von der Union gewährten Kredite bestimmt.

Die Mitgliedsstaaten sollen sich bereiterklären, Währungssalden, die ihnen von anderen Staaten zustehen, in Kreditüberschreibungen in „Bancor“ in den Büchern der Clearing-Union zu akzeptieren. Die Mitglieder sind berechtigt, selbst Bancor-Überweisungen an andere Mitgliedsstaaten durch die Union vorzunehmen, vorausgesetzt, daß der Überweisende seine Quote dabei nicht überschreitet. Jeder Mitgliedsstaat kann nach Beratung mit dem Verwaltungsausschuß, wenn er Bancor-Schuldner ist, von jedem Bancor-Gläubiger aus dessen Guthaben borgen. Der Mitgliedsstaat soll das Debet nicht über ein Viertel seiner Quote je Jahr erhöhen. Wenn der Debetsaldo für zwei Jahre ein Viertel der Quote überschreitet, soll das Mitglied berechtigt sein, ohne weiteres den Wert seiner Währung gegenüber Bancor um 5% herabzusetzen, während weitere Devalvationen der Genehmigung des Verwaltungsausschusses bedürfen. Der Ausschuss soll von dem Mitgliedsstaat, dessen Verschuldung die Hälfte seiner Quote erreicht, die Hinterlegung von Sicherheiten in Gold oder ausländischer oder eigener Währung oder Staatspapieren und dabei gleichzeitig die Durchführung einer bestimmten Währungsvaluationskontrolle, des Kapital-

imports- und -exports und die Abgabe jeder Gold- oder anderen Währungsreserve an die Union verlangen können. Wenn ein Mitgliedsstaat drei Viertel seiner Quote schuldig ist, soll der Ausschuss Sondermaßnahmen verhängen oder die Kredite sperren können. Jeder Mitgliedsstaat soll sich verpflichten, alle Zahlungen, die er selbst einem Lande schuldet, dessen Unionskredit gesperrt ist, an die Union zu leisten. Staaten, die die Union verlassen, ohne ihre Schulden abzudecken, sollen als Vertragsbrüchige behandelt werden.

Staaten, deren Guthaben für mindestens ein Jahr die Hälfte ihrer Quote übersteigen, sollen mit dem Ausschuss, obwohl ihnen die endgültige Entscheidung selbst zusteht, Maßnahmen zur Wiederherstellung des Gleichgewichts erörtern, und zwar 1. durch Aufweitung des heimischen Kreditverbrauchs, 2. etwaige Aufwertung ihrer Währung, 3. Abbau der Zolltarife und anderer Einfuhrbeschränkungen, 4. Beteiligung an internationalen Anleihen zur Förderung der Entwicklung in andern Ländern. Die Mitgliedsstaaten sollen berechtigt sein, Gold bei der Union zu hinterlegen, doch keiner soll das Recht haben, zum Ausgleich seines eigenen Bancor-Guthabens Gold von der Union zu verlangen, da solche Guthaben nur zur Übertragung an andere Länder dienen sollen. Der Plan betont, daß die Gründung der Union den Mitgliedern nicht die Möglichkeit gibt, Zahlungen in der bisher üblichen Weise an andere Staaten zu leisten, doch liege der Vorteil des Clearingverfahrens darin, daß große Guthaben nicht in Gold abgegolten werden müßten, so daß das Gold als Zahlungsmittel nicht aus dem Verkehr gezogen werde und Auslandsverschuldung nicht sofort zu Sperrmaßnahmen der Gläubiger, sondern zur gemeinsamen Aktion des unpolitischen Unionsausschusses zur Wiederherstellung des Austauschgleichgewichts führe. Gleichzeitig verhindere die internationale Kontrolle der Verschuldung die Ausübung eines Drucks von seiten der Großabnehmer gegenüber kleinen Lieferantenländern. Die Währungsunion könne einen gemeinsamen Wirtschaftsdruck ausüben, um gegebenenfalls die Länder zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen zu zwingen.

Das Gold, so schließt das Weißbuch, behalte unter dem Keynes-Plan seine Rolle als Wertmaßstab, doch seien im Unterschied zu dem amerikanischen Plan die Mitgliedsstaaten nicht verpflichtet, Gold oder dessen Gegenwert in die Union einzubringen, da die Quoten nicht durch Einlagen bestimmt würden, doch könne Gold zum Erwerb eines Guthabens bei der Union benutzt werden. Gleichzeitig könne kein Mitglied die Auszahlung von Gold von der Union verlangen, doch solle der Verwaltungsausschuß berechtigt sein, falls sich bei ihm ein Goldvorrat ansammle, diesen an die Guthabenbesitzer zu verteilen. Der „Bancor“ stelle demnach keine reine Goldwährung dar, sondern das, was früher „Goldkernwährung“ oder „Goldverrechnungswährung“ genannt worden sei.

Keynes in USA.-Ketten

Keynes wollte ursprünglich die von ihm vorgeschlagene Bancorwährung an einer Güterpreiskennzahl wertmäßig verankern hat aber dann das Gold vorgezogen, weil, wie es im Keynes-Bericht heißt, das Gold sich noch eines gewissen Ansehens erfreue und für einige Zwecke geeignet sei, aber das Schicksal der Währungen solle damit nicht an das des Goldes geknüpft werden. Die Bindung an Gold dürfe nicht dazu führen, daß der Wert des Geldes den Schwankungen der Goldförderung, der Goldhortung und der Goldreservepolitik einzelner Staaten unterworfen werde, also nicht dahin, daß vom Gold deflatorische oder inflationistische Tendenzen ausgehen. Deswegen sei auch davon abgesehen, daß die Mitgliederstaaten der Verrechnungsbank Gold oder dessen Gegenwert einbringen müßten. Das Gold soll also zwar bleiben, aber Herrscherfunktionen nicht mehr ausüben.

Dieser Vorschlag von Keynes soll offensichtlich besagen, daß der Wert des Bancor und somit auch der der anderen Währungen zwar in Gold ausgedrückt, aber nicht mehr von der Goldseite beeinflußt werden soll, also die Preisbewegungen nur noch von der Warensseite bestimmt werden. Er würde also darauf hinauslaufen, daß die deutsche Währungspolitik auf eine internationale Basis übertragen wird, setzt also eine umfassende Kontrolle nicht nur der Außenhandelsbeziehungen, sondern auch der Kosten- und Preisbewegungen einer jeden Volkswirtschaft und somit Eingriffe in einem Ausmaß voraus, das bisher in den Ländern des sogenannten Atlantikprogramms als untragbar galt. Deswegen schließt Keynes in seinen Plan Vereinbarungen ein über eine Welthandelspolitik, die den Warenaustausch und die Handelspolitik in einen gemeinsamen Rahmen stellt, sowie über eine geordnete Produktionslenkung und Preispolitik zum Schutze der Produzenten und Konsumenten gegen außergewöhnliche Marktschwankungen. Eine solche umfassende Lenkung liegt für die Weltwirtschaft aber in so weiter Ferne, daß sie heute noch als eine Utopie bezeichnet werden muß. Sie hat sich zwar im nationalen Rahmen als durchführbar erwiesen, aber sie kann nur allmählich von einem Land, das eine Führerstellung einnimmt, auf andere übertragen werden und somit zunächst höchstens zu einer großraumwirtschaftlichen Ordnung führen.

Warum hält Keynes am Gold fest? Ist es wirklich der im Keynes-Bericht angegebene Grund, daß Gold noch etwas besage und für gewisse Zwecke eingesetzt werden könnte? Die Antwort auf diese Fragen kann nur lauten, daß Keynes eine vom Gold freie Bancorwährung sicherlich vorgezogen hätte, sich aber für eine am Gold verankerte entscheiden mußte, weil er dem amerikanischen Verlangen nach einer Verwertung der amerikanischen Goldbestände von 23 Mrd und den Interessen der Goldproduzenten in Südafrika und anderen Ländern Rechnung tragen mußte. Wie im 19. Jahrhundert die Goldwährung sich allgemein durchsetzte, weil England als die damals führende Welt handelsmacht sich für diese Währung entschieden hatte, so muß sich England heute in das Schlepptau der amerikanischen Goldwünsche begeben. Krasser kann der Stellungswechsel beider Länder kaum zum Ausdruck gebracht werden.

Neben dem Keynes-Vorschlag können als weitere Belege viele englische Kommentare angeführt werden. Ein Beispiel möge genügen. Der Economist, der noch anläßlich des 10. Jahrestags der Aufgabe des englischen Goldstandards sein Urteil über die Bedeutung und Zukunft des Goldes in folgenden bemerkenswerten Worten zusammengefaßt hatte: „Der Kaiser hat abgedankt, aber er regiert noch immer von seinem St. Helena im Fort Knox als Funktionär einer stärkeren Macht. 10 Jahre nach Waterloo hat man kein Verlangen nach seiner Rückkehr.“ Dieser Economist zieht jetzt aus der bisherigen englisch-amerikanischen Währungsdebatte den

Keynes in USA.-Ketten

Keynes wollte ursprünglich die von ihm vorgeschlagene Bancorwährung an einer Güterpreiskennzahl wertmäßig verankern hat aber dann das Gold vorgezogen, weil, wie es im Keynes-Bericht heißt, das Gold sich noch eines gewissen Ansehens erfreue und für einige Zwecke geeignet sei, aber das Schicksal der Währungen solle damit nicht an das des Goldes geknüpft werden. Die Bindung an Gold dürfe nicht dazu führen, daß der Wert des Geldes den Schwankungen der Goldförderung, der Goldhortung und der Goldreservpolitik einzelner Staaten unterworfen werde, also nicht dahin, daß vom Gold deflatorische oder inflationistische Tendenzen ausgehen. Deswegen sei auch davon abgesehen, daß die Mitgliederstaaten der Verrechnungsbank Gold oder dessen Gegenwert einbringen müßten. Das Gold soll also zwar bleiben, aber Herrscherfunktionen nicht mehr ausüben.

Dieser Vorschlag von Keynes soll offensichtlich besagen, daß der Wert des Bancor und somit auch der der anderen Währungen zwar in Gold ausgedrückt, aber nicht mehr von der Goldseite beeinflusst werden soll, also die Preisbewegungen nur noch von der Warenseite bestimmt werden. Er würde also darauf hinauslaufen, daß die deutsche Währungspolitik auf eine internationale Basis übertragen wird, setzt also eine umfassende Kontrolle nicht nur der Außenhandelsbeziehungen, sondern auch der Kosten- und Preisbewegungen einer jeden Volkswirtschaft und somit Eingriffe in einem Ausmaß voraus, das bisher in den Ländern des sogenannten Atlantikprogramms als untragbar galt. Deswegen schließt Keynes in seinen Plan Vereinbarungen ein über eine Welthandelspolitik, die den Warenaustausch und die Handelspolitik in einen gemeinsamen Rahmen stellt, sowie über eine geordnete Produktionslenkung und Preispolitik zum Schutze der Produzenten und Konsumenten gegen außergewöhnliche Marktschwankungen. Eine solche umfassende Lenkung liegt für die Weltwirtschaft aber in so weiter Ferne, daß sie heute noch als eine Utopie bezeichnet werden muß. Sie hat sich zwar im nationalen Rahmen als durchführbar erwiesen, aber sie kann nur allmählich von einem Land, das eine Führerstellung einnimmt, auf andere übertragen werden und somit zunächst höchstens zu einer großbraumwirtschaftlichen Ordnung führen.

Warum hält Keynes am Gold fest? Ist es wirklich der im Keynes-Bericht angegebene Grund, daß Gold noch etwas besage und für gewisse Zwecke eingesetzt werden könnte? Die Antwort auf diese Fragen kann nur lauten, daß Keynes eine vom Gold freie Bancorwährung sicherlich vorgezogen hätte, sich aber für eine am Gold verankerte entscheiden mußte, weil er dem amerikanischen Verlangen nach einer Verwertung der amerikanischen Goldbestände von 23 Mrd und den Interessen der Goldproduzenten in Südafrika und anderen Ländern Rechnung tragen mußte. Wie im 19. Jahrhundert die Goldwährung sich allgemein durchsetzte, weil England als die damals führende Welthandelsmacht sich für diese Währung entschieden hatte, so muß sich England heute in das Schlepptau der amerikanischen Goldwünsche begeben. Krasser kann der Stellungswechsel beider Länder kaum zum Ausdruck gebracht werden.

Neben dem Keynes-Vorschlag können als weitere Belege viele englische Kommentare angeführt werden. Ein Beispiel möge genügen. Der Economist, der noch anlässlich des 10. Jahrestags der Aufgabe des englischen Goldstandards sein Urteil über die Bedeutung und Zukunft des Goldes in folgenden bemerkenswerten Worten zusammengefaßt hatte: „Der Kaiser hat abgedankt, aber er regiert noch immer von seinem St. Helena im Fort Knox als Funktionär einer stärkeren Macht. 10 Jahre nach Waterloo hat man kein Verlangen nach seiner Rückkehr.“ Dieser Economist zieht jetzt aus der bisherigen englisch-amerikanischen Währungsdebatte den Schluß, daß das künftige Währungssystem einen internationalen und mehrseitigen Charakter haben und die Grundlage das Gold sein werde. Er gesteht somit der „stärkeren Macht“ das Recht zu, den Kaiser aus dem Fort Knox wieder frei zu lassen und auf seinen Thron zu setzen. So habe England, das sich 1931 vom Golde gelöst hatte, sich jetzt wieder in das Joch des Goldes begeben, weil ein Stärkerer es wünscht.

Gr.

09467 0136. BEC

Nachrichten für Außenhandel (Berlin)

Nr. 106

Die britische Export-Aufgabe nach dem Kriege

Ausfuhrumfang „zwischen 1929 und 1938“ gilt als ausreichend
Ein Kommentar der britischen Finanzpresse

○ Stockholm — Neuere Kommentare der britischen Finanzpresse zum Keynes-Plan betonen, daß auch der bekannte Vorschlag zur Regelung der internationalen Währungsfragen die Notwendigkeit Englands zur intensivsten Steigerung seiner Ausfuhr nicht vermeiden könne. Die „Financial News“ kommentiert in ihrer Ausgabe vom 3. 5. 43: „Nach Kriegsende können wir vielleicht für uns und unsere Kinder hoffen, Blut und Tränen zu entrinnen, aber in all unseren neuen Welten, die wir bauen, werden Mühe und Schweiß noch manchen Tag mit uns sein.“ Der Bericht schätzt die Steigerung der britischen Ausfuhr gegenüber 1938, die nötig ist, um Englands Lebensstandard einigermaßen sicherzustellen, auf 50 %. Das bedeutet: Zur Sicherung des Einfuhrvolumens im Jahre 1938 muß England 50 % mehr exportieren als 1938, da es aus den stark reduzierten überseeischen Anlagen und seiner Schifffahrt wesentliche geringere Einnahmen zu erwarten hat.

Mit Recht fragt der Bericht, wie eine solche 50 %ige Steigerung verwirklicht werden kann. Die britische Ausfuhr sei 1938 äußerst spezialisiert gewesen, wie aus ihrer Zusammensetzung nach den wichtigsten Gruppen hervorgehe (in Mill. £):

Maschinen	57,9
Baumwollgarne und -waren	49,7
Lokomotiven, Schiffe, Flugzeuge und sonstige Fahrzeuge	47,6
Eisen und Stahl in allen Verarbeitungsgraden	41,6
Kohle	37,4
Woll- und Kammgarn und Waren daraus	26,8
Chemikalien, Drogen, Farbstoffe usw.	22,0
Sonstige Textilwaren	14,9
Elektrische Waren und Geräte	13,4

Die vorstehenden Gruppen ließen sich letztlich zu zwei Hauptabteilungen zusammenfassen, deren eine vor allem aus Stahlwaren und deren andere aus Textilien bestünde. Nur Kohle falle nicht unter diese gröbere Gruppierung. Im allgemeinen habe die britische Ausfuhr aus Qualitätswaren bestanden, als Folge der kontinuierlichen Industrialisierung der Abnehmerländer, die eine anhaltende Verlagerung der britischen Ausfuhr auf höherwertige Erzeugnisse auslöste. Mit einer generellen Steigerung aller Posten der britischen Ausfuhr um 50 %

werde kaum zu rechnen sein, da eine Reihe von britischen Exportindustrien eindeutig einem Abwärtstrend unterliege. Dennoch dürfe man nicht zu pessimistisch sein. Denn die Ausfuhr des Jahres 1938 sei keinesfalls ein Rekord gewesen, im Gegenteil: die dreißiger Jahre unterlagen starken Depressionerscheinungen, sinkenden Preisen auf den Weltwarenmärkten usw. Die Handelspolitik der Welt sei in diesem Zeitraum auf Steigerung der Einfuhrschränken und auf zweiseitige Abschnürungen des Welthandels ausgerichtet gewesen, und es sei durchaus möglich, daß nach dem Ende des Krieges eine liberalere Haltung zum Welthandel bezogen würde.

Bemerkenswert ist, daß der Aufsatz sogar mit dem Gedanken spielt, daß die höheren Umsatzziffern des Jahres 1929 wieder erreicht werden können. Der Rückgang der Ausfuhr von 1929 auf 1938 ist beträchtlich und zeigt sich besonders deutlich, wenn man die Ausfuhr des Jahres 1929 = 100 setzt. Alsdann zeigt sich für die wichtigsten Gruppen der britischen Ausfuhr folgende Entwicklung:

	1929	1938
Eisen- und Stahlwaren	100	44
Maschinen	100	82
Bahnmaterial	100	26
Lokomotiven und Teile	100	21
Baumwollgarn	100	74
Baumwollstoff	100	38
Wollstoff	100	55
Kammgarnstoff	100	68
Kohle	100	60

Bei Berücksichtigung dieser Entwicklung sei die Aufgabe der britischen Außenhandelspolitik nach Kriegsende vielleicht doch nicht so übermenschlich, wie es zunächst den Anschein haben könnte. Jedenfalls sei nicht erforderlich, einen neuen Exportrekord nach Kriegsende zu erzielen, also etwa die Ziffern des Jahres 1929 wieder zu übertreffen. Das britische Exportproblem könne bereits als gelöst betrachtet werden, wenn es gelänge, die Ausfuhr wieder auf einen Stand zu erhöhen, der etwa zwischen den Ziffern der Jahre 1929 und 1938 liege.

09467 0137 BEC

21. Mai 1943

Nachrichten für Außenhandel (Berlin)

Nr. 115 -

Großbritannien — Lord Keynes äußert sich im Oberhaus über die Währungspläne

— Le. Zürich — Im britischen Oberhaus fand eine Debatte über den Keynesplan statt. Lord Keynes selbst, der erst kürzlich geadelt worden ist, hielt seine erste Parlamentsrede. Er sagte u. a.: Es ist das Hauptziel des Planes, zu erreichen, daß das Geld, welches durch den Verkauf von Gütern an ein Land verdient wird, benutzt werden kann, um die Güter eines anderen Landes zu kaufen. Dieser Absicht ist alles andere untergeordnet. Es ist nicht nötig, das Gold aus seinem ursprünglichen Gebrauch herauszudrängen. Das neue Geld braucht nicht in Gold verwandelt zu werden, denn sonst müßte die Goldreserve dagegen gehalten werden. Aber es besteht kein Grund, warum man nicht mit Gold das neue Geld kaufen können sollte.“ „Bancor und Unitas sind beides sehr schlechte Namen“, sagte Lord Keynes. Auf das Problem der Gläubiger- und Schuldnerstaaten hinweisend, führte er aus: „Die Schwierigkeiten im Welthandel wurden nicht immer durch die Unvorsichtigkeit der Schuldnerstaaten verursacht. In akutester Form können sie durch eine ständige Zurückziehung von Geld aus dem Umlauf hervorgerufen werden. Der Plan mußte sich mit diesem Problem befassen. Das war eine schwierige Aufgabe, da die Gläubigerstaaten einem Eingreifen von außen skeptisch gegenüberstehen. Zur Ausführung des Planes ist es aber nicht erforderlich, daß die Verein. Staaten oder irgendein anderes Land Beträge einzahlen, die sie anderswo verwenden wollen. Es ist das Wesen des Planes, daß ein Land, wenn es einen Kredit besitzt, diesen der Clearingunion zugänglich macht, solange es ihn nicht selbst benutzen will.“

Nach Keynes sprach der bekannte Industrielle Lord Melchett (Imperial Chemical Industries): Vom Gesichtspunkt der Industrie aus ließen sich beide Pläne begrüßen. Ihre Ausführung würde viel dazu beitragen, das Uebel von Konjunkturschwankungen abzuschaffen. Die Pläne würden auch den Exporthandel erleichtern.

h 33

Keynes Lord
P J. M.; Lord

09467 0138 BEC

Datum 16. Sept. 1943

Deutsche Bergwerks-Zeitung (Düsseldorf)

Nr. 217

Lord Keynes reist nach Washington

Nach einer amtlichen Mitteilung soll der finanzpolitische Hauptberater der britischen Regierung, Lord Keynes, kürzlich eine Reise nach Washington angetreten haben. Als Zweck der Reise wird die Führung von Verhandlungen mit dem us-amerikanischen Schatzamt angegeben. Der Londoner Korrespondent der „Göteborgs Handels-Tidningen“ ist der Meinung, daß diese Reise auf eine Verständigung der beiden Alliierten in der Frage der Nachkriegswährung schließen lasse. Lord Keynes habe wiederholt angekündigt, daß er nur dann eine USA-Reise für zweckmäßig halte, wenn begründete Aussicht auf eine Überbrückung der währungspolitischen Gegensätze zwischen London und Washington bestehe. Diese private Auffassung des schwedischen Korrespondenten steht in Widerspruch zu der Tatsache, daß die Währungsgespräche sich festgelaufen haben. Die Londoner Finanzpresse hat jedenfalls mit einer für sie seltenen Einmütigkeit die zweite Fassung des White-Planes, also des us-amerikanischen Gegenspielers von Lord Keynes, als völlig unannehmbar abgelehnt. Es liegt nahe, die Reise von Lord Keynes mit der Tatsache in Zusammenhang zu bringen, daß kürzlich in Chicago zwischen Vertretern der Federal Reserve Bank und dem wirtschaftspolitischen Berater der britischen Botschaft in Washington, Professor Robertson, Währungsgespräche geführt worden sind, die angeblich auf Kosten des Keynes-Planes zu einer Einigung in großen Zügen zwischen den beiden Partnern geführt haben. Die Ankündigung dieser Besprechungen in Chicago hat in der britischen Öffentlichkeit starke Beunruhigung ausgelöst. „Financial News“ forderte sogar eine offizielle Untersuchung der Angelegenheit. Es ist sehr wohl denkbar, daß sich mit der Reise Lord Keynes nach den USA. England eine neue Initiative in den Währungsgesprächen entwickeln wird. e.

Datum 25. Sep. 1943

09 4 67 0139 BEC

Hamburger Fremdenblatt

Nr. 239

Weltbank-Pläne

Lord Keynes, der gegenwärtig in Washington zu Besprechungen über die alliierten Währungspläne für die Nachkriegszeit weilt und in dessen Begleitung sich Professor Lionell Robbins befindet, befaßt sich neben den reinen Währungsplänen auch mit der Frage einer allgemeinen Preisstabilisierung nach dem Kriege und insbesondere auch mit dem Plan einer Weltbank. Diese soll, wie aus den Angaben des „Economist“ hervorgeht, nach dem Vorbild der „Reconstruction Finance Corporation“ (Refico) errichtet werden und bei der Schaffung des auf der Ernährungskonferenz von Hot Springs befürworteten Pufferpools der wichtigsten Rohstoffe und lagerfähigen Nahrungsmittel mitwirken. Auch mit diesem Ausgleichspool zusammenhängende Verkäufe an finanziell schwache Mitgliedstaaten sollen angeblich mit Hilfe der geplanten Weltbank ermöglicht werden.

Ein vom USA-Schatzamt veröffentlichtes Memorandum über eine solche internationale Investitionsbank stellt ausdrücklich fest, daß die Bank bei der Gewährung von langfristigen Anleihen immer nur von dem Standpunkt ausgehen soll, ob die Gewährung der angeforderten Kredite zu einer dauernden Hebung des Lebensstandards des betreffenden Landes führen werde.

09467 0140 BEC

26. Nov. 1943

Hamburger Fremdenblatt

Nr. 301

Kompromiß-Währungsplan von Keynes

Meldung unseres Vertreters

s. Zürich, 26. November

Professor Keynes, der sein politisch-wissenschaftliches Renommee mit dem Zustandekommen eines Währungsplanes verbunden hat und die britischen Außenhandelsinteressen einigermaßen vor dem amerikanischen Wirtschafts-Imperialismus schützen soll, gibt sich nach der Enttäuschung von Washington noch nicht geschlagen. Nachdem sich dort herausgestellt hat, daß das USA-Schatzamt nicht von den Grundsätzen der in dem White-Plan niedergelegten Vormachtstellung des Dollars abzuweichen gedenkt und vor allen Dingen entschlossen ist, mit der Weltbank und ihren Tochterunternehmen den Nachkriegshandel der Welt zu kontrollieren, sucht er nach Bundesgenossen in den Vereinigten Staaten, aber außerhalb des Schatzamts. In gewissem Umfang scheint ihm die Gegnerschaft, der Morgenthau Plan bei den New Yorker Banken begegnet, ein geeigneter Bundesgenosse zu sein, um einen sogenannten Kompromißplan auf die Tagesordnung weiterer Besprechungen zu bringen. Keynes gibt sich vermutlich Rechenschaft darüber, daß das wirtschaftliche Ziel der USA-Finanz nicht sehr weit von den Vorstellungen abweicht, die sich Roosevelt und Morgenthau von Amerikas künftiger Vormachtstellung auch gegenüber dem britischen Empire machen, doch stützt sich Keynes offenbar in der Hauptsache auf die Abneigung der Wallstreet gegenüber der im White-Plan vorgesehenen staatlichen Lenkung des Kredit- und Währungswesens. Nachdem vor einigen Tagen Leon Fraser, der Präsident der First National Bank of New York mit dem Vorschlag einer festen Dollar- und Sterling-Goldrelation als Ersatz für eine neue Weltwährung hervorgetreten war, wird nun auch ein von Keynes ausgearbeiteter Kompromiß-Währungsplan bekannt, der mit ähnlichen Ideen glaubt, die Entschlossenheit Roosevelts und Morgenthaus durch Überredung brechen zu können.

Das amerikanische „Journal of Commerce“ gibt aus dem abgeänderten Keynes-Plan einige Einzelheiten bekannt, die die weitgehende Übereinstimmung mit den Vorschlägen des ehemaligen BIZ-Präsidenten Fraser und nordamerikanischer Bankiers erkennen lassen. Vor allem will auch Keynes ein bilaterales Währungsabkommen zwischen Washington und London, das heißt ein festes Verhältnis zwischen Dollar und Pfund, als ausreichenden Ersatz für eine internationale Verrechnungswährung wie den „Bancor“ und die „Unitas“ betrachten. Hierbei würden die Vereinigten Staaten gegenüber Großbritannien einen Stabilisierungskredit zu gewähren haben, dessen Höhe Fraser mit 5 Mrd. Dollar in Ansatz bringen will. Über Sinn und Hintergrund dieses Kredits hat sich in der Londoner City eine lebhafteste Diskussion entwickelt, die sich zwar an die Modalitäten dieser Transaktion hält, aber in Wirklichkeit die Absichten der amerikanischen Finanz- und Wirtschaftspolitik meint.

Einigkeit besteht in England darüber, daß man den amerikanischen Kredit gern haben möchte, ja, ihn nach der finanziellen Entkräftung des Krieges auch durchaus haben müßte. Aber nicht

alle Kreise Englands scheinen innerlich bereit, die wirtschaftliche Souveränität Großbritanniens — soweit von ihr nach dem Kriege noch die Rede sein kann — gegen einen amerikanischen Kredit preiszugeben.

Fraser, der für seinen Kredit- und Stabilisierungsvorschlag verbindlichere Formulierungen gefunden und wenigstens gewisse unverbindliche Zusagen auf dem Außenhandelsgebiet beigefügt hatte, begegnet immerhin schon geringerem Widerspruch als der White-Plan. So hatte Fraser, wie aus weiteren Berichten hervorgeht, zum Ausdruck gebracht, daß nicht nur die alten (sowie verlorenen) Kriegsschulden Englands aus dem ersten Weltkrieg gestrichen werden müßten, daß die USA sich auch bereitfinden müßten, zur Erfüllung der Schuldendienste ausländische Waren und Dienstleistungen anzunehmen. Die letzte Frage ist denn auch das Kernproblem in der neuen Diskussion. Zweifel an der amerikanischen Bereitschaft zu einer internationalen, ja sogar zu einer angelsächsischen Zusammenarbeit werden in den verschiedensten Formulierungen laut. Auch Keynes hegt diese Zweifel, ohne sie in seinem Kompromißplan auszusprechen. Er trägt ihnen aber dadurch Rechnung, daß er im Gegensatz zu den amerikanischen Bankplänen des zu verwendenden Relation Dollar—Sterling—Gold nicht als unabänderlich betrachten möchte, sondern ausdrücklich von einer elastischen Gestaltung des Währungsverhältnisses spricht. Die britische Furcht vor der Kettung an das amerikanische Gold wird von dem Börsenblatt „Financial News“, das im übrigen bisher den orthodoxen Goldstandard verteidigt hatte, zum Ausdruck gebracht. Das Blatt erwartet, daß ein amerikanischer Kredit einen Warenstrom aus Amerika nach England zur Folge haben werde, anstatt die viel notwendigere britische Ausfuhr zu begünstigen, während die Vereinigten Staaten ihrerseits alle Möglichkeiten hätten, sich auf den englischen Märkten festzusetzen. In dem Augenblick aber, wo die Tilgung des Kredits beginnen soll, bestehe keine Sicherheit dafür, daß die Vereinigten Staaten ihre Einfuhrtüre für britische Waren öffnen würden. Sei dann England durch das Währungsabkommen an einen festen Pfundkurs gebunden und außerstande, den Pfundkurs den veränderten Wirtschaftsverhältnissen anzupassen, dann werde sich der amerikanische Kredit als eine schwer abzuschüttelnde Fessel erweisen. „Financial Times“ möchte über die Zukunftsnachteile eher hinwegsehen, wenn wenigstens für die ersten Jahre über eine für Englands Interessen tragbare Form der Zusammenarbeit Gewißheit bestünde. Dies wird offenbar nicht zuletzt im Hinblick auf die von England übernommene Pacht-Leih-Schuld ausgesprochen, deren Höhe sich jetzt schon um etwa 10 Mrd. Dollar bewegen dürfte. Was der neue Keynes-Plan vorschlägt, ist noch nicht bekannt und der Frasersche Plan begnügt sich damit, lediglich ein fünfjähriges Moratorium ins Auge zu fassen, und zwar unter der Voraussetzung, daß England sich verpflichtet, den Wert des Pfund Sterling nicht aus Wettbewerbsgründen herunterzusetzen.

Der fundamentale Gegensatz zwischen den amerikanischen und den britischen Interessen auf

dem Gebiet des Außenhandels und damit auch der Währungsregelung bleibt also auch in den neuen Währungsdiskussionen, zu denen die beteiligten Regierungen überhaupt noch nicht Stellung genommen haben, bestehen. Die relativ freundliche Aufnahme, die der Frasersche Plan zunächst in der City gefunden hatte, beruht danach im Grunde nur auf der gemeinsamen Abneigung der kapitalistischen Wirtschaftsfreiheit, wobei beide Teile allerdings nicht das gleiche verstehen. Relativ geringen Widerhall findet in London die Anregung Frasers, die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich — unter Verlegung ihres Sitzes von Basel nach USA oder England — neu zu aktivieren und mit einigen von Morgenthau und White der „Weltbank“ zugedachten Aufgaben der Kredit- und Währungspolitik zu betrauen. Mit der Fraserschen Formulierung, wonach die BIZ als „Zentrum der internationalen Währungsberatung“ fungieren, den internationalen Zahlungsverkehr erleichtern und unter angemessenen Bedingungen den kleineren Nationen vorübergehend Stabilisierungskredite gewähren könne, kann man in der City nicht viel anfangen. Immerhin will man sich in London gern

darin erinnern, daß Fraser ebenso wie sein amerikanischer Vorgänger McGarrah im Rahmen der BIZ für die Aufrechterhaltung des Goldstandards eingetreten sei, ohne allerdings das Versagen des Goldstandards in seiner anschließenden amerikanischen Bankstellung irgendwie verhindert zu haben.

Daß man in einer egozentrisch gerichteten Zukunft von der Rolle der übrigen Länder sozusagen überhaupt nicht spricht, kann nicht überraschen. Beide, Fraser und Keynes, gehen ebenfalls nur am Rande auf die „kleinen Nationen“ ein. Für sie ist der Abschluß eines amerikanisch-britischen Währungs- und Kreditabkommens das Wesentliche. Sie sind aber bereit, die Möglichkeit eines Beitritts anderer Staaten anzuregen. Dadurch, daß Fraser ausdrücklich den kollektiven Beitritt unter gleichen Bedingungen ausschaltet und für jedes einzelne Land gesonderte Verhandlungen über die Währungsfrage und über etwaige Kredite voraussetzt, wird einmal mehr bestätigt, daß auch die amerikanischen Banken im Grunde ebenso wie die amerikanische Regierung jeweils ihr wirtschaftliches Übergewicht gegenüber den kleineren Ländern ausspielen wollen.

Keynes
P. M. Lort

09467 0142 BEC

Datum 30. Mai 1944

Nachrichten für Außenhandel (Berlin)

Nr. 123

Großbritannien — Lord Keynes über den Währungsplan

∞ Genf — Wie Lord Keynes in einer Zeitschrift an die „Times“ erklärt, schließen die Währungsvorschläge, da sie sich nur mit Währungsfragen befassen, keine Verpflichtungen über Handelsabmachungen ein. Wenn man glaube, daß diese Vorschläge nicht einmal Verpflichtungen über Währungsfragen einschließen, so begehe man einen befremdlichen Irrtum, denn dieses würde der klaren Bedeutung und den Absichten des Währungsplanes widersprechen.

Während der Uebergangsperiode könnten die kriegsbedingten Restriktionen aufrechterhalten und umgestaltet werden, wie es unglücklicherweise unvermeidbar sei. Aber für die Zeit nach dem Uebergang verpflichten sich die Mitglieder des Fonds, die gegenseitige Umwandelbarkeit ihrer Währungen aufrechtzuerhalten. Insbesondere seien sie damit einverstanden, sich bilateraler Abkommen zu enthalten, welche die Wirkung haben, über die Verfügbarkeit der im fremden Besitz befindlichen Fonds, die sich aus laufenden Transaktionen ergeben, zu beschränken. Mit anderen Worten, alle würden die Möglichkeit haben, nach einem Absatz ihrer Exporte in einem Lande die Erlöse hieraus in irgendeinem anderen Lande auszugeben.

Dies sei tatsächlich eines der hauptsächlichen Ziele und Verdienste des Währungsplanes. Kein Land könne hieraus einen größeren Vorteil ziehen als Großbritannien, denn es sei ein Charakteristikum des britischen Außenhandels, daß die wichtigen britischen Bezugsquellen nicht immer die besten Kunden Großbritanniens seien. Außerdem würde London als internationales Finanzzentrum abdanken müssen, wenn die Dauerpolitik Großbritanniens dazu führe, viele verschiedene Arten von Sterling zu haben, von denen jede anderen Verwendungsbedingungen unterworfen sei.

In diesem Falle wäre es auch mit dem Sterlingblock und mit seinen Zielen vorbei. Die traditionellen Abmachungen Großbritanniens hätten auf der allgemeinen Einwechslungsfähigkeit (convertibility) des Pfundes beruht, denn wer würde seine Guthaben in London lassen, wenn diese in London nicht frei verfügbar wären. Eine Ausnahme bestehe allerdings für Kriegzeiten und für den Fall, daß andere an der Finanzierung des Krieges mithelfen wollten.

Was Kapitalbewegungen anlange, entweder innerhalb oder außerhalb des Sterlinggebietes, so seien die Mitglieder des Fonds damit einverstanden, keinen großen oder dauernden Gebrauch von den Hilfsquellen des Fonds zwecks Anlage im Auslande zu machen. Es stünde ihnen frei, das, was sie unternehmen wollten, mit ihren eigenen Hilfsquellen zu tun. Auf diese Weise würde keine Kapitaltransaktion, welche, falls der Fonds nicht bestehe, innerhalb der britischen Leistungsfähigkeit liege, infolge der Existenz des Fonds außerhalb dieser Leistungsfähigkeit gebracht werden. Auf jeden Fall würde eine gewisse Kontrolle überseeischer Kapitalanlagen notwendig sein, um eine Anleihegewährung zu vermeiden, die über die britische Kapazität hinausgehe.

Duplikat

11 123

094670143 BEC

Datum

25 Juli 1944

Deutsche Allgemeine Zeitung (Berlin)

203

Nr.

Die City gegen Bretton Woods

hp. Zürich, 24. 7. (Eigenbericht)

Auf der Währungskonferenz von Bretton Woods, die sich inzwischen in eine Reihe von Sonderkommissionen aufgespalten hat, wurde, wie zu erwarten war, auch das sog. „Weltbank“-Projekt Morgenthau grundsätzlich gebilligt. Diese Bank, welche nach den us-amerikanischen Plänen eines der Instrumente der amerikanischen Wirtschaftshegemonie werden soll, dürfte nach dem White-schen Entwurf ein Kapital von 10 Milliarden Dollar erhalten, wovon 2 Milliarden zu unmittelbaren Anleihen verwendet werden dürften, während der nicht eingezahlte Rest von 8 Milliarden als Garantie für weitere Anleihen im vierfachen Betrage, d. h. bis zu 32 Milliarden Dollar zur Verfügung gehalten werden müsse.

Aus taktischen Gründen hatten die Amerikaner dem englischen Delegationsmitglied Professor Keynes den Vorsitz in der Weltbankkommission überlassen, nachdem die Sicherstellung der amerikanischen Prädominanz bereits durch die Beschlüsse über den Stabilisierungsfonds gelungen war. Keynes, der die Verlegung der Weltbank nach London beantragte, machte sich die amerikanischen Argumente weitgehend zu eigen. Nach seiner Darstellung würde die Weltbank in der Hauptsache den Zweck haben, solche Anleihen zu unterstützen, für die sich ohne eine Garantie von dritter Seite kaum Zeichner finden würden. Keynes bestätigte damit die politische Aufgabe des Instituts, welches die Abhängigkeit finanzschwacher Staaten von den reichen Ländern, d. h. also im wesentlichen von den Vereinigten Staaten, kreditpolitisch untermauern soll. Die Bank würde im übrigen auch das Recht haben, den Anleiheschuldnern vorzuschreiben, wie sie den Erlös der Anleihen verwenden dürfen, d. h. die voraussichtlich mehrheitlich amerikanischen Bankleitung könnte solche Anleihen sehr leicht in den Dienst ihrer Exportpläne stellen. Dem privaten Bankgewerbe versicherte Keynes, daß die Weltbank sich im übrigen nicht als Konkurrent auf dem Kreditmarkt betätigen wolle.

Wesentliche Modalitäten der Bankgründung bleiben noch den Kommissionsberatungen überlassen.

Die ersten aus England vorliegenden Äußerungen über die bisherigen Ergebnisse der Währungskonferenz bringen die sehr gemischten Gefühle der englischen Wirtschaft zum Ausdruck, und zwar rückt man aus Gründen der politischen Verhaftung Englands die Genugtuung darüber in den Vordergrund, daß die Konferenz überhaupt zu gewissen Ergebnissen geführt habe, doch läßt man andererseits auch Bedenken und Enttäuschungen durchblicken. Diese beziehen sich natürlich im wesentlichen auf die generelle Einsicht, daß Großbritannien in Bretton Woods einen weiteren folgenschweren Schritt auf dem Wege zu einer wirtschaftspolitischen Entmachtung zugunsten der Sowjetunion hat tun müssen. Es ist denn auch wohl gerade das Unbehagen, das von dieser Einsicht ausgelöst worden ist, und die politischen Kreise der City zu der Hoffnung verführt, das ganze Abkommen könne durch irgendein Entwicklungsereignis wirkungslos bleiben. Man weist dabei vor allem darauf hin, daß die Verabredungen von Bretton Woods für die beteiligten Regierungen keinerlei bindende Verpflichtungen enthielten, daß nicht einmal die amerikanische Regierung sicher damit rechnen könne, daß das Parlament das Abkommen billigen werde. Daß innerhalb des englischen Parlaments nicht geringe Widerstände gegen das dauernde Nachgeben gegenüber dem amerikanischen Wirtschafts-imperialismus vorhanden sind, ist bekannt, und in der City wird mit einer Verstärkung dieser Opposition gerechnet.

Keynes
J. M. Lord

09 4 67 0144 BEC

Datum

31. Juli 1944

Nachrichten für Außenhandel (Berlin)

Nr. 176 - .

Großbritannien — Die Erkrankung von Lord Keynes eine Folge der Ueberarbeitung auf der Währungskonferenz von Bretton Woods

∞ Genf — Wie in den NfA bereits berichtet wurde, hat der Führer der britischen Delegation für die Währungskonferenz in Bretton Woods, Lord Keynes, einen Herzanfall erlitten. Der Anfall soll auf die starke Ueberarbeitung zurückzuführen sein, unter der Lord Keynes auf der Konferenz zu leiden hatte. Nach einer Aeußerung eines Mitgliedes der britischen Delegation soll der Zustand von Lord Keynes nicht ernst sein.

Duplikat

H n 33

Signatur: *P. J. M. Lant*

Datum: *7. Aug. 1944*

09467 0145 BEC

Nachrichten für Außenhandel (Berlin)

Nr. 182 - 0

Großbritannien — Eine Falschmeldung über Lord Keynes

∞ Genf — Der kürzlich auch in den NfA wiedergegebene amerikanische Bericht, daß der Führer der britischen Delegation auf der Währungskonferenz von Bretton Woods, Lord Keynes, einen Herzanfall erlitten habe, stellt sich nunmehr als falsch heraus. Lord Keynes soll sich trotz angestrengter Arbeit eines außergewöhnlich günstigen Gesundheitszustands erfreuen und sich im Augenblick auf einer Autotour durch Canada befinden. Offenbar gehört die Falschmeldung über Lord Keynes zu den vielen Kampfmitteln, die in Bretton Woods seitens der hauptbeteiligten Mächte zur Anwendung gekommen sind.

✓
P n 33

09467 0147 BEC

17. Sept. 1944

Das Reich (Berlin)

Nr. 38

John M. Keynes

Im Hause der Patriotischen Gesellschaft zu Hamburg, das im Juli 1943 ein Opfer des englischen Luftkrieges wurde, roch es in früheren Jahren bisweilen nach alten Folianten und gutgebratenem Beefsteak. Der dort wirkende Klub pflegte die Interessen der gelehrten Welt und eine gute Küche. Anfang Januar 1932 war ein durch hohe Intelligenz in ganz Europa bewundelter Autor geladen worden, um den von der allgemeinen Wirtschaftslage bedrückten Gemütern der hanseatischen Kaufleute einiges über die Aussichten des neuen Jahres zu sagen. Der überfüllte Saal horchte aufmerksam dem Redner, der hervorragend geformte englische Sätze oft bis zur Undeutlichkeit zwischen den Zähnen zermahlte. Aber über der etwas gebeugten Gestalt saß ein sprühender Kopf, der freigiebig politische Bonmots und persönliche Bekenntnisse verschenkte und das gutwillige und erfüllungsbereite Deutschland mit dem charmanten Kompliment begrüßte: „Ich habe im Laufe der letzten Jahre oft an der Klugheit dessen gezweifelt, was Sie Erfüllungspolitik nennen. Wenn ich deutscher Staatsmann oder



Auslandsfoto

Wirtschaftsführer wäre, ich glaube, ich hätte mich ihr widersetzt.“

Der Sprecher war Englands berühmtester Nationalökonom John Maynard Keynes, der Öffentlichkeit vor allem bekannt als Verfasser von zwei Kampfschriften gegen den Frieden von Versailles. Er hatte über den Weg einer 1919 geschlossenen Freundschaft mit dem Teilnehmer eines Hamburger Bankhauses engere Fühlung mit der deutschen Wirtschaft gewonnen und war eifriger Mitarbeiter an der dem „Economist“ nacheifernden hamburgischen wirtschaftspolitischen Wochenschrift „Wirtschaftsdienst“ geworden. In England selbst hatte er als erster nach dem Kriege versucht, die öffentliche Meinung der Welt durch die Mittel der Publizistik reif zu machen für einfache und klare Gedanken einer wirtschaftlichen Gesamtordnung.

Keynes war ein Engländer mit europäischen Aspekten. Bevor er während des ersten Weltkrieges die interalliierten Finanzierungen im Englischen Schatzamt lenkte und später Lloyd George als Berater auf der Friedenskonferenz begleitete, hatte er ein ausgezeichnetes Buch über Währung und Finanzen Britisch-Indiens geschrieben und sich in einem mathematischen Werk mit den Grundlagen der Wahrscheinlichkeitstheorie auseinandergesetzt. Eine politische Potenz wurde Keynes freilich erst, als er, der wahre Beherrscher der Finanz-Materie jener Jahre, seinen Posten auf der Friedenskonferenz aus Protest gegen die von ihm als ehrlos empfundene Politik Lloyd Georges aufgab. Von da ab wurde er der unnachgiebige Kritiker der Nachkriegswirtschaft. Keynes war damals 36 Jahre alt. Nach dem Kampf gegen Versailles nahm er sich die Währungspolitik seines eigenen Landes zum Angriffsziel. „Die wirtschaftspolitischen Konsequenzen des

Obwohl alle seine Prognosen richtig waren, hatte Keynes zunächst keinen Erfolg. Die City von London liebt keine revolutionären Neuerer, die das Ende des „Laissez faire“ proklamieren und Englands Uebergang zum Schutzzoll verlangen. Dennoch mußte England unter dem Zwang der äußeren Entwicklung das tun, was Keynes als freiwilligen Entschluß forderte. Der anerkannte Schriftsteller trat in die Arena der großen Politik; er förderte die Gedanken planvoller Wirtschaftslenkung, die er in bedeutenden Büchern niedergelegt hatte und wurde der englische Vertreter für eine Ueberwindung des Liberalismus im Interesse der Erhaltung des britischen Reiches. Im Kriege hat sich der Experte seinem ehemaligen Gegner Churchill gebeugt und von dem Amerikaner seinem Kontrahenten im Schuldenstreit, ließ er sich Goldwasser in das edle Gewächs seiner Währungspläne gießen. Aber der Krieg brachte ihm auch die äußeren Ehren: den Adel und

die Mitgliedschaft im Direktorium der Bank von England.

Nur in einem ist Keynes sich während all dieser wechselvollen Jahre treu geblieben: in seiner Ablehnung der Goldwährung klassischer Prägung. Was er darüber 1924 schrieb, könnte in der Präambel des nach ihm benannten Währungsplanes von 1943 stehen. „Währungsreform hat zwei Ziele: die Konjunkturschwankungen abzustellen und die Arbeitslosigkeit und alle Uebel der Unge-

wißheit zu mildern; die Währungseinheit aber mit dem zu verknüpfen, worauf es ankommt, nämlich dem Wert der Stapelartikel des Verbrauchs statt mit dem Gegenstand von allerdings morgenländischem Glanz; einem Gegenstand, dem die ägyptischen und chaldäischen Bankdirektoren magische Eigenschaften zuschrieben, der aber an sich nicht nützlich und in seinen Zukunftsaussichten prekär ist.“ In diesem Punkt freilich hat Keynes keinen Erfolg gehabt. Er wird dies

später literarisch abreagieren und seinem College in Cambridge, wo sein Vater ein wirklicher Professor der Nationalökonomie war, als Fellow mit einem ausgeprägten Talent, Economy und Business zu kombinieren, weiter hohe Zuwendungen machen. Denn wie immer die Amerikaner mit seinem Lande verfahren werden: er wird sich nach Bloomsbury zurückziehen in die behagliche Bohème, die er liebt wie die russische Tänzerin, die er 1925 geheiratet hat.

John M. Keynes

Im Hause der Patriotischen Gesellschaft zu Hamburg, das im Juli 1943 ein Opfer des englischen Luftkrieges wurde, roch es in früheren Jahren bisweilen nach alten Foliänten und gutgebratenem Beefsteak. Der dort wirkende Klub pflegte die Interessen der gelehrten Welt und eine gute Küche. Anfang Januar 1932 war ein durch hohe Intelligenz in ganz Europa bewundelter Autor geladen worden, um den von der allgemeinen Wirtschaftslage bedrückten Gemütern der hanseatischen Kaufleute einiges über die Aussichten des neuen Jahres zu sagen. Der überfüllte Saal horchte aufmerksam dem Redner, der hervorragend geformte englische Sätze oft bis zur Undeutlichkeit zwischen den Zähnen zermahlte. Aber über der etwas gebeugten Gestalt saß ein sprühender Kopf, der freigiebig politische Bonmots und persönliche Bekenntnisse verschenkte und das gutwillige und erfüllungsbereite Deutschland mit dem charmananten Kompliment begrüßte: „Ich habe im Laufe der letzten Jahre oft an der Klugheit dessen gezweifelt, was Sie Erfüllungspolitik nennen. Wenn ich deutscher Staatsmann oder Wirtschaftsführer



Auslandsfoto

wäre, ich glaube, ich hätte mich ihr widersetzt.“

Der Sprecher war Englands berühmtester Nationalökonom John Maynard Keynes, der Öffentlichkeit vor allem bekannt als Verfasser von zwei Kampfschriften gegen den Frieden von Versailles. Er hatte über den Weg einer 1919 geschlossenen Freundschaft mit dem Teilnehmer eines Hamburger Bankhauses engere Fühlung mit der deutschen Wirtschaft gewonnen und war eifriger Mitarbeiter an der dem „Economist“ naheifernden hamburgischen wirtschaftspolitischen Wochenschrift „Wirtschaftsdienst“ geworden. In England selbst hatte er als erster nach dem Kriege versucht, die öffentliche Meinung der Welt durch die Mittel der Publizistik reif zu machen für einfache und klare Gedanken einer wirtschaftlichen Gesamtordnung.

Keynes war ein Engländer mit europäischen Aspekten. Bevor er während des ersten Weltkrieges die interalliierten Finanzierungen im Englischen Schatzamt lenkte und später Lloyd George als Berater auf der Friedenskonferenz begleitete, hatte er ein ausgezeichnetes Buch über Währung und Finanzen Britisch-Indiens geschrieben und sich in einem mathematischen Werk mit den Grundlagen der Wahrscheinlichkeitstheorie auseinandergesetzt. Eine politische Potenz wurde Keynes freilich erst, als er, der wahre Beherrscher der Finanz-Materie jener Jahre, seinen Posten auf der Friedenskonferenz aus Protest gegen die von ihm als ehrlos empfundene Politik Lloyd Georges aufgab. Von da ab wurde er der unnachgiebige Kritiker der Nachkriegswirtschaft. Keynes war damals 36 Jahre alt. Nach dem Kampf gegen Versailles nahm er sich die Währungspolitik seines eigenen Landes zum Angriffsziel. „Die wirtschaftspolitischen Konsequenzen des Herrn Churchill“ war die Streitschrift betitelt, in der er die Rückkehr Englands zum Goldstandard als schweren Fehler brandmarkte. Schließlich war es der hartnäckige Standpunkt der Amerikaner in der Kriegsschuldenfrage, gegen den er zu Felde zog.

Obwohl alle seine Prognosen richtig waren, hatte Keynes zunächst keinen Erfolg. Die City von London liebt keine revolutionären Neuerer, die das Ende des „Laissez faire“ proklamieren und Englands Uebergang zum Schutzzoll verlangen. Dennoch mußte England unter dem Zwang der äußeren Entwicklung das tun, was Keynes als freiwilligen Entschluß forderte. Der anerkannte Schriftsteller trat in die Arena der großen Politik; er förderte die Gedanken planvoller Wirtschaftslenkung, die er in bedeutenden Büchern niedergelegt hatte und wurde der englische Vertreter für eine Ueberwindung des Liberalismus im Interesse der Erhaltung des britischen Reiches. Im Kriege hat sich der Experte seinem ehemaligen Gegner Churchill gebeugt und von dem Amerikaner seinem Kontrahenten im Schuldenstreit, ließ er sich Goldwasser in das edle Gewächs seiner Währungspläne gießen. Aber der Krieg brachte ihm auch die äußeren Ehren: den Adel und

die Mitgliedschaft im Direktorium der Bank von England.

Nur in einem ist Keynes sich während all dieser wechsellvollen Jahre treu geblieben: in seiner Ablehnung der Goldwährung klassischer Prägung. Was er darüber 1924 schrieb, könnte in der Präambel des nach ihm benannten Währungsplanes von 1943 stehen. „Währungsreform hat zwei Ziele: die Konjunkturschwankungen abzustellen und die Arbeitslosigkeit und alle Uebel der Unge-

wißheit zu mildern; die Währungseinheit aber mit dem zu verknüpfen, worauf es ankommt, nämlich dem Wert der Stapelartikel des Verbrauchs statt mit dem Gegenstand von allerdings morgenländischem Glanz; einem Gegenstand, dem die ägyptischen und chaldäischen Bankdirektoren magische Eigenschaften zuschrieben, der aber an sich nicht nützlich und in seinen Zukunftsaussichten prekär ist.“ In diesem Punkt freilich hat Keynes keinen Erfolg gehabt. Er wird dies

später literarisch abreagieren und seinem College in Cambridge, wo sein Vater ein wirklicher Professor der Nationalökonomie war, als Fellow mit einem ausgeprägten Talent, Economy und Business zu kombinieren, weiter hohe Zuwendungen machen. Denn wie immer die Amerikaner mit seinem Lande verfahren werden: er wird sich nach Bloomsbury zurückziehen in die behagliche Bohème, die er liebt wie die russische Tänzerin, die er 1925 geheiratet hat.

Signatur

Keynes
P. M. Lort

09 4 67 0148 BEC

Datum 7. Okt. 1944

Neue Zürcher Zeitung

Nr. 16 96

Lord Keynes in Washington. Washington, 6. Okt. ag Der bekannte britische Wirtschaftler und Mitverfasser des Grundplanes für einen internationalen Währungsstabilisierungsfonds und einer Weltbank, Lord Keynes, ist in seiner Eigenschaft als wirtschaftlicher Botschafter in Washington eingetroffen. Er wird mit Beamten der verschiedenen Departemente eine Reihe von Wirtschaftsproblemen besprechen.

09467 0149 BEC

Hamburger Zeitung

№ 35

Keynes verhandelt in den USA

Wirtschaftliche Intrigen

Von unserem Vertreter

S. Zürich, 11. Oktober

Über den Zweck der Verhandlungen, die Professor Lord Keynes in diesen Tagen in den Vereinigten Staaten aufgenommen hat, gehen die Ansichten der englischen Presse auseinander. Während eine offizielle Mitteilung ganz allgemein von Wirtschafts- und Pachtleihfragen spricht, die Gegenstand der Besprechungen seien, vermuten einige Wirtschaftsblätter, daß sehr viel weitergehende Probleme erörtert werden sollen. Mit einem gewissen Unbehagen wird dabei an die auf der Ölkonferenz des Sommers offengebliebenen Fragen der Aufteilung der Erdölmärkte erinnert. Die letzten Monate haben für die City mancherlei Anzeichen gebracht, daß die imperialistischen Pläne Washingtons trotz der Vertagung der saudi-arabischen Ölleitung keineswegs aufgegeben sind, daß vielmehr mit neuen und präzisen Forderungen auf Einräumung von Prioritäten im Vorderen und Mittleren Orient gerechnet werden muß.

Auf der gleichen Ebene liegen, nach Ansicht der „Daily Mail“, die für England so unbehaglichen Fragen der internationalen See- und Luftschifffahrt, innerhalb deren die Nordamerikaner sich schon eine materielle Übermacht gesichert haben. Man möchte nun in London hoffen, daß Lord Keynes mit der Aufgabe betraut ist, in diesen heiklen Fragen eine angemessene, d. h. bessere Berücksichtigung der britischen Wünsche zu erreichen. Der Hinweis auf die Interessen der Sowjetunion bei der weltwirtschaftlichen Machtaufteilung läßt darauf schließen, daß England mit Absicht die Unsicherheit der nordamerikanischen Außenpolitik vor den Präsidentschaftswahlen ausnutzen möchte, um die Mög-

lichkeit engeren Zusammengehens mit Moskau in die Waagschale der Entscheidungen zu werfen. Ob in diesem diplomatischen Intrigenspiel freilich die Engländer die besseren Trümpfe in der Hand haben, wird Churchill nach den bisherigen Erfahrungen nicht behaupten wollen.

09467 0150 BEC

Datum: 12. Okt. 1944

Nachrichten für Außenhandel (Berlin)

Nr. 239

Verein. Staaten — Lord Keynes zu Wirtschaftsbesprechungen in Washington

— Le. Zürich — Aus Washington wird gemeldet, daß Lord Keynes in Washington eingetroffen ist. Er wird mit Beamten der verschiedenen Departements eine Reihe von Wirtschaftsproblemen besprechen. „Daily Mail“ meldet dazu: „Offiziell heißt es nur, Keynes werde Leih- und Pachtfragen und andere wirtschaftliche Probleme besprechen. In Wirklichkeit aber verfolgt die Mission Keynes weiterreichende Ziele. Keynes wird mit den Amerikanern die Schaffung eines internationalen Wirtschaftsgeneralstabes besprechen. Dieser soll das Werk koordinieren, das auf der Geld- und der Oelkonferenz begonnen wurde und bei den bevorstehenden Konferenzen über die Schifffahrt, die Zölle und den Nachkriegshandel fortgesetzt werden wird. Die Andeutungen über den Umfang dieses Plans und das Eintreffen von Keynes in Washington riefen bei vielen über kommende britisch-amerikanische Konflikte im Nachkriegshandel besorgten Kaufleuten und Beamten lebhafteste Anteilnahme hervor.“

Gepliziert

V.H. v. h.

Abb 944

094670151 BEC

13. Okt. 1944

„Europa-Kabel“ (Amsterdam)

Nr. 176

Keynes für einen Handels-Völkerbund

EKa. Lissabon, 12. Oktober
Lord Keynes, der englische Wortführer in dem anglo-amerikanischen Währungsstreit, hat erneut eine Reise nach den USA. angetreten. Nach Auffassung der Londoner Presse wird Keynes über die Fortsetzung der Leih- und Pachtlieferungen und über die sich daraus ergebenden finanziellen Probleme mit den Washingtoner Stellen Verhandlungen führen. Nach einem Newyorker Bericht der „Daily Mail“ hat Keynes aber auch die Absicht, mit einem Plan für die Reorganisation der Weltwirtschaft erneut an die amerikanische Öffentlichkeit heranzutreten. Das Blatt meint, daß Keynes mit dem Programm eines „Kommerziellen Völkerbundes“ herauskommen wird.

Schon in dem sogenannten Keynes-Plan, mit dem die englische Regierung offiziell die Währungsaussprache eröffnete, war der Vorschlag enthalten, zur Vermeidung internationaler Konjunkturrückschläge einen übernationalen Wirtschaftsrat einzusetzen, der praktisch die Funktionen eines Völkerbundes rein kommerzieller Art ausüben sollte. „Daily Mail“ ist der optimistischen Auffassung, daß der Vorschlag einer straffen Überwachung des Welthandels der sowjetischen Wirtschaftskonzeption am ehesten entsprechen werde, und daß daher die Möglichkeit besteht, auch Moskau für diese Pläne zu interessieren. Wieder einmal wird deutlich, wie sehr sich gerade die Engländer darum bemühen, der Sowjetwirtschaft den Weg für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit in der Nachkriegszeit zu ebnen. Es ist aber wenig wahrscheinlich, daß die Sowjets, die bereits die Bretton-Woods-Vorschläge, soweit sie eine Unterwerfung ihrer eigenen Währungspolitik unter die Statuten eines internationalen Stabilisierungsfonds betrafen, kategorisch ablehnten, nunmehr dem Vorschlag, ihre eigene Wirtschafts- und Handelspolitik einem internationalen Weltwirtschaftsrat unterzuordnen, günstiger gegenüberstünden.

09467 0152 BEC

Datum: 16. Okt. 1944

Nachrichten für Außenhandel (Berlin)

Nr. 242

Großbritannien — Britische Wirtschaftskreise zu Lord Keynes Washingtoner Besprechungen

— Le Zürich — Aus London wird berichtet, daß britische Wirtschaftskreise dem Besuch Lord Keynes in Washington große Bedeutung beimessen. Wie zuverlässig verlautet, soll sein Besuch der Klärung gewisser, mit dem Leih- und Pachtvertrag zusammenhängender Fragen gelten. Während die Fortsetzung der amerikanischen Lieferungen auf Grund des Leih- und Pachtsystems an Großbritannien bis zur Beendigung der Feindseligkeiten im Fernen Osten bereits gesichert ist, handelt es sich weiter darum, neue Abmachungen zu treffen über die Ausfuhr von britischen Erzeugnissen, in denen Material verarbeitet ist, das aus diesen vertraglichen Lieferungen stammt.

Nach dem bestehenden Abkommen darf Großbritannien keine Fabrikate ausführen, die nur Material aus dem Pacht- und Leihsystem enthalten, ja nicht einmal Waren, in denen Material verarbeitet ist, das von ähnlicher Art ist, wie das unter den Leih- und Pachtabmachungen gelieferte. Der Empfang von Leih- und Pachtlieferungen hat demgemäß der britischen Industrie ursprünglich jede Möglichkeit genommen, das entsprechende Material, gleichgültig welcher Herkunft, für Exportwaren zu verwenden. Eine gewisse Aenderung dieser schweren Benachteiligung ist zwar bereits zugestanden worden, aber die britischen Industriekreise wünschen dringend eine neue Regelung. Unter bestimmten Voraussetzungen soll ihnen gestattet sein, in einem gewissen Verhältnis Material aus dem Leih- und Pachtvertrag für Exportzwecke zu verarbeiten. Großbritannien wäre durchaus bereit, auch entsprechende Verwendungsmöglichkeiten seiner eigenen Lieferungen zuzugestehen. Man glaubt, Lord Keynes stehe namentlich wegen dieser Frage mit den amerikanischen zuständigen Stellen in Unterhandlungen. Eine Bestätigung dieser Annahme liegt bisher nicht vor.

Exakte

Shh 342

Nachrichten für Außenhandel (Berlin)

Nr. 252

Lord Keynes in Washington

Pachtleih im Uebergangsstadium — Die Erfordernisse des amerikanischen und britischen Außenhandels

∞ Genf — Seit Anfang Oktober befindet sich, wie erst nachträglich bekannt geworden ist, Lord Keynes in Washington. Seine Mission hat zu allerlei Mutmaßungen und Erörterungen geführt. Sicher ist, daß er Fragen erörtern will, die mit der eventuellen Fortführung der Pachtleihlieferungen nach Beendigung des Krieges auftauchen werden. Auch über die gesamte Außenhandelspolitik Großbritanniens und der Verein. Staaten sollen nach Möglichkeit Besprechungen geführt werden. In den Verein. Staaten ist die Ankunft von Lord Keynes in den Zeitungen nur bescheiden aufgemacht worden. Kommentare sind auffallenderweise überhaupt nicht erschienen.

Nach der Konferenz zwischen Präsident Roosevelt und Ministerpräsident Churchill in Quebec erklärte Roosevelt in seinem Brief an den Leiter der Foreign Economic Administration, Leo Crowley, daß die Natur der Pachtleihhilfe eng mit dem strategischen Planen im pazifischen Krieg verbunden sei. Doch erweiterte er das Gebiet, auf das er sich bezog, durch den Hinweis auf amerikanische und alliierte Pläne für „den Wiederaufbau und die Rückwandlung der Industrie auf zivile Bedürfnisse“. Wie man in Washington vermutet, werden gegenwärtig politische Maßnahmen, die in ihrem Gewicht über die strategischen hinausgehen, erörtert.

Es ist, wenn auch nicht amtlich, geäußert worden, daß Pachtleihlieferungen für eine kurze Zeit nach Beendigung der Hauptfeindseligkeiten fort dauern könnten oder wenigstens bis zu einem Zeitpunkt, bis die militärischen Behörden es für möglich halten würden, gewisse Funktionen auf die UNRRA und andere Stellen zu übertragen. Erst dann würde die allgemeine Abrechnung gebieterisch notwendig werden. Und obwohl sie wahrscheinlich schließlich als eine politische Frage auftauchen werde, gäbe es doch viele Gründe für vorbereitende Arbeiten. In einem Bericht der „Times“ aus Washington wird ausgeführt, daß man wahrscheinlich zu weit ginge, wenn man erwarten würde, daß die Pachtleihlieferungen als Ganzes von dem amerikanischen Volke als ein Beitrag zu den gesamten Kriegsanstrengungen betrachtet werden könnten. Aber selbst wenn es hierzu kommen sollte, würden wichtige Probleme wie die Abstoßung der unverwendeten Vorräte, Materialien, Ausrüstungsgegenstände, Lebensmittel und unbeweglichen Kapitalausrüstungsgegenstände übrig bleiben.

Der Regelung der Pachtleihlieferungen, die nach Artikel sieben des Hauptabkommens derart sein sollen, „daß sie den Handel nicht belasten“, würden mit anderen Fragen zusammen behandelt werden. Und es sei ermutigend, wenn auch nicht notwendigerweise entscheidend, die Richtung der Sachverständigenmeinung auf diesen Gebieten festzustellen. In „Foreign Commerce Weekly“ werde beispielsweise ein Artikel aus der Feder des Leiters der Abteilung für internationale Wirtschaft und Statistik des „Department of Commerce“, August Maffry,

erscheinen, der sich günstig über die beiden Abkommen von Bretton Woods ausspreche, aber darauf bestehe, daß die Probleme des amerikanischen Außenhandels in dem Internationalen Währungsfonds und der Internationalen Wiederaufbaubank nur eine teilweise Antwort finden würden. Diese beiden Instrumente würden wohl helfen, aber es würde töricht sein, sich ausschließlich auf sie zu verlassen. Die volle Lösung verlange, wie Maffry sagt, sofortige und langfristige Programme, und zwar:

1. Einen hohen und stetigen Stand wirtschaftlicher Tätigkeiten in den Verein. Staaten, um ein hohes und stetiges Einfuhrniveau zu erreichen;
2. weitere Herabsetzungen der Einfuhrzölle und anderer Handelsschranken;
3. die pflegliche Behandlung gewisser, nur beschränkt vorhandener natürlicher Hilfsquellen zugunsten der Einfuhr und
4. als Programm sowohl für die nächste als auch für die spätere Zukunft weitere neue ausländische Investitionen im großen Umfang über die Tätigkeit der Wiederaufbaubank hinaus.

Maffry fordert, daß die Abkommen von Bretton Woods durch eine ähnliche kollektive Uebereinkunft für eine gleichzeitige erhebliche Herabsetzung der Zölle und anderer Handelsschranken seitens einer möglichst großen Anzahl von Ländern ergänzt werden sollten. Aber bevor dies getan werden könnte oder wenn dies getan werden sollte, bevor die Empfehlungen in den Verein. Staaten angenommen werden würden, würde man einen heftigen Kampf führen müssen.

Die gegenwärtige Ermächtigung zu Pachtleihlieferungen an die amerikanische Regierung seitens des Kongresses läuft noch bis Juni 1945. Im Vordergrund der Erörterungen dürfte die Frage stehen, ob man ein Abkommen über die Grundsätze erzielen kann, welche Großbritannien und die Verein. Staaten bei der Wiederaufnahme der jetzt verbotenen Außenhandels-geschäfte leiten sollen. Man hofft britischerseits, daß die Washingtoner Erörterungen zu einer Erhöhung der britischen Zivilproduktion führen könnten. Die Verein. Staaten würden ihrerseits unter den umgekehrten Pachtleihlieferungen Vorteile haben. Beide Länder würden, wenn die gegenwärtigen Pläne Tatsache werden, im Stande sein, Güter zu exportieren, die mit Hilfe von Pachtleihwaren hergestellt worden sind, allerdings nur „unter gewissen Bedingungen und Sicherungen“.

Die Frage einer Fortführung der Pachtleihlieferungen nach dem Kriege ist offiziell zwischen den beiden Regierungen bisher noch nicht behandelt worden. Ein hoher amerikanischer Beamter erklärte vor einiger Zeit, daß die Pachtleihlieferungen niemals als Friedensinstrument gedacht gewesen seien. Auf jeden Fall würde sich der Kongreß mit dieser Angelegenheit zu befassen haben.

094670154 BEC

Nachrichten für Außenhandel (Berlin)

Nr. 261

Großbritannien — Ein Plan für die Reorganisation der Weltwirtschaft? — Der neue Aufenthalt von Lord Keynes in USA

∞ Genf — Neue Vermutungen der Londoner Presse über die neueste Reise von Lord Keynes nach den Verein. Staaten gehen dahin, daß Lord Keynes über die Fortsetzungen der Pachtleihlieferungen und die sich daraus ergebenden Probleme mit den Washingtoner Stellen zu verhandeln gedenke.

Wie die „Daily Mail“ jedoch aus New York erfährt, soll Lord Keynes die Absicht hegen, erneut mit einem Plan für die Reorganisation der Weltwirtschaft vor die amerikanische Öffentlichkeit zu treten. Das Blatt betont, daß Lord Keynes mit dem Programm eines kommerziellen Völkerbundes herauskommen werde. Bereits in dem sogenannten Keynes-Plan, mit dem die britische Regierung offiziell die internationale Währungskonferenz eröffnete, war der Vorschlag enthalten, zur Ver-

meidung internationaler Konjunkturrückschläge einen übernationalen Wirtschaftsrat einzusetzen, der praktisch die Funktionen eines solchen Völkerbundes rein kommerzieller Natur ausüben müßte. „Daily Mail“ vertritt die züversichtliche Auffassung, daß der Vorschlag einer straffen Ueberwachung des Welthandels der sowjetischen Wirtschaftskonzeption am ehesten entsprechen werde. Es bestehe daher die Möglichkeit, daß sich auch Moskau für diese Pläne interessieren werde. Da die Sowjets jedoch bereits die Vorschläge von Bretton Woods, soweit sie eine Unterwerfung ihrer eigenen Währungspolitik unter die Statuten eines internationalen Stabilisierungsfonds betrafen, kategorisch ablehnten, dürften sie dem Vorschlag, ihre eigene Wirtschafts- und Handelspolitik einem internationalen Wirtschaftsrat unterzuordnen, kaum günstiger gesonnen sein.

aplikat

H n 18571

09467 0155 BEC

Datum: 8. Nov. 1944

Nachrichten für Außenhandel (Berlin)

Nr. 262

Großbritannien — Zunehmender Barkauf an Stelle von Pachtleihlieferungen aus USA

∞ Genf — Der Bericht der New York Times, daß Pachtleihlieferungen von Nahrungsmitteln auf die rein militärischen Bedürfnisse beschränkt werden, wird in britischen Kreisen als zutreffend angesehen. Hierzu wird erklärt, daß Pachtleihlieferungen bereits seit einem Jahr oder länger schrittweise ermäßigt werden.

Unter einem Abkommen mit den Verein. Staaten ist die britische Devisenkontrollbehörde gezwungen, alle Dollareingänge, die über einen bestimmten kleinen Manövriertbetrag hinausgehen, für Bareinkäufe in den Verein. Staaten zu verwenden. Beträchtliche Dollarsummen, die von amerikanischen Truppen in Ländern des Sterlingblocks ausgegeben wurden, sind zusammen mit anderen Dollareingängen regelmäßig an die Verein. Staaten zurückgezahlt worden.

Die Methode, die man hierbei angewandt hat, bestand darin, eine immer größer werdende Reihe von Waren von der Pachtleihliste herunterzunehmen und auf die „cash and carry-Liste“ zu setzen. Wenn die Umsetzung bei industriellen Rohstoffen erfolgt wäre, so würde es einige britische Industrien instand gesetzt haben, ihre Ausfuhren wieder aufzunehmen. Bis vor kurzem gab es nur einen engen Spielraum für eine höhere Produktion zu Exportzwecken. Doch ist das Problem offensichtlich in der letzten Zeit wichtiger geworden; es ist beispielsweise jetzt die Ansicht zu hören, daß Großbritannien ohne Pachtleihlieferungen von Eisen und Stahl auskommen könnte. Die Drosselungen in den Pachtleihlieferungen sind jedoch fast ausschließlich auf Lebensmittel und wenige andere Waren wie Tabak beschränkt gewesen, die für die Herstellung ausführbarer Artikel nicht in Frage kommen.

Der Bericht aus New York bestätigt es, daß cubanischer Zucker von der Pachtleihliste gestrichen worden ist. Dies kann unter Umständen bedeuten, daß Großbritannien cubanischen Zucker mit Dollars bezahlen muß oder aber mehr Zucker aus Pfund-Ländern beziehen wird. Der New-Yorker Bericht deutet an, daß als nächste Produkte Weizen und Mehl von der Pachtleihliste verschwinden dürften. Dies dürfte wiederum dazu Veranlassung geben, daß Großbritannien canadischen Weizen kauft, der nach wie vor von dem canadischen „mutual aid“ finanziert wird und in jedem Falle billiger ist als amerikanischer.

Britische Importeure zeigen sich durch diese Entwicklung besonders erleichtert, verhehlen sich indessen nicht, daß es noch mehrere Jahre nach Kriegsende für Großbritannien außerordentlich schwierig sein dürfte, durch Ausfuhren genügende Dollarsummen zu verdienen, um mit ihnen die dringend benötigten Lebensmittel- und Rohstoffeinkäufe in Amerika bezahlen zu können. Wahrscheinlich könne man dem Augenblick nicht entgehen, wo Großbritannien eine Dollaranleihe angeboten wird, um die Lücke in seinen Dollarbeständen auszufüllen. Man werde dann eine schwierige Wahl zu treffen haben. Auch diese Ueberlegungen zeigen eine wie schwierige Rolle Lord Keynes in Washington zu spielen hat.

T. Str. h.
Abb. n. 14
✓

Keynes,
P. M. Lest

09467 0156 BEC

Datum 21. Nov. 1944

~~Wirtschaftsdienst (Hamburg)~~

Nachrichten für Außenhandel (Berlin)

Nr. 273

Großbritannien — Lord Keynes schlägt den Verein. Staaten eine neue Art von Pachtleih-Abkommen vor

— Le. Zürich — Wie aus London gemeldet wird, hat Großbritannien in den Verhandlungen zwischen Lord Keynes und amerikanischen Beamten eine neue Art von Pachtleih-Abkommen vorgeschlagen. Es wird beabsichtigt, Großbritannien zu gestatten, Waren an andere Länder weiter zu verkaufen, um seinen Exporthandel aufzubauen. Aus einem Pachtleih-Anteil von 6500 Mill. \$ sollen 3500 Mill. \$ wieder ausfuhrfähig sein. Es handelt sich zumeist um Rohstoffe, die Großbritannien zu Fertigwaren umarbeiten würde. Ferner soll ein Nachkriegs-Pachtleihgerichtshof eingesetzt werden, der aus einem britischen und zwei amerikanischen Vertretern bestehen soll und der darüber zu entscheiden hat, welche Waren für den britischen Handel nutzbar sind.

R. H. r. h.

Stk 942

✓

Keynes
R. John D. Lloyd

09467 0157 BEC

Datum 21. NOV. 1944

~~Wirtschaftsarchiv (Hamburg)~~

Nachrichten für Außenhandel (Berlin)

Nr. 273

Großbritannien — Die Mission von Lord Keynes in Washington

— Le. Zürich — Ueber die Mission von Lord Keynes in Amerika berichtet die NZZ aus London:

Lord Keynes, der sich seit September wieder in Amerika aufgehalten hat, wird bald in London zurückerwartet. Ueber seine dortigen Aufgaben, in denen er von einem Stabsachverständiger Mitarbeiter unterstützt wird, ist wenig Zuverlässiges bekanntgeworden. Die Fortsetzung der Lend-Lease-Lieferungen an Großbritannien, für den Krieg gegen Japan, wurde von Anbeginn als eines der Hauptthemen genannt. Sehr wahrscheinlich hat Keynes auch die Frage der vermehrten Verwendung von Lend-Lease-Materialien in der Fabrikation von Exportgütern aufgeworfen. Roosevelts neue Versicherung, daß die britische Wiederausfuhr der empfangenen Lend-Lease-Güter nicht in Frage stehe, entkräftet diese Mutmaßung nicht. Noch läßt sie auf einen Mißerfolg der Verhandlungen schließen, denn die Verwendung von Lend-Lease-Materialien in Exportgütern wird auf britischer Seite auf der Basis der vollen Gegenseitigkeit vorgeschlagen und könnte nach wie vor durch zweckdienliche Einschränkungen und Kontrollen umgeben werden.

Ob Lord Keynes auch die Gelegenheit gefunden hat, um mit der amerikanischen Regierung die Frage der Zolltarife zu besprechen, muß dahingestellt bleiben. Die vorliegenden Andeutungen sind nicht geeignet, die hiesigen Beobachter in dieser Frage optimistisch zu stimmen. Vorläufig hält es niemand für wahrscheinlich, daß die Amerikaner ihren hohen Zolltarif herabsetzen werden, ohne dafür Gegenleistungen vom Ausland zu erlangen, auch wenn die Tarife anderer Länder im großen ganzen wesentlich niedriger sein mögen. Von der theoretischen Erkenntnis, daß die Gläubigerländer die Einfuhr erleichtern und ihre Guthaben in Güterform entgegennehmen müssen bis zur praktischen Durchführung ist noch ein weiter Weg.

Man nimmt ferner auch an, daß Lord Keynes die Gelegenheit wahrnahm, um gewisse Verhandlungen über den Entwurf von Bretton Woods zu pflegen. Gewisse Punkte bedürfen noch der besseren Abklärung, wie auch einige unbemerkt gebliebene kleinere Widersprüche beseitigt werden müssen. Am wesentlichen Gerüst und den Grundlinien des Abkommens scheinen indessen weder die Briten noch die Amerikaner ernstlich rütteln zu wollen. Hüben und drüben macht die Opposition viel Lärm.

Dez 1944

✓
R. H. L. h.
S. 33 3 44

094670158 BEC

Deutsche Allgemeine Zeitung (Berlin)

Nr. 314

Die Pacht-Leih-Kontroverse

hp. Zürich, 22. 11. (Eigenbericht)

Die auffallend heftigen Angriffe, die aus Unternehmerkreisen der Vereinigten Staaten gegen die Beibehaltung oder gar den Ausbau des bisherigen Pacht-Leih-Verfahrens gerichtet werden, zielen, wie nicht verheimlicht wird, gegen eine Begünstigung der britischen Exportpläne für die Nachkriegszeit. Nachdem schon im Verlaufe des letzten Jahres der Umfang der Pacht-Leih-Lieferungen erheblich eingeschränkt und fast ausschließlich auf militärische Produkte und Leistungen konzentriert worden war, wünschen die nordamerikanischen Export-Interessenten einen weiteren Abbau und eine Erhöhung der britischen Barleistungen. Insbesondere wenden sich die Amerikaner gegen die Weiterveräußerung von Pacht-Leih-Lieferungen auf den außerbritischen Märkten, d. h. die Umwandlung von auf Kredit bezogenen Rohstoffen und Halbfabrikaten in Devisenguthaben auf Kosten der amerikanischen Exportinteressen. Die britische Regierung, die dieser amerikanischen Kampagne entgegenzuwirken versucht, hat vor kurzem ihren Finanzexperten, Lord Keynes, nach den Vereinigten Staaten entsandt, damit er dort u. a. über die Fortsetzung der Pacht-Leih-Lieferungen verhandeln solle.

Ueber seine Vorschläge wird nun aus Washington berichtet, daß Keynes vorsorglich nicht nur einen Abbau der amerikanischen Lieferungen verhindern soll, sondern eher eine kräftige Ausweitung fordert. Den Kernpunkt seiner Vorschläge bildet die Forderung: England grundsätzlich den Weiterverkauf der Lieferungen zum Wiederaufbau seines durch den Krieg erschütterten Exporthandels zuzugestehen. Von einem Gesamtwert der us.-amerikanischen Pacht-Leih-Lieferungen an Großbritannien von rund 6,5 Milliarden Dollar soll England für 3,5 Milliarden Waren an andere Länder weiterverkaufen dürfen. Eine von Keynes im Auftrage der britischen Regierung ausgearbeitete Liste enthält insbesondere Rohstoffe, wie Baumwolle, synthetischen Kautschuk usw., die in der englischen Industrie zu Fertigwaren für den Weltmarkt weiterverarbeitet werden können. Um den selbst bei Annahme des britischen Antrages zu erwartenden Streitigkeiten vorzubeugen, soll ein besonderer Pacht-Leih-Gerichtshof eingesetzt werden, mit einem englischen neben zwei us.-amerikanischen Vertretern, der bestimmen solle, welche Waren im einzelnen für diese Exporthilfe freigegeben werden können.

In der Londoner City betrachtet man die Bemühungen des britischen Unterhändlers nicht sehr zuversichtlich, und zwar im allgemeinen auf Grund der egoistischen amerikanischen Exportpläne, im speziellen wegen der us.-amerikanischen Zollpolitik. Alle Versuche, feste Zusagen auf Herabsetzung der amerikanischen Zollsätze zu erhalten, sind bisher gescheitert, und man befürchtet, daß ein Entgegenkommen mit verhängnisvollen britischen Zugeständnissen in der Exportfrage verbunden sein würde. In der allgemeinen Frage der us.-amerikanischen Exportabsichten liegen aber gerade aus den letzten Tagen Äußerungen von drüben vor, welche für England alles andere als erfreulich klingen. So wird gemeldet, daß die Roosevelt-Regierung nach ihrer Wahlbestätigung schon in Kürze an die Verwirklichung des Exportsubventionenplanes herangehen werde. Die Berater der Regierung hätten als Ziel die Ausweitung des us.-amerikanischen Ausfuhrvolumens auf 15 Milliarden Dollar jährlich gesetzt. Erreicht werden solle dieses Ziel durch eine finanzielle Beihilfe an die Exporteure unter entsprechender Belastung des Inlandsabsatzes, ferner durch weitgehende Kreditgewährung an diejenigen Länder, die in USA. als interessante Märkte erscheinen, und schließlich nicht zuletzt durch die Einschaltung der im Laufe des Krieges geschaffenen militärischen und politischen Stützpunkte.

Da der Wert der us.-amerikanischen Ausfuhr in den letzten Vorkriegsjahren nur wenig über 3 Milliarden Dollar ausmachte, sich aber in den Kriegsjahren mit ihren aufgeblähten Preisen und Mengen (einschließlich der Pacht-Leih-Lieferungen) um 10 Milliarden herum bewegt, kann man sich in der Londoner City vorstellen, was bei der angestrebten Ausweitung auf 15 Milliarden noch an Exportmöglichkeiten für Großbritannien auf den Weltmärkten übrig bleiben würde. Auch die ablehnende Haltung der Vereinigten Staaten in der Frage einer Neu festsetzung des Sterlingkurses gegenüber dem Dollar hat erkennen lassen, daß Großbritannien von dieser Seite her gewiß nicht mit einer Erleichterung in seinen Exportnöten zu rechnen hat.

Replikant

Ver. d. v. B.
gla

09 4 6 7 0 1 5 9 BEC

Signatur

Datum

Keynes
J. M. Lort
25. Nov. 1944

~~Wirtschaftsdienst (Hamburg)~~

Nachrichten für Außenhandel (Berlin)

Nr. 277

Großbritannien — Die Mission von Lord Keynes in Washington — Das Pacht-Leihsystem in der Uebergangszeit

— Le. Zürich — Ueber die Anwendung des Leih- und Pachtsystems in der Uebergangszeit schreibt die „NZZ.“ aus London: Zur neuen Mission von Lord Keynes in Amerika sind nunmehr etwas eingehendere Berichte eingetroffen, die als glaubhaft bezeichnet werden. Es wird erklärt, daß in der nächsten Zeit ein formelles Abkommen bekanntgegeben werde, das außer den noch bestehenden Kriegsfragen auch die Fragen der Wiederaufnahme der zivilen Produktion und des Ausfuhrhandels regeln soll. Nach der Beendigung des Krieges in Europa würden diesen Informationen zufolge die amerikanischen Lieferungen nach dem Leih- und Pachtabkommen an das britische Empire von 10 auf 5 Mrd. \$ jährlich oder ungefähr auf die Hälfte des gegenwärtigen Volumens herabgesetzt.

Die im Zusammenhang mit den Leih- und Pachtlieferungen eintretenden Exportschwierigkeiten dürften dadurch behoben werden, daß die für den Ausfuhrhandel wichtigen Güter, wie Stahl und Rohbaumwolle, von der Liste der Leih- und Pachtmaterialien abgesetzt werden. Exporteinschränkungen für Waren, die diese beiden Warengattungen enthalten, kämen dann nicht mehr in Frage, dafür müßte sich Großbritannien zur Bezahlung seiner Bezüge an solchen Waren bequemen.

Nach den gleichen Berichten ist auch die Frage der Gewährung eines amerikanischen Kredites besprochen worden, um damit die Umstellungsperiode zu überbrücken. Die Durchführung irgendwelcher Vorschläge nach dieser Richtung bedürfte natürlich der gesetzlichen Sanktion. Man sieht der künftigen Entwicklung der britisch-amerikanischen Wirtschaftspolitik wesentlich zuversichtlicher entgegen, nachdem Roosevelt als Präsident bestätigt worden ist und sich seine Stellung vor dem Kongreß gefestigt hat.

*

Dazu wird aus Washington gemeldet: Der Außenhandelsausschuß der amerikanischen Handelskammer sprach sich für die Beschränkung der Operationen auf Grund des Leih- und Pachtsystems durch ein Pacht- und Leihsystem auf die Lieferung von Munition, Kriegsmaterial und Lebensmittel aus, wobei der Ausschuß für die Rückkehr zum normalen Verfahren hinsichtlich des Exports von Handelsprodukten eintrat. Nach Kriegsende sollte das Leih- und Pachtssystem durch ein normaleres Außenhandelssystem und Kreditoperationen ersetzt werden. Der Ausschuß warf der Regierung der USA. vor, daß sie eine unrealistische Handelspolitik treibe.

J. Keynes
John M. Lord

09467 0160 BEC

Datum 26. Nov. 1944

Deutsche Allgemeine Zeitung (Berlin)

Nr. 317

Provisorisches Pacht-Leihabkommen

hp. Zürich, 25. 11. (Eigenbericht)

Die von Lord Keynes seit einigen Wochen in Washington geführten Verhandlungen über die Pacht-Leih-Lieferungen haben mit einer provisorischen Einigung abgeschlossen, die den englischen Industrieinteressen nicht wesentlich entgegenkommt. Die us-amerikanische Regierung hat sich mit der Weiterführung der Pacht-Leih-Lieferungen an England insoweit einverstanden erklärt, als dadurch die Mitbeteiligung Englands am amerikanischen Krieg gegen Japan auch in Zukunft gesichert wird. Indessen wird die Gesamtsumme der us-amerikanischen Lieferungen auf die Hälfte der bisherigen Jahresleistung, also von etwa 10 auf 5 Milliarden Dollar, reduziert.

Die Erwartungen der englischen Industrie, daß ihr aus den amerikanischen Lieferungen eine Möglichkeit zur Umstellung auf die Friedensproduktion eröffnet werde, haben sich nicht erfüllt. Die gegen Englands Exportabsichten gerichtete Grundeinstellung der us-amerikanischen Politik geht auch aus der weiteren Tatsache hervor, daß eine Wiederausfuhr der Pacht-Leih-Rohstoffe (nach Verarbeitung in England) auf andere Märkte auch weiterhin verboten bleiben soll. Das neue Abkommen, dessen Einzelheiten im übrigen noch nicht bekannt sind, bedarf vor seiner Inkraftsetzung der Zustimmung des amerikanischen Parlaments.

Duplikat

Ver. d. v. St.
St. R. 2
gta

Keynes,
John M. Lott

09467 0161 BEC

28. Nov. 1944
Datum

Nachrichten für Außenhandel (Berlin)
Monitor Mercantil (Rio de Janeiro)

Nr. 279

Großbritannien — Lord Keynes hat in Washington auch über die Beschlüsse von Bretton Woods verhandelt — Zugeständnisse in Zollfragen?

Genf — Wie aus London gemeldet wird, hat Lord Keynes bei seinem letzten mehrwöchigen Aufenthalt in Washington nicht nur die zukünftige Gestaltung der Pachtleihlieferungen der Verein. Staaten an Großbritannien, sondern auch verschiedene Angelegenheiten im Zusammenhang mit dem Schlußakt der Bretton-Woods-Konferenz besprochen. Man nimmt an, daß Lord Keynes eine Reihe von Vorschlägen mit nach London bringen wird, die „bestehende Anomalien“ beseitigen sollen. Nach der Meinung der „Financial News“ vom 9. 11. 44 dürfte das britische Kriegskabinet sich nunmehr über seine Haltung gegenüber der Schlußakte von Bretton Woods schlüssig werden. Es wird indessen als unwahrscheinlich angesehen, daß das britische Parlament sich mit dieser Angelegenheit befassen wird, bevor sie im amerikanischen Kongreß debattiert worden ist. Präsident Roosevelt hat zugesagt, daß die amerikanische Regierung die Schlußakte von Bretton Woods als internationalen Vertrag betrachten wird, so daß eine Zweidrittelmehrheit im Senat erforderlich sein würde.

Unter anderem war davon die Rede gewesen, daß die amerikanische Regierung als Gegenleistung für die britischen Konzessionen in Bretton Woods Zugeständnisse in Zollfragen machen könnte. Dies wird jedoch in gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen als unwahrscheinlich bezeichnet.

Die einzige Bedingung, unter der die amerikanische Regierung dem Kongreß beträchtliche Zollherabsetzungen vorschlagen würde, wäre, wie man annimmt, nur dann gegeben, wenn die Präferenzzölle im britischen Weltreich entweder abgeschafft oder doch beträchtlich herabgesetzt würden.

Duplikat
H 123

09467 0164 BEC

Signatur.....

Datum.....

5. Sep. 1945

Neue Hamburger Presse

Nr. 20

Lord Keynes in Kanada

Ottawa: Der britische Finanz-Sachverständige Lord Keynes, der hier auf dem Wege nach Washington eintraf, hatte eine Besprechung mit dem kanadischen Finanzminister Ilsley.

09467 0165 BEC

Hamburgisches
Welt-Wirtschafts-Archiv

Signatur

Datum

1945

18. Dez. 1945

Hamburger Nachrichten-Blatt

~~Bulletin of the Imperial Institute (London)~~

Nr. 120

Finanzabkommen vor dem Oberhaus.

London, 17. Dez.: Im Oberhaus hat die zweitägige Aussprache über die amerikanische 1,1 Milliarden-Pfund-Anleihe an Großbritannien am Montag mit einer Rede des Staatssekretärs für Indien begonnen, der den Antrag auf Annahme des Abkommens begründete.

Der frühere Außenminister Lord Simon erklärte, daß dem Parlament selten ein Abkommen vorgelegen habe, das so große Besorgnis hervorrufe. Die konservative Opposition im Oberhause werde sich daher der Stimme enthalten.

Lord Keynes, der Leiter der britischen Abordnung bei den britisch-amerikanischen Finanzverhandlungen ist in London eingetroffen und wird morgen vor dem Oberhaus über das Finanzabkommen sprechen.

09467 0166 BEC

Signatur.....

Datum.....

23. Apr. 1946

Hamburger Allgemeine Ztg

Nr. 7

Finanzexperte des Empire

Mit John Maynard Keynes ist einer der bedeutendsten englischen Finanzwissenschaftler dahingegangen. Sein Werk gehört zu dem Gemeingut moderner Wirtschaft und Finanzierung. Es steht mit Irving Fisher, dem Schweden Gustav Cassel, dem Deutschen Hahn u. a. m. im geisteswissenschaftlichen Austausch. Aber Keynes war nicht nur ein theoretisierender Wissenschaftler, er war ein Mann der Praxis, der in den letzten Jahrzehnten immer wieder in die Weltwirtschaftspolitik seines Landes eingriff und mit eigenen Gedanken große finanzpolitische Entscheidungen beeinflusste oder herbeiführte. Zuletzt gehörte er der britischen Delegation für die Internationale Währungskonferenz in Savannah an. Keynes ist als Wissenschaftler durch seine monetären und kreditären Konjunkturtheorien hervorgetreten und hat damit das Verdienst, auf eine wichtige, bis dahin stark vernachlässigte Seite des Konjunkturproblems hingewiesen zu haben. Er war der markanteste Vertreter für das Projekt einer manipulierten Weltwährung, der „SBM“-Supernational Bank Money, mit deren Hilfe er auf Grund eines internationalen Großhandelsindex die Konjunkturen und ihre tiefen Schwankungen auszuschalten hoffte. Deutschland gedenkt des Mannes in Erinnerung an seine verständnisvolle Haltung in den Jahren nach dem ersten Weltkrieg, als der Weg vom Dawes- zum Youngplan führte und die damaligen Siegermächte sich um eine tragbare Regelung zur Aufbringung der deutschen Reparationsverpflichtungen bemühten.

Die Welt (Hamburg)

№ 7

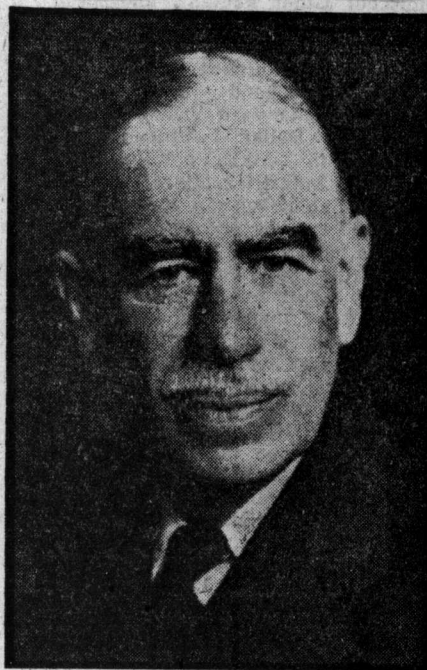
Ein Verlust für die Welt: Lord Keynes †

Lord Keynes ist am Ostersonntag in seinem Heim in Ripe in der Grafschaft Sussex gestorben. Vor vierzehn Tagen war er von der Internationalen Währungskonferenz in Savannah zurückgekehrt. Sein Arzt, einer der angesehensten englischen Herzspezialisten, verordnete ihm sofort Ruhe, aber sein Hefz, das unter den Anstrengungen der letzten Jahre ermüdet war, erholte sich nicht wieder.

Keynes war Wissenschaftler, Politiker und Schriftsteller zugleich, und in allem war er bewundernswert groß. Er ist uns Deutschen kein Fremder. Wir meinen damit nicht, daß auf unseren Universitäten seine Bücher über das Geld, seine Theorien über die Wirtschaftskonjunkturen, seine Kritiken an der Bedeutung des Goldes als Währungsgrundlage unentbehrliches Rüstzeug der Studenten der Nationalökonomie geworden sind und unser wirtschaftliches Denken von ihm die fruchtbarsten Anregungen erhielt. Wir denken dabei mehr daran, daß er Deutschland besonders gut verstand.

Seine Freundschaft mit dem Inhaber eines Hamburger Bankhauses hatte ihn wenige Jahre nach dem letzten Weltkrieg in Fühlung mit der deutschen Wirtschaft gebracht. Zweimal sprach er in Hamburg; das eine Mal im Coventgarten zum Abschluß der Überseewoche, das andere Mal im Überseeklub, der sich zum Ziel gesetzt hatte, Deutsche mit ausländischem Denken vertraut zu machen. Es war in zwei für Deutschland recht bedenklichen Situationen, daß dieser schlanke Mann mit dem durchgeistigten Gesicht das Wort vor deutschen Hörern ergriff, das eine Mal im Jahre 1922, als Deutschland an der Reparationslast litt, das andere Mal im Jahre 1932, mitten in der Wirtschaftskrise, die nicht nur unser wirtschaftliches, sondern auch unser politisches System erschütterte und Millionen Arbeitslose auf die Straße trieb, die in ihrer Verzweiflung jedem folgten, der Hilfe versprach. Keynes zeigte beide Male warmherziges Verständnis für unsere Nöte. Man darf heute fragen, ob nicht vielleicht vieles anders gekommen wäre, wenn er schon damals den Einfluß gehabt hätte, der ihm später in seinem Lande eingeräumt wurde. Man könnte das Gedächtnis Lord Keynes' nicht besser ehren als durch eine Wiederholung dessen, was er damals gesagt hat; denn das, was seine Stärke ausmachte, die kluge Voraussicht, die durch die späteren Ereignisse bestätigt wird, bewährte er auch bei diesen Gelegenheiten.

John Maynard Keynes hat als Beamter im Indien-Amt begonnen, wo er sich besonders mit der indischen Währung zu befassen hatte. Seit 1912 wurde er Herausgeber des „Economic Journal“. Während des ersten Weltkrieges wurde



er in das britische Schatzamt berufen. Als Finanzberater und Vertreter des englischen Schatzkanzlers ging er auf die Friedenskonferenz in Paris. Als er die Überzeugung gewann, daß die politischen Pläne seiner Auffassung von europäischer Wirtschaft gänzlich widersprachen, trat er zurück. Seine Erfahrungen legte er in dem berühmt gewordenen Buch „Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages“ nieder. Der Titel ist trocken, aber der Inhalt ist von äußerster Lebendigkeit. Es ist das Buch eines erstklassigen Schriftstellers, der ebenso gut in Wirtschaftsstatistik wie in menschlicher Psychologie Bescheid weiß. Es enthält politische Porträts von unübertrefflicher Feinheit und vor allem Urteile, die damals nur von wenigen gebilligt wurden und die sich später doch als richtig erwiesen.

Keynes wurde Professor in Cambridge, Direktor der Bank von England, Berater des britischen Schatzamtes, Gouverneur der Internationalen Bank für Wiederaufbau und wäre, wenn er noch einige Wochen gelebt hätte, Vizepräsident der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds geworden. An den Plänen für die Nachkriegswirtschaft hatte er hervorragenden Anteil. In den beiden letzten Jahren reiste er oft zwischen England und den Vereinigten Staaten hin und her. An der Aufstellung des Währungsplans von Bretton Woods war er hervorragend beteiligt. In Bretton Woods zeigte sich auch zum erstenmal eine ernsthafte Herzschwäche. Aber Keynes konnte sich

nicht die erforderliche Ruhe gönnen. Er führte die Delegation, die in Washington die englische Anleihe in den Vereinigten Staaten beschloß. Seine letzte Rede im Oberhaus galt der Verteidigung dieser Anleihe. Er bewährte auch dabei die Kunst, schwierigste Finanzfragen verständlich darzustellen, und brachte das Oberhaus dazu, diese Anleihe, obwohl sie in England selbst sehr umstritten war, mit überwältigender Mehrheit gutzuheißen.

Keynes stellte der Finanzpolitik als oberste Aufgabe, die Arbeitslosigkeit zu verhindern. In der Weltwirtschaft galt ihm nationale Engherzigkeit als Torheit. Sein Buch über die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages ist von der Überzeugung erfüllt, daß Europa ein Ganzes ist. Viele Deutsche hatten darauf gehofft, daß er wieder seine Stimme für ein wirtschaftlich gesundes Europa als Voraussetzung für ein politisch gesundes Europa erheben würde, jetzt mit mehr Gewicht als damals. Nun ist sein Mund still geworden. England verliert in Keynes einen seiner großen Bürger, wir Deutsche verlieren einen Mann, dem wir Dank für das Verständnis schulden, das er in schweren Zeiten für uns aufgebracht hat.

09 4 67 0168 BEC

24. Apr. 1946

Hamburger Freie Presse

Nr. 7

Weltbürger der Wirtschaft

John Maynard Keynes, der am Ostersonntag einem Herzschlag erlag, gehört zur kleinen Schar derjenigen Nationalökonomien von internationalem Ruf, die, ohne je ein Ministeramt innegehabt zu haben, hohe staatsmännische Bedeutung erlangten. In Chambridge am 5. Juni 1883 geboren, dozierte er am dortigen Kings College, nachdem er — ursprünglich ein Beamter im Indischen Amt — schon 1912 als Herausgeber der Zeitschrift „Economist Journal“ in die Öffentlichkeit getreten war. Der hamburgischen Kaufmannschaft war Keynes nicht nur als der bedeutende Gelehrte und hervorragende Berater der britischen Regierung bekannt, durch Vermittlung eines Hamburger Bankiers wurde auch ein persönlicher Kontakt hergestellt, der in zweimaligem Erscheinen von Keynes vor einem repräsentativen Forum der hanseatischen Wirtschaft zum Ausdruck kam. Denn es ging diesem an weltweites Denken und weltwirtschaftlichen Weitblick gewöhnten britischen Nationalökonomien darum, überall und gerade in ehemaligen Feindländern Klarheit und Wahrheit über gemeinsame Grundsätze einer neuen wirtschaftlichen Ordnung unter den Völkern zu verkünden — Grundsätze, die von der Erkenntnis bestimmt wurden, daß nur die volle Überwindung der Arbeitslosigkeit in allen Ländern auch zur Ausschaltung der ökonomischen Krisen führen könne. Im Sinne dieser Grundanschauungen unterzog Keynes die für die wirtschaftlichen Folgen des ersten Weltkrieges verantwortliche Politik einer unbarmherzigen Kritik, wie er denn auch persönlich sein Amt als britischer Finanzvertreter beim Obersten Wirtschaftsrat der Pariser Friedenskonferenz niederlegte, als er die Überzeugung gewann, daß seine Ideen gegen die politischen Pläne der Staatsmänner nicht durchzudringen vermochten. In seinem berühmten Buch „Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages“ vollzog er die Synthese zwischen solcher Kritik und wissenschaftlicher Erkenntnis der zwangsläufigen Wirkungen einer falschen Politik. Diagnosen und Prognosen von unfehlbarer Sicherheit. Im letzten Kriege und danach war Keynes einer der engsten Berater der britischen Regierung, besonders für die Gestaltung ihres wirtschaftlichen Verhältnisses zu den USA. Er führte die Verhandlungen über die Leih- und Pachtverträge und deren Ablösung durch das große Anleiheabkommen. Auch bei der Währungskonferenz von Bretton Wood war er führend beteiligt. Die britische Nation hat mit John Maynard Keynes einen ihrer besten Berater und Diener verloren; die Welt aber verlor mit ihm einen Staatsmann, der sein Leben lang daran gearbeitet hat, den allgemeinen Frieden durch Sicherung der wirtschaftlichen Wohlfahrt zu festigen.

af.

Literatur

Signatur

Datum

27 Nov 1948

09467 0172 BEC

The Economist (London)

Nr. 5492 ==

The Law and the Prophet

"The New Economics. Keynes's Influence on Theory and Policy."
Edited by Seymour E. Harris. Dobson. 686 pages. 30s.

"THIS volume," says the editor in his introductory chapter, "was conceived as a tribute to the man and to the economist. But it is more than that. We intend to appraise Keynes's contributions to economics; to add up the gains and explore the weaknesses." A formidable, fascinating and beautifully handled job. This encyclopaedic volume contains key writings by Keynes himself, contributions to controversy by his disciples and opponents, a carefully chosen anthology, that is to say, of original documents; these take up sixteen of the forty-seven chapters. The remainder is new material, appraisals in the light of subsequent events and developments of theory, offering contrasting views by Keynesians and non-Keynesians, expanding special points regarding technique or application, relating various aspects of the master's work not hitherto adequately linked.

It is not, of course, merely a pious elaboration of variations on the Keynesian theme. If Mr R. F. Harrod and Mrs Joan Robinson are there, so are Professors Schumpeter and Sweezy, one attacking from the Right, the other from the Left. Professor Seymour Harris himself keeps his treatment of his hero well on this side of idolatry; his economics emerges warts and all. An authoritative full-length biography of Keynes, when it comes, will cast more light on the influences which led him to leave some ideas partly developed, to contradict in 1936, wholly in appearance and partly in reality, the conclusions stated in 1930; to swing from internationalism to something perilously near autarky and back again. Never did a theoretician live less in an ivory tower, or draw more fully upon the current preoccupations of his time; Keynes the economist reflected Keynes the administrator, the business man, the adviser of statesmen, the diplomat. His achievement, partly for that reason, lacks the consistency and majestic unity of his master, Alfred Marshall. There is all the more need for such a book as this, in which the student can both trace the development of particular interests—in money, in the savings-investment relation, in the foreign exchanges, in public finance—and find an opportunity of constructing, however tentatively, a synthesis which Keynes himself never conclusively provided.

094670173 BEC

The Manchester Guardian

Nr. 32010-

The Last of Keynes

It is hard to think that in a little book published to-day we have the last of the writings of J. M. Keynes. Yet Mr. David Garnett, who introduces "Two Memoirs" (published by Rupert Hart-Davis), says that it is published by Keynes's executors in order to carry out "an express desire" in his will that these papers, and "these alone of his unpublished writings, should be printed." May posterity be less rigorous! Surely we can hope, when the sensitivities of the living can be disregarded, to have the official archives opened and some of Keynes's magnificent State and quasi-State papers given to us—even if we cannot have more of his private ones? These "Two Memoirs" make us realise, almost more than any of his more formal works, what a great man and what a great literary artist we have lost. The superb style was never more flexible, the humanity never deeper. The pieces are the summing up of an intellectual generation that is rapidly going from us and for which we have so far a poor substitute. They were written to be read to a small dining club of intimates in which there was no need for reticences. The first, "Dr. Melchoir," read in 1931, is really a pendant to the "Economic Consequences"—a personal study of the negotiations for the ending of the blockade of Germany after the Armistice of 1918. The Americans were for ending it, the British a little slow to come to the same view, the French indifferent to German suffering, seeking only vindictive reparations; the Germans were bewildered, stiff, and bungling. The character sketches have the brilliance of those in the "Economic Consequences" and the "Essays in Biography," with even more sharpness of phrase; some are devastating. There has always been wonder about why we were so slow to drop the blockade. Keynes finds it in "a cause inherent in bureaucracy." The blockade had become a very perfect instrument.

Its authors had grown to love it for its own sake; it included some recent improvements, which would be wasted if it came to an end; it was very

complicated, and a vast organisation had established a vested interest.

How true this is of some other post-war instruments which our bureaucracy still loves for their own sake!

The high point of the story is that extraordinary scene in the Supreme Council when Lloyd George overwhelmed the French, first by producing Plumer's dramatic telegram from Cologne on German starvation (a telegram, it appears, carefully arranged in advance!) and then by his terrific attack on Klotz, the Jewish French Minister of Finance, who wanted to stop the Germans buying food with their gold. It was the sort of heartless thing that only Lloyd George could do; it was cruel but it was for a good cause, and it worked. Keynes's second piece, "My Early Beliefs," is more personal and more subtle. In it he turned (on the eve of Munich) to musing analysis of himself and his Cambridge friends at the opening of the century under the influence of Moore and Russell. They escaped, he thought, the Benthamite tradition,

the worm which has been gnawing at the insides of modern civilisation, and is responsible for its present moral decay. We used to regard the Christians as the enemy, because they appeared as the representatives of tradition, convention, and hocus-pocus. In truth it was the Benthamite calculus, based on an over-valuation of the economic criterion, which was destroying the quality of the popular Ideal.

They were protected against "the final reductio ad absurdum of 'Benthamism known as Marxism'" but they had completely failed

to provide a substitute for these economic bogus-faiths capable of protecting or satisfying our successors.

They were "among the last of the Utopians."

We repudiated all versions of the doctrine of original sin, of there being insane and irrational springs of wickedness in most men. We were not aware that civilisation was a thin and precarious crust erected by the personality and the will of a very few, and only maintained by rules and conventions skilfully put across and guilefully preserved.

In how many things were those brief Edwardian years the last golden age!

09467 0174 BEC

The Economist (London)

Nr. 5520

Books and Publications

Out of Perspective

"Two Memoirs," By John Maynard Keynes. Introduced by David Garnett. Rupert Hart Davis. 106 pages. 7s. 6d.

LORD KEYNES is so outstanding a figure of the twentieth century that the publication of anything from his pen is an event. It is also of interest that these Two Memoirs, "Dr Melchior" and "My Early Beliefs," are the only papers which Keynes himself expressly desired should be published after his death.

But it would be a mistake to treat these two papers too seriously. Both were written to be read to a small group of personal friends and for that reason the reader is "privileged," to use the word of David Garnett, to listen in when Keynes is conversing with men to whom he could speak entirely without reserve and who would never mistake his meaning. Sympathy, clarity and wit are characteristics of all Keynes's work. In these intimate notes there is also a frankness and a bantering tone that should not be misunderstood.

"Dr Melchior" read to The Club in 1932, is a sidelight on the story of the lifting of the German blockade in 1919. It tells of Keynes's off-stage dealings with one of the German negotiators. It was written many years after the event and is only one facet of this complicated story. But Sir Charles Webster, who was secretary to the military delegation at the Paris Conference, checked its facts some years ago with the documents which record the public incidents to which it relates and found them accurate enough: but he adds that the details were selected and distorted to suit Keynes's purpose. The memoir reveals Keynes, the negotiator, in action and incidentally illustrates the enormous advantage in negotiation of knowing exactly what you want.

The second and shorter memoir was written as late as 1938. It was stimulated by a paper which David Garnett read to The Club in that year on the subject of his introduction more than twenty years earlier of D. H. Lawrence to some of his Cambridge friends, including Keynes and Bertrand Russell, and of Lawrence's intense dislike of their outlook on life. Garnett's note moved Keynes to set down his own mature reflections on the beliefs of his undergraduate days.

Keynes went up to Cambridge in 1902. He records that he and his friends were greatly influenced by Professor G. E. Moore's "Principia Ethica" which came out in his first year. It was exciting, exhilarating, the beginning of a new renaissance. Out of its discussion arose what Keynes describes as a sort of neo-platonism, "though we should have been very angry at the time with such a suggestion." Nothing mattered except states of mind, "our own and other peoples, of course, but chiefly our own." These states of mind were not associated with action or achievement. "One's prime objects in life were love, the creation and enjoyment of æsthetic experiences and the pursuit of knowledge."

It is impossible to summarise Keynes's lively description of the kind of questions the group used to discuss. Looking backward Keynes claims that it was a good religion to grow up under. In the rarified atmosphere of the contemplation of love, beauty and truth "social action as an end in itself had dropped out of our ideal..." Thus it was that they escaped from the Benthamite tradition with its calculus based on an over-valuation of the economic criterion; and "it was the unsurpassable individualism of our philosophy which served to protect the whole lot of us from the final *reductio ad absurdum* of Benthamism known as Marxism."

Yet Keynes admits that they completely failed to provide a substitute for "these economic bogus faiths." And as 1914 approached "the thinness and superficiality as well as the falsity of our view of men's hearts, as it now seems to me, became more obvious."

The discriminating reader of the present generation to whom Keynes is already a figure of the past will find in these memoirs the more scintillating qualities of the writer. He will not perceive some of the greater characteristics of the Keynes of later years: the deep fund of human sympathy and understanding that underlay the caustic wit and devastating epigram; the patient devotion to great political causes; the courage and self-discipline of the long drawn out struggle against ill-health; or the practical statesmanship displayed in those last five years when he was the chief deviser of our financial war plans and shouldered the chief burden, sometimes almost single-handed, of our negotiations with America.

For this reason, it could be wished that the publication of these memoirs had been delayed until the publication of Mr Harrod's official biography when they would have taken their place in a completer picture of one of the great Englishmen of our time.

Wirtschafts Zeitung (Stuttgart)

Nº 5 1

Trägheitsgesetz der Bürokratie

Aus der Feder von J. M. Keynes sind in England posthum zwei kleine Schriften (unter dem Titel „Two Memoires“) erschienen, das einzige, was den testamentarischen Bestimmungen zufolge überhaupt aus seinem Nachlaß veröffentlicht werden soll. Die eine dieser Studien schildert die Verhandlungen, die nach dem ersten Weltkrieg über die Aufhebung der Blockade Deutschlands zwischen den Alliierten geführt worden sind. Sie stellt eine Art Ergänzung zu Keynes' Behandlung der „wirtschaftlichen Konsequenzen des Friedens“ dar. Die vorliegende Studie zeigt, wie die Amerikaner für Beendigung der Blockade nach dem Waffenstillstand von 1918 eintraten, die Engländer sich etwas schwerer zu derselben Ansicht durchringen, während die Franzosen nur den Gedanken hatten, die erhofften Reparationen zu sichern. Warum es aber so lange dauerte, bis schließlich die Blockade mit ihren Hungerwirkungen aufgehoben wurde, dafür findet Keynes den Grund vor allem in der Schwerkraft, die einer einmal aufgezogenen bürokratischen Institution innewohnt. Die Blockade war zu einem perfekten Instrument ausgebildet worden und „ihre Schöpfer hatten begonnen, dieses Instrument um seiner selbst willen zu lieben; es schloß einige neuere Verbesserungen ein, die verschwendet gewesen wären, wenn man die Blockade abgeschlossen hätte; sie war äußerst kom-

pliziert, und eine umfassende Organisation hatte wohlverworbene Interessen in ihr begründet“. Die Feststellung, daß in diesem Fall bürokratische Zählebigkeit für den bedenklichen Entschluß, die Blockade nach Eintritt der Waffenruhe fortbestehen zu lassen, verantwortlich war und daß diese Entscheidung nicht einfach auf sinistren Absichten gegenüber den Deutschen beruhte, verdient auch im Lichte der Erfahrungen nach dem zweiten Weltkrieg alles Interesse. Keynes, vor allem der tote Keynes, kann wohl als ein unverdächtigster Zeuge angesehen wer-

den, der nicht die moralische Reputation der verantwortlichen Staatsmänner schützen will, zumal da seine Charakterisierungen von Menschen oft von beißender Schärfe sind. Den Betroffenen mag es gleichgültig sein, ob die Zählebigkeit einer bürokratischen Maschine oder menschliche Bosheit an der Fortdauer einer Institution wie der Blockade schuld ist. Aber für den, der politisch handeln soll, ist es immer wichtig, die wahren Zusammenhänge zu kennen und nicht jenem Verfolgungswahn anheim zu fallen, zu dem man in Deutschland so oft neigt. N. B.

094670176 BEC

The Economist (London)

Nr. 5523 - -

Anti-Keynes

"The Economics of Illusion." By L. Albert Hahn. Squires Publishing Company. 273 pages. \$4.

THIS root-and-branch onslaught on the whole Keynesian structure of economic thought is the work of a repentant easy-money man who can claim to have anticipated, as early as 1920, "all that is wrong and exaggerated in Keynes." The "illusion" of the title is that on which Keynes based his theory of the behaviour of real wages, the preference of labour for the shadow of an inviolable money wage rate over the substance of unimpaired real purchasing power; but it applies also to the state of mind of those who envisage the problem of depression or recurrent slumps predominantly in terms of demand while neglecting the implications of cost. "The Economics of Illusion" is a collection of papers and essays published, some in America and some in Europe, over the last half-dozen years; not all are directly aimed at Keynes and Keynesianism, but all are relevant. Some of Professor Hahn's criticisms are demonstrably valid. Others are not. Accusing Keynes of neglecting costs as an element determining the volume of investment, he disregards Keynes's own definition of the marginal efficiency of capital, which takes costs fully into account. Claiming that the Keynesian analysis of the stimulating effect of price increases rests entirely on the unreliable "illusion" of wage-earners, he overlooks the arguments by which Keynes demonstrated the solid foundation of the "illusion"—that is labour's inability, whatever its power in particular cases, to control the general level of real wages. His attempt to prove that thrift can never generate depression rests unconvincingly on a supposed limitation to special cases of Keynes's "psychological law" of the relation of savings to income. On the other hand, his warning to the light-hearted supporters of continuous deficit finance, and his comments on the "god-given" passivity of the balance of payments of some countries, would strongly recommend themselves to so good a Keynesian as Mr R. F. Harrod, while his demonstration of the lopsidedness of the "General Theory," its comparative neglect of the problems of any but the depressed or depression-threatened economy, provides a valuable corrective to the "modernist stuff . . . gone sour and silly" which Keynes himself condemned. The application of remedies appropriate to general unemployment in a situation where men are unemployed because of gross particular maladjustments is a disastrous—and only too probable—mistake. If Professor Hahn raises a few salutary doubts the excesses of his attack will matter little.

Die Zeit (Hamburg)

32

Was man nicht finanzieren kann

"All that is wrong and exaggerated in Keynes I said much earlier and more clearly".

Die neue Sentenz klingt ganz gut im Ohr: „Was produziert werden kann, das muß auch finanziert werden.“ Sie hat jedoch nur den einen aber entscheidenden Nachteil: sie stimmt nicht.

Es gibt nämlich Waren, die heute schon allzu-reichlich produziert werden, ohne daß die klugen Leute, die jene Sentenz im Munde führen, nun zu sagen wüßten, wie man gleichzeitig den Preis solcher Erzeugnisse stützen und ihren Absatz sichern könnte: Etwa bei Frühkartoffeln und Pflückerbsen, bei Möhren und Weißkohl. Gewiß kann man Kredite an die Konservenindustrie geben, kann Kohl- und Kartoffelscheunen bauen, um das Überangebot bis zum Frühjahr 1950 einzulagern; wer aber soll die Verlustrisiken solcher Geschäfte übernehmen?

Die kaufkräftige Nachfrage fehlt. Und diese ist nun einmal nicht durch Kredite zu „schaffen“, höchstens (durch den Abzahlungskredit) zeitlich vorzuverlegen.

Kein Platz für neue Möbel

Daß auch dies nur beschränkt unter den heutigen Umständen möglich ist, haben Möbelindustrie, -handwerk und -handel bereits erfahren. Hier zeigt es sich, wie schwer es ist, den Nachholbedarf richtig abzuschätzen. Unstreitig ist ein beträchtlicher Bedarf gegeben. Vorläufig aber kommt er nicht zum Zuge: einmal, weil gerade bei denen, deren Bedarf dringend ist, die Kaufkraft fehlt, und zweitens, weil selbst diejenigen, die sich noch einige Möbel kaufen könnten, sie „nicht stellen können“, weil (für den vorhandenen Wohnraum) eben reichlich alte Möbel vorhanden sind — die sich obendrein noch sehr schlecht verkaufen. Eine sorgfältige Marktanalyse des Altgeschäfts, seit Jahr und Tag durchgeführt, hätte die Möbelhersteller wahrscheinlich vor der Überschätzung ihrer Absatzmöglichkeiten bewahren können: Das Geschäft wird wohl erst blühen, wenn mehr neuer Wohnraum „da“ ist.

Damit ist also das Stichwort gegeben: Wohnungen bauen! „Natürlich“ meinen die Leute, die mit jener Sentenz hausieren gehen — daß das, was produziert werden könnte, auch zu finanzieren sein müßte —, „in erster Linie“ die Erzeugung solcher Dinge, an denen dringender Bedarf besteht: also Wohnungen. Aber erstens sind Wohnbauten nicht kurzfristig zu finanzieren, d. h. nicht durch Bankkredite (und also letztlich durch eine von der Notenbank zu verantwortende Kreditausweitung), weshalb in diesem Zusammenhang, wo es sich um die Einschaltung der Zentralbank in die „aktive Konjunkturpolitik“ handelt, vom Investitionskredit gar nicht zu reden ist. Und zweitens darf man sich nicht wundern, wenn man eine Politik niedriger Mieten durchführt, also den Wohnungsbau (und die auf Mietsverträge angewiesene Wohnwirtschaft überhaupt) künstlich unrentabel macht, daß dann — ohne Verbilligungszuschüsse alias Subventionen — so gut wie nichts mehr gebaut werden kann.

Nicht die „freie Wirtschaft“ hat das verschuldet, sondern die Zwangswirtschaft auf dem Wohnungsgebiet. Im übrigen: viele Industrielle würden heute gerne bauen, dies und jenes zur Ergänzung der Betriebsanlagen, auch Wohnungen für Belegschaftsangehörige. Geld ist da, und Arbeiter, die heute feiern müssen, könnten in der Baustoffherstellung, im Baufach selbst und in den Hilfgewerben beschäftigt werden, wenn . . . ja, wenn die Baubehörden den Bauherren gegenüber nicht irgendwelche „Auflagen“ machten, deren Sinn unter den heutigen Verhältnissen nicht mehr zu verstehen ist: Die Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe versagt, „gemäß Art. IV des Kontrollratsgesetzes Nr. 45 in Verbindung mit Art. III der Mil.Reg. Verordnung Nr. 84“ einem industriellen Betrieb die Genehmigung zum Ankauf von Bauland, auf dem also Wohnungen gebaut werden sollten, weil der Preis mit 1,— DM

je qm zu niedrig sei! Ja, meine Herren, so fördert man den Wohnungsbau „behördlicherseits“ gewiß nicht . . . abgesehen davon, daß die angezogenen Bestimmungen nur den Sinn haben, die Ausnutzung einer Machtposition — speziell im Verhältnis des Verpächters zum Pächter — zu verhindern.

Wer hat denn das Rezept?

Nach dieser (allerdings notwendigen) Abschweifung müssen wir wieder auf das Hauptthema zurückkommen, also auf die neudeutsche Spruchweisheit des Satzes: „Was produziert werden kann, das muß auch finanziert werden!“ Wir waren uns darüber einig, daß es sich da um die Finanzierung der laufenden Produktion wichtiger Bedarfsgüter handelt, und nicht um die Erstellung von Investitionen — obwohl es jemand gibt, der da sagt, „in einem maßgebenden Teil der deutschen Wirtschaftspresse werde immer stärker die Meinung vertreten, daß unser Kapitalengpaß ohne großzügige Kredit- und Kapitalschöpfung gar nicht durchschritten werden kann“. Dieser Mann kennt also Kollegen, die das Rezept für die Kapital-„Schöpfung“ haben, wie man Mangel und Armut radikal beseitigt . . .

Soll man nun lächeln? Man braucht sich über dergleichen aber nicht mehr zu wundern, nachdem kürzlich in einem maßgebenden Blatt zu lesen war: die Banken hätten seit der Währungsreform „noch keine echte Kreditschöpfung betrieben“ — denn die Zunahme der Bankkredite werde ja überkompensiert durch einen noch stär-

keren Zuwachs an Einlagen! Ja, wie und wo sonst, als auf der anderen Seite der Bankbilanzen, sollen denn die Gegenwerte der Bankkredite in Erscheinung treten?

Auf in den Torf . . .

Was aber die Unmöglichkeit betrifft, die an sich (also produktionstechnisch) mögliche Erzeugung von Bedarfsgütern in jedem Falle zu finanzieren — unabhängig von der Rentabilität also — so gibt es dafür ein ausgezeichnetes Beispiel: Zweifelloso besteht noch ein erheblicher Bedarf an Brennstoffen; trotzdem ist der mit erheblichen Investitionen in Gang gebrachte industrielle Torfabbau fast überall wieder stillgelegt. Nur die „alten“ Betriebe sind noch im Geschäft, diejenigen, die sowohl mit geringen Kosten (und gestützt auf jahrzehntelange Erfahrungen) arbeiten, als auch einen gesicherten Absatz haben. Hier ist also,

bitte, der klassische Fall einer Industrie, in der seit der Währungsreform erhebliche Kapazitäten brachliegen, obwohl das aus eigenem Rohstoffvorkommen in einem höchst arbeitsintensiven Verfahren zu gewinnende Produkt volkswirtschaftlich von höchstem Interesse ist —, solange die bekannten Engpässe Kohle und Energie noch bestehen. Warum also sitzen Tausende von Ostflüchtlingen, die 1948 und in den Jahren vorher bei der Torfgewinnung beschäftigt waren, heute als Arbeitslose in den Dörfern rund um die Moore, wo jetzt die vor Jahr und Tag beschafften Maschinen und Transportanlagen ungenutzt liegen und zu Schrott werden? Wer hat hier eigentlich versagt: die Planung? oder die sogenannte soziale Marktwirtschaft? oder die Bank Deutscher Länder, weil sie keine Torfstechkredite gegeben hat, um, im Sinne einer „aktiven“ Konjunkturpolitik, den Erwerbslosen die Chance einer Saisonarbeit zu geben? Die Antwort ist leicht gegeben, wenn man weiß, daß der Preis für den Zentner Torf, frei Haus, im Erzeugungsgebiet heute 1,60 DM beträgt, gegen 3,35 DM letztes Jahr!

Aber natürlich kann auch in diesem Jahr Torf gestochen werden. Also müßte die Produktion auch zu finanzieren sein — nach der Spruchweisheit jener Leute, die sich ständig auf Keynes' unfehlbare Lehre berufen. Um praktische Vorschläge hierzu wird gebeten. — Aber bitte, nun nicht die allgemeine Redensart von der „leicht expansiven Kreditpolitik, kombiniert mit einer Investitionslenkung, die den Kredit direkt den Engpässen zufließt“. Damit ist nämlich gar nichts gesagt — zu-

mal sich sehr wohl die Ansicht vertreten ließe, daß die Kreditpolitik der Zentralbank seit einigen Monaten schon „leicht expansiv“ sei. Und daß eine Investitionslenkung (durchaus auf die Engpässe gerichtet) bei uns besteht, ist wohl unbestritten.

Es gibt ja nun Leute, die den Leistungen des sogenannten Marktmechanismus skeptisch gegenüberstehen, und ihm weniger gute Leistungen zutrauen, als der Tätigkeit der behördlichen Planer, denen offenbar eine totale Intelligenz zugeschrieben wird. Aber man kann sich auch beim „Verplanen“ (wie dieses Tun im Behördendeutsch ja heißt) vertun; wir erinnern daran, daß der König aller deutschen

mobilmobilbau als unerwünscht expansiv bezeichnet hat: ein paar Monate später mag er sich darüber ge-

freut haben, daß diese „Eisenfresser-Branche“ eine wirksame Konjunkturstütze abgab. Und wenn im gleichen Zusammenhang so viel von den Kapitalfehlleitungen gesprochen oder geschrieben wird, die nach dem 20. Juni 1948 eingetreten sind, so darf man fragen, ob die Schätzungsziffer 6 Md. (insgesamt davon 1,8 Md. Konsolidierungsbedarf) auch richtig verstanden ist: weder der Teilbetrag von 1,8 Md. eingefrorener Kredite, noch die mit 2,3 Md. geschätzte Summe der aus Selbstfinanzierung erstellten Investitionen sind „Fehlleitungen“.

An anderer Stelle war, durch einen Mann, der von sich meint, daß er ein Warner sei, während er in Wirklichkeit doch nur ein Adviser ist — allerdings auch ein Professor, die Behauptung aufgestellt worden: „Erhard hat endlich zugegeben, was ihm schon seit Jahresbeginn immer wieder gesagt worden war: daß die Wirtschaft einem zunehmenden deflationistischen Druck ausgesetzt ist.“ So zu lesen in der „Westdeutschen Allgemeinen“ vom 30. Juni. Hier soll also ein „Versagen“ der Wirtschaftspolitik und eine durch kreditpolitische Maßnahmen hervorgerufene „Lähmung“ der Produktion festgestellt werden. Hier nun Erhards Antwort auf die zitierte Behauptung: „Davon kann nicht die Rede sein! Ich habe im Gegenteil immer wieder betont, daß von einer Deflation bei einem sich ständig ausweitenden Notenumlauf und insbesondere nach der versuchten Kreditauflockerung nicht gesprochen werden kann. Das im Vergleich zum Vorjahr völlig veränderte Wirtschaftsbild, mit dem Übergang vom Verkäufer- zum Käufermarkt, hat — aus der starken Kontrastwirkung heraus — vielfach die Vorstellung erweckt, als ob die Wirtschaft unter einem deflationistischen Druck stünde. Das aber ist eben nicht der Fall.“ — Wozu sich also jener Warner zu äußern hätte.

Wer sind „gewisse Kreise“?

Vielleicht liegt es am herannahenden Wahltermin, wenn die Diskussion von den Keynes-Jüngern, ohne Konkretes sagen zu können, neuerdings so verbissen-verbittert geführt wird. Wohin die politische Passion führt, dafür ein Beispiel: Geheimrat Vocke, Präsident unserer Zentralbank, hatte in einem Artikel zum ersten Geburtstag der D-Mark gesagt, es sei wohl noch eine bedauerliche Nachwirkung der nationalsozialistischen Finanzierungsmethoden, „daß, sobald irgendwo Finanzierungsschwierigkeiten auftreten, der Ruf nach dem Kredit der Zentralnotenbank erschallt — oft sogar in geradezu verwunderlicher Unkenntnis der gesetzlichen Grenzen, die der westdeutschen Notenbank gezogen sind“. Das ist richtig gesehen und durchaus maßvoll in der Diktion. Aber Hein Mück von der Waterkant meinte nun, er könne den Spieß also herumdrehen: tat's also und stellte bei der großen Haushaltsdebatte seines Stadtparlaments die Wirtschafts- und Finanzpolitik Erhards in Parallele zu derjenigen Hitlers. Er erhielt keinen Ordnungsruf — dafür der *gentleman opposite* für seinen Zwischenruf, in dem das Wort „Unverschämtheit“ vorkam.

Wenn die Gewerkschaften „eine Kreditpolitik mit dem Ziele der Vollbeschäftigung“ fordern, so ist das nicht weiter verwunderlich; allenfalls wäre zu fragen, warum in dieser Sache die Gewerkschaftsleitung Rheinland-Pfalz isoliert vorgeht (mit ihrem „Mainzer Manifest“ vom 20. Mai), anstatt der Kölner Forschungsstelle dabei den Vortritt zu lassen. Ein Passus des Manifests verdient zitiert zu werden. Er lautet: „In gewissen kleinen, aber einflußreichen Kreisen

Was aber die Unmöglichkeit betrifft, die an sich (also produktionstechnisch) mögliche Erzeugung von Bedarfsgütern in jedem Falle zu finanzieren — unabhängig von der Rentabilität also — so gibt es dafür ein ausgezeichnetes Beispiel: Zweifellos besteht noch ein erheblicher Bedarf an Brennstoffen; trotzdem ist der mit erheblichen Investitionen in Gang gebrachte industrielle Torfabbau fast überall wieder stillgelegt. Nur die „alten“ Betriebe sind noch im Geschäft, diejenigen, die sowohl mit geringen Kosten (und gestützt auf jahrzehntelange Erfahrungen) arbeiten, als auch einen gesicherten Absatz haben. Hier ist also,

bitte, der klassische Fall einer Industrie, in der seit der Währungsreform erhebliche Kapazitäten brachliegen, obwohl das aus eigenem Rohstoffvorkommen in einem höchst arbeitsintensiven Verfahren zu gewinnende Produkt volkswirtschaftlich von höchstem Interesse ist —, solange die bekannten Engpässe Kohle und Energie noch bestehen. Warum also sitzen Tausende von Ostflüchtlingsen, die 1948 und in den Jahren vorher bei der Torfgewinnung beschäftigt waren, heute als Arbeitslose in den Dörfern rund um die Moore, wo jetzt die vor Jahr und Tag beschafften Maschinen und Transportanlagen ungenutzt liegen und zu Schrott werden? Wer hat hier eigentlich versagt: die Planung? oder die sogenannte soziale Marktwirtschaft? oder die Bank Deutscher Länder, weil sie keine Torfstechkredite gegeben hat, um, im Sinne einer „aktiven“ Konjunkturpolitik, den Erwerbslosen die Chance einer Saisonarbeit zu geben? Die Antwort ist leicht gegeben, wenn man weiß, daß der Preis für den Zentner Torf, frei Haus, im Erzeugungsgebiet heute 1,60 DM beträgt, gegen 3,35 DM letztes Jahr!

Aber natürlich kann auch in diesem Jahr Torf gestochen werden. Also müßte die Produktion auch zu finanzieren sein — nach der Spruchweisheit jener Leute, die sich ständig auf Keynes' unfehlbare Lehre berufen. Um praktische Vorschläge hierzu wird gebeten. — Aber bitte, nun nicht die allgemeine Redensart von der „leicht expansiven Kreditpolitik, kombiniert mit einer Investitionslenkung, die den Kredit direkt den Engpässen zu-leitet“. Damit ist nämlich gar nichts gesagt — zumal sich sehr wohl die Ansicht vertreten ließe, daß die Kreditpolitik der Zentralbank seit einigen Monaten schon „leicht expansiv“ sei. Und daß eine Investitionslenkung (durchaus auf die Engpässe gerichtet) bei uns besteht, ist wohl unbestritten.

Es gibt ja nun Leute, die den Leistungen des sogenannten Marktmechanismus skeptisch gegenüberstehen, und ihm weniger gute Leistungen zutrauen, als der Tätigkeit der behördlichen Planer, denen offenbar eine totale Intelligenz zugeschrieben wird. Aber man kann sich auch beim „Verplanen“ (wie dieses Tun im Behördendeutsch ja heißt) vertun; wir erinnern daran, daß der König aller deutschen Planung noch im Herbst letzten Jahres den Auto-

freut haben, daß diese „Eisenfresser-Branche“ eine wirksame Konjunkturstütze abgab. Und wenn im gleichen Zusammenhang so viel von den Kapitalföhlleitungen gesprochen oder geschrieben wird, die nach dem 20. Juni 1948 eingetreten sind, so darf man fragen, ob die Schätzungsziffer 6 Md. (insgesamt davon 1,8 Md. Konsolidierungsbedarf) auch richtig verstanden ist: weder der Teilbetrag von 1,8 Md. eingefrorener Kredite, noch die mit 2,3 Md. geschätzte Summe der aus Selbstfinanzierung erstellten Investitionen sind „Föhlleitungen“.

An anderer Stelle war, durch einen Mann, der von sich meint, daß er ein Warner sei, während er in Wirklichkeit doch nur ein *Adviser* ist — allerdings auch ein Professor, die Behauptung aufgestellt worden: „Erhard hat endlich zugegeben, was ihm schon seit Jahresbeginn immer wieder gesagt worden war: daß die Wirtschaft einem zunehmenden deflationistischen Druck ausgesetzt ist.“ So zu lesen in der „Westdeutschen Allgemeinen“ vom 30. Juni. Hier soll also ein „Versagen“ der Wirtschaftspolitik und eine durch kreditpolitische Maßnahmen hervorgerufene „Lähmung“ der Produktion festgestellt werden. Hier nun Erhards Antwort auf die zitierte Behauptung: „Davon kann nicht die Rede sein! Ich habe im Gegenteil immer wieder betont, daß von einer Deflation bei einem sich ständig ausweitenden Notenumlauf und insbesondere nach der versuchten Kreditauflockerung nicht gesprochen werden kann. Das im Vergleich zum Vorjahr völlig veränderte Wirtschaftsbild, mit dem Übergang vom Verkäufer- zum Käufermarkt, hat — aus der starken Kontrastwirkung heraus — vielfach die Vorstellung erweckt, als ob die Wirtschaft unter einem deflationistischen Druck stünde. Das aber ist eben nicht der Fall.“ — Wozu sich also jener Warner zu äußern hätte.

Wer sind „gewisse Kreise“?

Vielleicht liegt es am herannahenden Wahltermin, wenn die Diskussion von den Keynes-Jüngern, ohne Konkretes sagen zu können, neuerdings so verbissen-verbittert geführt wird. Wohin die politische Passion führt, dafür ein Beispiel: Geheimrat Vocke, Präsident unserer Zentralbank, hatte in einem Artikel zum ersten Geburtstag der D-Mark gesagt, es sei wohl noch eine bedauerliche Nachwirkung der nationalsozialistischen Finanzierungsmethoden, „daß, sobald irgendwo Finanzierungsschwierigkeiten auftreten, der Ruf nach dem Kredit der Zentralnotenbank erschallt — oft sogar in geradezu verwunderlicher Unkenntnis der gesetzlichen Grenzen, die der westdeutschen Notenbank gezogen sind“. Das ist richtig gesehen und durchaus maßvoll in der Diktion. Aber Hein Mück von der Waterkant meinte nun, er könne den Spieß also herumdrehen: tat's also und stellte bei der großen Haushaltsdebatte seines Stadtparlaments die Wirtschafts- und Finanzpolitik Erhards in Parallele zu derjenigen Hitlers. Er erhielt keinen Ordnungsruf — dafür der *gentleman opposite* für seinen Zwischenruf, in dem das Wort „Unverschämtheit“ vorkam.

Wenn die Gewerkschaften „eine Kreditpolitik mit dem Ziele der Vollbeschäftigung“ fordern, so ist das nicht weiter verwunderlich; allenfalls wäre zu fragen, warum in dieser Sache die Gewerkschaftsleitung Rheinland-Pfalz isoliert vorgeht (mit ihrem „Mainzer Manifest“ vom 20. Mai), anstatt der Kölner Forschungsstelle dabei den Vortritt zu lassen. Ein Passus des Manifests verdient zitiert zu werden. Er lautet: „In gewissen kleinen, aber einflußreichen Kreisen

el Welt- H wird schon heute wieder darüber diskutiert, in welchem Umfang eine industrielle Reservearmee, d. h. also, die Verewigung der Arbeitslosigkeit für die Erhaltung der kapitalistischen Wirtschaftsform zweckmäßig sei. Da möchte man nun doch gerne etwas mehr wissen. Wer sind die „gewissen Kreise“, die sich so törichte und unnütze Gedanken machen? Sollte man in Mainz etwa Namen kennen? Dann sollte man sie auch nennen! Das wäre nicht nur taktisch klug; es entspräche auch dem politischen Anstand und der guten Sitte.

Maßvoll und nach Maß

Einigermaßen verwunderlich ist ferner, daß ein Blatt von der besonderen Stellung der „Welt“ in dem Streit plötzlich Partei ergreift. Wir lesen da: die seit Anfang des Jahres „Westdeutschland belastende Stagnation“ wäre zu vermeiden gewesen, wenn man eine Kreditausweitung „nach Maß“ betrieben hätte. Also so, daß „dem Plus an Geld und Krediten“ jeweils ein Plus an Gütern „entspricht“ (aber wie macht man das beispielsweise bei Krediten für den Torfstich?) Und: „der Kredit solle nur für konkret definierte Produktionsvorhaben gegeben werden“. Das ist ausgezeichnet formuliert.

Interessant wäre nur, was die Kritiker auf die Frage zu antworten hätten: glaubt jemand, daß irgendwelche Kredite für Vorhaben in dieser Richtung irgendwann *nicht* gegeben worden sind? Und dann: was soll eigentlich die Behauptung, die Stagnation, die seit Januar in Erscheinung trat, wäre *derart* vermeidbar gewesen? Das ist doch ein ganz törichtes Gerede „ins Nachhinein“. Die Herren haben offenbar alle schon vergessen, daß die Gewerkschaften im Herbst mit einem Generalstreik gegen die Gefahren der Preishausse — die ja nun wirklich monetär bedingt war — demonstriert haben. Sie haben vergessen, daß *ihr eigener Rat* noch Ende Januar dahin ging: die Bank Deutscher Länder müsse sich endlich zu der längst fälligen Diskonterhöhung entschließen, um so (statt der allzu mechanischen Restriktion) die Kreditausweitung „organisch“ abzubauen... So stand es doch damals.

Blick in den Zigarrenladen

Manchmal möchte man meinen, daß die merkwürdige Tatsachenblindheit nur dadurch zu erklären ist, daß die Betreffenden offenbar keine Raucher sind — oder, daß sie es nicht nötig haben, ihr Kraut selber im Eckladen einzukaufen (wer immer nur im Dienstauto fährt, hat wohl auch nicht die Ruhe, sich die Auslagen einmal nachdenklich anzusehen). Es müßte doch eigentlich aufgefallen sein, daß dort, wo Weihnachten noch die Regale leerstanden, heute ein gut assortiertes Lager vorhanden ist. Das ist also der äußere Tatbestand. Er bedeutet wirtschaftlich zweierlei. Für den Fabrikanten: daß sein Abnehmer heute eben nicht mehr so, wie er es einige Monate hindurch getan hat, *zusätzlich* über den laufenden Absatz hinaus Ware einkauft — um das Sortiment verfügbar zu haben, das er seinen (inzwischen sehr viel wählerischer gewordenen!) Kunden bieten zu müssen glaubt. Der Fabrikant konstatiert also, sehr betrübt, einen Absatzrückgang (— während der Absatz an den „letzten Verbraucher“ vielleicht sogar gestiegen ist).

Vom Einzelhändler gesehen, ist das Bild noch

etwas anders. Er hat in jener Zeit, als die Ware noch knapp war, sein Lager vielleicht zehnmal, vielleicht zwanzigmal im Monat umgeschlagen; *alles* ging glatt über den Tresen. Wenn er heute sein Lager sechsmal im Jahr umsetzt, ist er großartig daran. Aber auch bei einer so günstigen Umschlagsziffer bleibt Ware als schwer absetzbar hängen. Und er selbst „hängt“ bei seinem Grossisten oder bei seiner Bank. Von der Tageskasse, die (absolut) vielleicht höher ist, als vor einem halben Jahr, geht ein immerhin fühlbarer Teil an Zinsen ab. Relativ, im Verhältnis zum Lager, zu dem Bestand also, „den man jederzeit verkaufen könnte, wenn die Kunden bloß mehr Geld mitbrächten“, ist die Kasse gering. Der Einzelhändler konstatiert also „Geldmangel“ beim Verbraucher. Sein Lieferant konstatiert, schon mit etwas mehr Recht, „Geldknappheit“ und „angespannte Kreditlage“. Wenn er seinen Kunden vielleicht einige Kisten teure Zigarren aufgedrängt hat, die Raucher aber zur Zeit billigere Ware rauchen, oder vielleicht überhaupt keine kaufen — weil sie gerade lieber Erdbeeren essen oder an die See gefahren sind — dann liegt es für ihn nahe, von einem Versagen des Marktes zu sprechen. Man kann das *auch* Fehldisposition nennen, oder Kapitalfehlleitung. Und jedes Malheur dieser und ähnlicher Art sei durch ein *Mehr* an Kredit zu vermeiden gewesen...?

Das Zitat des Keynes-Ketzers

Eine Schlußbemerkung ist noch notwendig, um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen. Das diesem Aufsatz als Motto vorangesetzte Zitat — es lautet übrigens in der vom Autor besorgten Originalübersetzung: „Alles, was falsch und übertrieben bei Keynes ist, habe ich viel früher und klarer gesagt“ — stammt nicht etwa vom Autor dieser Betrachtungen, sondern von einer Autorität, einem Wissenschaftler von Rang, der sogar neben Schumpeter und Gestrich, von der „Wirtschaftszeitung“ als Mann der „modernen Kredittheorie“ zitiert worden ist und (wozu er sich freilich weniger eignet) als Eideshelfer für die dort vertretene „bewußte“ Politik der Kreditausweitung. Es ist dies L. Albert Hahn. Er sagt heute: „Keynesianismus ist eine Sünde meiner Jugend“, und erweist sich damit als der sympathische Typ des Professors: als jener Typ nämlich, der Theorie schafft, der aus den Geschehnissen zu lernen weiß und sich auch nicht scheut, umzulernen und dies zuzugeben. Eine Zusammenfassung aus seinem neuesten Buch („The Economics of Illusion“, erschienen im Februar 1949 bei der Squier Publishing Co., New York) liegt bereits in deutscher Sprache vor, nämlich im zweiten Band des (bei Küpper, Godesberg, erscheinenden) Jahrbuchs „Ordo“. — Die „Keynes-Jünger“ nennen dieses Buch Freiburger Schule verlegen-witzig „Credo“.

Es ist keine geringe Sache, heute gegen Keynes aufzutreten, den die Gemeinde seiner Gläubiger als den ersten großen Vater der Heilslehre von der noch auf Erden zu verwirklichenden Vollbeschäftigung verehrt — so sehr verehrt, daß neben ihm die Namen der großen Propheten des Mehrwerts verblasen. Nun steht da also ein Ketzler auf und sagt den Jüngern, dieser Mann habe nicht, wie sie es meinten, eine Revolution unserer Wissenschaft hervorgerufen, sondern Illusionen geschaffen und eine allgemeine Konfusion angerichtet. Das wird nun also hart auf hart gehen. Eine nicht alltägliche Auseinandersetzung in der „Wissenschaft von der Praxis“ hat damit begonnen, — und wir können sagen, wir seien dabeigewesen.

E. T.

Keynes,
J. W.

- 1. Apr. 1950

The Economist (London N^o 5562

More Commentary on Keynes

"The Keynesian Revolution." By Lawrence R. Klein.
Macmillan. 213 pages. 15s.

AMERICA continues to provide an inexhaustible flow of exigetic and critical Keynesian literature, written at all levels from the specialised to the popular. Dr Lawrence Klein's "Keynesian Revolution" is, according to its preface, "addressed to a mixed group of readers," some chapters being exclusively meant for the professional economist, most being ostensibly aimed at the general reader. (The latter must be, however, an outstanding member of his class; not only a

general intellectual athleticism but a more than nodding acquaintance with economic analysis is implied.) It is a well-planned, logical, comprehensive book. Dr Klein traces the development of Keynes's own thought through his successive writings and through the reflection, in the work of his contemporaries, of his oral teaching and conversation. He analyses the "General Theory" in relation to these earlier systems, to the background of events, and to the work of other economists. He surveys in one brilliant but desperately compressed chapter the technical controversies which have raged about various aspects of the "Theory," and he discusses the bearings of Keynesian analysis on an inflationary situation. Finally the author evaluates the political and social significance of Keynes's work, betraying as he does so a marked preference for a clear-cut, authoritarian Socialist solution. A technical appendix for mathematicians rounds off the book.

Unfortunately it is precisely at the crucial points of the argument that Dr Klein finds it impossible to frame his analysis in terms comprehensible to the general reader—even to his own idealised version of that entity—or indeed to the non-mathematical economist. It is important to his thesis, it is indeed of considerable practical importance to the economic welfare of the world, to demonstrate that the instability of the competitive economy and its propensity to settle down at something less than full-employment level, do not depend on incidental frictions, rigidities, and displays of unreason, but are as it were built in. An America where influential public opinion, particularly business opinion, clings doggedly to the classical view and regards the Keynesian analysis as "the economics of illusion" is unlikely consistently to follow an effective full-employment policy. But when Dr Klein sets out formally and once for all to demonstrate this inherent instability and to disentangle that demonstration from those elements in the "general theory" which do in fact relate to frictions and illusions, he soars straight into the mathematical empyrean and must, for the rest of the book, be taken on trust by all but the experts. Again, the important matter of this inflationary phase is treated in a way which, while less prohibitive to those not specially equipped, must put it outside the grasp of even the intelligent layman. When Dr Klein goes on to a thoroughly popular and indeed rather superficial statement of social aims and programmes he produces somewhat the effect of a profound psychological treatise winding up with a page or two of Advice to the Lovelorn. It is a pity that he did not write two books, or a book and a pamphlet, for his two audiences.